



15. April 1929

## RICHARD KLEINEIBST • DIE ENTSCHEIDUNG ÜBER EUROPA

Der Hauptgrundsatz des Gleichgewichts der Mächte ist immer noch in gewissem Maß eines der Motive der britischen Außenpolitik. Seine Form mag sich ändern, aber die Substanz bleibt im allgemeinen die selbe. George Glasgow in der Prager Presse

**K**LARER noch als im politischen Alltag zeigte sich die Desorientiertheit der deutschen Öffentlichkeit bei den Reparationsverhandlungen in Paris. Die gleiche Melodie wird fast in der gesamten Presse abgewandelt, nach dem Thema Tributkonferenz, wenn auch das Wort selbst zur Domäne der Rechtspresse gehört. Ein Beweis: die Aufnahme der Kriegsschuldlügenkampagne gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrags bis, mit einigen Reserven, in den Sozialdemokratischen Pressedienst hinein. Das Übergewicht deutschnationaler Denkweise ist nicht grundlos. Denn diese Politik richtet sich nach einer Leitidee, ist also der Verschwommenheit der Linken schon dadurch allein überlegen. Die Leitidee ist der Traum eines Deutschen Reichs, das für sich allein den bestehenden oder sich bildenden Weltmächten mindestens ebenbürtig, wenn nicht überlegen sein soll. Dieser Idee muß Frankreich als der "Erbfeind" gelten, denn es ist der Träger der kontinentaleuropäischen Idee und insofern (nicht in "imperialistischem" Sinn, was immer wieder verwechselt wird) die Vormacht des festländischen Europas.

Überwältigung Frankreichs ist also die Dominante jener vermeintlich nationalen Politik, und da sie weiß, daß zurzeit nur Verbindung mit anderen Großmächten das Werkzeug schaffen kann, so hält sie je nach Konstellation Ausschau nach solchen Verbindungsmöglichkeiten. Daher auch die Unstetigkeit auf diesem politischen Plan, die Verschreibung bald an die pax britannica, bald an den Bolschewismus und, als neueste Phase, das Angebot gleichzeitig an die Vereinigten Staaten von Amerika und an Rußland. Die Denkschrift Hugenbergs, die so viel Staub aufwirbelt, ist nur ein besonders plumper Versuch; die empörte Überraschung der liberalen Presse muß mindestens zur Hälfte künstlich sein, denn Ähnliches ist ja jeden Tag in der Presse zu lesen. Nur ein Beispiel aus der Kreuzzeitung vom 10. März 1929. In dem Leitartikel Bündnispolitik nach West oder Ost? heißt es:

»Ungeschriebene Gesetze des Völkerebens werden aber trotz aller englischen Trennungsversuche Amerika und Rußland in eine Front gegen die britisch-europäische Entente führen . . . Jede innere Befreiung Deutschlands kann sich, wie jede äußere Befreiungstat, nur im Kampf gegen die Weststaaten und seine Vasallen im Osten durchsetzen, da diese allein an der deutschen Freiheitsberaubung Schuld und Interesse haben.«

Die politische Kombination, die dieser und ähnlicher Strategie zugrunde liegt, ist die Vorstellung von einem »Kampf der Angelsachsen um den Dreizack Neptuns«, wie poetisch eine andere Leitartikelüberschrift der Kreuzzeitung vom 22. Februar 1929 lautet. Diese Meinung und Vorstellung ist jedoch keineswegs auf die Rechtsparteien in Deutschland beschränkt. Die bolschewistisch-reaktionäre These von der englisch-französischen Einheitsfront gegen Rußland und Amerika hat so ziemlich bei allen politischen Parteien in Deutschland Geltung. »Mit einer Kluft zwischen Amerika auf der einen und England-Frankreich auf der andern Seite werden wir jedenfalls vorläufig zu rechnen haben«, schrieb die Germania, allerdings im Oktober des vorigen Jahres. Aber, c'est le provisoire qui dure. Die Blendung durch das "amerikanische Wirtschaftswunder" ist trotz der letzten Denkschrift des Dawes-agenten nicht gewichen. Dollar und Girl faszinieren den deutschen Geist. Gelegentliche Erleuchtungen ändern daran gar nichts, denn ihnen fehlt die Folge. »England hat für die französische Bundesgenossenschaft offensichtlich den Gedanken eines deutsch-französischen Gleichgewichts auf dem Kontinent endgültig preisgegeben und vielleicht sogar dem Geist nach den mehrseitigen Locarnopakt zugunsten Frankreichs umgedeutet«, heißt es in dem oben angezogenen Leitartikel der Germania. Alle sonst so betonte nationale Würde verschwindet, wenn die Hoffnung besteht aus Englands gnadenreichen Händen ein Almosen entgegennehmen zu können. England ist nun einmal der anerkannte arbiter mundi für die anglophile deutsche Politik, und keine Enttäuschung reicht aus nach einem andern Weg zu suchen.

Die balance of power als ein Ziel deutscher Sehnsucht: wie fern ist man bei uns noch von den Anfangsgründen europäischer Denkweise! Auch der Londoner Korrespondent der Frankfurter Zeitung weiß im Morgenblatt vom 9. Oktober 1928 nichts Besseres als sich darüber zu beklagen, daß England nicht die "Maklerrolle" zwischen Deutschland und Frankreich übernehme:

»Das wußte man seit langem, aber man hätte wenigstens erwarten dürfen, daß sich die englische Regierung neutral verhält und es Berlin und Paris überläßt mit einander einig zu werden. Während aber seit Jahren nicht ein einziger Fall vorliegt, in dem der deutschen Regierung im Sinne von Locarno von England ein diplomatischer Dienst geleistet worden wäre, mehren sich die Fälle, in denen die Vertreter Englands in einer Art, bei der man den britischen Stolz vermißt, sich zum Werkzeug der französischen Politik machen lassen.«

Welch rührende Sorge um den »britischen Stolz«. Warum nicht etwas mehr um den deutschen Stolz oder doch zum mindesten um das deutsche Wohlergehen? Gewiß, man hat auch Erleuchtungen, läßt sich von dem New Yorker Korrespondenten für das Morgenblatt vom 21. November 1928 nach der Wahl Herbert Hoovers zum Präsidenten dies schreiben:

»Die europäischen Völker werden deshalb gut daran tun sich mit der Erkenntnis abzufinden, daß sie die Hilfe, deren sie zur Besserung ihrer Lage so dringend bedürfen, sich durch eigene Anstrengungen selbst gegenseitig gewähren müssen.«

Aber solche Erkenntnis hält kaum vom Morgen bis zum Abend an. Zur Abwechslung wirft man dann doch wieder mit der Wurst nach der amerikanischen Speckseite, um dann über die Böswilligkeit der "anderen" zu klagen.

Warum das alles? Weil vorgefaßte Meinungen, ungeprüfte Schlagworte, übernommene Traditionen bequemer sind als eigenes Denken, selbständige Urteilsbildung und -findung. Es zeugt von einer außerordentlichen Enge des Geistes, von einer Verkennung ideeller wie materieller Triebkräfte, wenn man sich die Lösung der Differenzen zwischen den beiden angelsächsischen Mächten nur durch einen Krieg vorstellen kann, ob das nun vermittelt eines militärischen oder eines angeblich marxistischen Schemas ohne Einbeziehung ideologischer Kräfte geschieht (die Marx nie verkannt noch unterschätzt hat).

»An dem Tag, da die beiden großen Imperien sich über die Möglichkeit verständigen: für England seine Flotten vom Atlantischen zum Stillen Ozean durch einen von Mittelamerika unabhängigen Kanal fahren zu lassen, und für die Vereinigten Staaten keinen Konkurrenten mehr in Lateinamerika zu haben, dieser seiner großen Kolonie, die größer ist als alle Kolonialreiche der Welt, an dem Tag wird die angelsächsische Hegemonie endgültig über die Welt errichtet sein. Diese Vereinbarung, die in Amerika von allen Publizisten und allen avisierten Politikern verkündet (préconisé) wird, und die auch den Grund bildet für die Politik des Foreign Office seit dem Krieg, das heißt seit die Vereinigten Staaten sich auch als eine große Militärmacht entpuppten und den Rang der ersten ökonomischen Macht der Welt eroberten: diese Vereinbarung begegnet keinerlei ernsthaften Schwierigkeiten, und mit einem kleinen pazifistischen und internationalistischen Trick (tour de main) könnte sie die besondere Politik der Labour Party werden, selbst ohne den Hintergedanken der Hegemonie, die aber doch ihre Grundlage ist.«

So urteilt im Brüsseler Peuple vom 12. Februar 1929 der Genosse Arturo Labriola im Anschluß an den Artikel Ludwig Quessels Die Bilanz unserer Außenpolitik, der am 21. Januar in den Sozialistischen Monatsheften erschien. Und er begründet diese Auffassung durch einige Worte, die wertvoll genug sind, um an dieser Stelle wiederholt zu werden:

»Ein Krieg zwischen Großbritannien und Amerika könnte schließlich kein anderes Ergebnis haben als die Preisgabe des Stillen Ozeans an Japan, des Atlantischen Ozeans an Frankreich und des Mittelmeers an Italien, das heißt wäre nichts anderes als die Götterdämmerung der angelsächsischen Macht in der Welt. Das alles ist derartig augenfällig, daß selbst bei der besondern Schwerfälligkeit der traditionellen englischen Politik diese Überlegung die gesamte Orientierung der englischen Politik bestimmen muß.«

Das alles ist wirklich evident, und kein Kampf um den »Dreizack Neptuns« wird den angelsächsischen Kurs beeinflussen. Was gilt gegenüber der großen Aussicht auf gemeinsame Weltbeherrschung die "Freiheit der Meere"? Vielmehr der Kampf um das englische Kaperrecht? Einem schlechten Konkurrenzgeschäft hat die kapitalistische Welt noch immer ein aussichtsreiches Kompaniegeschäft vorgezogen. Das gilt nicht nur für Privat-, das gilt auch für Staatsfirmen. Und anders sieht kein Engländer, kein Amerikaner diese Dinge an. In den gegenseitigen Beziehungen findet man den »Schlüssel der Welt«, wie J. L. Garvin seinen Leitartikel im Observer vom 2. Dezember 1928 überschreibt. Es ist ein höchst interessanter Artikel, man sollte ihn zur Pflichtlektüre für angehende und auch für arrivierte Politiker machen und ihn einmal auch im Auswärtigen Amt zirkulieren lassen. Was bedeutet der Völkerbund? Er mag ruhig »seinen Laden schließen (as well put up its shutters)«. Die »neuerliche englisch-französische Idee ist für immer tot«. Laßt die europäischen natives, so ungefähr ist die Stimmung dieses Artikels, sich die Köpfe einschlagen, wir haben andere Sorgen:

»Die Hauptsache ist diese Reibung [zwischen England und Amerika] zu beenden, und der einzige Weg ist Amerika seinen Willen zu lassen. Wenn daraus Freundschaft entsteht, und das wird so sein, werden die amerikanischen Kreuzer ein Gewinn sein für die ganze englischsprechende Welt, wenn je man sie benötigen wird.«

Genügt es? Es ist nicht die Stimme eines Rufers in der Wüste. Ähnlich New York Times oder New York World, ähnlich andere Publizisten in England. »Wenn wir jetzt die "Freiheit der Meere" im Geist des Pariser Friedenspakts . . . behandeln, so werden nur wenige Monate vergehen, bis Amerika sich uns anschließt. Mit der Briten-und-Amerikaner-Einigung werden die Meere frei sein und die Welt in Ordnung.«

So Wickham Steed am 17. Februar 1929 in der gleichen Sonntagszeitung. Die Liste kann nach Wunsch erweitert werden. Pax anglosaxonica: das ist die neueste Phase der Weltpolitik; Welthegeemonie der vereinigten Mächte Großbritannien und Vereinigte Staaten, Europa als Kolonialreich.

Und sie ist die aussichtsreichste, wenn Europa sich nicht auf sich selbst besinnt. Das ist auch unter sozialistischem Gesichtspunkt die entscheidende Frage. Daß die Überwältigung des Kapitalismus nicht von Amerika ihren Ausgangspunkt nehmen wird, dürfte bei der liebevollen Versenkung in die Gegenwartsgeschichte dieses Reichs wohl auch dem politischen Schulkind einleuchten. Der europäische Arbeiter als Kolonialsklave, ausgebeutet, wenn auch indirekt, von dem amerikanisch-englischen Arbeiter, der teilhat an der Beherrschung der Welt, wird schwerlich den Kampf gegen diese Unterdrückungsmaschine mit Erfolg führen können. Es würde das wichtigste Verbindungsglied fehlen: die Solidarität, das gemeinsame Interesse mit den im Verhältnis reichen Proletariern der herrschenden Reiche.

Doch das sind schon (wenn auch höchst wichtige) Zukunftssorgen. Es gibt näherliegende. Und wir fürchten: Es ist Deutschland, das, gebanntem Blicks auf Amerika stierend, bei den Verhandlungen in Paris das Geschäft des Divide et impera erleichtert. Einem in der Schulden- und Reparationsfrage einigen und geschlossenen Europa könnte auch Amerika nicht das Gesetz des Handelns vorschreiben. Gerade um diese Einigkeit kämpfen mit Zähigkeit die Vertreter Frankreichs. Aber die Thesen Deutschlands rechnen mit dem gnädigen Wohlwollen des "Weltbankiers". Sie rechnen falsch. Selbst was die Anleihen anlangt, die man erwartet. Es scheint in den maßgebenden Kreisen deutscher Politiker noch nicht bekannt zu sein, daß schon im vorigen Jahr ein beträchtlicher Teil der amerikanischen kurzfristigen Gelder für Deutschland aus französischen Anlagen stammt, wie die der Frankophilie unverdächtige Frankfurter Zeitung aus Paris berichten mußte. Deutsche Pfandbriefe sind in größerer Anzahl in Mittel- und Südfrankreich untergebracht. Der Weg von Paris nach Berlin könnte abgekürzt, der Zinsfuß für ein europäisches Deutschland gesenkt werden. Finanzielle Versorgung des europäischen Kontinents von Paris aus über New York und London: welch ein Wahnsinn. Jedoch, mindestens gilt das für Deutschland, die »amerikanische Fassade der europäischen Finanzierung« beginnt noch nicht, entgegen der optimistischen Auffassung der Prager Presse, abzufallen. Man sieht weder die Finanz- noch die wachsende Wirtschaftskraft Frankreichs, über die vor kurzem Francis Delaisi in einem aufschlußreichen Artikel in der Gesellschaft berichtete. Mit Genugtuung verläßt man sich auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Osteuropa, etwa in Polen oder der Tschechoslowakei, ohne aber zu bemerken, daß sich auch dort "Wirtschaftswunder", nämlich ökonomische Umstellungen vollziehen, die freilich auf längern Zeitraum berechnet sind und nicht auf Eintagserfolge. Man träumt lieber den schönen Traum von einem neuen Mitteleuropa unter Deutschlands Hegemonie, das gegen Frankreich gerichtet ist, und läßt ihn sich neuerdings auch geopolitisch "untermauern". Inzwischen

hilft Frankreich ganz folgerichtig am Aufbau der osteuropäischen Staaten. Den deutschen Politikern bleibt die Genugtuung kriegerische Erklärungen gegen die "Vasallen" Frankreichs loszulassen. Das wird nichts ändern und wird nichts helfen, aber sehr viel schaden: der gesamteuropäischen und leider auch der deutschen Wirtschaft, weil der Aufbau nicht nach europäischem Plan sondern notgedrungen nach vermeintlich nationalen Bedürfnissen vorgenommen wird, während doch die Zeit der engen Nationalstaaten, die innerhalb eines durch natürliche und ökonomisch-gesellschaftliche Bedingungen einheitlichen Wirtschaftsgebiets gegen einander kämpfen, längst vorbei ist.

Welch wichtiges Exportgebiet das auf Ausfuhr angewiesene Deutschland sich damit entgehen läßt, ist in den Sozialistischen Monatsheften oft genug dargetan worden. Wenn die angelsächsische Welt wenigstens noch einen ausreichenden Ersatz dafür böte! Aber die Vereinigten Staaten grenzen sich statt dessen durch immer höhere und undurchdringlichere Zollmauern ab und forcieren gleichzeitig den eigenen Export, ganz besonders in Richtung der lateinamerikanischen Staaten. Auch hier verschließt sich durch seine geistige und wirtschaftliche Verschreibung an das Angelsachsentum Deutschland ein höchst wichtiges Gebiet. Über die große Zukunft dieses Erdteils, seine Verbundenheit mit europäisch-romanischer Kultur, über den "Gegensatz zwischen dem angelsächsischen und iberischen Amerika" wie seine Bereitwilligkeit mit Europa, speziell auch mit Deutschland, in engere Handelsverbindungen zu treten berichtete gerade jetzt Karl Sapper, auf Grund seiner letzten Reise im Jahr 1927-1928, in der Umschau. Die gedrängte Darstellung der Erlebnisse und Beobachtungen dieses ausgezeichneten Kenners Iberoamerikas ist ein wertvoller Beitrag, eine Ergänzung auch zu dem vor 4 Wochen in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Artikel Christian Herrmanns über die von deutschen Schulmännern propagierte Verdrängung des Romanischen durch das Angelsächsische im Sprachunterricht. Daß weiter der Ausschluß der europäischen Konkurrenz vom Britischen Weltreich noch rigorosier werden wird, wenn die zu erwartende Einigung der beiden angelsächsischen Mächte eingetreten ist, bedarf wohl keines Beweises.

Für und gegen die Einheit Europas, das eine Halbinsel am asiatischen Kontinent ist, wird in Paris gekämpft. Um sein selbständiges wirtschaftliches und kulturelles Dasein. Die Frage "Ost oder West?" ist falsch gestellt. Es besteht weder ein kultureller noch ein wirtschaftlicher Gegensatz zum Osten Europas noch zum asiatisch-europäischen Rußland. Ganz im Gegenteil sind auch hier die Verbindungsfäden jahrtausendalt, und die wirtschaftliche Ergänzung des industriellen europäischen Westens durch den agrarischen Osten müßte auf den ersten Blick einleuchtend sein. Es gehört zum Schuldkonto der Bolschewisten diesen klaren Tatbestand vernebelt und so dem kapitalistischen Angelsachsentum in die Hände gearbeitet zu haben. Durch seine natürliche Lage hat Deutschland die Entscheidung über Europa zum großen Teil in der Hand. Das könnte seine Stärke sein. Das ist aber seine Schwäche. Denn, dadurch verführt, treibt es heute noch eine (nicht durch klare Zielsetzung bestimmte sondern aus Stimmung und illusionärer Selbsttäuschung herrührende) Politik der Isolierung, die es von seinem europäischen Mutterboden losreißt, um es fremder Wirtschaft, fremder Kultur gegen seine eigenen und eigentlichen Lebensinteressen dienstbar zu machen.



## JULIUS KALISKI · DAS EINHEITSPROGRAMM DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT

**B**EI den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die verschiedensten Fragen der Lebensmittelpolitik während des Krieges und in den Jahren nach dem Zusammenbruch ist an dieser Stelle mit Bedacht oft und eindringlich betont worden, daß erst nach dem Eintritt ruhigerer Verhältnisse die schwierige Lage der Landwirtschaft in ihrem vollen Umfang zur Geltung kommen werde. Besonders notwendig wurde dieser Hinweis in den Zeiten vielfacher Lebensmittelknappheit und inflatorischen Preisspiels, da alle sahen und glaubten, daß die Einnahme- und Gewinnquellen der Produzenten förmlich sprudelten, und die Furcht vor Bindungen irgendwelcher Art die geschworensten agrarischen Gegner liberaler Händlerpolitik von einst zu begeisterten Anhängern der Ablehnung jeder staatlichen oder gesellschaftlichen Preis- und Marktreglung werden ließ. Es ist nicht ganz überflüssig daran zu erinnern, daß mit der Industrie und den Banken leider auch die Vertreter der Landwirtschaft die Bestrebungen einen Wirtschaftsaufbau ernstlich vorzubereiten unwirksam machten, selbst der Forderung widersprachen für die kommenden Kreditansprüche der Produktion im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu rüsten. Man verkannte eben das Wesen der Inflation so gründlich, daß man der Meinung war über die Kreditrüstung schon zu verfügen. Für die Führung sogenannter Verbraucherinteressen war damit eine Operationsbasis gegeben, wie sie gleich verlockend gar nicht gedacht werden konnte. Als jedoch die Kulissen fielen, der Sachverhalt sich der Produktion unverhüllt zeigte und naturgemäß bei den Produzenten zuerst eine Umkehr der Hoffnungen und Meinungen bewirkte, begannen die öffentlichen Erörterungen über die agrarischen Verhältnisse sich abermals peinlich zuzuspitzen. Wieder dauerte es geraume Zeit, bevor der Tatbestand allgemeiner bekannt wurde, und man in weiteren Kreisen an die katastrophale Lage der Landwirtschaft zu glauben begann. Inzwischen wurde viel Zeit verloren, um lange verkannte Übelstände wirksam anzugreifen; dafür war eine gegenseitige wirtschaftliche und politische Verhetzung betrieben worden, die selbst kostspielige Eingriffe und Aufwendungen staatlicher Verwaltungen zugunsten der Landwirtschaft öfter bis zur Entwertung beeinträchtigte.

Bedenklich und von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt waren gewisse Bemühungen die Landwirtschaft zu trennen, Klein- gegen Großgrundbesitz auszuspielen und dergleichen mehr. Diese Versuche mußten fehlschlagen, sie haben bei sehr schlimmen Nebenwirkungen doch immerhin den einen, wenn auch unbeabsichtigten Erfolg gehabt der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, daß die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit einen einheitlichen Körper darstellt, der, bei allen Gegensätzen in seinem Innern, in entscheidenden Situationen auch als Einheit handelt. Das Gemeinschaftsinteresse wird sich in der Landwirtschaft immer stärker zeigen als die verschiedenen Interessen einzelner Teile. Es hat weder Sinn noch Erfolg die agrarische Einheitsfront aufrollen zu wollen. Sowenig man heute Arbeiterpolitik gegen die Gewerkschaften treiben kann, so aussichtslos ist es Agrarpolitik gegen die Agrarier zu treiben, und man muß sich daran gewöhnen die Landwirtschaft mit den großen Organisationen zu identifizieren, die gerade eben als die Träger der Forde-

rungen der deutschen Landwirtschaft geschlossen auftreten. Daß innerhalb der Landwirtschaft selbst noch sehr häufig ein entsprechendes Verständnis für diese Zusammenhänge den Arbeiterorganisationen gegenüber fehlt, darf niemand veranlassen selber in Fehlern zu beharren, die nur politische Selbsttäuschung zur Folge haben, also die eigene politische Wirksamkeit verringern. Bei jedem ernstem agrarpolitischen Wollen wird die einheitliche Landwirtschaftsfront nur zu begrüßen sein, sie schafft den Arbeitsboden, der taktische Künsteleien ausschließt und zweifellos jede ernsthaft gewollte Verständigung erleichtert. Gerade jetzt stehen wir einer solchen Tatsache gegenüber.

Am 20. März legten der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Reichslandbund, die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und die Deutsche Bauernschaft der Reichsregierung ein gemeinsam aufgestelltes Programm vor. Bei der Bedeutung dieser Aktion, die in ihrer Wirkung auf die Wirtschafts- und Innenpolitik der Folgezeit kaum überschätzt werden kann, seien die Forderungen der deutschen Landwirtschaft, so wie sie in jenem Programm formuliert sind, hier wiedergegeben:

#### »A · ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die ausländische Einfuhr von Agrarprodukten nach Deutschland darf nur zur Ergänzung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion dienen, soweit diese den Bedarf des deutschen Volkes nicht zu decken vermag. Infolgedessen muß eine Regulierung des deutschen Marktes neben entsprechend verstärktem Zollschutz durch andere geeignete Maßnahmen zur Regelung der Einfuhr gesichert werden. Es ist demgemäß der Erlass reichsgesetzlicher Grundlagen nötig für die Schaffung zentraler Einrichtungen zur Regelung der Einfuhr der landwirtschaftlichen Hauptprodukte (zunächst Getreide, Vieh aller Gattungen und Molkereiprodukte) mit der Aufgabe die ruinösen Wirkungen der Weltmarktpreisschwankungen auf die deutschen Preise auszuschalten und stabile Preise im Inlande zu sichern. Die bestehenden und zukünftigen Handelsverträge sind auf dieser Grundlage zu gestalten. Die bevorzugte Behandlung ausländischer Agrarerzeugnisse bei der Umsatzsteuer (Umsatzsteuerfreilisten) ist zu beseitigen. Für die einzelnen Gebiete fordern wir zur Sicherung einer auskömmlichen Preisbildung folgende Maßnahmen:

##### I · GETREIDE

###### *Zoll- und handelspolitische Maßnahmen*

1. Sicherstellung einer stabilen Preisbildung für das inländische Getreide, die dem allgemeinen Lebenshaltungsindex entspricht und die auf der Landwirtschaft liegenden besonderen Lasten berücksichtigt. Die grundlegenden Bestimmungen sind durch Reichsgesetz zu erlassen.
2. Für das der Regelung unterliegende aus dem Auslande einzuführende Getreide wird ein Preis festgesetzt, der unter Berücksichtigung des Grundsatzes zu Ziffer 1 dem Qualitätsunterschied zwischen Inlands- und Auslandsgetreide entspricht (Grundpreis).
3. Die Festsetzung des Grundpreises zu Ziffer 2 erfolgt durch einen im Reichsgesetz vorzusehenden Reichsgetreiderat, in dem die beteiligten Wirtschaftsgruppen, einschließlich der Verbraucherschaft, vertreten sind. Den Erzeugern ist in ihm eine maßgebende Vertretung einzuräumen. Dem Reichsgetreiderat liegt der Erlass von Bestimmungen für die Geschäftsregelung sowie deren Überwachung ob (vergleiche Ziffer 4). Der Reichsgetreiderat kann Vorschriften über die Verpflichtung der Mühlen zur Vermahlung inländischen Getreides erlassen und die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung treffen.
4. Die geschäftliche Durchführung ist einer kaufmännischen Zentralstelle zu übertragen, deren enges Zusammenarbeiten mit der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung sicherzustellen ist.
5. Die in Aussicht genommene Regelung bezieht sich auf Weizen, Roggen und deren Erzeugnisse, Gerste, Hafer und Mais sind ebenfalls einzubeziehen.
6. Die Regelung bezieht sich in gleicher Weise auf Einfuhr und Ausfuhr. Maßgeblich für die Handhabung ist in allen Fällen der Grundsatz zu Ziffer 1.
7. Die Regelung erfolgt unabhängig von der Zollfestsetzung; die möglichste Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle liegt im sachlichen Interesse der Regelung. Als erster

Schritt ist die Beseitigung der Zwischenzölle für Getreide und Getreideerzeugnisse erforderlich.

#### *Innere Absatzmaßnahmen*

1. Benutzung der zwischen den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft und der Müllerei vereinbarten Handelsklassen von Brotgetreide als Grundlage für die Preisnotierung an sämtlichen deutschen Produktenbörsen.

2. Grundsätzliche Abänderung der gegenwärtigen Lagerscheingesetzgebung zur Erleichterung der Erntefinanzierung.

3. Verstärkung der Reichsmittel für die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft.

#### II · VIEH UND FLEISCH

Gewährleistung eines vollkommenen und einheitlichen Seuchenschutzes, insbesondere Wiederinkraftsetzung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und Regelung des Verkehrs in den Seegrenzschlachthöfen. Erhöhung der Fleischzölle auf den jetzigen autonomen Satz von 45 Mark als Vertragsatz und Anpassung aller Lebendviehzölle an die erhöhten Fleischzölle, Aufhebung der Vorzugszölle für Speck und Schmalz. Maßnahmen zur Sicherstellung stabiler und auskömmlicher Preise durch Regelung der Einfuhr sowie Ausbau der vorhandenen Absatzorganisationen zwecks Regulierung des innern Angebots, Ausbau und Fortführung der Maßnahmen des Notprogramms zur Sicherung auskömmlicher Preise bei allen Viehgattungen.

#### III · MILCH- UND MOLKEREIPRODUKTE

Erhöhung der Zölle auf milchwirtschaftliche Produkte unter Zugrundelegung eines Vertragszollsatzes von 60 Mark je Doppelzentner Butter. Vorlage eines die Produktion und deren Qualität fördernden und zweckmäßige Absatzverhältnisse vorbereitenden Reichsmilchgesetzes, das gleichzeitig den landwirtschaftlichen Belangen Rechnung trägt. Förderung milchwirtschaftlicher Organisationen, in denen die Belieferungs- und Verarbeitungseinrichtungen zusammenzufassen sind zum Zwecke der Rationalisierung und Standardisierung der milchwirtschaftlichen Produkte. Regelung der Einfuhr aller Milcherzeugnisse und des Absatzes der Inlandsproduktion in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften und dem freien Handel.

#### IV · KARTOFFELN

Verstärkter Zollschutz des inländischen Kartoffelbaues, entsprechende Erhöhung des Frühkartoffelzolles unter Ausdehnung bis zum 10. September, Förderung der Erzeugung von Markenkartoffeln, Gewährung von Beihilfen für den Bau von Einsäuerungsanlagen, Unterstützung des kartoffelverarbeitenden Gewerbes.

#### V · ZUCKER

Änderung des Zuckerzollgesetzes durch Erhöhung des dort vorgesehenen inländischen Höchstpreises von 21 Mark auf 23 Mark.

#### VI · GEMÜSE, OBST, WEIN UND TABAK

Verstärkter Zollschutz des inländischen Gemüse-, Obst-, Wein- und Tabakbaues. Ausbau der Absatzorganisationen für diese Erzeugnisse, Förderung der inländischen Qualitätserzeugung, Gestaltung des Weingesetzes in Übereinstimmung mit den berechtigten Forderungen des deutschen Weinbaues.

#### VII · EIER UND GEFLÜGEL

Erhöhung des Zolles auf Eier auf 25 Mark je Doppelzentner, Förderung des genossenschaftlichen Eierabsatzes unter Ausbau der Maßnahmen des Notprogramms und Vorschrift der Herkunftbezeichnung für Auslandseier.

#### B · STEUERPOLITIK

Die Landwirtschaft kann neue Belastungen mit öffentlichen Abgaben nicht mehr übernehmen. Vielmehr ist eine Senkung der Steuern, insbesondere der Realsteuern, und der sonstigen öffentlichen Lasten erforderlich, ebenso eine einfachere und einheitlichere Gestaltung des landwirtschaftlichen Steuerwesens und die Beseitigung des Einkommensteuerrechts in den bäuerlichen Betrieben.

#### C · KREDITPOLITIK

Geboten ist eine engere Zusammenarbeit der zentralen landwirtschaftlichen Kreditinstitute unter Zusammenfassung ihrer Kräfte auf dem Gebiete des Personalkredits, des Absatzwesens, des Realkredits, der Besitzfestigung sowie der Siedlung und der Bodenverbesserung, die Erweiterung und schnellere Durchführung der Umschuldung, Verlängerung der von Öffentlicher Hand gegebenen Kredite, Vorsorge für die Ablösung der Golddiskontbankkredite ohne Erhöhung der Zinssätze und rechtzeitige Vorsorge gegen eine Erschütterung des Realkredits durch die im Jahre 1932 fällig werdenden Aufwertungshypotheken.



**D · SIEDLUNGSPOLITIK**

Aus volkswirtschaftlichen, bevölkerungs- und nationalpolitischen Gründen ist eine verstärkte Ansetzung von Bauernsöhnen, Pächtern, Heuerleuten und Landarbeitern durch Siedlung notwendig. Zur Erreichung dieses Zieles müssen Reich und Länder die hierzu notwendigen Staatskredite rechtzeitig und in ausreichendem Maße, insbesondere auch für die Ermöglichung von Teilverkäufen von größerem Besitz und damit auch zur Erweiterung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe auf die Größe einer selbständigen Ackernahrung zur Verfügung stellen und die zur Durchführung einer solchen verstärkten Siedlung notwendigen Maßnahmen beschleunigt treffen. Das deutsche Pachtrecht muß eine dauernde Gestaltung erhalten, die in Beseitigung der gegenwärtigen Mißstände einen gerechten Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Pächter und Verpächter gewährleistet.

**E · BILDUNGS- UND BERATUNGSWESEN**

In verstärktem Maße müssen öffentliche Mittel zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Schulwesens unter besonderer Berücksichtigung erleichterter Bildungsmöglichkeiten für den landwirtschaftlichen Nachwuchs und die landwirtschaftlichen Betriebsleiter sowie zur Verstärkung des bäuerlichen Beratungsdienstes bereitgestellt werden.

**F · TARIFPOLITIK**

Die oben dargelegten Maßnahmen sind durch eine angemessene Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse aller Gebietsteile des Reiches in der Tarifpolitik der Reichsbahn zu ergänzen.«

Am Schluß des Programms wird noch festgestellt, daß die Organisationen sich auch noch »weitere Vorschläge auf den einzelnen Gebieten« vorbehalten, und die Unterzeichner: Brandes, Schiele, Hermes, Fehr, fügen hinzu:

»Wir halten es für unsere Pflicht darauf hinzuweisen, daß unter den deutschen Bauern eine an Verzweiflung grenzende Stimmung herrscht, die tiefe Gefahren in sich birgt. Deshalb müssen diejenigen Maßnahmen, die weiterer Vorbereitung nicht mehr bedürfen, unverzüglich getroffen werden. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung und damit die Gefährdung der Versorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln sind sonst nicht aufzuhalten.«

Die einzelnen Forderungen dieses Einheitsprogramms werden hier noch in späteren Arbeiten zu erörtern sein, vor allem auch in der der Landwirtschaft gewidmeten Rundschau, viele von ihnen, und in ihrer Tendenz alle wesentlichen, sind schon früher hier in Untersuchungen vorweggenommen worden, oder sie ergeben sich aus ihnen. In diesem Artikel soll nur auf das eigentlich Programmatische der Kundgebung hingewiesen werden. Denn alle diese Forderungen: Verstärkung des Zollschatzes für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Marktreglung durch Zusammenfassung der Ein- und Ausfuhr, Ausbau der Organisationen für den innern Absatz als Voraussetzungen für die Steigerung der Produktion und der Qualität der deutschen Produkte, bilden eine Kette von Staats- und Selbsthilfemaßnahmen, die von den landwirtschaftlichen Verbänden in der Begründung ihres Programms mit Recht als untrennbares Ganzes behandelt werden.

»In vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit erklären wir mit aller Eindringlichkeit, daß eine nachdrückliche Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschatzes im ganzen die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg jeder Selbsthilfe und damit für die Überwindung der gegenwärtigen Agrarkrise bildet.«

Mit diesen Worten leiten die landwirtschaftlichen Verbände ihre Forderungen ein, und sie taten es sicherlich in dem Bewußtsein, daß gerade die zollpolitischen Maßnahmen ihres Programms unmittelbar den stärksten Widerspruch hervorrufen werden. Diese Annahme hat sich auch erfüllt. Indessen ist dabei der Eindruck kaum zu verwischen, daß der Widerstand gegen die zollpolitischen Wünsche der Landwirtschaft doch zu einem erheblichen Teil

nur auf Zwangsläufigkeit der Gewohnheit zurückzuführen ist. Schlechte Übung von Jahrzehnten, die Litanei des doch zumeist überwundenen kleinbürgerlichen Liberalismus, dessen Erbschaft zu übernehmen die Sozialdemokratie sich hüten sollte, kehrt in der linksgerichteten Presse wieder. (Dabei hat vor allem der Getreidehandel seine frühere sterile Freihandelsbegeisterung wohl gründlich aufgegeben.) Immerhin ist der Fortschritt zu verzeichnen, daß in der sozialdemokratischen Presse Agrarzöllen gegenüber die Taktik der Ablehnung geändert worden ist. Anklagen gegen den Zollwucher und ähnliche Deklamationen vom bloßen Konsumentenstandpunkt aus haben ihren Kurs allmählich verloren. Heute argumentiert man vielmehr damit, daß das zollpolitische Rüstzeug seinen Wert eingebüßt habe, und der Landwirtschaft mit einer Erhöhung der Zölle gar nicht geholfen werden könne. Am Ende ist es freilich schwer gegen eine Bereicherung der Landwirtschaft durch Zölle auf Kosten des Volkes loszuziehen und gleichzeitig die Wirkungslosigkeit der selben Zölle zu beweisen. Den besten journalistischen Leistungen der Linkspresse wird es versagt bleiben die Bauern für eine Beseitigung der Agrarzölle zu gewinnen, ganz aussichtslos wird das Beginnen sein, wenn es sich an andere Kreise der Landwirtschaft richtet. Der letzte Landwirt weiß heute, daß die Zollpraxis in Verbindung mit dem Einfuhrschein gehandhabt wird, vor allem bei der Ein- und Ausfuhr von Getreide. Auf diese Verbindung kann auch nicht verzichtet werden, es wäre je länger je mehr unmöglich Weizen zu importieren, wenn nicht zugleich entsprechend Roggen ausgeführt wird. Soll der Konsum in Deutschland nicht zu einer sehr wesentlichen Einschränkung des Verbrauchs an Weizenmehl gezwungen werden, muß die Roggenausfuhr erleichtert werden.

Wenn die Einfuhr von Nahrungsmitteln aller Art in die erforderliche Proportion zur deutschen Finanzkraft gebracht werden soll, wird eine Regelung der Ein- und Ausfuhr, sei es durch ein Getreidehandelsmonopol oder durch Einrichtungen anderer Art, unentbehrlich und unvermeidlich sein. Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrem Kieler Programm das Außenhandelsmonopol für Getreide verlangt, sie hat sich in der Begründung dieser Forderung die Auffassung zu eigen gemacht, die in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahrzehnten vertreten worden ist. Diese Wandlung seit der Ablehnung des Antrags Kanitz im Jahr 1894, der in ähnlicher Gestalt von Jean Jaurès zu einem sofort auszuführenden Postulat erhoben wurde, kann gewiß gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie erlaubt es aber nicht die notwendigen Agrarzölle jetzt mit dem Einwand abzulehnen, daß ein Getreidehandelsmonopol die Zollerhöhungen und Zölle überhaupt erübrige, da zwischen der Sozialdemokratie und der landwirtschaftlichen Gesamtheit Einmütigkeit über die Notwendigkeit einer gesetzlich herbeizuführenden Marktreglung bestehe. Das Monopol besteht doch noch nicht, es wird zunächst nur gefordert. Es kann also schon darum allein nicht Zölle überflüssig machen, die zum Schutz der Getreideproduktion notwendig sind. Die Zölle können auch nach Einführung eines Getreidehandelsmonopols nicht ohne weiteres fortfallen, weil sie für manche Fälle als Dämme zu dienen haben. Diese Funktion der Zölle ist sehr vielgestaltig und sollte in ihrer Bedeutung von denen, die sich für die Wirtschaft der Nation verantwortlich halten, nicht übersehen werden. Stören könnte ihre Beibehaltung, auch für den Fall des Inkrafttretens eines Monopols, in keinem Fall.

Für uns Sozialdemokraten wird die bevorstehende Entscheidung über die Agrarzölle zu einem Prüfstein unseres staatspolitischen Wollens und Könnens. Im Prinzip hat die Sozialdemokratie die Bedeutung der Landwirtschaft für das Leben der Nation längst erkannt. Aber dieses Erkenntnis wird leider nur zu oft durch die Vertretung vermeintlicher Verbraucherinteressen getrübt, und es kommt dann zu jenen Teuerungsdebatten, deren einziges Ergebnis in der Herausarbeitung eines Gegensatzes zwischen Landwirtschaft und Arbeiterklasse liegt. Daß damit der Lage der städtischen Arbeiter ein Dienst erwiesen wird, kann ernstlich niemand glauben. Schon die Vorstellung, daß die Interessen der Arbeiterklasse als Konsumenteninteressen angesprochen und in einen Gegensatz zu den Interessen der wichtigsten Produktion des Landes gestellt werden, ist für jede sozialistische Erkenntnis ein Unding, sollte daher schleunigst auch aus der sozialistischen Agitationspraxis verschwinden. In den schwersten Tagen der Nahrungsmittelversorgung hatte die Arbeiterklasse durchaus Verständnis für die von uns immer wiederholte Verkündung, daß es erstes und höchstes Gebot bleibe die Produktion auf ihrer Höhe zu erhalten und sie nach Möglichkeit zu steigern, daß kein Mittel zur Erreichung dieses Ziels zu beschwerlich und zu kostspielig sein dürfe. Die Festigung, die Kräftigung der Produktion unserer Landwirtschaft ist das wertvollste Aktivum, das die deutsche Wirtschaft heute zu verteidigen hat. Wir fassen nochmals zusammen, was zu sagen hier seit vielen Jahren immer wieder als Pflicht empfunden worden ist: Die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion ist die umfassendste und wirkungsvollste Politik des Konsumentenschutzes, sie ist die unentbehrliche Voraussetzung für jede Wahrung der sogenannten Konsumenteninteressen, sie muß deshalb ohne Unterbrechung betrieben werden. Aber, und das sollte stets in lebendiger Erinnerung bleiben: auch Preisopfer, die die Sicherung unserer Produktion verbürgen, dienen einer allgemeinen nationalen Angelegenheit, gegen die die Arbeiterklasse nicht sündigen darf, ohne sich selbst aufzugeben.

Die ungeheuren Verpflichtungen, die dem deutschen Volk aus dem verlorenen Weltkrieg entstanden, können auch bei der sachlichsten und gerechtesten Erledigung der Reparationsfrage nur erfüllt werden, wenn die deutschen Schaffenskräfte auf gesichertem Fundament zusammengefaßt werden, um zu ihrer vollen Entfaltung zu gelangen. Die erste Bedingung dazu ist die möglichste Unabhängigkeit der Nahrungsmittelversorgung vom Ausland, also die größtmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Das bedeutet zugleich eine sehr starke Erweiterung der Aufnahmefähigkeit der deutschen Landwirtschaft für die industrielle Produktion, und zwar auch über den Kreis jener Erzeugnisse hinaus, die ohnedies nur für die Landwirtschaft hergestellt werden. Man übersieht zu oft, gedankenlos oder bewußt, in welchem weiten Umfang Industrieunternehmen als zur Landwirtschaft gehörig gerechnet werden müssen, wenn man sich Rechenschaft darüber ablegen will, welchen Teil der Gesamtwirtschaft die Landwirtschaft darstellt. Der für europäische Verhältnisse ungeahnte Wirtschaftsaufstieg Deutschlands nach der zollpolitischen Neuordnung vom Jahr 1902 gibt dem vorurteilslosen Beschauer Anhaltspunkte für das, was die Landwirtschaft als Produktionskörper geleistet und bedeutet hat. Allerdings meinte in einem Parteiblatt kürzlich ein preußischer Landtagsabgeordneter, daß jene Zollgesetze eine Inflation von 30 % bewirkt hätten. Millionen werden mit uns



deutschland, in Berlin wie in Sachsen und in Hamburg im sozialen Gegen- einander der Klassen so leicht durchschaubar ist: im katholischen Rheinland und Westfalen ist es voller Probleme. Hier treten Bekenntnisse in festen Organisationen und Gebundenheiten auf, fordern, verbieten, nehmen Partei von der religiösen Wurzel her; alle politische Umwälzung und soziale Durch- pflügung haben die freiwillige religiöse Bindung unter Millionen wohl ver- wandeln, aber nicht im letzten zerreißen können. Darauf beruht vor allem die Macht der Hierarchie des deutschen Katholizismus. Und diese setzt er seit mehr als 2 Menschenaltern gegen 2 Gegner ein, die er zu haben glaubt: gegen den Liberalismus und den Sozialismus.

Beim Liberalismus war diese Gegnerschaft in der Tat von selbst gegeben und begründet. Die Kollektivität des Katholizismus kann sich mit der "Be- freiung des Individuums" in dem Augenblick nicht mehr abfinden, in dem es die freie Selbstverantwortung in das Gesellschafts- und Wirtschafts- leben trägt. Geistesgeschichtlich war dieser Gegensatz vielfach mit der Re- formation verknüpft; er wurde durch die konfessionelle Kontrastierung gegen- über dem Protestantismus noch verstärkt. Die Verbindung zwischen Libera- lismus und Katholizismus, die die Industrialisierung des deutschen Westens herbeiführte und ein ausgebeutetes katholisches Proletariat schuf, erzwang dem Katholizismus eine Stellungnahme. Sie fiel ihm um so leichter, als ge- rade die ersten kapitalistischen Pioniere, die die Massenproduktion organi- sierten und riesige Anlagen schufen, überwiegend Protestanten waren. Der Mainzer Bischof Ketteler kennzeichnete um die Jahrhundertwende mit einer für seine Zeit weit fortgeschrittenen Klarheit den demoralisierenden Charakter des Kapitalismus, die alle menschlichen Beziehungen sprengende Lehre von der freien Konkurrenz. Diesem Ruf sind nicht wenige gefolgt. Mochten sie die kapitalistische Wirtschaft im Grundsatz anerkennen oder nicht, mochten sie bloß den "Mammonismus" und den "kapitalistischen Geist" verurteilen, die eine an sich außerhalb der kirchlichen Verurteilung stehende Wirtschafts- ordnung unsittlich mache: es gibt keinen katholischen Sozialethiker in der Priesterschaft oder in der Laienwelt, der sich nicht gegenüber Liberalismus und Kapitalismus kulturell wie ökonomisch bis zur Ablehnung kritisch verhält.

In der Praxis kam das freilich nicht überall zum Durchbruch. Der Katho- lizismus machte mit seiner in 2000 Jahren bewährten Anpassungskraft an geschichtliche Gegebenheiten seinen Frieden mit der historisch gewordenen kapitalistischen Ordnung. Er mußte dies in um so höherem Maß tun, als sich im deutschen Westen schließlich katholisches Kapital in vieler Gestalt, vom Schwerindustriellen, Bankherren bis zum Zeitungsverleger hin, entwickelte. Freilich wurde dem Katholizismus damit auch ein mächtiges Stück der sozia- len Krise aufgebürdet, die die katholischen arbeitenden Menschen aus der Geborgenheit herausriß und sie schicksalsmäßig vom Besitz an Produktions- mitteln trennte. Die seelsorgerische Praxis begann in den Industriezentren auf die gesellschaftlichen Kontraste zu stoßen, auf Menschen in Elend und Verzweiflung. Wohl blieb der Katholizismus in den breiten Schichten noch letzte Bindung und Überlieferung. Aber die Kirche wurde in die politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen um menschliches Anrecht und menschliche Geltung mithineingerissen, ohne daß es ihr gelang jene Sicher- heit und Deutlichkeit gegenüber den wirtschaftlichen Phänomenen zu gewin- nen, die sie im mittelalterlichen Ständestaat unangetastet besessen hatte.

Viel schwieriger wurde die Haltung des Katholizismus gegenüber dem Sozialismus. Als sich der utopische Sozialismus gegen die soziale Verelendung im neuen kapitalistischen Vorzeichen erhob, gab es zunächst keinen die Geister scheidenden Gegensatz. Die sozialistischen Wunschbilder waren vielfach unmittelbar mit christlichen Begründungen einer neuen Menschengemeinschaft aufs engste verwoben, was bei Saint-Simon ebenso wie bei Wilhelm Weitling deutlich wird. Religion und Sozialismus traten erst in ein offenes Spannungsverhältnis zu einander, als sich Sozialismus und Arbeiterbewegung im Namen des modernen, des wissenschaftlichen Sozialismus vereinigten. Daß es so kam, war weniger unmittelbarer Wille Karl Marx' und Friedrich Engels' als das Resultat einer Haltung, die sich philosophisch an die Enteignung des Übersinnlichen durch die Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert hielt, Technik, Erfindungskraft und Rechenhaftigkeit des Kapitalismus mit umgekehrten Zeichen als Beweise für die notwendige Entwicklung zum Sozialismus mit herübernahm. Der philosophische Materialismus spukte im historischen Materialismus, der von den "Marxisten" keineswegs als einfache Forschungsmethode (was die ökonomische Geschichtsauffassung in Wahrheit nur ist) betrachtet wurde. Es gab nahe geistesgeschichtliche Verbindungslinien zum Darwinismus, obwohl dessen natürliche Auslese zugunsten der Stärkeren sich eher zur naturwissenschaftlich-weltanschaulichen Begründung des Liberalismus geeignet hätte. Als die neue Lehre zur Grundlage der modernen Arbeiterbewegung wurde, die sozialdemokratischen Organisationen die Industriegebiete allmählich überspannen und sich auch im katholischen Westen festzunisten begannen, da stießen sie zwangsläufig mit der katholischen Kirche zusammen. Es begann die Ära der päpstlichen Enzykliken, der Warnungen und Mahnungen der Bischöfe gegen Sozialismus und Sozialdemokratie. Es wurde ihnen nicht nur die Religionsfeindlichkeit bestätigt. Man bezeichnete ihre Ideenwelt und ihre Forderungen selber als irreligiös, wies nach, daß das sozialistische Verlangen nach Beseitigung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln mit der katholischen Eigentumslehre und ihrer naturrechtlichen Begründung in schärfstem Widerspruch stehe. Man proklamierte das Recht auf Eigentum und schüttelte auf Sozialismus und Sozialdemokratie alle Entstellungen und Vorurteile herab, mit denen die bürgerlich-kapitalistische Welt erfolglos die erstarkenden Reihen der sozialistischen Arbeiter herantrieb. Die berühmte Arbeiterencyklika des Papstes Leo XIII unterstellte dem Sozialismus, nach Eugen Richters Vorbild, daß er jegliches Privateigentum abschaffen wolle, und die "Teilung" gehörte zum eisernen Propagandabestand des katholischen Kapitalismus wie der Hierarchie.

Viele Parteigenossen haben diese Vorkriegsatmosphäre noch in lebendiger Erinnerung, um so mehr, als ihre Ausläufer bis auf den heutigen Tag noch nicht gänzlich abgestorben sind. Noch immer wirft man sich Bebels aus der Polemik mit dem jungen Kaplan Hohoff in den sechziger Jahren stammendes Wort vom »Wasser und Feuer« wie einen Spielball zu. In der Tat, wie einfach, wie leicht durchschaubar war die Lage zwischen Katholizismus und Sozialismus, zwischen den katholischen Organisationen mit kultureller und sozialer Note und der Sozialdemokratie. Drüben wurden besondere Verbände geschaffen, wie der Volksverein für das Katholische Deutschland, die Christlichen Gewerkschaften, mit der deutlich betonten Absicht Menschen fest im Bann der alten religiös-kirchlichen Gemeinschaft gegenüber den "Irr-

lehren" des Sozialismus zu halten. Hüben, bei der Sozialdemokratie, entwickelten sich die Beziehungen zu Religion und Kirche mehr und mehr so, daß, trotz aller "Privatsache", die Arbeiter erst in dem Augenblick innerlich zur Sozialdemokratie gelangen konnten, wenn sie den Trennungsstrich gegenüber ihrer katholischen Überlieferung gezogen hatten. Man schied dann aus einem seelischen Bezirk aus, um sich in einem gänzlich andern anzusiedeln: in der Welt des Sozialismus, mit scharfen Grenzziehungen, Klassenkampf, neuer Geschichts- und Kulturanschauung, wobei die Kampfstellung gegenüber der Kirche miteingeschlossen war. Das "aufgeklärte" Freidenkertum, das sich sein freies Denken mit vielgestaltigen ethischen Postulaten zu unterkellern versuchte, positivistisch, humanitär, monistisch, wurde für den durchschnittlichen Sozialdemokraten typisch. Er fühlte sich überlegen und bevorzugt jenen gegenüber, die im andern Lager der "klaren Einsicht in die Klassenlage" unter religiös-kirchlichen Hemmungen ermangelten, oder die sich in den eigenen Reihen einer bequemen Indifferenz zu ergeben schienen.



ALLES das war, in der Vorkriegszeit, nach keiner Richtung hin problematisch. Das lag nicht nur an der klar umrissenen Feindseligkeit zwischen Kirche und Sozialdemokratie. Wer damals zur Sozialdemokratie überging, der bezog eine Stellung, die von heroischen Entscheidungen unwittert war. Hier lebte Katakombengeist, mit Ausgestoßenen, Verfolgten, Märtyrern. Sozialdemokrat zu werden, das war für viele ein Durchbruch aus schwerer seelischer Entscheidung. Sie nahm Opfergesinnung und Opfergeist in Anspruch, sie bedeutete Maßreglung und Ächtung, und sie war, im überwiegend katholischen deutschen Westen, gleichbedeutend mit einer kaum überbrückbaren Trennung gegenüber Familie und traditionell gesicherter Glaubensmacht. Denn Katholik sein, das heißt nicht nur einer Kirchengemeinschaft angehören. Es heißt vielmehr im Besitz eines seelischen Ferments zu sein, das von religiöser Bindekraft, kirchlicher Befehlsgewalt, tiefeingewurzelter, in harten Religionskämpfen geprägter heroischer Solidarität gestaltet wurde. Der Sozialismus hatte damals eine ähnliche Anziehungsmacht. Seine Wegbahner sprachen meist von Interessen, im letzten war aber die Idee von Gesinnungen aus sittlichem Antrieb genährt. Menschen wurden Sozialisten und wurden Kirchengegner aus enttäuschter Liebe zur Religion. Der Sozialismus mit seinem menschenbefreienden Diesseitsziel wurde das große Erlebnis, beglückend, mit seelischen Sicherheiten, mit dem großen Zauberschlüssel zur Deutung der Welt, ihrer Geschichte und ihres Werdens zu neuen Ufern. Hier gab es Glaubensmächte, mit Lehre, Wort und befeuerndem Lied, Leben, Sinn und Phantasie erfüllend und umklammernd bis zu religiösen Gefilden.

Die geschichtliche Situation hat sich für Sozialismus und Sozialdemokratie gewandelt. Die Prophetie von einst, die erst recht darum eine war, weil sie im Zeichen der "notwendigen" ökonomischen Entwicklung keine sein sollte, steht heute vor konstruktiven Gegenwartsaufgaben, vor täglichem, verantwortlichem Mitgestaltungszwang, mit tausendfältig gestuften, nüchtern praktischen Notwendigkeiten. Aber gerade aus diesem Zwang zum sozialistischen Tagewerk kommt nun, ein unzerstörbares Erbe, der Wille zu vertieften seelisch-sittlichen Begründungen des Sozialismus. Hendrik de Mans Ruf über das Interesse mit mechanisch ökonomischer Motivierung offen die Gesinnung, für die der Sozialismus angewandte Ethik ist, zu stellen: ein Ruf, der hier in

den Sozialistischen Monatsheften manchen Vorläufer hatte, war eine historische Sendung. Die alten Schlagworte von Opportunismus, Reformismus, Katastrophe oder Aushöhlung sind versunken. Täglich gebietet die sozialistische Praxis eine neue Haltung, der gegenüber die Berufung auf alte Zitate mit Sätzen über einen *ändern* Kapitalismus, über einen *ändern* Staat, geschrieben in Zeiten einer gänzlich andern Stellung der Arbeiterklasse in der politischen Konstitution, zum erstarrenden Konservatismus werden muß. Es sind Verwandlungen unter den Aufgaben und unter den Menschen, unter der Lehre und im Glauben an Weg und Gestaltung. Schrieb Friedrich Engels einst, daß mit dem Sozialismus die Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit ausscheiden und das Reich der Freiheit beziehen werde, so darf man heute sagen, daß der Sozialismus aus dem geistesgeschichtlichen Reich des 19. Jahrhunderts zu scheiden beginne, um dafür die Freiheit seelischer Entscheidungen im Wissen um seine Unvergänglichkeit zu gewinnen.

Damit ist das Verhältnis des Sozialismus zu den alten religiös-kirchlichen Gemeinschaften problematisch und krisenhaft geworden. Man kann ihm nicht mehr Materialismus und selbstverständliche Religionsfeindschaft entgegenhalten, wenn die sittliche Gewalt einer Volks- und Menschheitsangelegenheit immer deutlicher und programmatischer erkennbar ist. Die Problematik und die Krisenhaftigkeit des Verhältnisses zwischen Kirche, Sozialismus und Sozialdemokratie, die in beiden Lagern offen bekannt und mit einer bisher nie erlebten Erregung besprochen wird, betrifft jedoch den Protestantismus viel weniger als den Katholizismus. Die protestantische Kirche, ganz auf persönliche Verantwortlichkeit und individuelle gläubige Haltung gestellt, kennt keine dogmatischen Befehle. Sie nimmt keine Stellung zu den gesellschaftlichen Organisationsformen, prägt keinen Eigentumsbegriff, fordert kein bestimmtes Eigentumsrecht. Versuche eine evangelische Wirtschaftsethik zu begründen werden keine autoritäre Kraft erringen können. Niemandem kann die protestantische Kirche gebieten nicht Sozialist oder Sozialdemokrat zu sein. Konflikte kamen und kommen weniger aus dem Gebiet des Religiösen; ein Verbot religiöser Sozialisten wäre nicht denkbar. Sie stammen aus politischen Ursachen: eine Erbschaft des Landeskirchentums, das politischen und sozialen Gestaltenwandel in überlieferter reaktionärer Verzopftheit aus der Welt predigen möchte. Protestantische und katholische Kirchlichkeit aber sind keineswegs nur durch Varianten in der Glaubenslehre unterschieden. Für den Katholiken gibt es ein religiöses Erleben überhaupt nur durch Vermittlung der Kirche als der Gemeinschaft der Gläubigen. Wer sich aus dieser kirchlichen Gemeinschaft löst oder Lehrmeinungen verkündet, die denen der Kirche entgegenstehen, steht im gleichen Augenblick schon draußen. Die Gewalt dieser Bindung, ihre Härte und ihr Konservatismus, die den katholischen Menschen vor seelischen Unruhen behüten, beziehen sich nicht auf bestimmte geschichtliche Situationen sondern auf allgemeingültige Grundwahrheiten über die Stellung des Menschen in Welt und Überwelt. Darum bekundet die Kirche trotz der Absolutheit ihrer Glaubenslehre im Augenblick geschichtlicher Wendepunkte, wenn sich die Sendung der Kirche unter den Menschen in neuer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Lage und Umwandlung behaupten muß, eine kluge Anpassung, die auch vor Auflockerungen früherer kirchenpolitischer Haltungen gegenüber Staat und Gesellschaft nicht zurückschrickt.





**L**ST ein solcher Wendepunkt heute gekommen? Es sind Zeichen dafür vorhanden, die sich überstürzen. Die Masse der katholischen Arbeiter, früher sicher und geborgen in ihren Organisationen, abgeschnitten von sozialistischen Ideen, ist mitten im sozialen Wirbelsturm. Sie erlebt den Gegensatz zwischen politischer Freiheit und gesellschaftlicher Unfreiheit noch um einige Grade erschütternder als die sozialistischen Arbeitsmenschen, die systematisch mit der Zwangsläufigkeit des wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses vertraut gemacht worden waren. Man hadert mit der Kirche, mit der Religion, mit der hierarchischen und politischen Führerschaft. Das Gewölbe des Katholizismus, das bestimmt zu sein schien alle Besitzgruppen und -klassen einheitlich und harmonisch zu überdachen: es ist heute durch die schmerzhaft empfundene soziale Kontrastierung zerspalten und durchlöchert. Doch die Zerrüttung der einst so beruhigenden Glaubenssicherheit vermag die letzten weltanschaulich-katholischen Haltepunkte nicht auszulöschen. Die katholischen Arbeitsmenschen sind zweifelnde, verzweifelnde Katholiken geworden, ihre Hingabe an das Gebet ist geschwächt, wie die Seelsorger im Industriegebiet bezeugen, aber sie sind dennoch Katholiken geblieben und werden es bleiben. Nur politische Illusionisten können daran glauben, daß die soziale Zerklüftung zu einem mächtigen Exodus aus dem Lager des Katholizismus führen müßte. Diese katholischen Arbeiter wählen gelegentlich sozialistisch, verharren aber im übrigen weiter in ihren katholischen Bindungen. Die Tatsache, daß sich das Zahlenverhältnis zwischen Freien und Christlichen Gewerkschaften im Herzen des Industriegebiets in 15 harten Krisenjahren nicht mehr wesentlich verändert hat, spricht eine deutliche Sprache. In der gleichen Zeit hat der Kapitalismus den Charakter einer durchrationalisierten Organisationswirtschaft angenommen. Die letzten Trennungen zwischen Besitz und Leitung erfolgten im Zeichen der Anonymität des Kapitals. Von den Arbeitsbeziehungen lösten sich alle Reste des Patriarchalismus ab. Der alte katholische Eigentumsbegriff trat in immer krassern Gegensatz zur wirtschaftlichen Wirklichkeit. Er konnte jetzt nur noch zugunsten der Besitzlosen ausgelegt werden, weil die kapitalistische Monopolwirtschaft ihnen die Möglichkeit des Eigentumsbesitzes überhaupt versagte.

Hier knüpfte eine ganze Reihe von katholischen Sozialpolitikern und Sozialwissenschaftlern an. Sie begannen die kapitalistische Wirtschaftstendenz mit ihren Folgen für lebendiges Menschenwesen mit einer früher unerhörten schonungslosen Schärfe zu kritisieren. Sie erkannten, daß der vom Katholizismus abgelehnte "kapitalistische Geist" Wesens- und Lebenselement der gegenwärtigen Besitzordnung selber ist. Männer wie Theodor Steinbüchel, Theodor Brauer, Friedrich Dessauer, August Pieper, Götz Briefs, Paul Jostock, Ernst Michel begannen in Schriften und Aufsätzen eine veränderte Haltung gegenüber dem Sozialismus zu bekunden. Er wurde als eine Bewegung aus "enttäuschter Liebe" anerkannt. Man deutete seinen tiefsten Gehalt, fand Wege des Verständnisses für den einst vom Katholizismus grundsätzlich geächteten Marx, soweit er wirtschaftliche Entwicklungserscheinungen vorausgesagt hatte, und man bekundete sogar die ethische Berechtigung des Klassenkampfes. Entscheidende Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde gefordert, "koste es, was es wolle": so Theodor Brauer in einem Vortrag vor Christlichen Gewerkschaftern in Köln im November 1928. Der

alte Begriff des Solidarismus, mit dem der Jesuitenpater Heinrich Pesch Jahrzehnte hindurch die katholische Soziallehre beeinflußt hatte, wurde zurückgedrängt. Man forderte neue Produktionsordnungen auf Grund der verschiedenen ethischen Postulate, daß der "Dienstgedanke" über dem "Verdienstgedanken" stehen, der arbeitende Mensch Angelpunkt alles wirtschaftlichen Handelns sein müsse, und anderes mehr.

Diese Versuche dem sozialen Umgestaltungswillen der breiten katholischen Massen zu genügen waren von dem Willen diktiert sie in den alten katholischen Bindungen festzuhalten, in denen sie allein noch vor dem Sozialismus bewahrt werden konnten, jenem Sozialismus, unter dem nach der Meinung der Führer katholische Menschen nur unter äußerster Glaubensgefährdung zu leben vermochten. Aber die Auflockerung der einstigen Kampffront war da. Der Sozialismus stand vor den katholischen arbeitenden Menschen in neuem Licht. Man fühlte die innere Verbundenheit, die Schicksalsgemeinschaft mit dem sozialistischen Arbeiter gänzlich anders als früher. Die katholische Jugendbewegung begann mit leidenschaftlichem Antrieb die alten Tafeln zu zerbrechen. Zahlreich sind die Bünde junger katholischer Menschen, die, im tiefsten gläubig und kirchentreu, von der Kirche eine andere Haltung gegenüber der sozialen Problematik unserer Tage verlangen. Zu Anfang vielfach verschwärmt und romantisch, werden diese jungen katholischen Menschen mehr und mehr mit den Realitäten der Wirtschaft und der Gesellschaft vertraut. Sie fordern die Wandlung mit einem Elan, der den skeptischer Sozialisten übertrifft. Sie lehnen sich gegen die Vertretung des Katholizismus durch eine bestimmte politische Partei auf und revolutionieren die katholische Tradition durch die stürmische Frage, warum sozial gleichinteressierte Menschen durch Weltanschauungsschranken dauernd von einander getrennt sein müßten. Eine veränderte Aufgeschlossenheit gegenüber der wirklichen Welt wurde der Jugendbewegung endlich nahegebracht durch die Rufe aus der katholischen Laienbewegung, daß der Katholizismus sein Exil verlassen und überall in der Welt an ihrer konkreten Gestaltung mitarbeiten müsse.

**V**OR 2 Jahren veröffentlichte der Verfasser dieses Artikels eine, auch hier besprochene Schrift, Katholizismus und Sozialismus betitelt. Er sagte darin, daß man im katholischen Lager wohl Annäherungen an den Sozialismus und ein vertiefteres Verständnis für ihn erkennen könne. Es gebe aber noch keine Katholiken, die sich betont Sozialisten nennen, aus Scheu vor dem Wort und der mit ihm verknüpften Überlieferung: »Es gibt Annäherungen und Beziehungen zur sozialistischen Lebensidee, verbrämt und verschlungen mit dem Verlangen nach einem göttlichen Wirken in dieser Welt durch neue Gemeinschaftsformen. Um aber die Totalität und die Universalität des Katholizismus zur Beherrschung aller sozialen Schichten zu wahren, empfinden sie bei der Entscheidung zum Sozialismus immer wieder die trennende Schranke.«

Diese Auffassung ist heute veraltet. Seit Beginn dieses Jahres erscheint in Köln, in namentlicher Anlehnung an die journalistische Fanfare des jungen Joseph Görres, die Monatschrift Das Rote Blatt der katholischen Sozialisten. Kaum jemals hat eine neue Zeitschrift eine so weitreichende Beachtung gefunden wie diese. Nicht nur, daß die erste Nummer innerhalb zweier Wochen vergriffen war; in zahlreichen Aufsätzen nahm die sonst keineswegs sehr aktivistische katholische Publizistik grundlegend Stellung zu diesem

vollkommen neuen Standort katholischer Menschen. Die Zentrumspresse schrieb, im Gefühl durch politische Konkurrenz bedroht zu sein, überwiegend ablehnend, wobei die Behauptung von der Unvereinbarkeit des Katholizismus mit dem Sozialismus in den mannigfaltigsten Schattierungen wiederkehrte. Katholische Priester der ältern Generation vermochten die Bequemlichkeit einstiger Haltung nicht aufzugeben. Aber die Aufgeschlosseneren spürten den jungen Atem eines Generationswechsels, die Verwandlung der sozialen Erscheinungswelt, die ungestüm pressende Kraft von Menschen, deren religiöse Verantwortlichkeit sie antrieb für die sozialistische Gestaltung der Gesellschaft in Gemeinschaft mit der damit historisch beauftragten Bewegung der Arbeiter zu kämpfen. Programmatisch sagt der Herausgeber des Blatts, der junge Heinrich Mertens: »Versuche mammonistische Gesinnung auszurotten, ohne das zum bloßen Gewinnstreben notwendig zwingende kapitalistische System durch Ordnung zu überwinden, sind Illusionen und drängen ab vom gegebenen Kampfplatz, der da ist die gewerkschaftliche und politische Front des ungeteilten Arbeitsvolks.« Man sieht, daß die katholischen Sozialisten die Tatsachen des geschichtlichen Tages ablesen wollen. Sie sind gläubige Realisten, sie wollen die Gemeinde der Gläubigen auf dem Boden des Sozialismus sammeln, das heißt gleichzeitig sie aus ihrer bisherigen politischen Gefangenschaft befreien. Sie beziehen sich auf den jüngsten Papstbrief zur katholischen Aktion, die in allen Parteien wirksam werden solle, in allen Gruppierungen, die gesinnungsmäßig eine radikale Verwandlung der heutigen Ordnung fordern und für solche Neugestaltung kämpfen wollen.

Kann man bereits von einer katholisch-sozialistischen Bewegung sprechen? Der Kreis um das Rote Blatt beabsichtigt keine Organisation. Seine Mitarbeiter sind, neben katholischen Laien, eine Anzahl junger katholischer Geistlichen. Diese Schar von bewegten und erregten Menschen besitzt keine festumrissenen programmatischen Forderungen nach utopischem Muster. Sie fühlt sich vielmehr mit einer wichtigern Aufgabe beauftragt: verkrustete Fronten aufzulockern, erstarrte Auffassungen und Vorurteile aus der Haft zu erlösen, die Problematik der Fragen zwischen Katholizismus und Sozialismus ins helle Tageslicht des Wissens von einander zu rücken. Schon das hat dem Roten Blatt auf beiden Seiten den Ruf eingetragen Ketzereien zu verbreiten: ein Schicksal, womit alles Werdende zu ringen hat. Das Rote Blatt erscheint in einem sozialistischen Verlag, in der Mittelrheinischen Druckerei in Köln. In der Vorkriegsära hätte eine solche Tatsache genügt ihm durch ein Verbot der Hierarchie den Lebensatem zu nehmen, wenn damals überhaupt die Voraussetzung für eine solche publizistische Erscheinung bestanden hätte. Und heute? Wir sehen Ablehnungen des Roten Blatts, man beweist die "Unmöglichkeit" seiner Begründung. Das Verbot der kirchlichen Autorität bleibt aber aus, und es wird ausbleiben. Hierin liegt der Wendepunkt. Die Haltung des autoritären Katholizismus gegenüber dem Sozialismus steht heute im Zeichen eines Bewegungsvorgangs, in dem sich das Wissen um ökonomische und soziale Gesetzmäßigkeit, abgelesen von den Erfahrungen zweier Jahrtausende, mit weiser Diplomatie vereinigt. Die Kirche weiß, was sie unter Umständen zu verlieren hätte: tapfere und gläubige Menschen, die für den Katholizismus bessere Zeugenschaft ablegen können als der bequeme Besitzkatholik oder der nur vermittelnde Sozialethiker, der jenseits des Werkplatzes eines wirklichen sozialen Umgestaltungswillens arbeitet.



zu offenbar werden zu lassen. Um die eigene Schuld zu verdecken, klagte man das System an. Solchen Einschüchterungsversuchen gilt es standzuhalten. Dennoch. Ist auch das System der parlamentarischen Demokratie keineswegs gefährdet, so wäre es doch gefährlich es im vollen Besitz seiner Kräfte zu wännen. Weite Kreise insbesondere der jungen Menschen unseres Volkes fühlen sich in der Tat heute noch nicht in der parlamentarischen Demokratie als in ihrer Heimat. Jedenfalls hat die parlamentarische Demokratie es bisher noch nicht verstanden sich alle fruchtbaren politischen Kräfte einzuordnen und sie für eine verantwortungsfreudige Mitarbeit am Aufbau der Republik zu mobilisieren. Man braucht die Bedeutung der Bildung der Front 1929 durch Rochus Freiherr von Rheinbaben und der Ankündigung einer "volksnationalen" Aktion durch den Jungdeutschen Orden nicht zu überschätzen, aber diese Tatsachen sind als Symptom wichtig. Die junge Generation beobachtet mit wachsender Sorge die stetig fortschreitende Aufdröselung und Aufsplitterung des Parlamentarismus. Das Parlament sinkt infolge der Bildung von Wirtschafts- und Berufsparteien allmählich zu einer pseudoständischen Verbandsrepräsentation herab. Der Leerlauf der parlamentarischen Demokratie wird immer stärker offenbar. Es sollen hier nicht die Gründe für diesen Zustand im einzelnen aufgezählt werden. Ganz gewiß gibt es deren viele. Darum gibt es auch kein Allheilmittel gegen die Krise. Wir sind uns aber darüber einig, daß der Kampf um eine geordnete Demokratie mit allen Mitteln zu führen ist. Wir wollen endlich von einer formalen zu einer direktionssichern substanziellen Demokratie gelangen.

An diesem Punkt ist die Frage zu stellen, ob nicht vom Grund, von der politischen Willensbildung her der Erstarrung unseres politischen Lebens beizukommen ist. Gerade für diese Willensbildung, die die wichtigste Aufgabe einer jungen Demokratie sein sollte, ist aber von der Deutschen Republik in den 10 Jahren ihres Bestehens so gut wie nichts geschehen. Ja, es ist ihr durch eine ihrer wesentlichsten Formalinstitutionen, durch die Gestaltung des Wahlrechts zu den Parlamenten, von Anfang an entgegengewirkt worden. Als der Sozialdemokratie im November 1918 die Macht zufiel, ohne daß sie darauf vorbereitet war, glaubte sie unter anderm ihre alte Programmforderung: die Einführung des Proportionalwahlrechts, dadurch verwirklichen zu können, daß sie eine Wahl nach vorher aufgestellten Listen dekretierte. Und bei dieser Listenwahl, die den Parteiinstanzen alle Macht gab, dem Parteimitglied und damit dem Wähler überhaupt jede Macht nahm, ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Man kam von der Vorstellung nicht los, daß in diesem System sich die Proportionalität verkörpere. Wie wenig das der Fall war, wurde hier gleich nach der Wahl zur Nationalversammlung gezeigt<sup>1</sup>. Es ergab sich aus den Zahlen, daß das Listenwahlrecht, weit entfernt die einzelnen Parteien in ihrer wirklichen Stärke erscheinen zu lassen, gerade grobe Ungerechtigkeiten einschließt. Die Parteibureaokratie wollte es aber nicht mehr preisgeben. Die unheilvollen Folgen für die politische Erziehung des deutschen Volkes, die sich daraufhin einstellten, sind hier nun alle die Jahre hindurch immer wieder dargelegt worden. Und von Anfang an wurde hier eine Gestaltung des Wahlrechts derart verlangt, daß der Wähler selber Selbstbestimmungsrecht und damit Verantwortungsgefühl bekommen soll. Gleich nach Erlaß der neuen Reichsverfassung

1) Siehe *Kattenstein* Wahlbetrachtungen, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 106 und folgende.

machte Heinrich Peus hier darauf aufmerksam, daß ein wirklich proportionales Wahlverfahren »größte Zahlengerechtigkeit mit größtmöglicher Freiheit der Entschließung verbinden« müsse, und er erinnerte an das von Joseph Bloch aufgestellte proportionale Wahlsystem, das eine solche Synthese von Verhältnis- und Persönlichkeitswahl in sich schließt<sup>2</sup>. Aber der Reichstag dachte nicht daran das Volk von dem ihm aufoktroierten Listensystem zu befreien. Man empfand wohl schließlich notgedrungen die Notwendigkeit einer Reform, beschränkte sich aber darauf sie innerhalb des Listensystems zu vollziehen, wodurch die Sache immer noch schlimmer wurde, die Parteizentralen immer noch größere, ja unumschränkte Macht erhielten. Jetzt, nach einem in jedem Betracht vorläufigen Jahrzehnt, scheint nun an vielen Stellen die Einsicht durchzubrechen, daß, was hier noch vor 2 Monaten ausgeführt wurde<sup>3</sup>, die Listenwahl »mit ihrer Tendenz zur Beharrung, nicht zur Neubildung« unsere deutschen Parlamente zu »Alterskörperschaften« mache, und daß daher nichts dringender nottue als ein neues Wahlrecht, das eine »geistige Verjüngung unserer gesetzgebenden Körperschaften« ermöglicht. Nicht zufällig ist die Debatte um die Wahlrechtsreform gerade wieder in den letzten Monaten, die an parlamentarischen Wirrnissen besonders reich waren, in Fluß gekommen. Der Vorstand der Demokratischen Partei übergab am 22. März einen Wahlrechtsreformvorschlag, der in seinem Auftrag von Wilhelm Külz und Otto Nuschke ausgearbeitet worden ist, der Öffentlichkeit. Der Geschäftsführende Vorstand der Zentrumsparlei ließ ebenfalls wissen, daß er eine Änderung des bestehenden Wahlsystems noch in diesem Reichstag für eine unbedingte Notwendigkeit hält. Endgültige Beschlüsse sind von dieser Seite demnächst zu erwarten. Eine durchgreifende Wahlrechtsreform fordert auch die schon genannte Front 1929, die mit dem Jungdeutschen Orden zusammenarbeitet.

Von vornherein muß man sich über die Grenzen klar sein, in denen eine Wahlrechtsreform eine Veränderung unseres politischen Lebens in der Richtung größerer Geschlossenheit und Stabilität bewirken kann. Es wäre falsch von einer Wahlreform als solcher eine entscheidende Erneuerung zu erwarten. Sie kann nur die Möglichkeit einer solchen schaffen, indem sie ein Hindernis beseitigt, das neu sich regenden Kräften entgegensteht. So sehr man sich also auch in seinen Erwartungen bescheiden muß, so ist in der Reformbewegung um das Wahlrecht doch eine wichtige Etappe im Kampf um die Demokratie zu erblicken. Es ist nicht anzunehmen, daß die Parlamentarier, die ihre Berufung an entscheidender Stelle das Schicksal der Republik zu bestimmen zum Teil nur dem geltenden Wahlsystem verdanken, sich nun zu Vorkämpfern der Wahlreform machen werden. Um so notwendiger ist es, daß das Wählervolk selbst mobilisiert wird. Nun wird sich erweisen können, ob die im Übermaß vorhandene Kritik an der parlamentarischen Demokratie einer wirklichen Sorge um ihren Bestand entspringt. Auf der andern Seite sollten sich die republikanischen Parteien die außerordentlich günstige Gelegenheit ihr Prestige wieder zu festigen nicht entgehen lassen. Sie werden den Unmut ihrer Wählerschaft ganz gewiß besänftigen können, wenn sie ihn in die Teilnahme und Mitarbeit an der

2) Siehe Peus Verhältniswahl mit Persönlichkeitswahl, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 II Seite 783 und folgende.

3) Siehe Cohen Die Konsequenz der Regierungskrise, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 102 und folgende.

Schaffung eines neuen Wahlrechts umzusetzen vermögen. Wir jungen Sozialisten haben berechtigten Grund zur Verwunderung darüber, daß unsere Partei in der Wahlreformfrage vorerst eine merkwürdige Zurückhaltung übt. Glaubt man keinen Grund zur Aktivität zu haben, weil man sich auf der langen Bank sitzen weiß? Unsere Parlamentarier kommen allmählich in den Verdacht die Rolle der *beati possidentes* zu spielen.

Unsere Aufgabe die Grundsätze aufzuzeigen, die bei der Wahlrechtsreform zu beachten sind, wird uns durch ein Buch erleichtert, das in diesen Tagen erschien. Unter Mitarbeit von Wissenschaftern und Politikern aus verschiedenen Lagern hat Johannes Schauff eine Reihe von Beiträgen zur Wahlreform herausgebracht<sup>4</sup>. Dieser Sammelband verdient stärkste Beachtung, weil er in systematischer und historischer Form mit besonderer Berücksichtigung der ausländischen Wahlrechte grundlegendes Material bietet, das die Diskussion der ganzen Frage in hohem Maß zu fördern geeignet ist. Von besonderem Interesse sind für uns die Beiträge Carlo Mierendorffs und Georg Deckers, weil sie zeigen, daß die Sozialdemokratie den schärfsten Feind und den besten Freund des Proportionalwahlrechts in ihren Reihen hat. Heinrich Teipel weist in seinem Beitrag auf das Wahlrecht als einen integrierenden Bestandteil der Staatsform hin. Karl Braunias untersucht die außerordentlich wichtige Frage des Einflusses des Wahlrechts auf die Bildung der Berufs- und Wirtschaftsparteien. Schauff selber endlich zeigt mit vorbildlicher Exaktheit die Auswirkung der Mehrheits- und Verhältniswahlen auf die verschiedensten Parteien Deutschlands und bietet damit konkrete Beurteilungsgrundlagen. Mit aller Eindringlichkeit betont Schauff, daß eine Wahlreform vor allem die Anonymität, die Unpersönlichkeit des gegenwärtigen Verfahrens beseitigen müsse. Darin besteht in der Tat die Hauptaufgabe einer Wahlreform. »Das Volk fühlt mit Recht, daß es bei dem geltenden Verhältniswahlsystem mit "starr gebundener" Liste seines wichtigsten staatsbürgerlichen Rechts teilweise beraubt und einem Mechanismus, einem anonymen und unpersönlichen Verfahren ausgeliefert ist.« Und die Hauptsache ist: »Die in dem starren Listenwahlverfahren begründete Unpersönlichkeit der Wahl verhindert eine wahrhaft demokratische Führerauslese.«

Wir haben in der Tat keinen Grund uns darüber zu wundern, daß das Vertrauensverhältnis zwischen den Abgeordneten und der Wählerschaft weitgehend zerstört ist. Ist doch bei dem gegenwärtigen Listenwahlverfahren die Verbindung zwischen dem Wähler und dem Gewählten gänzlich ungenügend. Die Beseitigung dieses Zustands muß im Mittelpunkt jeder Diskussion über die Wahlreform stehen. Das entspricht auch dem Willen der jungen Generation, die nichts dringlicher wünscht als Freiheit in der Bestimmung des Mannes ihrer Wahl. Allerdings, die Freiheit in der Bestimmung der Persönlichkeit darf nur innerhalb der Wahl einer Partei erlaubt sein. Die Parteien sind heute die anerkannten Organe der politischen Willensbildung. Die Wähler sind in Deutschland dazu erzogen worden zunächst einmal die Partei zu wählen. Von einer eventuellen Möglichkeit parteifreie und parteifremde Persönlichkeiten zu wählen dürften in Deutschland nur die allerwenigsten Gebrauch machen. Die Mitglieder der großen ideenpolitischen Parteien, der Sozialdemokratie und des Zentrums vor allem, werden ganz gewiß erst die Partei wählen wollen und dann die Persönlichkeit.

4) Siehe die *Sammelschrift Neues Wahlrecht*, herausgegeben von Schauff (Berlin 1929/).

Wie kann nun der berechtigten Forderung, daß der Wähler innerhalb der Parteikandidaten den Mann seines Vertrauens wählt, Genüge getan werden? Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht die Frage der Beseitigung des Proportional- durch das Mehrheitswahlverfahren, wie es in einigen Ländern besteht, diskutieren. Die Einführung der Majoritätswahl würde die Verfassung ändern, also eine qualifizierte Mehrheit im Reichstag erfordern. Es dürfte ausgeschlossen sein heute eine solche qualifizierte Mehrheit im Reichstag zu finden; aus diesem Grund braucht man auf das Mehrheitswahlverfahren hier nicht näher einzugehen. Realpolitisch kann es sich heute nur darum handeln das Verhältniswahlverfahren selber neu zu gestalten. Im folgenden wird deswegen auch prinzipiell davon ausgegangen, daß die Proportionalwahl das deutsche Wahlverfahren ist und bleiben wird.

Innerhalb des Proportionalitätsprinzips gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, um dem Wunsch nach Persönlichkeitswahl gerecht zu werden. 2 der wichtigsten seien genannt. Hält man an dem Listenwahlverfahren fest, so kann dem Wähler die Freiheit gegeben werden seinen Abgeordneten innerhalb der Liste vorzugsweise zu bezeichnen. An die Stelle der geltenden starr gebundenen Liste träte damit die sogenannte freie Liste, und zwar in der Form der einnamigen Stimmgebung. Verzichtet man vollständig auf die Liste in dem sogenannten Einmannwahlkreis, so kann der Wähler das Recht erhalten an Stelle des in diesem Wahlkreis aufgestellten Kandidaten einen andern zu bezeichnen, der irgendwo oder irgendwie sonst kandidiert. Einzelwahlkreise fordert auch der vorliegende demokratische Reformvorschlag.

Die Frage der Wahlkreisgröße ist ganz gewiß von Bedeutung. Die immer wieder als Folge des geltenden Wahlsystems beklagte Trennung der Gewählten vom Wähler hat ihren Grund nicht nur in der starr gebundenen Liste sondern auch darin, daß die wenigen Riesenwahlkreise heute eine engere Verbindung zwischen dem Kandidaten und seinem Wähler schon technisch einfach unmöglich machen. Mierendorff sagt mit Recht: »Am schlimmsten aber ergeht es dem Wähler. Er weiß überhaupt nicht, wen er gewählt hat, denn weder läßt sich sagen, welchem Vertreter seiner Partei er in seinem Wahlkreis zum Kandidaten verholfen hat, noch läßt sich feststellen, wo er mit seiner Stimme zum Zuge gekommen ist, ob im Wahlkreis selbst oder mit Hilfe der Wahlkreisverbindung in einem der Nachbarwahlkreise oder gar erst auf der Reichsliste. Er "wählt" ins Blaue hinein. Muß nicht allein dieser Zustand schon die Wahlgleichgültigkeit potenzieren?« Dem wird sicher durch eine Verkleinerung der Wahlkreise respektive durch die Einmannwahlkreise Einhalt geboten werden können. Will man die Persönlichkeitswahl wirklich ermöglichen, dann ist die Verkleinerung der Wahlkreise in einem Maß notwendig, das es dem Kandidaten ermöglicht enge Fühlung mit den Stimmungen und Strömungen der Einwohner seines Bezirks zu halten. Gegen den Einzelwahlkreis wird unter anderm von Schauff eingewandt, daß es in einer Zeit, in der sich die Entwicklung zum größern Raum immer stärker durchsetzt, schwierig sein dürfte kleine Gebiete als natürlich begrenzte Einheiten aufzufassen. Da die soziale Schichtung der Berufe und Klassen, die korporative Querverbindung über größere Gebiete hinweg viel straffere Bindungen schafft als das nachbarliche Beieinanderwohnen, gibt Schauff zu erwägen, ob man die Wahlkreiseinteilung nicht nach Stadt und Land differenzieren solle. Darüber hinaus meint er, daß es sehr



schwierig sein dürfte für einen Einzelwahlkreis einen Kandidaten zu finden, der allen auseinanderstrebenden berufsständischen Interessen gerecht zu werden vermag. Er meint deshalb, es sei besser an den größeren Wahlkreisen festzuhalten, hier aber die freie Liste einzuführen.

Auf solchem Weg würde wenigstens verhindert werden, daß der berufsständisch orientierte Wähler, wie es bei dem jetzigen System der Fall ist, aus den großen politischen Parteien hinausgetrieben wird und sich einer selbständigen Berufs- oder Interessenpartei anschließt. Schauff möchte also (und er findet dafür in Kreisen des Zentrums Gehör, dessen innere Schwierigkeiten ja gerade auf die ständischen Absplitterungen zurückzuführen sind) erreichen, daß die ständischen Gruppen wieder in die Front der großen ideenpolitischen Parteien eingeordnet werden. Er glaubt, daß dieses Ziel dadurch erreicht werden könnte, daß der Wähler nicht mehr nur die Liste wählt, auf der der Mann seines Standes vielleicht an untergeordneter Stelle zu finden ist, sondern sich auf der ungebundenen Liste direkt für *seinen* Mann entscheiden kann. Schauff nimmt mit Recht an, daß hier eine Möglichkeit gegeben ist, »um ohne künstliche Mittel die politische Verselbständigung von Berufs- und Wirtschaftsgruppen zu verhindern und sie zu politischen "Querverbindungen" zu zwingen«. In der Tat ist hier ein Weg gegeben den berufsständischen Willen wieder in die politische Willensbildung einzuordnen, wenn man schon den Weg des Kompromisses beschreiten will. Wird aber dadurch verhindert werden können, daß die im Rahmen der großen politischen Parteien gewählten Standesvertreter im Parlament selbst geschäftliche und Interessentenrücksichten deren Politik hintanstellen? Keineswegs. Hinter dem breiten Rücken der Partei wird man wie bisher seine ständischen Interessen verfolgen. Wahrscheinlich noch unverblümter als heute, da man ja ausdrücklich als Standesvertreter gewählt worden ist. Die Gefahr, daß das politische Parlament zu einer pseudoständischen Verbandsrepräsentation herabsinkt, dürfte nur noch größer werden. Von der Freiheit seinen Mann bezeichnen zu dürfen wird ja noch mehr als heute nur unter ständischen Gesichtspunkten Gebrauch gemacht werden. Die Zugkraft der Partei als solcher würde durchaus nicht gewinnen, auch nicht diejenige der politischen Persönlichkeit innerhalb der Partei. Die Wahlreform hat aber doch nur Sinn, wenn sie die Wahl von eigentlichen politischen Persönlichkeiten wieder ermöglicht. Der Widerstand richtet sich ja gerade gegen die Wahl der Nichts-als-Interessentenvertreter. Diesen würde aber gerade nach den Schauffschen Vorschlägen ein Hausrecht in der politischen Partei gewährt werden. Damit müßte der Auflösungsprozeß der politischen Parteien in rein wirtschaftliche Interessenorganisationen fortschreiten. Schauff macht aus der Not eine Tugend. Berufs- und Interessengruppen brauchten nicht, wie bisher, die Parteien zu bedrängen ihnen sichere Plätze auf der Kandidatenliste einzuräumen. Das ist aber ein zweifelhafter Vorteil gegenüber dem jetzigen Zustand, wo es der politischen Partei immer noch gelingt die Interessentenvertreter wenigstens teilweise zurückzudrängen. Die politische Führerpersönlichkeit, die weder Interessentenvertreter noch einseitiger Spezialist ist, würde weniger denn je den Zugang zum politischen Parlament finden. Um das aber zu ermöglichen, und darauf kommt es entscheidend bei der Wahlreform an, ist der Einmannwahlkreis vielleicht doch der freien Liste in größeren Wahlkreisen vorzuziehen. Die Verhältniswahl, der die Prinzipien der

formalen Gerechtigkeit, des Schutzes der Minderheiten, der Idee jede Meinung zum Ausdruck kommen zu lassen inhärent sind, kann niemals in vollem Maß ein wahrhaft politisches Parlament schaffen. Die ständige Aufspaltung des Parlaments liegt als Möglichkeit durchaus im Zug des Verhältniswahlrechts. Wenn dieses als Prinzip anerkannt ist und bleibt, so erwächst daraus gleichzeitig als wichtigste Aufgabe für uns die: das Parlament vor seiner ständischen Zersetzung zu bewahren. Das ist aber nicht durch eine noch so ausgeklügelte Reform des Verhältniswahlrechts möglich sondern nur dadurch, daß man der ständischen Idee die Möglichkeit bietet sich im eigenen Raum zu verwirklichen. Eine Wahlreform hat nur Sinn, wenn sie das politische Parlament von den Vertretern der Berufsgruppen entlastet. Deswegen ist der Vorschlag Schauffs, der den ständischen Gruppen mehr denn je Raum zur Betätigung im Parlament gibt, abzulehnen. Dennoch ist sein Kerngedanke, daß es nicht darauf ankommen kann den ständischen Gedanken zu unterdrücken sondern ihm einen Weg zur organischen Auswirkung zu eröffnen, ganz und gar zu bejahen.

Wenn aber das politische Parlament von dem Einfluß der wirtschaftlichen Interessentenvertreter befreit werden soll, und man andererseits den wirtschaftlichen Gruppeninteressen zu ihren Rechten verhelfen will, so ist die Schaffung einer Zweiten Kammer notwendig, einer Kammer der Arbeit, wie sie hier gleich beim Sturz des Obrigkeitsstaats und dann immer wieder verlangt wurde. Nur dadurch wird die Gefahr von Grund her gebannt werden können, daß die Berufsgruppen ihre Interessen mit Weltanschauungen verbrämen, um eine wahrhaft politische Willensbildung des Parlaments, die immer auf die Totalität des gesellschaftlichen Seins bezogen sein wird, zu sabotieren. Sache der verfassunggebenden Technik ist es einen Weg zu finden, auf dem die Voten beider an sich gleichberechtigten Parlamente, dort wo sich ihre Interessen überschneiden, in Einklang gebracht werden können. Der Gedanke, der Schauff leitete: daß die passive Haltung gegenüber der berufsständischen Idee aufgegeben werden müsse, daß man ihr freiwillig die Rechte geben solle, die sie sich heute auf Umwegen holt, kann nur dadurch realisiert werden, daß man der ständischen Idee die Möglichkeit gibt sich im eigenen Raum einer Kammer zu verwirklichen. Wahlreform ohne Kammerreform bleibt Stückwerk. Beides zusammen wird erst eine Reform der politischen Willensbildung von Grund auf ermöglichen. Im besondern wird eine Reform des Verhältniswahlrechts nur dann der Entfaltung der Demokratie nützlich sein, wenn sie gleichzeitig mit der Schaffung einer auf dem organisierten Vertretungskörper der nationalen Produktion sich aufbauenden Kammer der Arbeit verbunden wird. Damit allein kann die größte Gefahr des geltenden Wahlverfahrens, nämlich, wie Mierendorff sich ausdrückt, »die horizontale Aufspaltung des Volkes in Gruppen gleichgerechter Interessenten statt politischer Willensbildung«, gebannt werden.

Mit der Schaffung der Kammer der Arbeit würden auch die Einwände gegen eine Wahlreform, die das Verhältniswahlrecht beibehält, innerhalb ihrer aber eine Persönlichkeitswahl in kleinen Wahlkreisen bei freier Liste oder gänzlicher Ungebundenheit ermöglicht, zum guten Teil in sich zusammenfallen. Es dürfte dann auch nicht schwierig sein sich über die Methode der Veränderung des Verhältniswahlrechts zu einigen. Die Frage, ob freie Liste oder Einmannwahlkreis, wird dann an Bedeutung verlieren. Aber alles das

ist ja nicht möglich oder bleibt höchstens fragmentarisch, solange der Reichswirtschaftsrat seine verfassungsrechtliche Rolle eines bloßen Gutachterorgans weiterhin zu spielen gezwungen ist, solange es bei der schwächlichen Konzession bleibt, die die Nationalversammlung an den vordringenden Gedanken der Kammer der Arbeit gemacht hat.

Welche Methode man immer für die beste hält, es ist Zeit, daß mit der Wahlreform Ernst gemacht wird. Diese Wahlreform hat nur Sinn, wenn sie eine politische Willensbildung in der Richtung herbeiführt, daß sie der politischen Führung in der parlamentarischen Demokratie ein hohes Maß innerer Geschlossenheit und Stetigkeit garantiert. Die Gestaltung des Wahlrechts ist für die Regierungsbildung in der parlamentarischen Demokratie von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die jungen Sozialisten haben kein Verständnis dafür, daß es in unserer Bewegung heute fast als "reaktionär" gilt am geltenden Wahlverfahren zu rütteln. Die Verständnislosigkeit, die diesen Problemen bei uns entgegengebracht wird, wirkt wahrhaft erschütternd. Wenn uns überhaupt an einer lebensfähigen und fruchtbaren Demokratie gelegen ist, dann dürfen wir die Gefahr nicht übersehen, die ihr aus dem Mangel an Funktionsfähigkeit entsteht, und die nur durch eine grundlegende Reform beseitigt werden kann, die der politischen Willensbildung freie Bahn und günstigste Voraussetzungen bietet.

## WALTHER KOCH · DIE NEUE VOLKSBILDUNGS- BEWEGUNG

**R**OBERT von Erdberg ist vor wenigen Tagen gestorben. Es ist noch kaum abzusehen, wie der Verlust, den die Volksbildungsarbeit in ihrer geistigen Grundlegung sowohl wie in ihrer öffentlichen Geltung durch den Tod dieses Führers der deutschen Volksbildungsbewegung erlitten hat, ersetzt werden soll. Denn Erdberg verkörperte in seiner Person die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, war aber zugleich der Vertreter der staatlichen Kulturpolitik im Preußischen Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung in allen Fragen der Erwachsenenbildung. Die von ihm unter verschiedenen Benennungen: Volksbildungsarchiv, Archiv für Erwachsenenbildung, Arbeitsgemeinschaft, Freie Volksbildung, geleitete Zeitschrift war wegweisend und hatte das Verdienst in Zeiten besinnungslosen Volksbildungsbetriebs zur geistigen Begründung aller Praxis aufzurufen. Die preußische Unterrichtsverwaltung hat unter Konrad Haenisch nach dem Zusammenbruch das von Erdberg und seinen Mitarbeitern verfochtene Programm der Erwachsenenbildung angenommen. Alle Angriffe auf die klare und geistig orientierte Zielsetzung dieser Volksbildungslinie mußten an der geistigen Überlegenheit und großen Sachkenntnis der Persönlichkeit Erdbergs scheitern. Sachlich stammten diese Einwände meist von einer heute nicht mehr gültigen liberalistischen Denkweise her und mußten daher hier als unberechtigt abgewiesen werden<sup>1</sup>. Der Tod Erdbergs gibt nun aufs neue Veranlassung auf die entscheidenden Wandlungen der deutschen Volksbildungsarbeit hinzuweisen und von dieser veränderten Zeitlage aus die einzelnen praktischen Volksbildungsaufgaben zu beleuchten.

<sup>1</sup>) Siehe Koch Grundsätzliches zur Volksbildung, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 826 und folgende.

Volksbildung im heutigen Sinn wird erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts getrieben. Vorher vollzog sich alle Bildung in bestimmter Standesbildung, sei es als Kleriker- und Ritterbildung im Mittelalter, Kavalier- und Gelehrtenbildung seit Renaissance und Reformation. Das Emporkommen des Bürgertums entwickelte dann in der klassischen Zeit das Persönlichkeitsideal der harmonischen Bildung, der Totalität des Menschen im Sinn Wilhelm von Humboldts. Unsere akademische und höhere Schulbildung ist noch weitgehend Epigonin dieser altliberal-humanistischen Bildungsidee. Erst die weitere wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung des Bürgertums zeitigte dann jene humanitären Volksbildungsbestrebungen, die im Sinn eines Dienstes der sogenannten gebildeten Kreise am Volk als geistige Wohltätigkeitsarbeit getrieben wurden. Religiös-kirchliche Wohlfahrtstendenzen, wie von seiten der 1848 gegründeten Evangelischen Arbeitervereine und der seit 1849 bestehenden Katholischen Gesellenvereine sowie der im Jahr 1844 begründeten katholischen Büchereiorganisation des Vereins vom Heiligen Borromäus, wurden mit der Entstehung des neuen Kaiserreichs nach 1870 durch die auf staatsbürgerliche Ertüchtigung ausgehenden Bildungsbestrebungen des Liberalismus ergänzt, wie sie wesentlich in der 1871 gegründeten Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ihren Ausdruck fanden. Sie waren ausgesprochen gegen die gerade damals stärker sich regenden sozialistischen Bestrebungen gerichtet und konnten daher auf die Dauer ebensowenig bei den Arbeitermassen wie bei den konfessionell gebundenen Bevölkerungsschichten Anklang finden. Die von diesen liberalistischen Volksbildungsführern proklamierte politische und religiöse Neutralität lief auf die ängstliche Ausschaltung aller der Fragen hinaus, die zuletzt doch das Wohl und Wehe der Menschen bestimmen und deshalb auch die Menschen zutiefst beschäftigen. Praktisch war diese Haltung doch nur eine Konsequenz der Weltanschauung des fortschrittlichen Bürgertums. Noch bis in unsere Tage hinein hat es sich verhängnisvoll ausgewirkt, daß diese liberalistische Bildungsidee weithin die Kreise sozialistischer Kulturpolitik bestimmt hat. Gegenüber dieser Verwässerung jeder klaren bestimmten Geisteshaltung haben daher gerade die Sozialistischen Monatshefte auch auf dem Gebiet der freien Volksbildung immer wieder zu einer wirklich sozialen, im Sinn sozialistischer Auffassung tiefer begründeten Volksbildungsarbeit aufgerufen und vor einem Fortschleppen überholter Fortschrittsideologie in der Arbeiterbildung gewarnt. Darum ist auch der von der neuern Volksbildungsbewegung durchgeführte Kampf gegen die angebliche Neutralität der älteren Volksbildungstendenzen und das Ringen um eine soziologisch begründete und weltanschaulich verbundene Geisteshaltung aller Bildungsarbeit von grundsätzlicher Bedeutung. Dieser Kampf ist nicht zuletzt von Erdberg und dem mit ihm in Verbindung stehenden Kreis des Hohenrodter Bundes geführt worden.

Heute ist diese kritische Selbstbesinnung bei aller ernstzunehmenden Volksbildungsarbeit eingetreten. Alles weitere Dahinplätschern im Wasserlein eines fortschrittlichen Bildungsoptimismus führt heute zu nichts. In der Änderung der Situation in der freien Volksbildung, die mit der geistigen Wandlung infolge des Weltkriegs überhaupt zusammenhing, fanden sich die Vorkämpfer kritischer Selbstbesinnung im Lager der Volksbildung der Vorkriegszeit mit den aus der Jugendbewegung zur Volksbildungsarbeit vorstoßenden jungen Kräften zusammen. Auf diese Weise haben die Vertreter der jungen Gene-

ration heute schon weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung der Erwachsenenbildung gewonnen. Ein wichtiges Dokument dieses Ringens um eine wirklich geistige und soziale Begründung aller Volksbildungsarbeit liegt jetzt vor in der Sammlung der Aufsätze Werner Pichts und Eugen Rosenstocks, zweier Hauptmitarbeiter Erdbergs, die im Auftrag der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung erschienen und »dem Vorkämpfer Robert von Erdberg zu seinem 60. Geburtstag am 6. Juni 1926« gewidmet sind<sup>2</sup>. Die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung ist nicht zuletzt dank der persönlichen Initiative Erdbergs aus dem im Hohenrodter Bund sich zusammenfindenden Kreis der intensiven Volksbildung heraus gegründet worden und hat sich eine dauernde Selbstbesinnung sowie eine Gewinnung und Heranbildung neuer Mitarbeiter der Volksbildung neben einem ständigen Austausch mit der gesamten geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Umwelt zum Ziel gesetzt. Dem ersten Jahresbericht dieser Schule, die bisher schon eine Reihe sehr wirksamer Akademien, Tagungen und Freizeiten veranstaltet hat, ist eine Einführung Erdbergs vorangestellt, in der die veränderte Situation der Nachkriegszeit klar umrissen ist. Die durch die allgemeine Revolution der politischen, sozialen und geistigen Verhältnisse auch im Lager der Volksbildung herbeigeführte Wandlung der Bildungsauffassung wird in folgender Weise von Erdberg formuliert: »Wenn heute noch von Vertretern der verbreitenden Volksbildung (wie schlagwortartig die älteren Volksbildungsbestrebungen bezeichnet zu werden pflegen) von einer Einheit aller Volksbildung gesprochen wird, die über alle politischen und konfessionellen Spaltungen hinweg einen einheitlichen Kulturbesitz aller Deutschen zu vermitteln habe, dann werden sie auf der andern Seite nicht mehr verstanden. Aber auch sie verstehen es nicht, wenn die Vertreter der gestaltenden Volksbildung alle diese Spaltungen als Gegebenheiten anerkennen, wenn sie sie nicht als einen Fluch empfinden sondern als Schicksal, das gemeistert nicht Armut sondern Reichtum bedeutet. Wie bei allen Zeiten stehen sich hier 2 Welten gegenüber, von denen eine zum Heil oder zum Unheil des deutschen Volkes überwunden werden muß. Nicht Gleichförmigkeit ist die Forderung, die jemals an die deutsche Kultur wird gestellt werden können, sondern Mannigfaltigkeit in der Einheit, wie die Farben des Spektrums im Licht der Sonne zusammenfließen.«

Die in diesen Sätzen zur Geltung kommende Auffassung deckt sich mit der in den Sozialistischen Monatsheften vertretenen Forderung einer differenzierenden organisch korporativen, bei aller Weltoffenheit und Weite letztlich doch tiefer verwurzelten und mit den Mächten der Weltanschauung und der sozialen Gruppe engverbundenen Bildungsarbeit. Eine solche Volksbildungsarbeit wird nicht uniform ganz Deutschland unter einen Hut bringen wollen sondern wird weitgehend auf dem heimatlichen Wesen fußend in regionalem Aufbau auch der Bildungsarbeit zu einer produktiven Zusammenfassung aller Glieder des Volkes zu kommen suchen. Wie die Landschaften und Stämme sich organisch zum Volksganzen zusammenschließen, so bilden weiterhin die Völker Europas eine organische Einheit, aus der sie sich nicht ohne Einbuße ihrer gliedmäßigen Bestimmung herauslösen können. Ebenso verkehrt wäre es die vorhandenen großen Gegensätze der Klassen und Bekenntnisse in unserm Volk übersehen oder oberflächlich ausgleichen zu wollen. Vielmehr

2) Siehe Picht und Rosenstock Im Kampf um die Erwachsenenbildung /Leipzig 1926/.

gilt es von der besondern Art der Klasse und der Weltanschauung auszugehen, die in ihr liegenden produktiven Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Allerdings können diese Kräfte, die in der Klasse und der Weltanschauung gegeben sind, nur dann wirklich fruchtbar werden, wenn sie sich in die Gesamtleistung der Gesellschaft wiedereinfügen. Eine Verabsolutierung einer reinen Klassenbildung etwa im Sinn einer nicht realisierbaren rein proletarischen Kultur oder einer rein kirchlichen Volksbildungstendenz im Geist eines engen Konfessionalismus muß notwendigerweise sich in sich selbst totlaufen. Sinn und Wesen der neuern Volksbildungsauffassung ist es nun gerade, daß alle Besonderheiten soziologischer und weltanschaulicher Art durchaus als wesentlich bildende anerkannt werden, aus deren fruchtbarem Spannungsreichtum erst Leben und Bewegung entstehen.

So ist man heute in der gesamten Volksbildungsarbeit stark damit beschäftigt die sozialpsychologische Fundamentierung der Bildungswelt durchzuführen, also etwa die Welt des Bauern, des Bürgers und des Arbeiters festzustellen, sei es mehr intuitiv, sei es mehr experimentell-statistisch, von einer Erfassung dieser soziologischen Gruppengebilde aus erst die Frage nach der Bildung dieses Bauern-, Bürger- oder Arbeitervolks zu stellen. Besonders ist hier auf dem Gebiet des volkstümlichen Büchereiwesens der verdiente Führer der neuern Büchereibewegung Walter Hofmann tätig, der in Leipzig ein Institut für Leser- und Schrifttumskunde gegründet hat, das auf Grund eines umfangreichen Materials aus der breiten und langjährigen Erfahrung der Leipziger Bücherhallen gewisse sozialpsychologische Einsichten erarbeiten soll, die dann wieder der volksbibliothekarischen Praxis zugute kommen. Vor kurzem wurde Hofmann, seiner ausgeprägten Kampfstellung wegen nicht weniger als Erdberg angefeindet, 50 Jahre alt. In dem eben zu diesem Tag herausgebrachten Sonderheft der Hefte für Büchereiwesen hat Erdberg kurz vor seinem Tod in herzlicher Freundschaft Worte der Gemeinsamkeit im Denken und Wollen an Hofmann gerichtet, die Zeugnis ablegen auch von der Sachverbundenheit in ihrem gemeinsamen mehr als 20jährigen Kampf um die Verwirklichung der neuen Volksbildungsauffassung. Wie diese Volksbildungsidee im Volksbüchereiwesen und in der Volkshochschule Gestalt gewonnen hat, davon ein andermal. Heute grundsätzlich nur so viel, daß an Stelle der Verbreitung quantitativen Wissens die qualitative Formung des Menschen, also wirkliche Bildung der Kräfte und Strebungen, erstrebt wird. An die Stelle eines veräußerlichten Begriffs einer quantitativ als Wissensanhäufung mißverstandenen Idee einer allgemeinen Bildung knüpft man an die besondere Lage der Menschen an, die durch Alter, Geschlecht und soziale Gegebenheiten, wie Beruf, Lebenshaltung, Klassenzugehörigkeit, bestimmt ist. Das bedeutet dann für die Volkshochschule die Abwendung von jeder populär wissenschaftlichen Ausbreitung von Wissen und die Hinwendung zu einer Bildung des Menschen in all seinen Funktionen. Ebenso eine Wandlung von der populären verkleinerten wissenschaftlichen Büchersammlung zu einer wirklichen Bildungsbücherei, wie sie in ihrer Gestalt und Bedeutung hier noch besonders aufgezeigt werden soll. Diese volkspädagogische Aufgabe der neuen Bücherei hat natürlich auch ihre Konsequenzen für die Ausbildung der künftigen Volksbibliothekare. Im Sinn ihrer volkspädagogischen Leistung muß die volkstümliche Bücherei entschieden Wert darauf legen, daß die in ihr tätigen Kräfte nicht nur von der Wissenschaft herkommen

oder sich als technische Verwalter und Vermittler von wissenschaftlichen Gütern verstehen sondern spezifisch volkspädagogisch ausgebildet und orientiert sind<sup>3</sup>. Deswegen ist die Ausbildung für den Dienst an Volksbüchereien von der heute noch mit ihr in Preußen verquickten Ausbildung für den mittlern Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken unbedingt zu trennen. Es besteht die Hoffnung, daß die vom Verband Deutscher Volksbibliothekare für die Ausbildungsfrage eingesetzte Kommission in absehbarer Zeit zu einer Lösung dieses Problems kommen wird.

Nach und nach bildet sich heute die Aufgabe und Funktion der freien Volksbildung im gesellschaftlichen Zusammenhang in ihrer Eigenart heraus. Sie muß sich von mancher überkommenen Bildungsauffassung überholten Fortschrittsglaubens loslösen. Sie muß auf der einen Seite in der Tiefe religiöser und ethischer Gläubigkeit wurzeln, sei es auch in welcher Form immer; sie muß auf der andern Seite aber fern aller scheinmystischen Weltabgewandtheit den Menschen in die konkrete Wirklichkeit des modernen Lebens mit all seinen Spannungen und Gegensätzen mitten hineinstellen. In Zukunft wird sich jede besondere Form der Klassenbildung, der Bauern- oder der Arbeiterbildung, immer stärker ausprägen. Gewerkschaften und Landorganisationen werden ihre Bildungseinrichtungen immer klarer und umfassender entwickeln. Ebenso wird sich immer mehr auch die auf weltanschaulichem Boden wachsende Volksbildungsarbeit entfalten. Diese von den Berufsorganisationen und den Weltanschauungsgruppen getragene Arbeit hat ihre große Bedeutung, wenn sie sich im Rahmen unseres ganzen Staats- und Gesellschaftsaufbaus vollzieht. Darüber hinaus aber ist es die wichtigste Aufgabe der dafür verantwortlichen kommunalen und staatlichen Stellen die auseinanderstrebenden Bildungselemente organisch mit einander zu verbinden und in der kommunalen und staatlichen Förderung des Volksbücherei- und Volkshochschulwesens die fruchtbare Zusammenarbeit aller Glieder unseres Volkes mit dem Ziel einer produktiven Entfaltung aller Kräfte des Volksganzen zu ermöglichen. Insbesondere ist es von der größten Bedeutung für die gesamte deutsche Kulturpolitik, daß die in Preußen durch Erdberg und seine Mitarbeiter gezeichnete Linie intensiver Volksbildung klar und sicher eingehalten wird, damit der deutsche Volksstaat von dem Rückgrat seines größten Landes her die aufbauenden Kräfte organischer Volksbildung für die gesamte Kulturentwicklung fruchtbar machen kann. Die verantwortlichen Führer der sozialistischen Arbeiterbewegung müssen auf eine Fortsetzung der in Preußen begonnenen tiefen Fundamentierung einer spezifischen Arbeiterbildung im Rahmen der gesamten Volksbildungsarbeit dringen.

## PAUL KAMPPMEYER · DAS STAATSPROBLEM IN DER SOZIALDEMOKRATIE



HNE Zweifel erfreut sich die deutsche Sozialdemokratie einer theoretischen Flugschriftenliteratur, die bei weitem die der gegnerischen Parteien überragt. Diese sozialistischen Flugschriften vertiefen sich in die großen Probleme der Wirtschaft, der Gesellschaft und des Staates und erschöpfen sich nicht in einer bloßen Kritik der wirtschaftlichen und sozialen Tagespolitik. Einige Schrif-

3) Siehe *Hofmann (Hans) Der Volksbibliothekar, seine Aufgabe, sein Beruf, seine Ausbildung* /Leipzig 1927/.

ten haben das Alter von 80 Jahren erreicht, und doch leben in ihnen die großen Gedanken, die bis zur Stunde eine gewaltige Durchschlagskraft haben. Wir erinnern hier nur an das Kommunistische Manifest und an Marx' Lohnarbeit und Kapital. Gewiß, große Teile des Kommunistischen Manifests sind inzwischen Geschichte geworden, das heißt, sie haben nur noch geschichtliche Bedeutung, indem sie aufhörten Geschichte zu machen, aber bestimmte wirtschaftliche Entwicklungstendenzen sind doch in diesem Manifest mit prophetischem Auge geschaut, so daß wir ihrer Darstellung noch heute folgen können. Jedenfalls aber müssen wir das Kommunistische Manifest mit einem eingehenden Kommentar herausbringen, der vor allem die Abhängigkeit dieses Manifests von den historisch-ökonomischen Zuständen des vormärzlichen Englands stark betont. Und was für das Kommunistische Manifest gilt, müssen wir wiederholen, wenn wir die Herausgabe der Lassalleschen Schriften: Über Verfassungswesen und das Arbeiterprogramm, der Engelschen Arbeiten über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats und über die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft vorschlagen wollen. Und wir können und müssen die Verbreitung gerade dieser Schriften empfehlen, denn in ihnen wirken sich die Fundamentalgedanken des modernen demokratischen Sozialismus aus.

Diejenigen theoretischen Flugschriften sind nun für die Sozialdemokratie besonders bedeutungsvoll, die sich mit dem Wesen des Staats befassen. Und diese haben wir heute in einem Staatswesen, in dem sich der demokratische Sozialismus schöpferisch auswirken kann, mit verstärkter Sorgfalt auf ihren bleibenden Ideengehalt zu untersuchen. Was über den "Staatskultus" von Ferdinand Lassalle zu sagen war, ist kritisch oft und mitunter stark übertrieben gesagt worden. In dem Kampf um die sogenannte althegelesche Staatsvergötterung Lassalles wurde häufig vergessen, daß der große Agitator doch 2 Seiten des Staats richtig dargestellt hat: den Staat als allgemeine, die Gesellschaft fördernde Institution und den Staat als Klasseneinrichtung.

Unter dem Einfluß Friedrich Engels' befaßte sich eine spätere Zeit nur noch mit dem Klassencharakter des Staats und übersah die öffentlichen, amtlich-gemeinnützigen Funktionen des Staats überhaupt. Engels' Schrift Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats zählte seinerzeit zu den am meisten verbreiteten Schriften der deutschen Sozialdemokratie; im Jahr 1922 kam die 22. Auflage auf den Büchermarkt. Aber wie ist diese Schrift, die zuerst im Jahr 1884, also vor 45 Jahren erschien, durch die soziologische und völkerkundliche Forschungsarbeit unserer Zeit überholt worden! Engels baute an der Hand der Forschungen des Amerikaners Morgan eine Geschichte der Familie, des Privateigentums und des Staats auf. Engels und Morgan leiteten aus der sich bei primitiven Völkern findenden Familienbezeichnung Vater ein tatsächliches Verhältnis von Vater und Sohn her. Das Wort Vater wurde von Engels und Morgan für gleichbedeutend mit Erzeuger gehalten. Nannte bei diesen primitiven Völkern ein Kind eine Anzahl von Männern seine Väter, so glaubten Engels und Morgan feststellen zu können, daß alle diese Väter in Geschlechtsgemeinschaft mit der Mutter des Kindes gelebt hätten. Ein reiches Tatsachenmaterial ließ Heinrich Cunow aufmarschieren, um nachzuweisen, daß dieser Rückschluß von den Familienbezeichnungen primitiver Völker auf die bei ihnen tatsächlich vorkommenden Ehegemeinschaftsformen nicht zutrifft. Engels hat die Ent-



stehung des Staats im wesentlichen auf die im Innern der Geschlechts-genossenschaft entstandenen Gegensätze zurückgeführt. Diese Hypothese lehnte Karl Kautsky in seiner Materialistischen Geschichtsauffassung strikt ab. Die urwüchsige Demokratie, das Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, die allgemeine Hilfsbereitschaft gegenüber jedem Genossen werfen nach Kautsky einen »unübersteiglichen Damm« jeder gesellschaftlichen Entwicklung entgegen, die sich in der Richtung der Bildung der Klassen und einer das Gemeinwesen beherrschenden, von der Masse der Bevölkerung unabhängigen Staatsgewalt bewegt.

Kautsky stellt in seinen Untersuchungen über den Staat die Bedeutung der Eroberung, die Rolle der ökonomisch unterbauten Gewalt für die Entstehung des Staats einwandfrei fest. Die verschiedenen Stämme leben danach unter verschiedenen Daseinsbedingungen. Es wohnen zum Beispiel arme Stämme neben wohlhabenden, kriegerische neben friedliebenden, nomadische neben ansässigen. Das führt leicht dahin, daß die armen, kriegerischen, nomadischen Stämme die wohlhabenden, friedliebenden, ansässigen überfallen. Es hängt wieder von besonderen ökonomischen und daraus hervorgehenden geistigen Bedingungen ab, ob die Eindringlinge bloß plündern oder sich im Land als herrschender Stand festsetzen und einen Staat begründen. Die Staatsgründung kann sich je nach den wirtschaftlichen Umständen sehr differenziert haben, sie beruht aber in jedem Fall auf Gewaltanwendung. Und Kautsky hat sehr eingehend die verschiedenen Möglichkeiten und Formen der Staatsgründung in der Geschichte untersucht.

Die Gewalt des Staats wurde nun nicht ausschließlich auf die Unterdrückung der Unterworfenen, der Beherrschten angewandt. Der Staat schwebt nicht in leerer Luft. Der Staat findet zum Beispiel da und dort schon eine geregelte Bodenbewässerung vor. Er gestaltet sie einheitlich aus und beseitigt die Hemmungen eines dörfischen Sondergeistes. Bewässerungsanlagen, Schöpfungen des Staats, werden zu wirklichen Grundlagen seiner Macht und Größe, auf diesen Anlagen baut sich eine wirklich hohe Zivilisation auf, und durch die kann sich eine relativ große Bauernbevölkerung ernähren. Der Staat verbessert die Bodenkultur und erzeugt dadurch einen allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt, auch wenn dieser im wesentlichen zunächst der herrschenden und ausbeutenden Klasse zugute kommt. Es bedeutet ein entschiedenes Schreiten Karl Kautskys über Engels hinaus, wenn er in seiner Materialistischen Geschichtsauffassung den Werdeprozeß einzelner Staaten ganz historisch realistisch schildert. Charakteristische Züge der allgemeinen Funktionen des Staats treten aus seiner Darstellung klar hervor. In der Geschichte des Staats spielt die Notwendigkeit der Sicherung der Staatsangehörigen vor fremden, feindlichen Überfällen eine sehr bedeutende Rolle. Nach dieser Sicherung heischten aber nicht nur ausbeutende Herrenklassen, sondern auch ausgebeutete Hörigenklassen, deren Wirtschaft und Existenz durch Nomadeneinbrüche völlig in Frage gestellt werden konnten. Diese Sicherung hat sich die Gesellschaft durchweg in der Form bestimmter militärischer Einrichtungen zur Verteidigung oder Erweiterung ihrer Lebensbedingungen geschaffen. Diese militärische Sicherung will Kautsky direkt in die Marxsche Formel der materialistischen Geschichtsauffassung aufgenommen wissen: »Die materialistische Geschichtsauffassung ist unvollkommen, wenn wir nicht die »gesellschaftliche Produktion des Lebens«,

von der sie ausgeht, in einem Sinn fassen, der es ermöglicht zu dieser Produktion den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ebenso zu rechnen wie die Herstellung von Kleidern und Wohnungen.« Die staatliche Entwicklung selbst wird nach Marx' und Engels' ökonomischer Geschichtsauffassung durch den Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen oder, juristisch gesprochen, den Eigentumsverhältnissen bestimmt. Dieser Gegensatz schließt notwendig eine soziale sich in politischen Bahnen vollziehende Revolution ein. Sie ist mit dem Sturz herrschender Klassen, mit deren Verdrängung aus der Staatsherrschaft, mit politischen Eingriffen in die Produktions- oder Eigentumsverhältnisse verbunden. Ein recht anschauliches Bild aus einer derartigen sozialen Revolution haben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest entworfen. Das Proletariat erhebt sich dort zur herrschenden Klasse und benutzt seine politische Herrschaft, um der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen. »Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse.« Die Marxsche Entwicklungsformel von dem Sprengen der Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte hat aber nur einen eingeschränkten Spielraum. Unter der Herrschaft handwerklicher Produktionsmittel können sich die Produktivkräfte nicht so gewaltig auswirken, daß sie die Produktionsverhältnisse in einer gewaltigen sozialen Revolution auseinandersprengen können. Derartige Produktivkräfte sind erst in einem Zeitalter der Antriebs- und Werkzeugmaschinen möglich. Der ganze »ungeheure Überbau«, der sich mit der Veränderung der ökonomischen Grundlagen langsam oder rascher umwälzt, setzt ebenfalls eine hochentwickelte ökonomische Gesellschaft voraus. Auch Kautsky weist darauf hin, daß die Marxsche Umwälzungsformel eigentlich nur auf Gesellschaften zutrifft, die sich nach der Reformation in der Neuzeit entwickelt haben. Kautsky bemerkt sehr zutreffend, daß, was Marx 1859 als allgemeines Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung ansah, sich streng genommen nur als das Gesetz dieser Entwicklung seit dem Aufkommen des Industrialismus darstellt. Aber selbst unter der Herrschaft des modernsten Industrialismus wird das Marxsche Entwicklungsgesetz wesentlich in seinen Wirkungen abgebogen. Kautsky glaubt voraussehen zu können, daß der Sieg des Proletariats schon früher eintritt, ehe die Grenze der Entwicklung der Produktivkräfte erreicht sein wird, die manche sozialistischen Theoretiker der Entfaltung dieser Kräfte gesetzt haben. Das Ende des Kapitalismus ist nicht an die Tatsache gebunden, daß erst das Kapitalmonopol zu einer Fessel der Produktionsweise werden muß. Denn einmal sind die kapitalistischen Eigentumsformen nicht starr sondern sehr anpassungs- und entwicklungsfähig, und dann weiten sich die Möglichkeiten für die positive politische und wirtschaftliche Aufbauarbeit des organisierten Proletariats in einer modernen Demokratie derart aus, daß der katastrophale Zusammenbruch des Kapitalismus unnötig werden, der Übergang zur sozialistischen Ordnung ohne solchen erfolgen kann.

Gesellschaftsformationen fanden nach Marx jeweilig ihren Abschluß durch gewaltsame Revolutionen. Diese Grundvorstellung trugen dann viele Jünger Karl Marx' in die politische Taktik der Partei hinein. Sie machten die Naturnotwendigkeit der sozialen Revolution zu einem Glaubensartikel. Gesellschaftsformationen lösen sich nach ihnen eben als geschlossene Ein-

heiten ab, sie gehen in revolutionärer Weise zugrunde, und zwar dann, wenn sie die neuen Produktivkräfte nicht mehr zusammenfassen können, die sich innerhalb ihres Rahmens entwickelt haben. Die Marxsche Staats- und Gesellschaftslehre schaltet anfänglich jeden nicht revolutionären Übergang von der einen Gesellschaftsformation zur andern aus. Diese Lehre wird aber dann in der Inauguraladresse durchlöchert. Hier spricht Marx schon von einem Sieg der Ökonomie der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Produktionsweise. Und dieser Sieg, der in der englischen Zehnstundenbill zum Ausdruck gelangt, kommt gesetzlich durch eine Koalition der Arbeiterklasse mit bestimmten konservativen Klassenelementen zustande.

In der Demokratie wird zum mindesten die Klassenkoalition ein Moment der Um- und Fortbildung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die deutsche Sozialdemokratie hat nach langen theoretischen Kämpfen die Ansicht vom naturnotwendigen Untergang der Bauernklasse aufgegeben. Sie sieht weiter die Klasse der Kleinhandwerker und Kleinkaufleute, der Angestellten fortbestehen, sie beobachtet das mächtige Anschwellen der staatlichen, kommunalen und öffentlichrechtlichen Beamtenarmee, deren soziale Forderungen da und dort mit denen der Arbeiter nicht zusammenklingen. Selbst der revolutionäre Marxist, der mit dem schnellen Untergang einiger hier aufgezählten sozialen Klassenelemente rechnet, muß sich sagen, daß der demokratische Sozialismus schon viele seiner Grundforderungen erreicht haben wird, wenn noch wesentliche Bestandteile des Kleinbürgertums am Leben sein werden. Die Arbeiterklasse wirkt sich vielfach in den Staaten, in denen nicht ein despotischer Gewaltapparat ihre Lebensäußerungen zwangsweise niederhält, taktisch nicht einheitlich aus. Unter diesen Verhältnissen drängt sich für eine Partei, die in einigen Jahrzehnten den Kapitalismus wesentlich umgestalten will, der Gedanke der Klassenkooperation auf, die Idee mit den Klassen zusammenzuwirken, mit denen sie in der Umgestaltung bestimmter wirtschaftlicher Institutionen, zum Beispiel des Bank- und Börsenwesens, des Berg- und Hüttenwesens, des Außenhandels usw., gemeinsam gehen kann. Die Möglichkeit einer Klassenkooperation scheint auch Kautsky durchaus nicht grundsätzlich abzulehnen. »Man meint oft,« führt er einmal aus, »daß der Gedanke der Kooperation der Klassen gegen den Gedanken des Klassenkampfes verstoße. Das könnte aber nur der Fall sein, wenn es im Staate klar 2 Klassen gäbe. Und sogar da kann es sich ereignen, daß ein politisches Zusammenwirken dieser Klassen nötig wird.« Kautsky berührt den selbst von Marx 1870 empfohlenen Abwehrkrieg aller Franzosen gegen die eindringenden deutschen Erobererheere. Nun, dieser Fall der Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung aller Klassen gegen fremde Eindringlinge hat sich in der Geschichte der sozialen Klassen in historischer Zeit häufig wiederholt. Auf ihn brauchen wir hier nicht näher einzugehen. Kautsky richtet unsere Aufmerksamkeit auf die Existenz zahlreicher Klassen mit teils gegensätzlichen, teils übereinstimmenden Interessen in einem höher entwickelten Staat. Er belustigt sich über die »simplistische« Auffassung, die immer nur Proletarier und Kapitalisten sieht. Die Französische Revolution sei schon ein Kampf von höchst mannigfaltigen, oft in sich selbst zerklüfteten Klassen gewesen. Unter derartigen Umständen werde es zeitweise unvermeidlich, daß verschiedene Klassen gegen eine oder mehrere andere sich zusammentun, um irgendein gemein-

sames Interesse zu verfechten. Das widerspreche ebensowenig der Idee des Klassenkampfes wie die Allianzen von Staaten ihrer Souveränität widersprechen. Verkehrt sei nur eine Politik, die eine dauernde Kooperation verschiedener Klassen voraussetze, oder die gar glaube, eine solche Kooperation bilde die Methode für die eigene Klasse die Staatsgewalt zu gewinnen und ihre besonderen letzten Ziele zu erreichen. Aber eine Kooperation der Klassen habe in der Weltgeschichte oft stattgefunden und die größten Resultate erzielt. Keine politische Revolution sei auf anderm Weg zustande gekommen. Mit diesen wichtigen Zugeständnissen Kautskys an den Gedanken der Klassenkooperation können wir uns hier zufrieden geben.

Seit dem Novemberumsturz von 1918, der den alten Obrigkeitsstaat mit seinem Scheinparlamentarismus beseitigte, ist eine neue Ära demokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik angebrochen. Die vollkommen ausgebildete Demokratie, die Kautsky als eine Errungenschaft des proletarischen Klassenkampfes einschätzt, hat Deutschland wirtschaftlich, politisch und sozial vor ganz neue Aufgaben gestellt, und diese hat sich erst 30 Jahre nach dem Tod Karl Marx' entwickelt. Kautsky weist daher sehr energisch die Sprüche der vermeintlich radikalen Sozialisten zurück, die mit einigen Marx'schen Sätzen die Taktik der Sozialdemokratie festzulegen suchen. Er erklärt sehr entschieden: »Über die Gestaltung des Klassenkampfes unter den Bedingungen einer vollkommen ausgebildeten Demokratie können wir uns also bei Marx keine Belehrung holen. Es ist ganz unsinnig, wenn manche Leute heute ihren Marxismus dadurch dokumentieren, daß sie Erkenntnisse über die Wirkungen der Demokratie aus dem Kommunistischen Manifest schöpfen wollen, das nicht einmal die Erfahrungen von 1848 kannte.«

Die neue Literatur der deutschen Sozialdemokratie hat eine Reihe sehr wichtiger Momente zutage gefördert, die zu einer gründlichen Revision der verbreiteten Theorie vom Nurklassenkampfcharakter des Staats drängen. Leider fehlt der Partei heute eine volkstümliche Schrift, in der die hier hervorgehobenen Momente klar herausgearbeitet sind. Die Sozialdemokratie könnte sich manche überhitzte Debatte über Klassenkooperation und Regierungskoalition ersparen, wenn sie ihre Staatstheorie in Einklang mit den wissenschaftlichen Ergebnissen ihrer eigenen soziologischen Forscher, ihrer politischen Ökonomen und Historiker setzen wollte.

## BRUNO BORCHARDT · ZUR REFORM DES KALENDERS



STERN fiel dieses Jahr auf einen recht unbequemen Termin. Diese Tatsache lenkte die Aufmerksamkeit lebhaft wieder auf die Festlegung des Osterfestes und eine damit verbundene Reform des Kalenders, eine Frage, die von Wirtschaftskreisen schon seit länger als 50 Jahren eifrig propagiert wird. Es kommt hinzu, daß auch der nächstjährige Ostertermin außerordentlich ungünstig sein wird, aber nicht, weil er so früh fällt (31. März), sondern umgekehrt wegen seines späten Datums (20. April). Die Unbequemlichkeiten werden im nächsten Jahr sogar noch größer sein, denn zu denen für Handel, Industrie und Landwirtschaft gesellen sich dann noch die der Schule, von denen fast jedermann in Stadt und Land betroffen wird.

Vorweg sei betont, daß an eine Änderung des Jahres, wie es seit Einführung des Gregorianischen Kalenders /1582/ besteht, von keiner Seite gedacht wird. Das sogenannte tropische Jahr, die Zeit, die die Sonne braucht, um auf ihrer Bahn vom Frühlingspunkt wieder bis zum Frühlingspunkt zurückzukehren, beträgt 365,24220 Tage oder 365 Tage 5 Stunden 48 Minuten 46,08 Sekunden. Praktisch kann das Jahr natürlich nur zu vollen Tagen gerechnet werden. Es enthält daher 365, in den Schaltjahren 366 Tage, und jedes 4. Jahr ist ein Schaltjahr, von denen jedoch in 400 Jahren nach der Gregorianischen Reform 3 ausfallen, wofür die für das Gedächtnis leicht zu merkende Schaltregel gilt, daß die Jahrhunderte, deren volle Hunderte nicht durch 4 teilbar sind, Gemeinjahre und nicht Schaltjahre sind. Danach zählt das Gregorianische Jahr 365,2425 Tage oder 365 Tage 5 Stunden 49 Minuten 12 Sekunden, ist also 25,92 Sekunden länger als das tropische Jahr. Es lassen sich Schaltregeln ersinnen, nach denen die Abweichung vom tropischen Jahr noch geringer wird. So kennt der Kalender der griechischkatholischen Kirche in 900 Jahren das Ausfallen von 7 Schaltjahren; hiernach wird das Jahr nur um 2 Sekunden länger als das tropische Jahr. Während der Fehler des Gregorianischen Jahres in 3300 Jahren auf 24 Stunden oder 1 Tag angewachsen ist, wird das beim griechischkatholischen Kalender erst in etwa 50 000 Jahren der Fall sein. Aber die Gregorianische Schaltregel hat den Vorzug der viel leichtern Merkmöglichkeit, was keineswegs von untergeordneter Bedeutung ist, und wie der Fehler in 3000 Jahren wieder beseitigt werden soll, braucht nicht die Sorge der gegenwärtigen Menschheit zu sein. Es ist zwar auch dafür eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, man hat sie jedoch niemals allgemein als Lösung oder auch nur als Bedürfnis anerkannt.

Es handelt sich also um eine bequemere und vernünftiger Einteilung des Jahres. Heute sind die Viertel- und noch mehr die Halbjahre nicht unwesentlich von einander verschieden. Die Quartale zählen der Reihe nach 90, 91, 92, 92 Tage, die Semester also 181 und 184 Tage. Das steht im Zusammenhang mit der ungleichen Länge der Monate und der besondern Kürze des Februar, der im Gemeinjahr nur 28 Tage hat. Wie unbequem das zum Beispiel für statistische Berechnungen ist, liegt auf der Hand. Geradezu unvergleichbar werden aber Statistiken zum Beispiel des Verkehrs des selben Monats in aufeinanderfolgenden Jahren, wenn Ostern und daher auch Pfingsten in beiden Jahren in verschiedene Monate fallen, was sehr häufig geschieht, da diese Feste um nicht weniger als 7 Wochen auseinanderliegen; der früheste Ostertermin ist der 22. März, der späteste der 25. April.

In den ältesten Zeiten war nicht die Sonne sondern der Mond der große Zeitregler, und da er seinen Umlauf um die Erde in  $29\frac{1}{2}$  Tagen vollendet, so wurden die Monate abwechselnd zu 30 und 29 Tagen gezählt, was ein Jahr von 354 Tagen ergab. Bei den Mohammedanern, die diesen Kalender für Kultuszwecke noch heute haben (für ihr bürgerliches Leben haben sie vor kurzem den Gregorianischen Kalender eingeführt), durchläuft der Jahresanfang daher die verschiedensten Jahreszeiten, und sie durchleben 103 Jahre, wenn wir nur 100 Jahre durchleben. Auch die Juden haben noch heute einen nach dem Mond geordneten Kalender mit Monaten von 29 und 30 Tagen, sie haben aber ein kompliziertes Schaltsystem, um eine Übereinstimmung mit dem Sonnenlauf zu erreichen. Auch bei den alten Römern war es der Mond, der die Monatslänge regeln sollte. Aber Monate von 30 Tagen waren bei

ihnen nie im Gebrauch, weil ein alter Aberglaube gerade Zahlen für unheilbringend erklärte. Von altersher hatten bei ihnen die 4 Monate März, Mai, Juli und Oktober je 31, die übrigen je 29 Tage. Das hätte aber 356 Tage ergeben, während das auf den Mond bezogene Jahr nur 354 zählte. Beide Zahlen sind auch unheilbringende gerade Zahlen. Man half sich, indem man das Jahr zu 355 Tagen zählte, und zu diesem Behuf dem nach römischer Reihenfolge letzten Monat im Jahr, dem Februar, nur 28 Tage gab, als ob ein einzelner Monat eher eine unheilbringende Zahl von Tagen haben könnte als das ganze Jahr. Um das Jahr mit dem Sonnenlauf in Übereinstimmung zu bringen, wurde alle 2 Jahre hinter dem 23. Februar ein voller Monat, der Mercedonius, von abwechselnd 22 und 23 Tagen eingeschaltet. Man erkennt ohne weiteres, daß diese dem sagenhaften König Numa Pompilius zugeschriebene Ordnung das Jahr nicht unerheblich zu lang machte, nämlich im Durchschnitt  $366\frac{1}{4}$  Tage. Da zudem Willkürlichkeiten der Priester hinzukamen, denen die Überwachung des Kalenders anvertraut war, geriet er im Lauf der Zeit so in Unordnung, daß Julius Caesar sich zu der radikalen Änderung entschloß den Mond aus der Kalenderreglung vollständig wegzulassen und ein Sonnenjahr von  $365\frac{1}{4}$  Tagen (Gemeinjahr 365 Tage, alle 4 Jahre Schaltjahr zu 366 Tagen) einzuführen, dessen Monate unter Wegfall des Schaltmonats Mercedonius abwechselnd 31 und 30 Tage bekamen. Das hätte aber 366 Tage ergeben, daher wurde dem Februar 1 Tag genommen, so daß er 29 Tage und nur im Schaltjahr 30 Tage hatte. Es hatten also der März, Mai, Quintilis (nach dem Tod Caesars zu seinen Ehren in Julius umgenannt), September, November, Januar je 31 Tage, April, Juni, Sextilis (später nach dem Kaiser Augustus umbenannt), Oktober, Dezember je 30, und der Februar 29 Tage. Der Julianische Kalender mit seiner einfachen Schaltregel blieb über  $1\frac{1}{2}$  Jahrtausende in Geltung. Seine ebenso einfache wie praktische Monateinteilung wurde aber sehr bald geändert. Als der Senat den Sextilis zu Ehren des Kaisers Augustus umzubenennen beschloß, hielt er es des erhabenen Kaisers für unwürdig, daß der ihm gewidmete Monat weniger Tage haben sollte als der dem Julius Caesar gewidmete. Er beschloß daher dem Februar noch einen Tag wegzunehmen und diesen dem Augustus zuzulegen, so daß dieser nun auch auf 31 Tage kam. Da aber dann 3 Monate: Juli, August, September, mit je 31 Tagen auf einander gefolgt wären, verschob man die Tageszahl der nächsten Monate, so daß September und November je 30, Oktober und Dezember je 31 Tage erhielten, was für den Oktober wie auch für den Februar mit 28 Tagen wieder mit dem traditionellen Kalender des Numa übereinstimmte. An der Julianischen Schaltweise wurde erst zur Zeit des Papstes Gregor XIII gerüttelt, als die heute gültige Schaltregel, der sogenannte Gregorianische Kalender, eingeführt wurde. Den Anlaß gab das Vorrücken des Frühlingspunkts auf andere und andere Daten. Schon zur Zeit des Konzils von Nicaea /325/ war er vom 24. März, wohin er bei Einführung des Julianischen Kalenders fiel, auf den 21. März gerückt, und damals wurde als Osterregel festgesetzt, daß Ostern am 1. Sonntag nach dem auf den Frühlingsanfang (21. März) folgenden Vollmond gefeiert werden sollte. Aber der Frühlingspunkt rückte weiter und weiter vor und fiel im Jahr 1582 bereits auf den 11. März. Daher ließ Gregor bei der Einführung seiner Schaltregel auf den 4. Oktober sofort den 15. folgen, wonach auf absehbare Zeit der Frühlingspunkt festgelegt erscheint.

Hat es nun aber einen Sinn das Osterfest noch weiter nach dem Mondlauf zu bestimmen, der ja im übrigen vollständig aus dem Kalender ausgeschaltet ist? Natürlich muß die Beurteilung dieser Frage den kirchlichen Instanzen überlassen bleiben, und da ist es interessant, daß schon Martin Luther sich heftig gegen die »Schuckelfeste«, wie er Ostern und Pfingsten nannte, ausgesprochen hat und sie auf bestimmte Daten wie das Weihnachtsfest festgelegt wünschte. Auch die Bearbeiter des Gregorianischen Kalenders, namentlich der Hauptbearbeiter Lilius, betonten nachdrücklich das freie Recht der Kirche den Ostertermin abweichend vom Konzil von Nicaea zu bestimmen. Sie änderten ihn nicht, weil bei dem damals noch unentwickelten Verkehr die Unzuträglichkeiten des starken Wanderns der Feste nicht so stark in die Erscheinung traten wie heute. Nun gab und gibt es Astronomen, die den Kalender zwar ungeändert lassen wollen, dagegen für die Festlegung des Ostertermins eintreten; so vor allem der 1921 verstorbene frühere Direktor der Berliner Sternwarte Wilhelm Foerster, ferner der Direktor der Kopenhagener Sternwarte Elis Stroemgren und Johannes Riem vom Berliner Astronomischen Recheninstitut. Natürlich handelt es sich dabei nicht um eine wirkliche Festlegung des Ostertermins sondern nur um eine Einschränkung seines Wanderns. Man wünschte Ostern auf den 2. Sonntag im April festgelegt, der frühestens auf den 8., spätestens auf den 14. April fallen kann, so daß der Ostersonntag nur 1 Woche, statt wie jetzt 5 Wochen, wandert. Ein anderer Vorschlag will als Ostersonntag den 1. auf den 5. April folgenden Sonntag bestimmen, so daß er vom 6. bis zum 12. April wandern würde. Eine solche Regelung wäre zwar dem gegenwärtigen Zustand gegenüber höchst vorteilhaft, ließe aber die anderen Schäden, zu denen sich die Unbequemlichkeiten des Gregorianischen Kalenders ausgewachsen haben, vollkommen unberührt: die ungleichen Längen der Monate, Viertel- und Halbjahre und das Wandern aller Daten über die Tage der Woche in den verschiedenen Jahren. Immer dringender wurden die Aufforderungen aus Wirtschaftskreisen verschiedener Länder an ihre Regierungen eine Änderung in die Wege zu leiten.

Es liegt auf der Hand, daß eine Reform des Kalenders nur international durchgeführt werden darf. Es ist ein großer Vorzug des jetzt geltenden Kalenders, daß er fast überall in der zivilisierten Welt angenommen worden ist; Japan und China rechnen im bürgerlichen Leben nach ihm, Rußland, das so lange am Julianischen Kalender festgehalten hatte, nahm ihn vor einigen Jahren ebenfalls an, ebenso kürzlich, wie schon erwähnt, die Türkei und mit ihr die mohammedanische Welt. Diese Übereinstimmung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, ihretwegen müßte man sogar nötigenfalls noch größere Unzuträglichkeiten in den Kauf nehmen als sie der jetzt geltende Kalender bietet. Deshalb kann eine Änderung nicht Sache einer einzelnen Regierung sein. Hier ergibt sich eine Aufgabe für den Völkerbund. Sein Wirken wird vielfach recht skeptisch beurteilt, und es bleibt in der Tat so lange fragwürdig, als die Welt selbst nicht organisch in großen Wirtschaftskomplexen gestaltet ist. Aber in der Kalenderreform liegt eine Frage vor, bei der sich der Völkerbund auch in seiner heutigen Form ein großes Verdienst erwerben könnte. Deshalb ist es zu begrüßen, daß er schon im Jahr 1924 eine Kommission zum Studium dieser Frage eingesetzt hat. Auf die an die verschiedensten wirtschaftlichen Organisationen gesandten Anfragen erhielt diese Kommission nicht weniger als 183 verschiedene Reformvorschläge. Überein-

stimmend sprechen sie sich, um das Festlegen eines bestimmten Jahresdatums auf einen bestimmten Wochentag zu erreichen, dafür aus, daß man 1 Tag, in jedem Schaltjahr 2, aus der Woche herausnehmen und ohne Wochentagsnamen und -charakter festlegen solle, entweder am Ende oder am Anfang oder auch in der Mitte des Jahres. Der Einwand einiger Astronomen, daß dadurch der regelmäßige Fluß der seit Jahrtausenden üblichen 7tägigen Woche unterbrochen würde, wodurch die Chronologie in unheilbare Verwirrung geraten müßte, dürfte kaum schwer wiegen; die dieser Wissenschaft dadurch entstehenden rechnerischen Aufgaben sind von unseren Mathematikern und Astronomen leicht zu bewältigen.

Sehr radikal gehen einige Vorschläge vor, die die alte 7tägige Woche überhaupt abschaffen und an ihre Stelle eine 6- oder gar 5tägige setzen wollen. Begründet wird das mit der vielberufenen Hast des modernen Lebens, wodurch die Menschen nervös gemacht und schnell verbraucht werden, welchen Übeln durch eine häufigere regelmäßige Ausspannung begegnet werden soll. Aus diesen Gründen hat sich auch kürzlich der Vorwärts für die 6tägige Woche ausgesprochen, er meinte, sie werde sicherlich über kurz oder lang kommen, weil sie kommen müsse. Aber, von anderen Einwänden abgesehen: es besteht nun einmal die Tatsache, daß die kirchlichen Instanzen, die bei der Frage der Kalenderreform mitzusprechen haben, einen derartigen Bruch mit der Tradition nicht gutheißen können; es könnte daher durch solche Vorschläge die ganze Reform gefährdet werden. Das Ziel: die Anzahl der wöchentlichen Arbeitstage herabzusetzen, ließe sich übrigens ohne jede Kalenderreform durch weitere Verbreitung der Wochenendbewegung erreichen; doch soll das in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden.

Eine völlige Gleichheit der Monate erstreben Vorschläge, die jedem Monat 4 Wochen oder 28 Tage geben und zu diesem Behuf einen 13. Monat einführen wollen. Dadurch würde außerdem erreicht werden, daß nicht nur jedes Jahresdatum, sondern auch jedes Monatsdatum auf einen bestimmten Wochentag fällt: ein nicht zu unterschätzender Vorteil für alle, die viel mit Terminfestsetzungen zu tun haben. Allerdings leidet der Vorschlag an dem Übel, daß die 13 eine nicht teilbare Primzahl ist, und daher die Halb- und Vierteljahre nicht mit einem Monatsersten beginnen könnten. Wohl mit aus diesem Grund wollen andere Vorschläge die Monate ganz abschaffen und die Vierteljahre ohne weitere Unterteilung nur in Wochen von 1 bis 13 durchzählen. Wiederum andere wollen dem Übelstand dadurch begegnen, daß sie 12 Monate zu je 28 Tagen zählen und die dann noch fehlenden 28 Tage auf die 4 Quartale mit je 1 Woche verteilen, so daß jedem Quartal entweder ein 4. Monat zu 7 Tagen angehängt oder dem 3. Monat eine 5. Woche zugelegt wird. Die Gleichheit der Monate, die das Ziel dieser Vorschläge ursprünglich war, wird dabei also wieder aufgegeben.

Eine Reihe anderer Vorschläge will so weitgehende Änderungen vermeiden und in möglichster Übereinstimmung mit der Tradition bleiben. Sie verzichten auf die völlige Gleichheit der Monate und die Übereinstimmung der Monatsdaten mit bestimmten Wochentagen und begnügen sich damit sie für die Jahresdaten zu erreichen; im übrigen geben sie den Quartalen gleiche Länge und den Monaten möglichst gleiche Länge. In dieser Richtung scheint besonders gut durchgearbeitet der Vorschlag Rudolf Blochmanns, zu dessen



Propagierung sich eine besondere Gesellschaft mit dem Sitz in Kiel gebildet hat. Nach diesem Vorschlag soll jeder 1. Monat im Quartal 31 Tage haben, jeder folgende 30 Tage; jedes Quartal soll mit einem Sonntag beginnen, wodurch erreicht wird, daß jeder Monat 26 Arbeitstage und 4 Sonntage, der 1. Monat jedes Quartals 5 Sonntage hat. Den überzähligen Tag ohne Wochentagscharakter will Blochmann in die Mitte des Jahres legen und als Mittjahrstag feiern, weil er da den regelmäßigen Verlauf des Jahres am wenigsten störe, während der Schalttag in den Schaltjahren ans Ende des Jahres gehöre. Als Ostersonntag wird in diesem Vorschlag der 2. Sonntag im April, also der 8. April bestimmt. Für diesen Vorschlag hat sich eine Reihe evangelischer und katholischer kirchlicher Würdenträger ausgesprochen, wie der Vorsteher der Vatikanischen Bibliothek, der Kardinal Ehrle, und der Schweriner Landesbischof Behm, ebenso hervorragende Juristen, wie Gustav Radbruch und Walter Simons, viele Vertreter von landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsorganisationen sowie bedeutende Männer der Wissenschaft, wie Albert Einstein und Fritz Haber; dieser verbindet mit seiner Befürwortung zugleich den Vorschlag den Mittjahrstag bei allen Völkern ganz allgemein als Weltfriedenstag zu feiern.

Die Kommission des Völkerbunds hat bisher zu allen Vorschlägen noch keine bestimmte Stellung genommen, sie hat sie nur gesichtet und in ihren wesentlichen Grundzügen zur allgemeinen Diskussion gestellt, weil sie hofft, daß sich daraus bei den einzelnen Völkern eine öffentliche Meinung herausbilden werde, die dann ihrer Stellungnahme zugrunde gelegt werden könnte. Besonders lebhaft ist die Diskussion bisher nicht geführt worden, und dieser Aufsatz soll dazu anregen sie in stärkern Fluß zu bringen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die dringend notwendige Reform nicht so lange hinausgezögert wird wie seinerzeit die Gregors XIII. Schon 100 Jahre vorher hatte der Papst Sixtus IV mit der Verbesserung des Kalenders eine Kommission beauftragt, an deren Spitze der Mathematiker und Astronom Regiomontanus stand, der sich der Sache mit großem Eifer angenommen hatte. Aber durch seinen Tod im Jahr 1476 geriet die Angelegenheit ins Stocken und wurde erst unter Gregor XIII wieder in Angriff genommen. Vor 450 Jahren brauchte man also 100 Jahre, bis der in Unordnung geratene Kalender durch Einführung der Gregorianischen Schaltregel wieder in Ordnung gebracht wurde. Auch heute sind schon mehr als 50 Jahre verflossen, seitdem die Frage der Kalenderreform erörtert wird. Der Völkerbund könnte dafür sorgen, daß nicht weitere 50 Jahre vergehen, bis diese immerhin notwendige Reform erledigt ist. Durch ein solches Verdienst würde er auch manchen Zweifler von seiner Existenzberechtigung überzeugen.

## HUGO HÄRING · DIE BAUKUNST UND DAS WETTBEWERBSWESEN

**W**ETTBEWERBE um baukünstlerische Aufgaben haben der Baukunst noch selten Nutzen gebracht. Kaum eine schöpferische Leistung von Belang ist durch einen Wettbewerb auf den Weg gebracht worden. Man kann mit viel Recht sagen, daß das Wettbewerbswesen das Grab der Baukunst ist. Es schaltet die wichtigsten Voraussetzungen für das Entstehen baukünstlerischer Werte aus.

Zu einem guten Bauwerk gehören Zwei: ein Bauherr und ein Architekt. Und jedes Bauwerk hat eine materielle Seite und eine geistige Seite. Wenn Bauherr und Architekt nicht in engster Zusammenarbeit den geistigen Teil einer Bauaufgabe erforschen und klären, ihn fortschreitend immer neu und besser zu erfassen suchen, was eine Verständigung erfordert und eine Übereinstimmung in entscheidenden Grundlinien voraussetzt, so kann kein einigermaßen wesentlicher Bau entstehen. Selbst in Zeiten, in denen die grundlegenden Begriffe einer Baukultur von allgemeinen Vorstellungen getragen waren, ist der geistige Anteil des Bauherrn am Bauwerk immer erheblich und wesentlich gewesen; in heutiger Zeit, da man von einer allgemeinen Basis einer Baukultur nicht mehr sprechen kann, sich im Gegenteil die schärfsten Gegensätze gegenüberstehen, und neue Begriffe sich bilden, ist ein Zusammengehen von Bauherrn und Architekten auch im nichtmateriellen Teil des Bauwerks Voraussetzung jeder gedeihlichen Arbeit. Sofern natürlich die Absicht besteht einen Bau von einiger Bedeutung zu schaffen.

Bei Wettbewerben wird diese Vorarbeit, wird die Möglichkeit der Auseinandersetzung und der Verständigung mit dem Bauherrn ausgeschaltet. Der Wettbewerb bezieht sich lediglich auf ein Sachprogramm. Die geistige Arbeit des Architekten hängt durchaus in der Luft, vielfach auch die sachliche, denn kaum ein Sachprogramm ist eindeutig genug, um wenigstens diese Arbeit in klare Bahnen zu lenken. Eben hier knüpft die Auseinandersetzung mit dem Bauherrn an, die zur Klärung auch der nichtsachlichen Seite des Bauens führt. Die Ansprüche des Bauherrn, aus denen er sein Bauprogramm entwickelt, sind für ihn nicht immer einfach und klar festzustellen und zu formulieren; es ist kein geringer Teil der Arbeit des Architekten gerade diese Ansprüche auf ihren wirklichen Inhalt hin zu prüfen und ihr eigentliches Ziel zu erforschen. Über diesen Weg bahnt er sich vor zum Bauherrn und vor allem zum Bauwerk. Wenn es ihm gelingt den Bauherrn selbst zu eigenen Überlegungen und zu schöpferischer Mitarbeit heranzuholen, wenn es ihm gelingt ihn für die baukulturellen Probleme zu interessieren, so kann eine gute Arbeit entstehen. Diese ganze Vorarbeit des Architekten fällt im Wettbewerb weg. Den Schaden davon hat die Baukunst.

Hieraus eben resultiert auch die Situation vieler Projekte nach der Entscheidung eines Wettbewerbs: Sie sind auf die Würdigung einer geistigen Situation eingestellt, die man ablehnt, ohne daß der Bewerber dem Preisgericht seinen Standpunkt auseinandersetzen und für ihn kämpfen kann, und der Preis fällt der baukünstlerisch zwar minderwertigen Leistung, der geistig jedoch genehmern, normalern, gangbaren, nicht anstößigen, nicht eigenwilligen, dafür vollkommen belanglosen Arbeit zu. So wird auch der Boden bereitet für die fatale Erscheinung im Wettbewerbswesen, daß es typische Wettbewerbsarchitekten gibt, deren wirkliche baukünstlerische Bedeutung ganz gering ist, die sich jedoch mit Geschick auf die Geistesart des Preisgerichts einstellen und mit einem Projekt ohne irgendwelchen schöpferischen Inhalt sicher zum Sieg steuern. Der Wettbewerb ist noch schlechter als eine Lotterie, denn er gibt dem, der die Bauaufgabe neu und tief zu erfassen sucht, geringere Chancen als dem, der sich über die Probleme hinwegschwingt. Auch liegt hier die Erklärung dafür, daß eben ein wesentlicher Teil der Architektenschaft den Wettbewerben grundsätzlich fernbleibt,

abgesehen davon, daß gerade die Architekten, auf deren Stellungnahme es zuallererst ankäme, sich an allgemeinen Wettbewerben nur selten beteiligen. An die Stelle des Bauherrn tritt bei Wettbewerben ein Preisgericht. Wie wirken aber Preisgerichte? Man denke sich zum Beispiel den Fall: Ein wichtiger Wettbewerb werde mit 2 ganz verschiedenen Preisgerichten ausgeschrieben, wobei es den Bewerbern überlassen bleibt das Projekt dem einen oder dem andern Preisgericht einzureichen, und stelle sich dann das Ergebnis vor. Nichts kann das Fatale der Zustände im Wettbewerbswesen besser illustrieren als diese Betrachtung. Sie deckt auch sofort die Kernfrage aller Wettbewerbe auf: Wer ist das Preisgericht, und wer hat die Macht im Preisgericht? Es ist vollkommen klar, daß die wichtigste Entscheidung über eine Bauaufgabe nicht erst im Wettbewerb sondern schon erheblich früher, nämlich mit der Wahl des Preisgerichts, fällt. (Auch selbst wenn nicht viele Preisrichter allzu eifrig dafür sorgen würden nur die Bewerber ihres eigenen Gesinnungskreises aus der Masse herauszuheben und zum Sieg zu führen.) Wie ist aber die Situation derjenigen, die zu keinem der Preisrichter innere Fühlung haben oder nehmen können? Sie haben keine Chancen in diesem Wettbewerb und bleiben ihm deshalb fern. Es sind meistens diejenigen, die eigene Wege suchen, und die doch wohl nicht ganz nebensächliche Elemente sind. Es ist auch deshalb falsch immer nur zu sagen, daß die Wettbewerbe unbekannte Architekten ans Licht bringen, in viel höherm Maß hindern sie unbekannte Architekten ans Licht zu kommen.

Ein besonders lehrreicher Wettbewerb, der zurzeit läuft, ist der um den Anbau des Reichstagsgebäudes.

Der Reichstag braucht Arbeitszimmer für Abgeordnete, Bibliothek, Lesezimmer usw. Um Projekte zu erhalten, schrieb er schon vor 1½ Jahren einen Wettbewerb aus. Die für einen Anbau gewünschte Verbindung mit dem Altbau auf der Höhe des 1. Geschosses wird von den Sachverständigen, angeblich einstimmig, für architektonisch unmöglich gehalten. Nach langer Beratung wird deshalb ein neuer, diesmal engerer, Wettbewerb ausgeschrieben, in dem die Brücke nicht mehr gefordert wird. Auch wird diesmal die Notwendigkeit zugestanden die architektonische Zukunft des ganzen Platzes um den Wallotbau mit zu überlegen, und deshalb ein Vorschlag für die gesamte Platzlösung gefordert. Beide Wettbewerbe sind falsch ausgeschrieben, trotz den Einwänden, die insbesondere gegen das zweite Ausschreiben von sachverständiger Seite vorher gemacht worden sind. (Daß die Art des Ausschreibens und seine Vorbereitung Widerspruch hervorgerufen haben, ist hier nebensächlich, hier interessiert lediglich, daß man der Debatte über die geistige Seite der Bauaufgabe in jeder Hinsicht aus dem Weg gegangen ist.) In der Frage des Anbaus ist ohne eine generelle Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der ganzen Umgebung des Wallotschen Baus überhaupt kein Urteil zu gewinnen. Deshalb ist diese Frage vor allen anderen zu bearbeiten: 1. wegen des Anbaus selbst, 2. wegen des Wallotschen Baus, dessen architektonische Haltung der Anbau angreift, und 3. wegen der großen Veränderungen, die in der ganzen Gegend vom Lehrter Bahnhof an über den Platz der Republik, über das Brandenburger Tor bis zum Potsdamer Platz und noch weiter aus verkehrstechnischen Gründen in absehbarer Zeit nötig sein werden. Diese Begründungen sind

dem Bauherrn, den der Reichstagspräsident Paul Löbe vertritt, vorzugsweise von dem Stadtbaurat Martin Wagner gemacht worden, aber sie wurden abgelehnt, und zwar mit der etwas merkwürdigen Begründung, daß der Anbau des Reichstags nicht so lange Zeit hätte, bis so ausgedehnte Projekte ausgeführt seien, nachdem schon so viel Zeit verloren gegangen sei. Wer hat den Reichstagspräsidenten gehindert zu erkennen, daß hier nur ein Plan, nicht aber eine Ausführung gefordert wurde? Wer hat ihn gehindert zu erkennen, daß sein Urteil über den Anbau nur von einem Gesamtplan aus möglich ist? Gerade der aus praktischen Gründen geforderte Anschluß in der Höhe des 1. Geschosses ist nur aus dem Gesamtplan heraus zu beurteilen, der sofort erkennen ließe, daß zwar ein einseitiger Anbau in einer Brückenverbindung unmöglich ist, daß aber ein beiderseitiger Anbau nicht nur möglich ist, sondern daß viele architektonische Gründe, die in der jetzigen Fassung des Wallotbaus liegen, ihn sogar fordern. Der Sachverständige, der den Reichstagspräsidenten hindert diese Gründe anzuerkennen, ist der Geheime Baurat Ludwig Hoffmann. Es ist selbstverständlich, daß sich Hoffmann gegen einen Gesamtplan wehrt, nachdem er versäumt hat ihn von Anfang an zu fordern, und nachdem er sein Sachverständigengutachten dahin abgegeben hat, daß eine Überbrückung unmöglich ist, somit die Gefahr besteht, daß ein Generalplan das Gegenteil seiner gutachtlichen Äußerung für richtig erklären würde. Wundern muß man sich aber darüber, daß Hoffmann nicht von vornherein sah, daß der Anbau nicht ohne Aufrollung der ganzen Platzfrage gelöst werden kann, und auch darüber, daß er nicht die Gelegenheit ergriff aus architektonischen Gründen den Wallotbau und die Platzfrage anzuschneiden. Weniger wundern wird man sich darüber, daß er die Forderungen der heutigen Städtebauer: die Planung des ganzen Gebietes vorzubereiten, nicht würdigt. Denn Hoffmann hat für diese Art Städtebau nie ein Organ gehabt. Da er außerdem für die neue Baukunst nicht nur keine Sympathieen aufbringt sondern sie seit Jahren heftig bekämpft, ist seine Stellungnahme in dieser großen Bauaufgabe durchaus verständlich. Die beiden Auffassungen über das Bauen: die historisierende und die moderne, zwei sich entgegengesetzte Baukulturen, stehen sich in diesem Fall kraß gegenüber. Statt daß nun dieser Kampf, als der wichtigste für dieses ganze Projekt, in aller Öffentlichkeit ausgetragen würde, indem die beiden Parteien ihre Auffassungen der Kritik der Öffentlichkeit unterbreiten, wird der Kampf bereits durch den Bauherrn zugunsten der historisierenden Baukultur entschieden. Der Kampf um die wichtigste Frage ist also von vornherein verhindert. Das Ergebnis des Wettbewerbs ist voraussehen. Die wirklichen Probleme werden nicht angeschnitten. Entweder entsteht eine weitere Verzögerung, oder es wird ein Bau auf Grund einer unzulänglichen Urteilsbildung ausgeführt.

Gleichwohl sind Wettbewerbe kaum auszuschalten. Aber das Interesse der Baukunst fordert, daß das Ziel des Ausschreibens besser erkannt werde. Dieses Ziel des Ausschreibens ist doch wohl: den besten Bau zu schaffen. Wenn wir zugeben, daß der Weg zum besten Bau nicht ohne eine bessere Aufbereitung des geistigen Teils der Bauaufgabe (übrigens auch des sachlichen Teils) gegangen werden kann, so muß diese Aufbereitung eben erfolgen. Es ist unmöglich ihr immer aus dem Weg zu gehen. Sowohl im Interesse des Bauherrn als auch im Interesse der Baukunst ist das zu fordern.



# HILTGART VIELHABER · DER DICHTER UND SOZIALIST PANAIT ISTRATI

**R**OMAIN Rolland hat im Jahr 1921 Panait Istrati entdeckt. Als die ersten Werke dieses Dichters aus Rumänien erschienen, war, wer ihn las, voller Bewunderung. Die quellende Phantasie, die Sicherheit der Zeichnung, die Wahrhaftigkeit der Empfindung: alles war in solchem Grade und so unerschöpflich vorhanden, daß man nur lauschen mochte, ewig lauschen, wie man wohl einst den alten Sängern und Sagedichtern zugehört. Panait Istrati schrieb französisch. Das bedeutete für ihn: in der Sprache des Volkes, dem von Jugend her seine Sehnsucht, seine Liebe gehört hatte. Aber er schrieb von dem, was ihm blutnahe war: von Erinnerungen, Erlebnissen seiner Jugend und seiner Wanderjahre. Seine Erzählungen, die in kurzem Abstand einander folgten, wurden in die französische Literatur aufgenommen. Eine Probe aus dem derzeit noch unveröffentlichten Buch *Le refrain de la fosse* erschien in der Anthologie *de la nouvelle prose française*. So wurde Istrati neben den Koryphäen Frankreichs als Gleichberechtigter genannt. Das war eine hohe Ehrung, bot aber zugleich die Handhabe zu jener strengen Kritik, die dieses Volk der sublimen geistigen Kultur auch ihren Größten gegenüber sich nicht nehmen läßt.

Panait Istrati geschah entschieden Unrecht, wenn man vom akademischen Blickfeld aus ihn werten und dann abschätzig beurteilen wollte. Was hier schuf und wirkte und in jedem seiner Bücher von neuem wirken wird, ist das nicht nur Künstlerische. Istrati ist wohl Künstler. Sogar im Negativen. Denn er hat eigentlich nur einen wirklichen Feind: den Bourgeois. Aber Istratis Kunst ist so tief mit seiner Gesinnung verbunden, und diese ist so absolut revolutionär, daß man wie bei Zola, Ibsen und Tolstoj oft diese zuerst empfindet, ehe man von der ganzen Fülle des Kunstgewordenen überflutet wird. Man hat Istrati mit Gorkij und Andersen Nexö verglichen. Bei Gorkij besteht noch die gemeinsame Kühnheit der Phantasie, auch jene schicksalhafte Gebundenheit an die Mächte dieses Daseins. Aber die Blutmischung ist zu verschieden. Von Andersen Nexös bürgerlichem Sozialismus trennt Istrati eine Welt. Denn alles, was dem normalen Menschen, der sich löblich entwickeln will, als vorbildlich gilt: fleißiges Lernen, ehrenwerter Umgang, gesellige Anpaßlichkeit, kommt für Istrati nicht in Betracht.

Im ersten Buch schon sind es ein gleichgeschlechtlich Liebender, Stavro, und eine erotisch Ausschweifende, Kyra Kyralina, die er darstellt, als die eigentlich Lebenden, neben den arbeitsamen Spießbürgern. Und Codine: Nicht ein verehrter Lehrer ist es, der den kleinen Adrien anzieht und Einfluß auf seine Entwicklung gewinnt, sondern ein Verbrecher, ein Totschläger, der schon zur Zwangsarbeit verdammt gewesen. Ganz anders als bei Dostojewskij und auch bei Balzac, und doch in der Grundauffassung verwandt, geht von diesem Codine ein dämonischer Zauber aus. Alle zittern vor ihm und bewundern ihn. Der kleine Panait (Adrien) aber liebt ihn. Er begreift ihn tiefer als alle Erwachsenen und empfindet die Tragik seines Geschicks voraus. Zum Dank empfängt das Kind die hingebende Freundschaft, gleichsam die Schutzherrschaft des Verbrechers. Wie ungeschminkt ist hier alles geschildert. Nichts von weichlicher Gefühlsamkeit, keinerlei Versuch Codines Jähzorn, seinen Haß auf die eigene Mutter und deren verächtliche Behandlung etwa

zu entschuldigen. Wohl begreift man aus der Grausamkeit der Eltern gegen den mißbildeten Sohn dessen späteres Verhalten. Allein der Dämon lag ihm in der Brust. Er wurde durch die harte Kindheit zur Potenz, während er sonst vielleicht, stets unterdrückt, zur schwelenden innern Verlogenheit geführt hätte. Istrati liebt das Echte, was ist und nicht nur scheinen will.

Gut und Böse werden erst Begriffe bei der Rückschau auf ein Leben, wie im *Oncle Anghel*, und lassen sich dann noch schwer dem landläufigen Sittenkodex einfügen. Vielleicht trifft bei diesem Werk zu, was man neuerdings Istrati vorhält: nämlich, daß er philosophische Betrachtungen in den Gang der Erzählungen einflechte. Im *Oncle Anghel* sind es die Abschiedsworte eines Sterbenden, das Ergebnis langen Nachsinnens, und dabei nicht langatmig. Dieser Onkel Anghel, der die Hybris erlebt und aus ihr in den tiefsten Abgrund menschlicher Verzweiflung geschleudert wurde, hat die Unerbittlichkeit dessen, der alles weiß und alles erfahren hat. Nur vor einem will er den Lieblingsneffen bewahren: sich in kleinen Freuden, in flüchtigen Genüssen zu verlieren; denn sie sind es, die um das wahre Leben betrügen. Wunderbar kunstvoll reiht sich an die Erzählung vom Onkel Anghel die von dem großen Räuberhauptmann Cosma. Als Mönch vom Berg Athos verkleidet findet er Einlaß bei dem Fürsten, dessen Geliebte er raubt, dessen Leben und Besitztum er vernichtet und verbrennt. Wie Dante in der Göttlichen Komödie große Männer durch einen Fehltritt oft in die ewige Verdammnis brachte, so wird auch Cosma nur durch den unbeherrschten Liebestrieb vom frühzeitigen Tod überfallen. Die geliebte Frau, die mittelbar der Grund ist, nimmt unbewußt Rache für die vielen anderen, die Cosma liebte und verwarf. Panait Istrati hat seinen Vater, der ein griechischer Pascher gewesen ist, nie gekannt. Allein die Romantik solchen Lebens hat seine Phantasie mächtig beschäftigt. Das Unbotmäßige, Vagabondierende und das über alles nach Freiheit Trachtende bei Istrati gehen sicher auf diesen unbekanntem Vater zurück. Schon in Westeuropa, bei uns, beobachten wir tausendfältig, daß die Moral der sogenannten kleinen Leute durch Not und Gelegenheit bedingt und beeinflußt wird. Wieviel mehr wirkt diese Tatsache sich im Orient und auf dem Weg zu ihm: im Balkan, aus. Doppelt noch, weil der Druck der Besitzenden alle Besitzlosen und Unterdrückten zu Bundesgenossen macht. Istrati geht ihnen allen nach. Es ist die zauberhafte kleine Dirne, die eigentlich Namenlose, die er im *Refrain de la fosse* darstellt. Wie symbolisch dabei der Abgrund, der Graben, die Gruft, aus der das verführerische Lied ertönt. Jene Rivalenfreundschaft der beiden Jungen zu dem gleichen geliebten Mädchen, dann die Spannungen und Hemmungen des Übergangsalters: sie sind hier von dem Dichter ohne jede Präntention fast wie unbewußt erzählt.

Dieses scheinbar (vielleicht wirklich) Unbewußte Istratis hat sich nun in den letzten Werken immer mehr verloren und einem sichern, bewußten Wirkungswillen Platz gemacht. Schon *La famille Perlmutter*, ein Buch, das in gemeinsamer Arbeit mit Josue Jehuda entstand, verriet den Beschluß unverblümt zu bekennen. Es zeigt nicht mehr jene romantischen Schicksale, die dem eigenen Leben verknüpft oder als Überlieferung zugekommen waren. Istrati ging hier zum erstenmal gleichsam aus sich heraus, um menschlich tief ergriffen, aber doch rein als Schauender, Schicksal und Charaktere der jüdischen Familie Perlmutter zu schildern. Immer waren in seinen Büchern, bald hier bald dort, Entbehren und Armut der unteren Klassen Rumäniens fühl-

bar geworden. In der Familie Perlmutter weist er nun auf die Grausamkeit, mit der man in Rumänien die jüdische Rasse an sich verfolgt. Aus diesem Druck entwickeln sich bei den Oberflächlichen oder auch den Lebenshungrigen Abfall und Verrat, bei den Wertvollen und Aufrichtigen in vielen Fällen Zusammenbruch und Untergang. La famille Perlmutter war im eigentlichen Sinn das erste politische Werk Istratis.

Mehr noch trifft das bei den Chardons du Baragan zu. Panait Istrati war lange in fremden Ländern. Vielerlei Eindrücke blieben in ihm haften. Der Dichter konnte aus dem Überschwang des Geschauten und Erfahrenen wählen. Nun aber drängt die eigentliche Bedeutung in Istrati ans Licht. Vielleicht werden manche seiner eifrigsten Bewunderer von ihm abfallen. Andere werden um so tiefer empfinden, daß hier jemand spricht, der nicht mehr schweigen kann. Der Sozialist Istrati redet von der Not, der elenden Hungersnot des rumänischen Volkes. Seine Jugend gleicht den jungen Disteln auf dem Bergrücken des Baragan. Aber das Mannesalter, das fruchtbarste und tätigste Alter bei gesunden Völkern, hier ist es zu Unfruchtbarkeit, zu Hinsiechen verdammt. Die glorreiche Regierung unter Karl von Hohenzollern schützt die Vornehmen und Reichen. Doch die Werktätigen auf dem Land sterben dahin wie die ausdorrenden Disteln des Baragan. Dieses Buch greift von dem Schicksal des einzelnen auf das des ganzen Volkes über. Es ist wie das Lied des Leidens vom rumänischen Landmann. Es ist wie die Klage gegen Grausamkeit und Ausbeutung, gegen Lieblosigkeit, Zerstörung und Tod, die die besitzenden Klassen Rumäniens über ihre armen Brüder bringen.

Jedenfalls kann man bei den Disteln des Baragan nicht mehr von einem Werk der Kunst um der Kunst willen reden. Wenn die große Verantwortung den Dichter überkommt, tritt diese hintan, wie bei Tolstoj. Man darf hoffen, daß Istrati neue Werke gelingen werden, die, wie die Dramen des ältern Tolstoj, reifste Kunst mit tiefster menschlicher Verpflichtung einen.

## DAVID LUSCHNAT · GANZ LEBENDIG SEIN

**G**ANZ lebendig sein in tausend Qualen,  
Wie der Glocke schluchzendes Metall,  
Wie die ernsten Blumen,  
Die inbrünstig hinüberwelken,  
Wie das wilde Gewimmel der Sterne,  
Wie der stürzende Wasserfall.

Ganz lebendig sein, den Tod im Herzen:  
Das ist Ewigkeit in Zeit gestaltet.

Haltet euer Herz in starken Händen,  
Männer der werdenden Zeit,  
Haltet das Schluchzen der Kehle,  
Daß euer Wort nicht zerbricht!  
Rings um euer hartes Leben  
Kreisen und weben die Schicksale alle.  
Auf eurer Schulterstärke  
Ruht die Erde.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

**Deutschland:** Der außerordentlich lange und schwere Winter mit dem hartnäckigen Frost hat in

Deutschland eine Spannung des Arbeitsmarkts im Gefolge, wie sie bisher einzig dasteht. Seit Monaten sind Millionen arbeitsfähiger Menschen arbeitslos. Im Höchstpunkt Ende Februar dieses Jahres waren über 3 Millionen Personen bei den Arbeitsämtern als Arbeitssuchende registriert, von denen etwa 2¼ Millionen unterstützt wurden. Es bestehen zurzeit 3 Unterstützungseinrichtungen, deren Inanspruchnahme mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit eng zusammenhängt:

1. Die winterlich berufsüblich Arbeitslosen werden in der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit unterstützt; das sind über 900 000 Personen zuzüglich etwa 10 %, also rund 1 000 000 Personen, die mangels Bedürftigkeit nicht in die Sonderfürsorge aufgenommen worden sind. Dazu treten noch etwa 250 000 winterlich Arbeitslose, die zunächst noch in der Arbeitslosenversicherung unterstützt wurden, so daß insgesamt über 1¼ Millionen winterlich berufsüblich arbeitslose Arbeitnehmer in den letzten Monaten vorhanden gewesen sein werden, zu über 9/10 unterstützt.

2. Die konjunkturell Arbeitslosen, im Zeitpunkt von Ende Februar etwa 1,3 Millionen Personen, werden zumeist in der Arbeitslosenversicherung respektive in der Krisenunterstützung unterstützt.

3. Strukturell arbeitslos dürften etwa 500 000 Personen sein, die teilweise noch in der Krisenunterstützung, aber wohl zum überwiegenden Teil in der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Kommunen respektive in besonderen Einrichtungen (zum Beispiel Notstandsaktion der Stadt Berlin) unterstützt werden.

Betroffen sind durch das außerordentliche Ausmaß der winterlichen Arbeitslosigkeit in erster Linie in monatelangen Stilllegungen das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden, ein Teil des Verkehrsgewerbes und, durch die vollkommene Stockung der Außenarbeiten, die Landwirtschaft. Damit sind nicht nur alle Facharbeiter sondern große Teile der angelernten und ungelernten Arbeiter Monate hindurch freigesetzt worden, sie belasten zum größten Teil heute, Mitte April, noch den Arbeitsmarkt, da

die sonst Mitte Februar bereits beginnende Frühjahrsentspannung in diesem Jahr bisher fast ganz ausgeblieben ist. Die Ursachen dafür, daß hier die großen Arbeitslosenmassen nicht nur vorübergehend sondern auch bis ins Frühjahr hinein der Arbeitsbetätigung entzogen sind, liegen in der durch den scharfen Frost verursachten Bodenbeschaffenheit; der Boden war in Ostdeutschland zum Teil bis zu 2 Meter tief eingefroren. Die Landwirtschaft ist heute noch in der Frühjahrsbestellung dadurch auf das stärkste gehemmt. Einzelne Industrien, die in normalen Wintern niemals von Saisoneinflüssen berührt werden, sind durch Materialzerstörungen, Kohlenmangel, Verkehrsbeschränkungen, Schnee-Verwehungen und Vereisungen Wochen hindurch stillgelegt worden und haben dadurch das ihre dazu getan immer weitere Räder in dem großen Uhrwerk der Volkswirtschaft stillzulegen. Die gesenkte Massenkaufkraft hat die Tendenz weiter verschärft. Ganz langsam erst vollziehen sich in diesen Tagen die natürlichen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Außenarbeiten. Am 15. März hatte sich die Anzahl der unterstützten Arbeitslosen bereits gegenüber dem Höchststand von Ende Februar etwas gesenkt, und es ist damit zu rechnen, daß die amtlichen Veröffentlichungen von Ende März eine weitere Senkung zeigen werden. Doch geht die Entwicklung nur sehr zögernd vor sich, und wir dürften bis zum Sommer mit Millionenanzahlen Arbeitsloser zu rechnen haben. Der Druck, der durch die Reparationsverhandlungen über der Wirtschaft lag, tat ein übriges, um das Aufleben des Wirtschaftskörpers hintanzuhalten. Der Strom der Arbeitslosen ist, wie in den vorstehenden Zahlen gezeigt wurde, überwiegend von der Arbeitslosenversicherung aufgefangen worden, die mit ihren Mitteln natürlich nicht in der Lage war den Stoß ohne Aufnahme von Reichsdarlehen abzuwehren. Durch die Einführung der Sonderfürsorge (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 990 und folgende) ist zwar die Arbeitslosenversicherung stark entlastet worden; doch hat die Entlastung durch die unvorhersehbaren Kältewellen nicht den gewünschten finanziellen Erfolg haben können, wenngleich die Reichsmittel in erheblich höherem Maß angespannt worden sind als dies zunächst vorgesehen war. Die Fi-



nanzen der Reichsanstalt müssen einer systematischen Neuordnung nähergeführt werden, die, worauf hier bereits hingewiesen wurde, im wesentlichen in einer Erhöhung der Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber oder aber in der Einführung ständiger Reichsbeiträge unter Niederschlagung der gegenwärtigen Darlehen liegen muß. Daß die Sozialdemokratische Partei oder die Freien Gewerkschaften etwa einer Verringerung der Unterstützungsdauer oder der Unterstützungshöhe ihre Stimme geben, kann als ausgeschlossen bezeichnet werden.

**Invalidenversicherung** Dem Reichstag lagen im Zusammenhang mit der deprimierenden Arbeitsmarkt-

lage Anträge auf Ausgestaltung der Invalidenversicherung vor. Zu den in ihnen verlangten Erhöhungen der Leistungen erklärte der Reichsarbeitsminister im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags, daß angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der reparationspolitischen Belastung Deutschlands eine auch nur teilweise vorzunehmende Durchführung der Anträge von der Regierung nicht für möglich gehalten werde. Er stellte eine Erhebung darüber in Aussicht, wieviel Personen bei einer Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50% einen Rentenanspruch erhalten würden. Gleichzeitig sollten Ermittlungen über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit der über 60 Jahre alten Arbeiter vorgenommen werden.

Die nachstehenden Zahlen zeigen, wie bedeutungsvoll bei der finanziellen Lage des Reichs die Mehrausgaben bei der Durchführung der Anträge sind: Die Herabsetzung der Invaliditätsgrenze auf 50% hätte für 1929 bereits eine Mehrausgabe von über 1,25 Milliarden Mark verursacht, von denen 0,3 Milliarden Mark vom Reich hätten getragen werden müssen. Eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre hätte einen Betrag von 0,31 Milliarden Mark gekostet, wovon etwa 70 Millionen Mark auf das Reich entfallen wären. Ob diesen Steigerungen der Versicherungsausgaben, das heißt auch der Beiträge, die erwartete Entlastung des Arbeitsmarkts folgen würde, muß man als zweifelhaft ansehen.

Die Frage der Rentenerhöhung wird vom Reichstag dann nochmals geprüft werden müssen, wenn das Reichsarbeitsministerium die angekündigte Erhebung in ihren Ergebnissen vorlegen, und der Reichstag dann in eine neue Diskussion dieser Fragen eintreten wird.

**Krisenunterstützung**

Durch die seit der Jahreswende sich immer stärker zuspitzende Wirtschaftslage sowie unter dem Druck des Reichstags und einer von ihm gefaßten Resolution hat sich die Reichsregierung entschlossen die Krisenunterstützung, die sowohl im Personenkreis wie in der Unterstützungsdauer sehr beschränkt war und den Erfordernissen der Arbeitsmarktlage nicht mehr gerecht wurde, zu erweitern. Unter Würdigung der starken Verschlechterung des Arbeitsmarkts dehnte der Reichsarbeitsminister durch einen Erlaß vom 22. Februar 1929 die Krisenunterstützung grundsätzlich auf sämtliche Berufe aus. Praktisch ist diese Maßnahme jedoch dadurch eingeschränkt, daß einmal die Ermächtigung zur Ausdehnung in die Hände der Präsidenten der Landesarbeitsämter gelegt ist, dann aber eine Anzahl von Berufsgruppen zunächst noch ausgenommen ist, weil in ihnen die Arbeitsmarktlage noch nicht als andauernd ungünstig bezeichnet werden konnte. Im Sinn des § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes war der Reichsarbeitsminister zu dieser Einschränkung genötigt. Ob man tatsächlich für einzelne Berufsgruppen eine nicht andauernd ungünstige Arbeitsmarktlage feststellen kann, wenn ein Druck von 2½ bis 3 Millionen Arbeitslosen auf der Wirtschaft lastet, ist eine Frage für sich. Da durch die frühere Beschränkung der Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung in jedem Monat einige Tausend Krisenunterstützte wegen Ablaufs der Unterstützungshöchstdauer der Unterstützung verlustig gingen und wohl größtenteils in die kommunale Wohlfahrtspflege übernommen werden mußten, ist diesem bei der jetzigen Arbeitsmarktlage unhaltbaren Zustand dadurch Rechnung getragen, daß durch die genannte Verordnung des Reichsarbeitsministers zunächst bis zum 4. Mai 1929 keine Krisenunterstützten mehr ausgesteuert werden dürfen, also auch über den Zeitpunkt der früher bestehenden Höchstunterstützungsdauer hinaus weiter unterstützt werden. Mit dieser Regelung ist ein Kompromiß geschaffen. Die Frage wird am 4. Mai wieder akut, und der Reichstag wird sich mit dem Problem der grundsätzlichen Verlängerung der Unterstützungsdauer bald befassen müssen.

**Kleinrentnerfürsorge**

Der jahrelange Kampf um die Kleinrentnerfürsorge ist in ein neues Stadium getreten. In dem Wunsch endlich die schwie-

rige Frage zu beantworten, ob die Kleinrentnerversorgung einen Rechtsanspruch darstellt oder Fürsorgecharakter trägt, hat sich der Reichstag wieder einmal mit der Frage befaßt. Vorweg ist zu sagen: Es hat sich zunächst noch wenig verändert. Das Reichskabinett hatte in seiner Regierungserklärung Anfang Juli 1928 die Zusicherung weiterer Verbesserungen der bestehenden Vorschriften in der Kleinrentnerversorgung gegeben. In dem im Mai 1928 gewählten neuen Reichstag gingen nun von der Mehrzahl der Parteien Anträge zur Kleinrentnerversorgung ein, wobei von den Parteien teilweise frühere Anträge übernommen, teilweise die Anträge anderer Parteien in etwas veränderter Form zu neuen Entwürfen gemacht wurden.

Nunmehr sind im Sozialpolitischen Ausschuß erneut die Fragen der Kleinrentnerversorgung besprochen worden. Für die Reichsregierung wurde die Erklärung abgegeben, daß vor allem für den Geist der Durchführung der bestehenden Bestimmungen gesorgt werden würde; womit die an sich nicht neue Tatsache zugegeben wird, daß es in dieser Richtung an dem Verständnis für die Klein- und Sozialrentner bei den durchführenden Stellen und Personen oft noch fehlt. Finanziell ist eine grundlegende Neuregelung der Kleinrentnerversorgung bei der verzweifelten Finanzlage des Reichs schwierig. Das ist nicht zu bestreiten. Ein kleiner Schritt ist trotzdem getan, da zur erleichterten Anwendung der Reichsgrundsätze in finanzieller Hinsicht das Reich im Rechnungsjahr 1929 einen Betrag von 35 Millionen im Haushalt für die Fürsorgeverbände bereitgestellt hat. Die grundsätzliche Forderung: die Fürsorge für die Kleinrentner in einen Rechtsanspruch dieser zahlenmäßig immer kleiner werdenden Bevölkerungsschicht (zurzeit etwa 380 000 Personen) zu verwandeln, wurde von der Reichsregierung abgelehnt, und zwar nicht nur wegen der unübersehbaren finanziellen Konsequenzen sondern auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, da nach den vorliegenden Parteientwürfen ein Kleinrentnerrechtsanspruch lediglich bei einem frühern Kapitalbesitz von 10 000 Mark aufwärts festgelegt werden sollte. In den langwierigen Beratungen des 9. Ausschusses des Reichstags, in denen eine Einigung zwischen der Reichsregierung und den Parteien nicht erreicht werden konnte, wurde als Kompromiß beschlossen, daß einerseits für die Bestimmung des Personenkreises der Be-

zugsberechtigten nicht lediglich der Kapitalbesitz den Ausschlag geben, und andererseits zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge in personeller und finanzieller Beziehung und in Richtung der Durchführung eine reichsgesetzliche Regelung getroffen werden soll.

Es ist wirklich an der Zeit, daß in der Kleinrentnerfrage endlich etwas Durchgreifendes geschieht. Wenn man damit noch einige Jahre wartet und die Regelung hinauszögert, dann werden von dieser Gruppe der Kriegs- und Inflationsopfer der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr viele Überlebende vorhanden sein.

**Arbeitslosigkeit** Trotz dem vorübergehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit ist das Arbeitslosen-

niveau bekanntlich in *England* seit Jahren sehr hoch. Mitte März 1929 ging die Anzahl der Arbeitslosen in England zwar weiter zurück; sie betrug am 18. März 1929 1 182 000 Personen, das heißt etwa 85 000 weniger als in der Vorwoche. Dem Vorjahr gegenüber liegt jedoch das Arbeitslosenniveau in England um etwa rund 115 000 Personen höher. Die englische Regierung beschäftigte sich schon sehr lange mit grundlegenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im Februar dieses Jahres lag im Unterhaus ein Antrag der Regierung vor: einen Betrag von etwa 7 Millionen Mark zu bewilligen, von denen ungefähr 6 Millionen für die Weiterentwicklung der Einrichtungen zur Ausbildung erwachsener Arbeitsloser, also für die Berufsumschulung, und der restliche Betrag von über 1 Million zu siedlungspolitischen Zwecken, und zwar zu Beihilfen zwecks Übersiedlung Arbeitsloser aus Krisengebieten in wirtschaftlich günstigere Gebiete verwandt werden soll; der letzte Betrag dürfte zum Teil der Finanzierung der Auswanderung nach den britischen Dominien dienen, deren Förderung in diesem Jahr fortgesetzt werden soll (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 990). Daß der Antrag der englischen Regierung vom Unterhaus angenommen wurde, ist zu begrüßen, wenn auch nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen damit geholfen werden kann. Wichtig ist, daß die englischen Gewerkschaften zusammen mit der Labour Party die wirtschaftliche Organisation der Auswanderung überwachen, insbesondere im Hinblick darauf, daß bei der vorjährigen staatlich organisierten Auswanderung von 10 000 Bergarbeitern nach Canada Klagen über Mißstände laut geworden waren, für deren

Abstellung gesorgt werden muß. Daß eine Überführung Arbeitsloser innerhalb Englands in Gebiete mit gut beschäftigten Industrien stattfindet und dadurch die Lage der beschäftigten Arbeiter dieser Gegenden nur verschlechtert würde, ohne daß dahin verpflanzten Arbeitslosen geholfen wäre, das werden die englischen Gewerkschaften hoffentlich zu verhindern wissen.

Im Gegensatz zu England ist die Arbeitslosigkeit in *Frankreich* noch niedriger als im Vorjahr, da Anfang Februar 1929 nur 2 000 Arbeitslose gemeldet wurden, gegen 17 900 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Diese Zahl fällt, nicht nur im Vergleich zu Deutschland und England sondern auch absolut für die Volkswirtschaft überhaupt nicht ins Gewicht.

In *Österreich* hat die Arbeitslosigkeit dem harten Winter entsprechend stark zugenommen. Wegen Kohlenmangels ist auch ein Teil der Industrie in der Arbeitsausübung gehemmt. Von besonders großer Arbeitslosigkeit wurde Oberösterreich betroffen; aber auch in der Umgebung von Wien und dem Industrieteil um Wiener Neustadt erhöht sich die Zahl der durch Kohlenmangel und Kälte zur Schließung gezwungenen Betriebe.

In *Lettland* ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen weiter gefallen. Am 1. März wurden rund 11 000 Arbeitslose gezählt, gegen 14 000 am 1. Januar 1929.

#### Informationsmittel

Ein außerordentlich weitreichendes, in seinem Aufbau sehr übersichtliches und in der Darstellung objektives statistisches Werk Größenordnungen in Volk und Wirtschaft /Berlin, Christlicher Gewerkschaftsverlag/ haben Bernhard Letterhaus und Franz Röhr geschaffen. Das bereits in 2. Auflage vorliegende Buch gibt über Stand und Entwicklung der *sozialen und wirtschaftlichen Massenerscheinungen* in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt Aufschluß, in der Form eines sehr geschickten Nebeneinander von Text und Zahlen, die als materielle Ergebnisse der nationalen und internationalen Wirtschafts- und Sozialstatistik dargestellt werden. Die weitreichende Materie ist keineswegs nur in oberflächlicher Weise dargestellt; in einzelnen Fällen gehen die Verfasser auch tiefer in die Materie und bieten, soweit möglich, ein internationales Vergleichsmaterial bis in die neueste Zeit hinein. Der bei einem statistischen Werk zu stellenden Forderung auf Aktualität ist in weitgehender Weise Rechnung ge-

tragen, insbesondere dadurch, daß die Ergänzungsmöglichkeit in den Tabellen für viele Jahre vorgesehen ist, so daß man sich vor dem Veralten des Werks schützen kann, wenn man bei dem einen oder andern Spezialgebiet sich der Mühe unterzieht die Zahlen nachzutragen. Die einfache Ausdrucksweise und die Vielseitigkeit des Gebotenen werden dem arbeitsreichen Werk in weitesten Kreisen Eingang verschaffen. Vielleicht können die Verfasser in der nächsten Auflage an einzelnen Stellen noch graphische Darstellungen einfügen und damit die rasche Orientierungsmöglichkeit und die Anschaulichkeit der wichtigsten von ihnen dargestellten wirtschaftlichen und sozialen Materien noch erhöhen.

In der Schriftenreihe Arbeitsgemeinschaft der Niederrheinischen Verwaltungsakademien /Essen, G. D. Baedeker/ erscheint als 2. Heft *Die deutsche Sozialversicherung seit 1914*, in der führende Sozialpolitiker, die Spitzen der Sozialbeamtenschaft und Wissenschaftler über die wesentlichen Gebiete der *Sozialversicherung* zu Wort kommen. Die Mischung von Theoretikern und Praktikern hat einen guten Überblick über die einzelnen Zweige der sozialen Versicherung entstehen lassen, wobei als besonders aktuell die Ausführungen des Präsidenten H. Link /Hannover/ über die ergänzenden Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit anzusprechen sind. Die von dem Senatspräsidenten Hermann Dersch /Berlin/ gegebene Systematik der Sozialversicherung ist ein interessanter Beweis dafür, wie sozialpolitische Grundsätze in eine juristisch feste Form gegossen und begrifflich verankert und abgegrenzt werden können.

In Erledigung einer Resolution des Reichstags von Mitte Dezember 1928 legte das Reichsarbeitsministerium bereits einen Monat später eine Denkschrift über Leistungen und Beiträge in der *Invaliden- und Angestelltenversicherung* vor, mit der gleichzeitig 2 Denkschriften der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über den Ausbau der Angestelltenversicherung und über die Vermögenslage der Reichsversicherungsanstalt verbunden sind. Diese Reichstagsdrucksache 741, ausgegeben am 23. Januar 1929, enthält gleichzeitig zur Erläuterung Erklärungen des Direktoriums und Verwaltungsrats der Reichsversicherungsanstalt und vor allem das außerordentlich interessante Minderheitsgutachten, das von Fritz Croner und Fritz Schröder zur Angestelltenversicherung erstattet worden ist.

Die Reichsanstalt für *Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* legt ihren 1. Bericht vor, der die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis zum 31. Dezember 1928, also die ersten 1¼ Jahre ihres Bestehens umfaßt. Der weit, jedoch nicht zu weit, gespannte Jahresbericht gibt nicht nur einen Einblick in die organische Entwicklung des Vergangenen sondern hat zugleich programmatische Bedeutung, da er im wesentlichen auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung die Forderungen, die in der Zukunft zu erfüllen sind, umreißt. Für die Arbeitslosenversicherung wird ebenso wie für die Fragen des Arbeitsmarkts an der Hand eines eingehenden statistischen Materials, ergänzt durch weit zurückreichende graphische Darstellungen, ein ausgezeichnetes Bild dieser wichtigen Zweige der Sozialpolitik gegeben, das infolge seines amtlichen Charakters von besonderer praktischer Bedeutung ist. Das Niveau des Berichts der Reichsanstalt ist hoch; das Produkt einer zielklaren Zusammenarbeit von Fachleuten. Eine sehr wertvolle Ergänzung der vielen Kommentare zum Arbeitslosenversicherungsgesetz ist der 1. Band des Halbjahrbuchs der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von Fritz Berndt, Bernhard Lehfeldt und Oskar Weigert /Berlin, Reimar Hobbing/. Das Schrifttum, die Bescheide, die Anordnungen und die Rechtsprechung, Quellen, die reichlich geflossen sind, wurden hier in übersichtlicher Weise gesammelt und den Paragraphen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes entsprechend systematisch gruppiert. Die Praxis der Arbeitslosenversicherung ist so um wesentliche Hilfsmittel bereichert. Die begonnene, sicher sehr mühevoll Sammlang, die 3 der Väter des Arbeitslosenversicherungsgesetzes mit dem vorstehenden 1. Band ins Leben gerufen haben, wird fortgesetzt werden, so daß hier ein Sammelwerk entsteht, das für den Arbeitsrechtler ein vielseitig benutzbares Nachschlagewerk sein wird. Zu jedem durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz aufgeworfenen Problem ist darin eine für Theorie und Praxis wichtige Vorarbeit geschaffen, die als Kommentarergänzung, nicht aber als Kommentarerersatz, unentbehrlich ist. Nicht nur der Praktiker, sondern auch nicht zuletzt der Wissenschaftler wird die Sammlung gern zur Hand nehmen, wenn er in eines der vielen Probleme steigen will, die durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz angeschnitten werden oder sich im Lauf der Entwicklung herausgebildet haben.

#### Totenliste

Am 22. Oktober 1928 starb in Frankfurt der Bezirksleiter des Baugewerksbunds *Heinrich Hüttmann*, im Alter von fast 60 Jahren. Er wurde 1912 in den Reichstag gewählt, dessen Mitglied er bis 1918 und dann wieder von 1921 bis 1928 war. Zusammen mit Silberschmidt hat er dort vornehmlich die Wohnungsfragen bearbeitet. Er war zugleich Geschäftsführer des Bauhüttenbetriebsverbands Hessen. Für die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse in Deutschland hat Heinrich Hüttmann viel getan.

Der berühmte Augenarzt *Paul Silex*, der am 20. Januar 1929, fast 71 Jahre alt, nach schwerem Leiden in Berlin starb, hat sich auch sozialpolitisch verdient gemacht. Er ließ sich nämlich während des Weltkriegs und nach seiner Beendigung die Fürsorge für die Kriegsblinden besonders angelegen sein. Er bewirkte, daß in Berlin eine besondere Schule für Kriegsblinde eingerichtet wurde. Zusammen mit dem Direktor Paul Perls sorgte er dann für die Unterbringung der Kriegsblinden in der Landwirtschaft und in Fabriken. Diesen Bemühungen, die besonders von der Elektrizitätsindustrie unterstützt wurden, ist es zu danken, daß die Kriegsblinden sich ihren Lebensunterhalt selbst erwerben konnten.

**Kurze Chronik** Im letzten Jahr ging die *deutsche Auswanderung* gegenüber den Vorjahren weiter auf 57 000 Auswanderer zurück. In der Deflation war im Jahr 1926 der Höhepunkt der Auswanderung zu verzeichnen gewesen. Nur in Bayern, Oldenburg, Hamburg, Lippe und Schaumburg-Lippe hat sich die Auswandererzahl auch 1928 noch etwas erhöht, in den übrigen deutschen Ländern hat sie sich verringert. Inwieweit der Rückgang auf Einwanderungshemmungen der Einwanderungsländer oder auf eine 1928 gegenüber den Vorjahren für auswanderungsbereite Fachkräfte gebesserte Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist, ist nicht zu übersehen. ◊ Im Februar und März wurde in Berlin, wie hier schon angekündigt, eine *Reichsunfallverhütungswoche* veranstaltet, die in weiten Kreisen der Bevölkerung interessierte. In anschaulicher Weise wurde durch Wort und Schrift auf die Gefahren und Verluste an Arbeitskraft, Gesundheit und Lebensfreude hingewiesen, die durch die vielfachen Unfälle in den Betrieben, im Verkehr, in den Haushalten usw. entstehen. Da der Arbeitsprozeß weiter ra-

tionalisiert und mechanisiert wird, und mit der Tendenz zur Verbilligung der Produktion eine immer weitere Ausnutzung von Arbeitskraft und Rohstoffen Hand in Hand geht, so wird die Arbeiterschaft wegen der daraus folgenden immer größer werdenden Unfallgefahr die qualitative und quantitative Ausdehnung der Unfallverhütung durch Mitarbeit im eigenen Interesse fördern. Dazu ist aber auch notwendig, daß die Gewerkschaften in die Lage versetzt werden maßgeblich bei den behördlichen Bestimmungen mitzuwirken. ◊ Auf der 12. Internationalen Arbeitskonferenz, die am 30. Mai 1929 in Genf zusammentritt, wird die Frage der internationalen Regelung der *Arbeitszeit der Angestellten* behandelt werden. Nach nunmehr etwa 2jährigen Vorarbeiten des Internationalen Arbeitsamts wird ein Fragebogen festgelegt werden, auf Grund dessen die angeschlossenen Regierungen zu den Möglichkeiten eines internationalen Abkommens über die Arbeitszeit der Angestellten Stellung nehmen sollen. ◊ Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags nahm einen Initiativgesetzentwurf an, wonach die arbeitslosen Angestellten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 1 Jahr ununterbrochen arbeitslos sind, als berufsunfähig gelten und das Ruhegeld der *Angestelltenversicherung* für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten sollen. Diese Regelung soll bald in Kraft treten und bis 1933 gelten. Einstimmig wurde weiter eine Verkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung von 120 auf 60 Beitragsmonate beschlossen. In einer Resolution wurde die Regierung aufgefordert baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Berücksichtigung der weiter vorliegenden Anträge einen weiteren Ausbau der Angestelltenversicherung vorsieht. ◊ Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat in 2jährigen Verhandlungen mit der Interalliierten Rheinlandkommission eine Verständigung in Richtung der Anwendung der Sozialversicherungsgesetze auf die deutschen Arbeiter und Angestellten in *Besatzungsdiensten* erzielt. Die Rheinlandkommission hebt danach eine Instruktion vom Jahr 1922 auf, nach der die in Besatzungsdiensten befindlichen Deutschen (zum Beispiel Hausangestellte usw.) durch die französischen Arbeitgeber nicht gegen Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw. versichert zu werden brauchten. Nunmehr gilt auch für die Besatzung als Arbeitgeberin die deutsche Versicherungsgesetzgebung.

### Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

**Internationale** Geht man von den Mitgliederzahlen des Internationalen Gewerkschaftsbunds aus, so gewinnt man für die Jahre 1927 und 1928, soweit hierfür überhaupt schon Zahlen vorliegen, ein recht günstiges Bild. Das Jahr 1926 hatte einen nicht unbeträchtlichen Mitgliederverlust gebracht; von 13 360 387 am Jahresende 1925 auf 12 839 174 am Jahresende 1926, also um rund 4%. In Deutschland, in Großbritannien und in Dänemark waren starke Verluste zu buchen. Für das Jahresende 1927 kam der Internationale Gewerkschaftsbund wieder ins Steigen; um rund eine Viertelmillion, und nach den vorläufigen Zahlen hat auch 1928 dieses Steigen weiter angehalten. Im Jahr 1927 hat vor allem noch Großbritannien größere Verluste zu verzeichnen, wo ein Rückgang von 4 164 000 auf 3 875 000 festzustellen ist (7%). Auch 1928 wird dieser Rückgang noch angehalten haben, da sich noch immer das Gewerkschaftsgesetz der konservativen Regierung auswirkt. Diesem Sinken, das sich sonst nur noch, wenn auch geringfügig, in Spanien und Belgien zeigt, steht ein kraftvolles Ansteigen, besonders der deutschen Gewerkschaften gegenüber, die 1927 um rund 12% von 3 934 000 auf 4 416 000 und bis zum 1. September 1928 weiter auf 4 762 000 gestiegen sind. Ein Ansteigen buchten für 1927 auch Holland, Lettland, Schweden und die Schweiz. Im Jahr 1928 wurde der Internationale Gewerkschaftsbund weiter durch den Beitritt von 3 Landeszentralen, in Estland, Südwestafrika und Griechenland, gestärkt; von diesen Landeszentralen ist allerdings nur Griechenland mit seinen 98 000 Mitgliedern zahlenmäßig von Bedeutung.

Die 27 nunmehr dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen gehören fast durchweg Europa an. Von den außereuropäischen: Palästina, Südwestafrika, Argentinien und Canada, kommt nur der canadischen eine größere Bedeutung zu. Es ist für die Politik des Internationalen Gewerkschaftsbundes entscheidend, daß er heute im wesentlichen noch eine europäische Angelegenheit ist. Daran ändert auch die Tatsache nicht viel, daß er durch eine Reihe von Verbänden, die den in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund stehenden internationalen Berufsekretariaten

angeschlossen sind, einen nicht unbedeutenden Einfluß ausübt. Sie kommen als Wegbereiter für den Anschluß ihrer Landeszentralen in Frage. Es sind im ganzen 86 Organisationen in 13 Ländern, mit einer Mitgliederzahl von rund 2 Millionen, auf die der Internationale Gewerkschaftsbund hier einen indirekten Einfluß ausübt. 1925 waren es nur 71 Organisationen mit rund 1½ Millionen Mitgliedern. Unter den 86 Organisationen gibt es 22 außereuropäische, die fast 1½ Millionen Mitglieder umfassen. Sie verteilen sich wie folgt:

Land	Anzahl der Organisationen	Mitglieder
Vereinigte Staaten	12	1 284 000
Britisch Indien	3	87 000
Australien	4	33 000
Niederländisch Indien	1	5 300
Brasilien	1	1 800
Cuba	1	1 200

In Europa sind von Bedeutung vor allem die 35 norwegischen Verbände mit rund 100 000 und dann die 17 finnländischen Verbände mit rund 70 000 Mitgliedern, die internationalen Berufssekretariaten angeschlossen sind; dazu kommen noch kleinere Verbände in Irland, Schottland und Island, während ein russischer Verband mit 452 000 Mitgliedern in diesem Zusammenhang wohl kaum ernst zu bewerten ist, da er lediglich aus Oppositionsgründen dem betreffenden Berufssekretariat beigetreten ist. Der Internationale Gewerkschaftsbund steht weiterhin mit einer Reihe außereuropäischer Gewerkschaftsbünde in freundschaftlichen Beziehungen, so mit Mexico, Neuseeland und Britisch Indien. Immer wieder ist freilich zu berücksichtigen, daß gerade viele der außereuropäischen Länder eben erst im Beginn kapitalistischer Durchdringung stehen. Die oft sehr niedrige Lebenshaltung der Arbeiter führt zu niedrigen Löhnen, die die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft sehr stark in Frage stellen und schließlich auch die europäische Arbeiterschaft schwer treffen. Dies erfordert die größte Aufmerksamkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die junge Gewerkschaftsbewegung dieser Länder. Andererseits sind hier, gerade wie in der Frühzeit der europäischen Gewerkschaften, einem scheinbaren Radikalismus Tür und Tor geöffnet. Dazu gehören die jungen Gewerkschaften Chinas und Indiens der von Moskau beeinflussten Pazifischen Union an, der übrigens auch

die sonst überaus gemäßigten australischen Gewerkschaften beigetreten sind. So erwachsen der zielbewußten Arbeit der Amsterdamer Internationale hier große Aufgaben. Sie können nur gelöst werden, wenn jede übertriebene Zentralisation und Systematisierung in programmatischer Hinsicht vermieden und möglichst eine Organisation nach Kontinenten angestrebt wird. Diese Frage wird gerade in der nächsten Zeit den Internationalen Gewerkschaftsbund stark beschäftigen. Vorläufig ist die Errichtung eines besonderen Sekretariats für Südamerika vorgesehen.

Aber dies alles weist in die Zukunft. Augenblicklich ist der Internationale Gewerkschaftsbund noch im wesentlichen eine europäische Organisation. Die konkreten Aufgaben, die ihm innerhalb seines heutigen Wirkungskreises erwachsen, sind darum nicht weniger groß. Betrachtet man nun die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes in den letzten 2 Jahren, so kann man, wenn man große, zielbewußte Aktionen von ihm fordert, nicht allzuviel Günstiges berichten. Zu erwähnen wäre eigentlich nur die große Untersuchung über die Arbeitszeit, die in allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Ländern durchgeführt ist, und die zweifellos wichtiges Material geliefert hat. Die Vertrauenskrise, die sich jahrelang hinschleppte, und die auf dem letzten Kongreß in Paris zum offenen Ausbruch kam, ist sicherlich überwunden. Dagegen macht die innere Reorganisation des Bundes nur langsame Fortschritte. Noch immer ist der Sitz des Bundes nicht festgelegt. Daß Amsterdam es aus mancherlei Gründen nicht bleiben kann, steht allgemein fest; daß Berlin die meiste Aussicht hat es zu werden, ist auch sicher. Aber man konnte keinen festen Entschluß fassen und überließ die endgültige Entscheidung dem nächsten Kongreß im Jahr 1930. Zweifellos ist diese Frage nicht von so sehr großer Bedeutung. Aber wer die Auswirkung eines solchen Zögerns und Schwankens auf die Arbeiterklasse und im besondern auf die Gegner kennt, wird sie doch nicht so ganz nebensächlich behandeln können. Es wäre nun völlig falsch auf Grund dieser Tatsachen die Bedeutung und die Macht des Internationalen Gewerkschaftsbundes gering einzuschätzen. Noch mehr als für die Internationale der politischen Parteien gilt für die Gewerkschaftsinternationale, daß ihre Macht

auf der Stärke der einzelnen Landeszentralen beruht. Erst die einzelne wirklich starke Landeszentrale vermag internationalen Beschlüssen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen. Untersucht man nun von hier aus die Macht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, so kommt man zu weit günstigeren Ergebnissen und hoffnungsvollen Ausblicken für die Zukunft. In allen größeren, dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen europäischen Ländern: in England, in Frankreich und in Belgien, ist eine grundsätzliche Klärung über Weg und Ziel der Gewerkschaftsbewegung eingetreten; in Deutschland ist dieser Prozeß der Klärung am weitesten fortgeschritten. War noch das Wort Wirtschaftsdemokratie bisher ein Schlagwort, verbanden sich mit diesem Wort bisher noch vielerlei unklare und verwirrende Vorstellungen, so hat nunmehr der Hamburger Kongreß und die gründliche wissenschaftliche Arbeit diesem Wort Inhalt und Sinn gegeben. In der Zusammenfassung aller Kräfte, die auf eine Umgestaltung der Wirtschaft hindrängen, in zielbewußtem Eindringen in Staat und Wirtschaft, wird die Aufgabe der nächsten Zeit gesehen. Die deutschen Gewerkschaften sind heute ebenso weit entfernt von allem Scheinradikalismus wie von einer nur opportunistischen Tagespolitik. Auch die englischen Gewerkschaften sind auf dem Kongreß in Swansea in der theoretischen Klärung ihres Weges ein gutes Stück weiter gekommen. Sie haben Jahre hindurch zwischen extremem Radikalismus und teilnahmslosem Abwarten geschwankt. Die Verhandlungen mit einzelnen Unternehmergruppen zeigen deutlich, daß das Verantwortungsbewußtsein für die britische Wirtschaft sehr groß ist, und daß sie den großen Aufgaben, die gerade aus der besondern Not dieser Wirtschaft erwachsen, nicht ausweichen gedenken. In Frankreich haben sich die Gewerkschaften, die zahlenmäßig nicht allzu stark sind, dafür aber gewichtige große Gruppen, wie die Beamten, umfassen, ein ausführliches, sehr nüchternes, aber sehr klares und gutes Programm gegeben. Gerade die alten syndikalistischen Führer der französischen Gewerkschaften haben den Weg zu praktischer zielklarer Arbeit gefunden. In Österreich ist eine wirklich straffe Zusammenfassung der Gewerkschaften erfolgt. In der Tschechoslowakei haben sich die deutschen und die tschechischen Gewerkschaftszentralen zu

einer einheitlichen Landeszentrale zusammengefunden. Der Kampf mit den sogenannten Kommunisten, der überall die Amsterdamer Gewerkschaften jahrelang in Anspruch genommen hat, ist wohl endgültig entschieden. Auch da, wo bisher noch für die Rote Gewerkschaftsinternationale einige Aussichten bestanden, wie in Norwegen, sind diese nach den letzten Meldungen auf ein Minimum zusammengeschrumpft. So kann man von der Entwicklung in den einzelnen Ländern aus die Zukunft der Gewerkschaftsinternationale recht günstig beurteilen. Es sind überall die Voraussetzungen für eine wirklich positive Arbeit der Internationale vorhanden. Auf der nächsten Ausschußtagung in Prag, Ende Mai, soll ein einheitliches Wirtschaftsprogramm geschaffen werden. Der Zeitpunkt für solch eine weiterschauende Politik ist zweifellos gekommen, und es ist kein Zufall, daß Theodor Leipart hierfür das Referat übernommen hat. Es ist zu hoffen, daß dies Programm nicht nur aus allgemeinen Grundsätzen und aus in ferner Zukunft zu verwirklichenden Programmpunkten besteht, sondern daß auch Wege zu ganz konkreter internationaler Zusammenarbeit aufgezeigt werden. Ebenso wie eine Organisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Kontinenten notwendig wird, genau so notwendig wird die viel engere Zusammenarbeit einzelner Gewerkschaftsgruppen im europäischen Kontinent. Die engste Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbünde Deutschlands und Frankreichs ist längst unbedingt notwendig geworden. Die Gewerkschaften der einzelnen Länder fühlen sich immer mehr als verantwortliche Träger der Produktion der einzelnen nationalen Wirtschaften. Damit erwächst überall ein ganz neues und starkes Verantwortungsbewußtsein für das Wohlergehen dieser Wirtschaft, und eine Fülle von Fragen taucht auf, deren Beantwortung man bisher ausgewichen ist oder sich zuweilen sehr leicht gemacht hat. Es ist typisch, daß die Auseinandersetzung mit der Frage des Schutzzolls in der internationalen Gewerkschaftsbewegung immer dringender wird. Die britischen Textilarbeiter haben sich kürzlich für den Schutzzoll entschieden. Das charakterisiert ausgezeichnet die augenblickliche Lage. Je stärker die nationalen Gewerkschaftsbünde werden, um so größer ist die Möglichkeit der Durchführung internationaler Beschlüsse. Je stärker aber

auch das Verantwortungsbewußtsein für die nationale Wirtschaft wächst, um so größer ist innerhalb der Internationale die Möglichkeit von Interessenkonflikten zwischen den einzelnen nationalen Gruppen. Es hat keinen Zweck mit einigen Schlagworten, wie es die "Kommunisten" und manche unserer sogenannten Radikalen tun, über diese Problematik hinwegzugehen. Sie erfordert nur noch stärker die intensivste Zusammenarbeit in der Internationale. So steht der Internationale Gewerkschaftsbund in diesem und in den folgenden Jahren vor gewaltigen Aufgaben. Die Voraussetzungen für positive Arbeit sind in den letzten Jahren geschaffen worden. Jetzt muß man sie nutzen.

Tschecho-  
slowakei

Das Statistische Staatsamt der Tschechoslowakischen Republik gibt fortlaufend Berichte über den Stand der Gewerkschaftsbewegung heraus. Der letzte Bericht erfaßt zum erstenmal vollständig alle Gewerkschaftsverbände nach dem Stand vom 31. Dezember 1927 und ist in seiner statistischen Bearbeitung mustergültig. Man möchte wünschen, daß auch in Deutschland von amtlichen Stellen aus ähnliche umfassende Berichte gegeben werden könnten. In der Übersicht fällt die ungemein große Zersplitterung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung auf. In 12 Zentralverbänden sind 336 verschiedene Organisationen mit 1 436 180 Mitgliedern organisiert. Es kommen aber noch 225 Verbände mit zusammen 244 901 Mitgliedern hinzu, die keiner Zentrale angeschlossen sind. Daß diese enorme Zersplitterung im Jahr 1927 auch nicht geringer geworden sondern noch beträchtlich gestiegen ist, ersieht man daraus, daß die Gesamtzahl der Organisationen von 509 am Jahresende 1926 auf 561, also um 10 %, die Mitgliederzahl dagegen nur um etwa ½ % gestiegen ist. Die größte Gewerkschaftszentrale ist die seit dem 1. Januar 1927 gemeinsame Deutsch - Tschechische Landesgewerkschaftszentrale, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist. Sie umfaßt 82 Verbände, 57 tschechische mit 344 000 Mitgliedern und 25 deutsche mit rund 200 000 Mitgliedern, und vereinigt damit insgesamt 32 ⅓ % aller Organisierten in ihren Reihen. Ihr Bestand ist im letzten Jahr stabil geblieben. Fast ebenso stabil blieb die Tschechische Sozialistischnationale Arbeitsgemeinschaft, die in 62 Verbänden 288 000 Mitglieder

umfaßt, rund 17 % aller Organisierten. Diese Gewerkschaft vereinigt in ihren Grundsätzen nationale Gedanken mit klassenkämpferischen. Einen recht starken Verlust, von 8,3 %, erlitt der "kommunistische" Allgewerkschaftliche Verband, der in 16 Verbänden rund 180 000 Mitglieder, das sind 10,7 % aller Organisierten, umfaßt. Im letzten Jahr hat dieser Bund übrigens weitere überaus schwere Verluste erlitten, und man glaubt, daß er kaum noch mehr als 50 000 Mitglieder umfaßt. Er hat vor allem durch die internen Streitigkeiten in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, von der er bisher abhing, arg gelitten. Nach den neuesten Meldungen scheinen aber die eigentlichen Führer nicht mehr gewillt zu sein allen Unfug der jeweiligen "Führer" in der Kommunistischen Partei mitzumachen. Sie haben sich in einer Konferenz der einzelnen Sektionen des Verbands am 10. März in Prag offiziell von der Kommunistischen Partei losgesagt. Vielleicht trägt dieser Schritt zu einer Konsolidierung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung bei und führt zu einer Annäherung des kommunistischen Verbands an die Freigewerkschaftliche Landeszentrale.

Die Christlichen Gewerkschaften sind in 3 Verbände der Nationalität nach zerpalten: in den Deutschen Verband der Christlichen Gewerkschaften (8 Organisationen mit 23 000 Mitgliedern), den Tschechischen Christlichsozialen Verband (26 Organisationen mit 113 000 Mitgliedern) und einen klerikalen Slowakischen Verband (9 Organisationen mit 44 000 Mitgliedern). Daneben existieren einige verhältnismäßig starke ausgesprochen gelbe Vereinigungen. Die nicht einer Zentrale angeschlossenen Verbände sind zum großen Teil Angestelltenorganisationen.

In allen Verbänden zusammen sind 42,96 % aller Arbeitnehmer der Tschechoslowakei organisiert. Wenn man die organisierten Arbeiter ihrer Nationalität nach untersucht, so ergibt sich das folgende, recht interessante Bild: Von den 1 220 000 tschechoslowakischen Arbeitern waren 24 % in den Freien Gewerkschaften organisiert, 23 % in der Sozialistischnationalen Arbeitsgemeinschaft, 11 % in den "kommunistischen" und 9 % in den Christlichen Verbänden; von den 423 000 deutschen Arbeitern 56 % in den Freien, 11 % in den Christlichen und 9 % in den "kommunistischen" Gewerkschaften. Von den deutschen Arbei-



tern ist also der weitaus größte Prozentsatz in der Zentrale der Freien Gewerkschaften organisiert. Die 21 000 magyarischen Arbeitnehmer verteilen sich zu 43 % auf die Freigewerkschaftlichen und zu 36 % auf die "kommunistischen" Verbände, die 10 000 Polen zu 48 % auf die Freien Gewerkschaften, zu 23 % auf die "kommunistischen" und zu 21 % auf die Christlichen Organisationen.

Die Zerklüftung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung rührt aus den besonders schwierigen religiösen und nationalen Verhältnissen dieses jungen Staats her. Schon vor dem Krieg war, seitdem im Jahr 1897 die rein tschechischen Gewerkschaften aus der Generalkommission Österreichs ausgeschieden waren und sich selbständig gemacht hatten, die Nationalitätenfrage in Böhmen ein Verhandlungspunkt fast aller internationalen Gewerkschafts- und Parteikongresse. Die tschechischen Gewerkschaften, die vor dem Krieg so stürmisch die Anerkennung ihrer nationalen Sonderrechte forderten und verteidigten, fanden anfangs im neuen tschechischen Staat wenig Verständnis für die nationalen Forderungen der Deutschen. So verzögerte sich die Verständigung zwischen den beiden freigewerkschaftlichen Zentralen von Jahr zu Jahr. Erst nach langen Verhandlungen im Januar und April 1925 und im Januar 1926 erfolgte die Einigung. Die tschechische Zentrale ist mit den Aufgaben einer gemeinsamen Landeszentrale betraut. Die Deutsche Gewerkschaftskommission tritt dieser Zentrale bei und erhält ihrer Stärke nach eine angemessene Vertretung im Vorstand. In den einzelnen Verbänden werden gemeinsame Ausschüsse gebildet, die ein gemeinsames Vorgehen in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aktionen vorbereiten und die Fragen endgültiger Verschmelzung lösen sollen. Im übrigen behalten die einzelnen Verbände eine weitgehende Selbständigkeit. Diese Beschlüsse traten am 1. Januar 1927 in Kraft, sie haben zur Festigung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung in reichem Maß beigetragen. Das unselbige Nationalitätenproblem, das jahrzehntelang die Gewerkschaftsarbeit im alten und neuen Staat gehemmt hat, ist hier gelöst. Die Lösung war um so notwendiger, als sich inzwischen auch die tschechischen und die deutschen Unternehmerverbände ungeachtet der verschiedenen Nationalität zu einem großen Verband zusammengeschlossen haben.

#### Rußland

Der 8. Kongreß der russischen Gewerkschaften tagte im Dezember 2 Wochen lang in Moskau. Diese 2 Wochen waren ausgefüllt mit der Diskussion der Berichte des Zentralrats der Gewerkschaften, des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Volkskommissariats der Arbeit und anderer Staatsorgane. Sämtliche Punkte der Tagesordnung, die die praktische Arbeit der Gewerkschaften betrafen, wurden in die Sektionen verwiesen und am Vorabend des Kongresses durchgepeitscht. Es lohnte also kaum über den Kongreß und über seine Resolutionen zu berichten, die zum großen Teil gegen die "verräterische" Tätigkeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, speziell aber auch gegen die deutschen rechten Kommunisten gerichtet sind, wenn nicht einige für die Lage der bolschewistischen Wirtschaft und die russischen Gewerkschaften sehr charakteristische Erscheinungen auf dem Kongreß deutlich geworden wären. So wurde vor allem über die wilden Streiks, die "ohne Wissen" der Verbände in den letzten Jahren überall ausgebrochen sind, Klage geführt. Es sind im Jahr 1926 337, 1927 396, und in der 1. Hälfte 1928 nach "vorläufigen" Berichten 90 solcher Streiks ausgebrochen. Dabei wurde auf dem Kongreß nur die mangelhafte Disziplin beklagt, auf die wahren Ursachen einzugehen erlaubte die Leitung der Kommunistischen Partei nicht. Die "Wirtschaftsführer" der sogenannten Sowjetunion sind in vielen Fällen bemüht gewesen die ablaufenden Tarifverträge zu verschlechtern und möglichst große Arbeitsleistungen aus den Arbeitern herauszupressen, ohne dabei die Löhne zu steigern. Die Gewerkschaftsführer als willfährige Kreaturen der Kommunistischen Partei wagen nicht dagegen zu opponieren. So sind die wilden Streiks schließlich der notwendige Ausdruck der verärgerten Arbeitermassen. Ein weiterer Punkt, über den ebenfalls sehr heftig geklagt wurde, ist die große Anzahl von Unterschlagungen durch Gewerkschaftsfunktionäre. Man hat bereits eine förmliche Unterschlagungsstatistik ausgebildet. Tomskij, der Vorsitzende der russischen Gewerkschaften, gab zu, daß in der 1. Hälfte 1928 442 766 Rubel veruntreut sind, und zwar vorwiegend von Mitgliedern der Kommunistischen Jugendverbände. Die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Kommunistischen Partei, über die in dieser Rundschau bereits berich-

tet wurde, trat auch auf diesem Kongreß deutlich zutage. Der Zentralrat der Gewerkschaften beschloß kurz vor der Eröffnung des Kongresses die kommunistische Fraktion zu einer besondern Sitzung einzuberufen, und das gesamte Politische Bureau der Kommunistischen Partei wurde in das Ehrenpräsidium des Kongresses gewählt. Eine Opposition wurde nicht geduldet, und dem ehemaligen Vorsitzenden des Nahrungsmittelverbands Krol wurden Wort und Mandat entzogen, als er im Trotzkijschen Sinn zu opponieren wagte.

Alle diese Erscheinungen sind für die Lage der russischen Gewerkschaften charakteristisch und zeigen, wie recht die Amsterdamer Internationale tut jede Verbindung mit ihnen abzulehnen.

#### Jubiläen

Am 1. Dezember 1928 konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes das 25jährige Jubiläum der Zugehörigkeit zweier seiner hervorragendsten Mitglieder begehen: nämlich *Peter Graßmanns* und *August Quists*. Graßmann kam am 1. Dezember 1903 als besoldeter Gauleiter für Rheinland-Westfalen in den Dienst des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, nachdem er vorher bereits lange ehrenamtlich für den Verband gewirkt hatte. 1894 wurde er Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Solingen, 1905 Gehilfenvorsitzender im Buchdruckerschiedsgericht, 1906 Kreisvertreter der Tarifgemeinschaft, 1908 2. Vorsitzender des Verbandes, 1919 Stellvertretender Vorsitzender im Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1924 wurde er in Hamburg in den Reichstag gewählt; auch ist er Mitglied des Reichswirtschaftsrats. Graßmann ist einer der bedeutendsten Köpfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Wie klar er ihre Aufgaben im produktiven Sinn erkennt, wissen die Leser der Sozialistischen Monatshefte aus seinem hier (1927 II Seite 713 und folgende) veröffentlichten Epilog zum Pariser Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Quist kam 1889 zur Gewerkschaft. 1891 trat er in den Deutschen Metallarbeiterverband, wo er bis 1903 ehrenamtlich arbeitete, bis er ebenfalls am 1. Dezember 1903 zum Geschäftsführer der Kieler Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes gewählt wurde. 1905 wurde er in die Redaktion des Metallarbeiterorgans nach Stuttgart berufen, da er sich schon vorher als Mitarbeiter

der Metallarbeiterzeitung wie als Übersetzer aus den nordischen Sprachen für dieses Blatt vielfach betätigt hatte. Er überdachte die Aufgaben der Gewerkschaftsfunktionäre, die damals in der Bewegung sehr umstritten waren; zu welchem Ergebnis er da kam, zeigt sein Artikel Die Stellung der Gewerkschaftsbeamten in der Arbeiterbewegung, der in den Sozialistischen Monatsheften (1906 II Seite 664 und folgende) erschien. In Stuttgart blieb er bis zum Ende des Weltkriegs. Am 1. Januar 1920 wurde er 2. Redakteur des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, bis er infolge der Inflation "abgebaut" wurde; er blieb aber im Bundesbureau tätig. Im Sommer 1928 traf ihn schwere Krankheit, von der er glücklicherweise genas, so daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich nach wie vor seiner bedeutenden Kraft erfreuen kann. Am 4. Dezember konnte der *Deutsche Beamtenbund*, die heute größte deutsche Beamtenorganisation, die fast 1½ Millionen Mitglieder umfaßt, auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken.

**Kurze Chronik** Die amerikanische Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter (Amalgamated Clothing Workers of America) erhielt von einer Gesellschaft, die sich die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Arbeit zur Aufgabe gemacht hat, eine Goldene Medaille und einen Preis von 1000 Dollars. Die Gewerkschaft umfaßt heute 150 000 Mitglieder, darunter sehr viele jüdische Arbeiter, und ist eine der wenigen ausgesprochen sozialistischen Gewerkschaften Amerikas. Sie besitzt eine eigene Bank, ausgezeichnete Unterstützungseinrichtungen und gibt 7 Verbandszeitungen in verschiedenen Sprachen heraus. ◊ Auf dem 44. Kongreß des Gewerkschaftsbundes *Canadas* im Oktober 1928 wurde in einer Resolution die 44-Stunden-Woche gefordert. ◊ Die Gewerkschaften *Norwegens* hatten bisher mit der Einberufung einer norwegisch - finnländisch - russischen Gewerkschaftskonferenz und einer engen Fühlungnahme mit den russischen Gewerkschaften sehr lebhaft sympathisiert. Am 7. Januar 1929 aber beschloß der Kongreß der norwegischen Landeszentrale mit 62 gegen 18 Stimmen von allen Verhandlungen mit den Russen bis auf weiteres abzusehen, da dafür die Voraussetzungen nicht vorhanden seien. Damit ist auch in Norwegen der Versuch der

Bolschewisten die skandinavischen Gewerkschaften für ihre Zwecke einzuspannen fehlgeschlagen, nachdem schon früher die Schweden und die Dänen sehr scharf gegen sie Stellung genommen hatten. ◊ Unter den 9 sozialistischen Abgeordneten, die bei den letzten freien Wahlen in das Parlament Rumäniens gewählt wurden, sind 5 hervorragende Führer der Gewerkschaften; so der Präsident des Gewerkschaftsbundes Fluera und der Generalsekretär Mirescu.

**Literatur** Eine ausgezeichnete Studie über die italienischen Gewerkschaften ließ *Margherita - Hirschberg-Neumeyer* erscheinen /Jena, Gustav Fischer/. Sie behandelt ausführlich die Organisation und die Tätigkeit der Gewerkschaften vor der fascistischen Zeit und arbeitet dabei vor allem gut heraus, wie durch »die ideologische Unerzogenheit und die dynamische Undiszipliniertheit der ganzen Arbeitermassen, welcher Richtung sie auch angehören mochten,« die Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchsetzung der fascistischen Ideen geschaffen wurden. Diese Undiszipliniertheit der Massen, die von dem einsichtsvollen Führer nicht gebändigt werden konnte, hat Italien in den Jahren 1921 und 1922 zweifellos an den Rand des Abgrunds gebracht. Der Fascismus hat sich hier um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, um den Wiederaufbau der italienischen Wirtschaft große Verdienste erworben. Mit Recht bemerkt Margherita Hirschberg, daß »die starke Betonung der Produktion dem Fascismus von seinem syndikalistischen Ursprung her geläufig war, denn in dessen ganzer Theorie war das Produktionsproblem gegenüber dem Verteilungsproblem, das beim Marxismus die Hauptrolle spielte, als das wichtigere aufgefaßt worden«. Man hat es in manchen sozialistischen Kreisen den Sozialistischen Monatsheften sehr verdacht, daß sie nicht in den üblichen verurteilenden Ton gegenüber dem Fascismus verfallen sind sondern versucht haben sachlich und ruhig die Grundlagen dieses Systems zu prüfen. Gerade die Betonung des Produktivitätsgedankens im Fascismus trifft mit Gedanken zusammen, die von jeher von den Sozialistischen Monatsheften vertreten wurden, in einer Zeit, als vom Fascismus noch nicht die Rede war. Man muß anerkennen, daß die Betonung dieses Gedankens den Fascismus zu bedeutenden Leistungen geführt hat. Daß im

korporativen Staat Mussolinis die Antithese zwischen Kapital und Arbeit aufgelöst sein soll, wie Mussolini auf dem 3. Kongreß der fascistischen Gewerkschaften am 6. Mai 1928 verkündet hat, ist freilich eine Illusion. Solange die These vertreten wird, daß die kapitalistische Wirtschaft in ihren eigentlichen Grundlagen nicht angetastet werden soll, solange der Staat nur gewisse Sicherungen für die Arbeiterschaft einbauen will, ohne eine grundsätzliche Wandlung des Wirtschaftssystems anzustreben, so lange werden auch die Gegensätze immer wieder aufbrechen. Hirschberg charakterisiert die Gesellschaftsauffassung als pessimistisch-heroisch. Man erkennt im Grunde die gegebenen Verhältnisse an. Der Klassenkampf wird als Methode bejaht, aber das Ziel ist Zusammenarbeit der Klassen, die vom Staat erzwungen wird. Daß in diesem System die fascistischen Gewerkschaften eine überaus große Bedeutung gewinnen, wird ohne weiteres deutlich und von Hirschberg gut herausgearbeitet. Die wirkliche Lösung ist erst durch einen grundlegenden Umbau des heutigen Wirtschaftssystems möglich. Aber der Fascismus hat schon mancherlei Wandlungen durchgemacht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er eines Tages auch zu dieser entscheidenden Frage eine neue Haltung einnehmen wird. Durch das Buch Margherita Hirschbergs wird man in ausgezeichnete Weise in all diese Probleme eingeführt.

#### Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

**Maxwell †** Die britische und die internationale Genossenschaftsbewegung haben einen ihrer Besten verloren: Sir William Maxwell starb am 9. Februar in Rothesay /Schottland/. Er wurde am 30. November 1841 in Glasgow geboren. Sein Vater war ein einfacher Arbeiter, der für seinen Sohn William nicht mehr tun konnte als ihn ein Handwerk erlernen zu lassen. William benutzte jedoch alle Möglichkeiten um sein Wissen und Können zu erweitern. So besuchte er während seiner Lehrzeit eine Abendschule, und nach der Lehre durchwanderte er seine Heimat, um Land und Leute kennen zu lernen. Schon frühzeitig schloß er sich der Genossenschaftsbewegung an. 1864 wurde er Mitglied der Sankt-Cuthberts-Genossenschaft, deren Sekretär er später wurde. Seine Fähigkeiten hatte man bald erkannt, und 1880 schon wurde er in die

Verwaltung der schottischen Großeinkaufsgesellschaft gewählt. Im Jahr 1881 wurde er Präsident der Schottischen Großeinkaufsgesellschaft, und als solcher hat er ganz wesentlich die gesamte britische Genossenschaftsbewegung beeinflusst. Die Schottische Großeinkaufsgesellschaft erlebte unter seiner Leitung einen gewaltigen Aufschwung, in den knapp 3 Jahrzehnten seiner Wirksamkeit hat die Gesellschaft ihren Umsatz fast verzehnfacht. Seine Studien und Erfahrungen in der schottischen Genossenschaftsbewegung fanden ihren Niederschlag in einer sehr lesenswerten Geschichte der schottischen Genossenschaftsbewegung. 1908 schied Maxwell aus der Großeinkaufsgesellschaft aus. Er hatte die Leitung des Internationalen Genossenschaftsbunds, in dem er schon längere Zeit eine Rolle spielte, übernommen. Um den Internationalen Genossenschaftsbund hat er sich große Verdienste erworben. August Kasch faßte in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau Maxwells Wirken dort in diesen kurzen Worten zusammen: »Seit er dessen [des Internationalen Genossenschaftsbunds] Leitung, insbesondere auch auf Drängen der deutschen Genossenschaften, übernommen hatte, kam Ordnung, System und Leben in die Sache.« Nach 20jähriger Tätigkeit im Internationalen Genossenschaftsbund legte der 80jährige Maxwell (dem inzwischen der persönliche Adel verliehen worden war: eine in England übliche Ehrung besonderer Verdienste) sein Amt als Präsident des Bundes nieder. Doch hat er auch später engste Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung aufrechterhalten und noch mancher Tagung beigewohnt. Maxwell zeigte für die deutsche Genossenschaftsbewegung reges Interesse, wiederholt hat er an Genossenschaftstagen des Zentralverbands teilgenommen. Heinrich Kaufmann schätzte ihn als Freund, mit dem er oft seine Erfahrungen austauschte. Maxwells Leben gehörte der Genossenschaftsbewegung, sein Name und sein Wirken werden in ihr immer lebendig bleiben.

**Deutschland** Die Krise, in der sich ein großer Teil der Genossenschaften nach der Währungsstabilisierung befand, scheint jetzt in allen Genossenschaftszweigen im wesentlichen überwunden zu sein, wenn auch immer noch einzelne wenige Genossenschaften unter den Nachwirkungen der Substanzverluste in der Infla-

tionszeit zu leiden haben, und wenn es auch noch eine Reihe von Genossenschaften (besonders unter den Baugegenossenschaften) gibt, deren Lebensunfähigkeit nicht abgestritten werden kann. Das Jahr 1928 zeigt seit einigen Jahren zum erstmalig wieder eine die der Auflösungen übersteigende Anzahl von Genossenschaftsneugründungen, obgleich diese an sich um ein beträchtliches zurückgegangen ist. Beides: der Rückgang der Neugründungen und der Rückgang der Auflösungen, zeigt, daß die Genossenschaftsbewegung in ruhigere Entwicklungsbahnen eingelenkt ist, die Nachkriegsgründerjahre (1919 5323 Neugründungen, 1928 1592) und die Krisenjahre (1925 3000 Auflösungen, 1918 1356) sind überwunden. Die absolute Bestandszahl an Genossenschaften weist eine relativ kleine Zunahme auf, die hauptsächlich auf das Konto der Vermehrung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu buchen ist, während bei anderen Genossenschaftsgruppen (Konsum- und Kreditgenossenschaften) eine geringe Abnahme der Zahl festzustellen ist, die aber teilweise auf Verschmelzungen zurückgeführt werden muß. Die Gesamtzahl der deutschen Genossenschaften betrug am 1. Januar 1929 ungefähr 52 500, wovon 40 000 auf die ländlichen Genossenschaften entfallen. Die Konsumgenossenschaften sind zwar in der Gesamtzahl der Genossenschaften nur mit einem geringen Prozentsatz vertreten (Ende 1928 gab es zirka 1800 Konsumgenossenschaften), ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach stehen sie jedoch an der Spitze der deutschen Genossenschaftsbewegung. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung im vergangenen Jahr spiegelt sich in den statistischen Veröffentlichungen der großen Verbände, des Zentralverbands und des Reichsverbands Deutscher Konsumvereine, wider. Diese Veröffentlichungen geben das folgende außerordentlich günstige Bild der Entwicklung und des Standes der Bewegung: Der Aufschwung der Konsumgenossenschaftsbewegung hält an, auch im Tempo ist 1928 kaum eine Verlangsamung eingetreten, obwohl die allgemeinwirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1928 viel ungünstiger war als die des Jahres 1927.

**Zentralverband Deutscher Konsumvereine** Die Kalenderjahrsstatistik des Zentralverbands berichtet über eine Steigerung des Umsatzes der angeschlossenen Vereine von 982 160 000 Mark auf 1 125 000 000

Mark. Damit ist die erste Umsatzmilliarde überschritten worden. Gegenüber dem Jahr 1924 beträgt die Umsatzsteigerung mehr als 100 %, im Jahr 1924 stellte sich der Umsatz der Zentralverbandsgenossenschaften auf 548 741 000 Mark. Diese außerordentlich große Umsatzsteigerung wurde trotz einem seit 1924 ununterbrochenen Rückgang der Mitgliederzahl erreicht; ein Zeichen für die wachsende genossenschaftliche Treue der Mitglieder. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied im Jahr 1921 (159,32 Mark) konnte schon 1927 mehr als verdoppelt werden (334,96 Mark), 1928 stieg er auf 388,28 Mark an. Die Anzahl der Mitglieder ging auch noch im Jahr 1928 um gut 35 000 zurück, von 2 932 175 am Ende des Jahres 1927 auf 2 896 756 am Ende des Jahres 1928; Ende 1924 betrug die Mitgliederzahl noch 3 444 218. Die Mitgliederzahl des Zentralverbands verringerte sich also um mehr als  $\frac{1}{2}$  Million; dieser Rückgang hat seinen Grund in der Reinigung der Mitgliederbestände von nichtkaufenden Mitgliedern, der freilich noch bedeutend mehr als 550 000 "tote Seelen" zum Opfer gefallen sind, da durch die sehr erheblichen Neuaufnahmen ein großer Teil der Ausschlüsse wieder wettgemacht worden ist. Der Ausschluß von nichtkaufenden Mitgliedern, den sogenannten Papiersoldaten, scheint aber jetzt im wesentlichen beendet zu sein, und in vielen Genossenschaften ist er schon durch die Anzahl der Neuaufnahmen überkompensiert, zum Beispiel in Berlin. Die innere Kräftigung der Genossenschaften zeigt sich besonders an der glänzenden Entwicklung der Geschäftsguthaben, die von 14 998 000 Mark im Jahr 1924 auf 53 081 000 Mark im Jahr 1928 anwuchsen (1927 44 433 000 Mark). Auch die Spareinlagen haben ganz erheblich zugenommen, ihre Gesamtsumme betrug am Ende des Jahres 1928 297 494 000 Mark, gegen 49 486 000 Mark Ende 1924 und 80 244 000 Mark Ende 1914. Während die öffentlichen Sparkassen Ende 1928 ungefähr  $\frac{1}{3}$  ihres Spareinlagenbestands der Vorkriegszeit aufwiesen, betragen die konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen heute mehr als das  $3\frac{1}{2}$ fache des Vorkriegsbestands. Auch die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften des Zentralverbands ist bedeutend ausgeweitet worden. Leider enthält die Kalenderjahrsstatistik keine statistischen Angaben über die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften, so daß hierin die oben genannten Zahlen nur durch die der Geschäftsjahr-

statistik ergänzt werden können. Der Wert der gesamten Eigenproduktion betrug im Geschäftsjahr 1928 302 517 000 Mark, gegen 241 021 000 Mark im Jahr 1927, 90 068 000 Mark im Jahr 1924 und 104 220 000 Mark im Jahr 1914. Die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften hat sich also noch schneller ausgedehnt als der Gesamtumsatz: ein Zeichen dafür, daß die Bewegung sich nicht nur in die Breite sondern auch in die Tiefe entwickelt.

Es ist erklärlich, daß bei günstiger Entwicklung der Konsumgenossenschaften sich auch deren Zentralen günstig entwickeln. So hat die Großeinkaufsgesellschaft ihren Umsatz von 373 042 000 Mark im Jahr 1927 auf 444 373 000 Mark im Jahr 1928 steigern können, der Umsatz der Eigenproduktion stieg sogar von 63 137 000 Mark auf 104 721 000 Mark, also um 65,86 %. Verglichen mit dem Jahr 1913 beträgt die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft im Jahr 1928 mehr als das 10fache. Rechnet man die zentrale und die lokale Eigenproduktion der Zentralverbandsgenossenschaften (wozu außer der Produktion der Großeinkaufsgesellschaft zirka 12 Millionen Mark Umsatz der Druckerei, Papierwarenfabrik und des Elektrizitätswerks der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine kommen) zusammen, so ergibt sich eine Summe von zirka 420 Millionen Mark, das heißt, die Genossenschaften des Zentralverbands haben im Jahr 1928 ungefähr 40 % ihrer umgesetzten Waren in Eigenbetrieben hergestellt.

#### Reichsverband Deutscher Konsumvereine Über die Entwicklung des Reichsverbands Deutscher Konsumvereine

Konsumvereine liegen bisher noch keine vollständigen Angaben vor. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen hat sich der Umsatz der Reichsverbandsgenossenschaften von 169 850 000 Mark im Jahr 1927 auf 183 599 000 Mark im Jahr 1928 erhöht. Die Großeinkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft Deutscher Konsumvereine macht gute Fortschritte; sie steigerte ihren Umsatz von 52 222 000 Mark im Jahr 1927 um 17,5 % auf 61 362 000 Mark im Jahr 1928. Der Anteil ihres Umsatzes am Umsatz der Reichsverbandsgenossenschaften stieg von 31 auf 33,4 %. Die Entwicklungskurve der Konsumgenossenschaften des Reichsverbands zeigt im allgemeinen eine aufsteigende Linie; nur seine kleineren Konsumgenossenschaften in Ostdeutschland haben in der Mehrzahl Umsatzrückgänge zu

verzeichnen; im Bezirksverband Nordost stieg nach der in der Konsumgenossenschaftlichen Praxis veröffentlichten Statistik der Umsatz bei 15 Konsumgenossenschaften, bei 23 verminderte er sich. Vielen dieser kleinen Genossenschaften fehlen die Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Anschluß dieser Genossenschaften an größere Nachbargenossenschaften wäre im Interesse der Gesamtbewegung zu begrüßen, er würde sich zweifellos aber auch als Rationalisierungsmaßnahme für diese Genossenschaften selbst respektive deren Mitglieder günstig auswirken. Freilich kann diese Frage nur im Zusammenhang des Problems der Verständigung und Zusammenarbeit der beiden Konsumgenossenschaftlichen Spitzenverbände gelöst werden, das vom Standpunkt des Postulats der Wirtschaftlichkeit aus gesehen längst diskussionsreif ist.

**Rußland** Die Genossenschaftsverbände der einzelnen Staaten bilden nicht nur ideologisch, auch nicht nur organisatorisch durch den Internationalen Genossenschaftsbund eine Einheit, die Konsumgenossenschaftsbewegung weist auch eine stärker werdende Tendenz zu internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit ihrer Großeinkaufsgesellschaften auf. Diese Zusammenarbeit wächst mit dem Wachstum der einzelnen Verbände. So haben die russischen Genossenschaftszentralen 1928 für 22 Millionen Mark Waren von der Englischen Großeinkaufsgesellschaft bezogen (1922 bis 1927 etwa 48 Millionen Mark), der gesamte genossenschaftliche Warenverkehr zwischen England und Rußland vom Jahr 1922 bis zur Gegenwart umfaßt etwa 100 Millionen Mark. Wenn auch der genossenschaftliche Warenverkehr zwischen anderen Ländern nicht so groß ist wie zwischen dem ausgesprochenen Industrieland England und dem ausgesprochenen Agrarland Rußland, so ist er doch immerhin nicht unbedeutend; freilich sind hier noch große Möglichkeiten und Aufgaben für die Großeinkaufszentralen vorhanden. Nach dem Informationsbulletin der russischen Genossenschaftszentrale, des Zentrosjus, erhöhte sich der Umsatz sämtlicher Konsumgenossenschaftlichen Organisationen Rußlands im Jahr 1928 um zirka 45 % gegenüber 1927, von 10 auf 14½ Millionen Rubel. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften stieg von 16 auf 22½ Millionen. Auch die Summe der Geschäftsguthaben hat sich vergrößert.

Die Zahlen der russischen Statistik sind freilich nur mit großer Vorsicht zu gebrauchen, da sie vielfach auf Schätzung beruhen. Trotz der äußerlich glänzend erscheinenden Entwicklung hat die russische Konsumgenossenschaftsbewegung mit großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen; die Klagen über die Konsumgenossenschaften wollen nicht aufhören, andererseits klagen die Konsumgenossenschaften über die Staats trusts, die ihnen nichtabsetzbare Waren aufzwingen und sie in ihrer Bewegungsfreiheit einengen. Die Konsumgenossenschaften sind eben abhängige Absatzorganisationen der staatlichen Industrie, büßen allmählich jeden Rest wirtschaftlicher Autonomie ein. Es versteht sich, daß diese Entwicklung sich auch auf die Mitglieder auswirkt, deren Rechte dadurch immer mehr eingeengt werden. Die Opposition der Konsumgenossenschaften gegen die staatliche Bevormundung hat schon zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Die zukünftige Entwicklung wird zeigen, ob die russischen Konsumgenossenschaften fähig sind sich vor dem innern Zerfall, vor der gänzlichen Preisgabe des Genossenschaftscharakters zu retten. Aber das dürfte ohne eine Änderung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Regimes ihnen kaum gelingen.

**Nordeuropa** In den skandinavischen Ländern steht das Genossenschaftswesen auf relativ hoher Entwicklungsstufe, seine Entwicklung schreitet infolgedessen langsamer fort als etwa die der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Setzt man die Anzahl der organisierten Verbraucher und die Höhe des Umsatzes in Beziehung zur Gesamtbevölkerungszahl, so ergibt sich die überraschende Tatsache, daß *Finnland* heute neben England an der Spitze der Konsumgenossenschaftsbewegung marschiert. In Finnland bestehen 2 große Konsumgenossenschaftsverbände, die ungefähr gleich groß sind. Der "alte" Zentralverband Finnländischer Konsumvereine stützt sich hauptsächlich auf die ländliche Bevölkerung, während im "neuen" Zentralverband die fortschrittlichen städtischen Konsumvereine führend sind. Die bedeutendste dieser städtischen Konsumgenossenschaften ist der Elanto in Helsingfors, der im Jahr 1928 einen Umsatz von über 31 Millionen deutsche Mark bei 38 500 Mitgliedern meldet. Der Umsatz der Vereine des alten Zentralverbands stieg im Jahr 1928 um 14,1 % auf

1823,640 Millionen finnländische Mark. Die alte Großeinkaufsgesellschaft steigerte ihren Umsatz um 155 367 auf 1 003,398 Millionen Mark. Der Umsatz der Konsumvereine des neuen Zentralverbands erhöhte sich um 11,21 % auf 1364,060 Millionen finnländische Mark, während der Umsatz der neuen Großeinkaufsgesellschaft um 123 auf 813 Millionen stieg. Der neue Verband berichtet weiter über eine Steigerung der Mitgliederzahl um 11 341 auf 225 544 und über eine Vermehrung der Eigenproduktionsbetriebe und der Verteilungsstellen und Restaurants; der Konsumgenossenschaftliche Restaurantbetrieb ist in Finnland sehr verbreitet. Im alten Verband stieg die Anzahl der Genossenschaftsmitglieder um 9647 auf 207 707. Auch die Lebensversicherungsgesellschaften Pohja (alter Verband) und Kansa (neuer Verband) haben sich gut entwickelt.

Die Konsumgenossenschaften Schwedens berichten über eine Erhöhung des Umsatzes um 9,3 % auf 315,545 Millionen Kronen, die schwedische Großeinkaufsgesellschaft erhöhte ihren Umsatz um 12,8 % auf 135,140 Millionen Kronen, rund 60 Millionen davon oder 44,4 % des Gesamtumsatzes stammen aus der Eigenproduktion, gegen 46 Millionen Kronen oder 38,7 % im Vorjahr. Die Eigenproduktion der schwedischen Großeinkaufsgesellschaft spielt nicht nur in der schwedischen Genossenschaftsbewegung eine entscheidende Rolle, sie ist auch in der schwedischen Gesamtwirtschaft ein beachtenswerter und machtvoller Faktor geworden. Kürzlich hat die Großeinkaufsgesellschaft eine große Superphosphatfabrik erworben, um den Düngemittelbedarf der zahlreichen Landwirte unter der Mitgliedschaft der Konsumgenossenschaften aus eigener Produktion decken zu können. Die Tatsache, daß diese Superphosphatfabrik im letzten Jahr  $\frac{1}{4}$  des schwedischen Superphosphatbedarfs befriedigte, zeigt die Bedeutung dieser Neuerwerbung.

Aus Norwegen liegen bisher nur die Ergebnisse der Großeinkaufsgesellschaft vor, die über eine Umsatzsteigerung um 5,5 %, von 25 078 000 Kronen auf 25 468 000 Kronen berichtet. Diese Umsatzsteigerung wurde bei fallenden Preisen erzielt, mengenmäßig ist sie infolgedessen noch größer als wertmäßig.

**Westeuropa** In den romanischen Ländern hat sich die Genossenschaftsbewegung nicht ebenso schnell entfaltet, in einigen ist

sie über die ersten Anfangsgründe nicht hinausgekommen, so in Spanien und Portugal. In Frankreich hat die Bewegung im Jahr 1928 gute Fortschritte gemacht. Der Umsatz des Zentralverbandes Französischer Konsumvereine stieg von 1 638 000 000 Francs auf 1 841 000 000 Francs. Die Anzahl der angeschlossenen Genossenschaften betrug Ende 1928 1465, sie ist seit Ende 1926 um fast 200 zurückgegangen. Der Rückgang ist zum Teil auf Auflösungen zurückzuführen, zum Teil auf den auch in der noch stark dezentralisierten französischen Bewegung immer deutlicher hervortretenden Konzentrationsprozeß.

Auch die Konsumgenossenschaftsbewegung der Schweiz kann über ein gutes Jahr berichten. Der Umsatz des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine, der in den letzten Jahren stagniert hatte, hat sich im Jahr 1928 von 138 975 000 Franken auf 149 450 000 Franken gesteigert. Die Entwicklung der Eigenproduktion des Verbandes läßt allerdings heute noch zu wünschen übrig.

**Landwirtschaftliche Genossenschaften:** Im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen sind nun endlich die ersten Grundsteine gelegt worden, auf denen das Gebäude der ländlichen Genossenschaftseinheit aufgebaut werden kann. Nachdem die Verhandlungen, die zwischen der Preußenkasse auf der einen, der Raiffeisenorganisation und dem Genossenschaftsverband des Reichslandbunds auf der andern Seite schon seit längerer Zeit geführt worden sind, im Januar 1929 ein positives Ergebnis erzielt hatten, konnte die schwierige Frage des Weges zur Einheitsorganisation schon im wesentlichen als gelöst betrachtet werden. Die Rationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens hat mit der Anbahnung des Zusammenschlusses an der Spitze begonnen. Die Schwierigkeiten, die in der finanziellen Lage der Raiffeisen- und Landbundgeldinstitute begründet liegen, sind durch die Sanierung und Liquidierung dieser Institute beseitigt worden, so daß der Weg der Zusammenschlußverhandlungen erfolgversprechend schien. Diese Verhandlungen haben dann auch sehr schnell zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Am 22. Februar fand auf Einladung des Direktoriums der Preußenkasse die erste gemeinsame Sitzung statt, in der eine Verständigung über die Auflösung der bisherigen Spitzenverbände und die unverzügliche Gründung eines Einheitsver-

bands erzielt und ein engerer Ausschuß zur Ausarbeitung des Statuts dieses Einheitsverbands gebildet wurde. Zu dieser Sitzung hatten der Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften, der Genossenschaftsverband der Deutschen Bauernvereine, der Genossenschaftsverband des Reichslandbunds und der Genossenschaftsverband der Deutschen Bauernschaft Vertreter entsandt. Der Sitzungsausschuß bestand aus je 2 Vertretern des Reichsverbands, des Generalverbands und der übrigen Genossenschaftsverbände sowie 1 Vertreter der Preußenkasse. Schon am 9. März traten die Genossenschaftsverbände wieder zu einer Sitzung zusammen, in der der von dem Sitzungsausschuß vorgelegte Satzungsentwurf einstimmig angenommen wurde. Der Entwurf ist dann den satzungsmäßig zuständigen Instanzen der einzelnen Organisationen zu beschleunigter Ratifikation zugewiesen worden. Die Vereinigung vollzieht sich also im Eiltempo. Die wirtschaftlichen Gründe des Zusammenschlusses der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen sind bereits in dieser Rundschau (1928 II Seite 810 und folgende) aufgezeigt worden. Die Auswirkungen sind natürlich jetzt noch nicht zu übersehen. Man versteht es, daß die Zusammenfassung der einzelnen Genossenschaften nicht von heute auf morgen erfolgen kann, darf jedoch erwarten, daß mit dieser Hauptarbeit nun beschleunigt begonnen wird. Die Aufgaben, die die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft den landwirtschaftlichen Genossenschaften stellt, erfordern Zusammenarbeit und Zielsicherheit der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Verschuldung, die auf ungefähr  $11\frac{1}{2}$  Milliarden Mark mit einer Zinsenlast von 1 Milliarde Mark geschätzt wird, und die Absatzschwierigkeiten der Landwirtschaft sind symptomatisch für die Lage; eine Rationalisierung der Produktion und des Absatzes sind unbedingt erforderlich, wenn die deutsche Landwirtschaft sich gegenüber der ausländischen Konkurrenz behaupten will. Die landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften werden ihr Hauptaugenmerk auf die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf der Basis der Qualitätsproduktion richten müssen. Die Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zeigt hier zweifellos große neue Möglichkeiten.

Der Zusammenschluß der ländlichen Genossenschaften zu einer Einheitsorganisation von etwa 4 Millionen Mitgliedern bedeutet in jeder Beziehung einen großen Fortschritt. Wenn die Möglichkeiten, die sich durch die neue Sachlage ergeben, voll ausgenutzt werden, wird sich diese Maßnahme auf die gesamte deutsche Wirtschaft durch Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft, Verringerung des Einfuhrüberschusses usw. günstig auswirken müssen.

**Totenliste** Die landwirtschaftlichen Genossenschaften Ostpreußens beklagen den Tod ihres Führers, des Rittergutsbesitzers *Hugo Sohst*, der in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember 1928 auf seinem Gut Kissitten bei Glommen aus dem Leben schied. Sohst wurde 1909 stellvertretender Direktor, 1920 Direktor des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften für Ostpreußen. Er hat sich besonders um den Ausbau der genossenschaftlichen Kreditorganisation und um die Gründung der Zentralkasse des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften für Ostpreußen in Insterburg verdient gemacht. Auch die Förderung des Molkeeigenossenschaftswesens ließ er sich besonders angelegen sein. Im Reichsverband galt sein Wort, regelmäßig hat er den Veranstaltungen des Reichsverbandes beigewohnt; sein Tod bedeutet nicht nur für die ostpreußische sondern für die gesamte landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung einen herben Verlust. Kurz vor Vollendung seines 53. Lebensjahrs starb im Februar 1929 der Senator des Innern des Freistaats Danzig, *Fritz Grünhagen*, an einem Herzschlag. Er wurde in Westendorf /Hannover/ geboren. Schon in jungen Jahren kam er auf der Wanderschaft nach Danzig, wo er sich zuerst in der Gewerkschaftsbewegung betätigte. 1911 beteiligte er sich hervorragend an der Gründung der Danziger Konsum- und Spargenossenschaft, 1913 wurde er deren Geschäftsführer. Im Krieg geriet er in russische Gefangenschaft, die ihn nach Sibirien führte; ein geglückter Fluchtversuch brachte ihn 1919 zurück nach Danzig. Seit dieser Zeit hat Grünhagen, der inzwischen auch im öffentlichen Leben des Freistaats Danzig eine bekannte Persönlichkeit geworden war, unermüdlich für die Sache der Genossenschaft gewirkt. Am 10. März starb in Frankfurt der Geschäftsführer des Konsumvereins für Frankfurt und Umgegend, *Heinrich Hopf*,



in seinem 60. Lebensjahr. Hopf war seit 1912 in der Frankfurter Konsumgenossenschaft tätig, zuerst als Sekretär, später als Vorstandsmitglied, und er hat sich große Verdienste um die Frankfurter Verbraucherbewegung erworben. Auch außerhalb der Genossenschaft spielte er eine große Rolle; er war Stadtverordnetenvorsteher in Frankfurt, Präsident des Provinziallandtags in Kassel und des Kommunallandtags in Wiesbaden, Vorsitzender des Landesausschusses und Ehrensensator der Universität Marburg.

**Kurze Chronik** Im Jahr 1928 sind in Deutschland zur Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für Vieh, in Auswirkung des landwirtschaftlichen Notprogramms, 36 neue *Viehverwertungsgenossenschaften* gegründet worden. Dazu kommen 5 neue Zentralgenossenschaften für Viehverwertung und eine gemeinsame Reichsstelle, die genossenschaftliche Reichsviehverwertung mit beschränkter Haftung.  $\diamond$  Die *Volksfürsorge* gibt ihre Geschäftsergebnisse für das Jahr 1928 bekannt. Danach betragen die Anzahl der Anträge 550 462 mit einer Versicherungssumme von 252 167 574 Mark, der Versicherungsbestand 1 457 000 Policen mit 575 000 000 Mark Versicherungssumme, die Versicherungsleistungen rund 1 850 000 Mark, die Prämieinnahmen rund 26 800 000 Mark.  $\diamond$  Die *Hamburger Produktion* hat durch Umstellung am 1. Januar 1929 den Verkauf an jedermann aufgegeben. Der Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion übernahm wieder die Verteilungsstellen von der Handelsgesellschaft Produktion, so daß in der Produktion nur noch an Mitglieder verkauft werden kann.  $\diamond$  In *England* erwarb die Großeinkaufsgesellschaft Ende 1928 neue Kohlenbergwerke in der Nähe ihres alten Bergwerkbesitzes, der Shilbottlegruben. Sie ist damit wieder ein Stück weiter in diesen Zweig der Urproduktion eingedrungen.  $\diamond$  Die Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften der *Schweiz* hat eine Namensänderung vorgenommen und eine Erweiterung ihrer Grundlagen vorgesehen. Sie heißt jetzt Genossenschaftliche Zentralbank, ihre Anteilscheine können künftig auch an andere juristische Personen als Genossenschaften und Gewerkschaften und an physische Personen vergeben werden.  $\diamond$  Die Vertreterwahlen des größten Konsumvereins *Finnlands*, des Elanto in Helsingfors, geben ein interessantes Bild des Hinauswachsens der Konsumgenossenschaftsbewegung über die "linksorien-

tierte" Arbeiterschaft. Im Jahr 1923 verteilten sich die Stimmen der Wähler auf die 3 eingereichten Listen folgendermaßen: Sozialdemokraten 3243 (41,6%), Bürgerliche 1891 (24,3%), "Kommunisten" 2657 (34,1%). Die Wahl ergab folgende Stimmzahlen: Sozialdemokraten 6967 (42,7%), Bürgerliche 5067 (31,1%), "Kommunisten" 4266 (26,2%).

#### Literatur

Mit dem russischen Genossenschaftswesen, das wegen seiner von dem westeuropäischen Vorbild abweichenden Struktur schon oft Anlaß zu mehr oder weniger gründlichen Untersuchungen und Kritiken gewesen ist, beschäftigen sich 2 Neuerscheinungen. Die Schrift *Grigorij Ratners* Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Sowjetunion /Berlin, Paul Parey/ gibt einen Überblick über die eigenartigen Rechtsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der russischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, ohne die tieferen, mit der politischen und wirtschaftlichen Lage Rußlands zusammenhängenden Probleme des russischen Genossenschaftswesens zu behandeln.  $\diamond$  Das Buch *Paul Sapirs* Die Konsumgenossenschaften in Rußland, ihre Theorie und Praxis /Basel, Verband Schweizerischer Konsumvereine/ geht dagegen gerade auf diese Probleme besonders gründlich ein und kommt zu dem Ergebnis, daß es heute Konsumgenossenschaften im eigentlichen Sinn in Rußland nicht gibt. Es fehlen die Wesensmerkmale der Selbsthilfe und der Selbständigkeit. Auf der einen Seite vom Staat auf alle mögliche Weise unterstützt und bevorzugt, muß sich die Konsumgenossenschaft auf der andern Seite ihr Handeln weitgehend vom Staat und seinen Wirtschaftsorganen vorschreiben lassen. Das führt zu einer innern Erschlaffung, zu einer Degradierung der Genossenschaften zum bloßen Mittel staatlicher Wirtschaftspolitik. Das Problem des Verhältnisses der Konsumgenossenschaften zur Staatsmacht, zu den staatlichen Wirtschaftsgebilden, ist zweifellos das brennendste Problem der russischen Genossenschaftsbewegung, besonders der Konsumgenossenschaftsbewegung. Freilich hat die Behandlung des Problems, so gründlich und wertvoll sie auch sein mag, wohl kaum irgendwie nennenswerte praktische Auswirkungen, solange die Führer der russischen Genossenschaftsbewegung eine Genossenschaftstheorie vertreten, die mit den Grundätzen der Pioniere von Rochdale recht wenig gemein hat.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

**Erdberg †** Am 3. April starb nach längerem Leiden zu Berlin Robert von Erdberg, der im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das so überaus wichtige Referat für das freie Volksbildungswesen innehatte. Er war in Riga 1866 geboren, besuchte dort das Gymnasium und ging dann zum Studium von Kunstgeschichte, Philosophie und Nationalökonomie nach Deutschland. Nach Abschluß der Studien wandte er sich seit 1895 der Volksbildungsarbeit zu, die er zunächst ganz im Sinn der damals in Blüte stehenden Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung aufbaute. Allmählich erst wurde ihm bewußt, wie wenig mit dieser ganz in die Breite gehenden Arbeitsweise das zu leisten war, was ihm als Sinn der Volksbildungsarbeit vorschwebte. So suchte er, zunächst als Theoretiker und "weltfremder Idealist" meist abgelehnt, den Weg zu neuer vertiefter Volksbildungsarbeit. Er erkannte, daß nur eine umfassende wissenschaftliche Grundlegung die Voraussetzung zu gediegener Arbeit im außerschulmäßigen Volksbildungswesen böte. Er trat, von seiner Stellung als 2. Geschäftsführer der Zentralstelle für Volkswohlfahrt aus, mit einigen vom gleichen Gedanken beherrschten Männern zur Gründung des Volksbildungsarchivs zusammen, das von 1910 ab in Berlin bei Carl Heymann erschien. Diese Zeitschrift ist das entscheidende Organ für die Grundlegung der neuen Volksbildungsarbeit geworden; es war zugleich die stärkste theoretische Leistung Erdbergs. Er war der erste, der die große Bedeutung der volkstümlichen Büchereiarbeit erkannte, die seit 1905 von Walter Hofmann in Dresden geleitet wurde; er zog Hofmann zu weitgehender Mitarbeit am Volksbildungsarchiv heran und fügte damit diesen methodisch sorgfältig arbeitenden Volksbibliothekar aufs glücklichste in die Gesamtentwicklung des freien Volksbildungswesens ein. Als Erdberg nach dem Krieg in das Kultusministerium nach Berlin berufen wurde, konnte es für ihn nur noch darauf ankommen dem freien Volksbildungswesen, so wie er seine Gestalt erarbeitet hatte, Ausdruck im staatlichen Bildungswesen zu geben. Das hat er mit unermüdlicher Entschlossenheit sowohl nach der Seite der Volkshochschule wie des volkstümlichen Büchereiwesens getan

(siehe hier den Artikel Kochs Die neue Volksbildungsbewegung, in diesem Band Seite 299 und folgende). Die Deutsche Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen, der er seit ihrer Gründung 1914 angehört hatte, fand in ihm seit 1921 einen tatkräftigen und weitblickenden Vorsitzenden. Eine ähnliche zusammenfassende Stelle für das Volkshochschulwesen zu schaffen und mit den deutschen Länderregierungen, insbesondere mit Preußen, fest zu verbinden war der wichtigste Inhalt seiner letzten Arbeitsjahre. In der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung gelang ihm 1927 die Schaffung einer solchen Stelle. Erdberg wurde zum Vorsitzenden ihres Rats gewählt. So hinterläßt Erdberg eine nach den wichtigsten Seiten hin kräftig ausgebaute Arbeit. Es hat sich erwiesen, daß die vor 30 Jahren als verstiegen abgelehnten Forderungen dieses Mannes imstande gewesen sind nach schwerstem Zusammenbruch unseres Staates aufbauende Arbeit im deutschen Volksbildungswesen zu ermöglichen. Von Erdbergs Schriften seien genannt: Johann Joachim Becher /1895/, Die Wohlfahrtspflege /1903/, Die Tragödie /1909/, Volksbildung und Staat /1918/, 50 Jahre freies Volksbildungswesen /1924/.

**Zensur** Einige der von den Rechtsparteien des Preußischen Landtags kürzlich der Regierung unterbreiteten Anträge, die dahin zielen den Straßenverkauf von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, die Plakatierung der Anschlagssäulen und die Bühne von neuem einer reichsgesetzlichen Zensur respektive einer stärkern Kontrolle durch die bestehenden Verwaltungsorgane zu unterwerfen, haben neuerdings eine lebhafte öffentliche Debatte über die Frage nach der Berechtigung der Zensur entfesselt. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 spricht in dem von den Grundrechten und Grundpflichten des Deutschen handelnden 2. Hauptteil den Grundsatz aus, daß jeder Deutsche das Recht hat innerhalb der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. Im 2. Absatz des Artikels 118 heißt es weiter: Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutz der Jugend

bei öffentlichen Schausstellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig. Die durch die Reichsverfassung angekündigte Einschränkung der Freiheit ist seitdem vorgenommen worden. Das am 12. Mai 1920 verabschiedete Reichslichtspielgesetz führte eine Zensurkammer ein, die darauf achten soll, daß keine Filme aufgeführt werden, die die öffentliche Ordnung stören, das deutsche Ansehen im Ausland gefährden oder eine Gefahr für die Jugend bilden. Auf Grund dieses Gesetzes ist seinerzeit der Potemkinfilm verstümmelt worden. Ferner wurde die Vorführung eines Films für Jugendliche verboten, den die Sozialdemokratische Partei hatte herstellen lassen, um im Rahmen einer Handlung zu zeigen, welche sozialen Errungenschaften durch die wachsende politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse in der Zeit zwischen 1880 und 1928 erreicht worden sind. Eine weitere Einschränkung der Freiheit war das im Jahr 1926 beschlossene Reichsgesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, um dessen beschleunigten Erlaß die Reichsregierung zwar schon im April 1920 durch eine einstimmig angenommene Resolution der Deutschen Nationalversammlung ersucht worden war, das aber bei seiner endgültigen Gestaltung auf Grund der seit seinem Bestehen vorliegenden Praxis der Prüfungsstelle heftig umstritten worden ist. Zwar scheinen sich die Befürchtungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sowohl von führenden Vertretern der Linksparteien wie auch von hervorragenden Vertretern des deutschen Schrifttums (so in der Broschüre Weg mit dem Schmutz- und Schund-Gesetz! /Berlin, Vereinigung Linksgerichteter Verleger/) über die mögliche oder wahrscheinliche Anwendung dieses Gesetzes zur gewaltsamen Unterdrückung wertvoller Literatur ausgesprochen worden sind, bisher noch nicht zu bestätigen, und zahlreiche Anträge, die das Ziel hatten eine den Antragstellern mißliebige Weltanschauung oder Kunststrichung als Schmutz und Schund zu diskreditieren, wurden durch sehr vernünftige grundsätzliche Entscheidungen, wie verdient, zurückgewiesen. Während aber zum Beispiel in einem Fall die Prüfungsstelle Berlin es abgelehnt hatte die Wertung eines Romans auch auf das ästhetische Gebiet auszudehnen, betonte hier die Oberprüfstelle, daß in jedem Urteil über den Wert einer Schrift eo ipso auch ästhetische Gesichtspunkte mit einbe-

griffen seien, und setzte das Werk wegen »unverzeihlicher literarischer Mängel« auf den Index. Diese an und für sich logische Auffassung zeigt die Gefahren, die die Einrichtung der Prüfstellen und dieser für das ganze Reich geltenden Entscheidungen für die Zukunft in sich schließt, in ihrer ganzen Größe, denn die Frage, ob eine Schrift »unverzeihliche literarische Mängel« enthalte, kann in einzelnen Fällen so grundsätzlich entgegengesetzt beantwortet werden, daß der Gefahr der Lähmung oder Vernichtung wertvoller künstlerischer Schöpferkraft auch durch die im Gesetz vorgesehene Mitwirkung von Künstlern und Erziehern bei den Entscheidungen nicht im mindesten vorgebeugt ist. Natürlich bestehen im Grunde die gleichen Bedenken, wie gegenüber der Frage nach dem ästhetischen Wert, auch überall da, wo es sich um sittliche oder religiöse Wertung handelt. Die staatliche Rechtsprechung muß sich demnach über die Prüfstellen, wie sie das Gesetz zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schund vorsieht, geradezu notgedrungen allmählich auf ein Gebiet begeben, auf dem sie absolut unzuständig ist. Eine wichtige Aufgabe der deutschen Demokratie wäre es demgegenüber sich diejenigen akademischen Einrichtungen zu schaffen, die durch vorbildliche Leistungen, führende und schöpferische Gedanken auf das allgemeine Urteil, auf Staatsleben und Erziehungswesen, niveauhebend, vergeistigend wirken müssen, und auch der Staat könnte bis zu einem gewissen Grad dazu helfen solchen Einrichtungen die äußeren Vorbedingungen für ihre Existenz und Wirksamkeit zu schaffen. Es muß aber völlig von diesem Ziel abführen, wenn hervorragende Schriftsteller durch staatliche Organe dazu mißbraucht werden diejenigen schöpferischen Kräfte im Volk, aus denen allein entscheidende Erneuerung kommen kann, in ihrer Entfaltung zu hemmen. So ist es kein Wunder, wenn man von Zeit zu Zeit davon liest, daß sich dieser oder jener bekannte Schriftsteller von der Prüfungsstelle, in die er als Beisitzer berufen worden war, und in der er ursprünglich irgendwie sinnvoll, wenn auch vielleicht im negativen, Unheil verhindernden oder vor Unheil schützenden Sinn, mitwirken zu können geglaubt hatte, zurückzieht. So ist Lion Feuchtwanger von seinem Amt als Beisitzer der Prüfungsstelle Berlin wieder zurückgetreten, und neuerdings hat Frank Thieß, der seit März 1927 der Berliner Oberprüfstelle als Beisitzer

angehört hat, den Reichsminister des Innern darum gebeten ihn seines Postens zu entheben, da die Oberprüfstelle mehrfach Bücher auf die Verbotsliste gesetzt habe, für deren Freigabe er eingetreten sei, und da er seine Kraft und seinen Namen nur für eine Tätigkeit hergeben könne, die er in ihren Ergebnissen auch zu verantworten vermöge.

Wenn nun neuerdings der Versuch gemacht wird nicht nur den Film und die Jugendliteratur sondern auch das Buch schlechthin und vor allem die Bühne wieder der Zensur zu unterwerfen, so muß man sich dessen erinnern, daß auch eine ganze Reihe gesetzlicher Bestimmungen, die nicht erst nach der neuen Reichsverfassung entstanden sind und noch von früher her Geltung haben, den staatlichen Organen die Möglichkeit gibt die Freiheit des geistigen Schaffens und Wirkens sehr erheblich einzuschränken, und daß bereits diese Bestimmungen dem Mißgriff oder der Einseitigkeit einen so weiten Spielraum geben, daß man sich fast fragen könnte, was denn eigentlich durch ein Zensurgesetz noch beschnitten oder unwirksam gemacht werden soll. So ist auf Grund des § 166 des Strafgesetzbuchs, der die Gotteslästerung verbietet, George Grosz wegen einiger Zeichnungen zum Braven Soldaten Schwejk zu einer hohen Geldstrafe und Einziehung der Zeichnungen verurteilt worden, obwohl sich der Schutzverband Deutscher Schriftsteller und der Reichskunstwart Edwin Redslob entschieden für den großen Zeichner eingesetzt hatten. Auf Grund des gleichen Paragraphen hat das Evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg gegen Walter Hasenclever wegen seiner Komödie Ehen werden im Himmel geschlossen Strafanzeige erstattet, und auch gegen den Schriftsteller Werner Hegemann ist ein Verfahren im Gang, weil er sich in seinem Buch Der gerettete Christus /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ der Gotteslästerung strafbar gemacht habe. Auch Dramen, Schriften und Kunstwerke politischen Inhalts können auf Grund der heute in Geltung stehenden Bestimmungen über Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse, öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung verboten oder zensiert werden, wovon zahlreiche Fälle der letzten Jahre, wie die Fälle Heinrich Vogeler, Johannes Robert Becher, Fritz Röttcher, Heinrich Wandt usw., Zeugnis ablegen. Das Verbot, das erst in diesen Wochen von der Berliner Polizei gegen die Aufführung von Peter Martin Lampels Stück Gift-

gas über Berlin ausgesprochen wurde, gründet sich sogar noch auf das Preussische Landrecht von 1794, wonach es als das Amt der Polizei bezeichnet wird, »die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publico oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen«. Endlich bieten verschiedene Bestimmungen des Strafgesetzbuchs (§§ 184 und 184a) und der Gewerbeordnung (§§ 56, 42a, 43) die Möglichkeit der Kolportage minderwertiger Schriften und Bildwerke, dem Vertrieb minderwertigen Gutes in Kiosken und Buchhandlungen sowie der Verbreitung pornographischer Schriften und Bilder wirksam entgegenzutreten.

In Anbetracht dieser Sachlage und mit Rücksicht darauf, daß die augenblicklichen Bestrebungen zur Verschärfung der Zensur offenkundig nur als ein Mittel dazu benutzt werden, um mißliebige Anschauungen freiheitlicher und sozialistischer Richtung mit politischen Macht- und Gewaltmitteln zu hemmen und zu unterdrücken, ist es nur zu begrüßen, daß jetzt endlich eine Bewegung begonnen hat, um diesen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten. Nachdem sich schon vorher die Preussische Akademie der Künste gegen jede Erweiterung der Zensur ausgesprochen hatte, veranstaltete sie kürzlich eine öffentliche Debatte, bei der das Problem der Zensur durch 5 Redner von den verschiedensten Standpunkten und Seiten her beleuchtet wurde. Am treffendsten wurde dabei vielleicht durch Walter von Molo das zusammengefaßt, was sich gegen die Wiedereinführung der Zensur ins Feld führen läßt. Hier wurde vor allem auch einmal auf die sozialen Hintergründe und Ursachen hingewiesen, von denen jede Kulturpolitik ausgehen muß, die die Unsittlichkeit, den wirklichen Schmutz, die wirkliche Zuchtlosigkeit und Verwahrlosung ursächlich bekämpfen will (zum Beispiel Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Agrarkrise, Völkerverhetzung, öffentliche Unwahrhaftigkeit, unrationelle Staatswirtschaft usw.). Beachtenswert war auch der von Alfred Kerr in die Debatte geworfene Gedanke, daß sich die schöpferischen Menschen Organe schaffen sollten, durch die sich das Schrifttum einer gewissen Selbstkontrolle unterwirft, und die geeignet sein könnten die öffentliche Meinung durch intellektuelle und moralische Mittel weitgehend zu beeinflussen. Dieser Kundgebung der Akademie folgte bald darauf

eine andere, die unter dem Vorsitz Carl Severings am 11. März im Herrenhaus-saal zu Berlin stattfand. 14 kulturelle Verbände, darunter die Preußische Akademie der Künste, der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der Verband Deutscher Volksbühnenvereine, die Vereinigung Schönwissenschaftlicher Verleger, haben sich hier zu einem Ausschuß zusammengetan, um durch Führer des Theaters, der Literatur, des Bühnenwesens, der Politik, des Verlagswesens, der Kritik usw. auf die Gefahren hinweisen zu lassen, die einer freien Entwicklung unseres geistigen und künstlerischen Lebens durch die Wiedereinführung der Zensur entstehen würden. In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Erwähnung, daß seit dem Januar 1928 zu Berlin eine von Alfred Döblin und Franz de Paula Rost geleitete Aktionsgemeinschaft für Geistige Freiheit besteht, die unter anderm auch die Bekämpfung der Zensur und aller die geistige Freiheit beschränkenden oder bedrohenden Gesetze und Gesetzesvorlagen auf ihr Programm geschrieben hat. Das Organ dieser Gemeinschaft ist seit Januar 1929 die Monatsschrift Die Stimme der Freiheit /Berlin, Verlag für Volksrechte/, in der sich reichhaltiges Material über die alles das angehenden Fragen und Fälle vorfindet.

Mag man immerhin der Meinung sein, daß der Staat überall da, wo es sich um seine eigene Existenz handelt, wo die Macht dazu mißbraucht wird schöpferische Kräfte zu unterdrücken, oder wo bloßer Erwerbssinn aus der Spekulation auf bestimmte Instinkte Kapital zu schlagen sucht, Mittel und Wege finden muß, um grundlegende kulturelle Errungenschaften und ihre Steigerung zu sichern, so dürfen doch diese Mittel niemals nur in einer mechanischen Nachahmung überlebter, in sich sinnlos gewordener Formen staatlicher Machtausübung bestehen. Die Zensur, wie sie bis 1918 in Deutschland ausgeübt wurde, ist zweifellos eine Einrichtung, die zur sozialen Demokratie keinerlei organische Beziehung hat, und ihre Wiedereinführung erwiese sich bald als ein kulturelles Hemmnis schwerster Art. Auch diejenige "geistige Freiheit", die in Wahrheit oft nur das ideologische Komplement zu einem schrankenlosen wirtschaftlichen und politischen Individualismus ist, kann in die der sozialen Demokratie entsprechenden Formen nicht durch das Mittel bloßer Anwendung materieller Macht übergeleitet werden.

**Französische Schulbücher** Das offizielle Organ des Nationalsyndikats der staatlichen Lehrer und Lehrerinnen in Frankreich, das Bulletin du Syndicat National des Instituteurs et Instituteurs Publics, veröffentlichte im Dezember 1928 eine interessante Übersicht über die Veränderungen, die das bekannte französische Geschichtslehrbuch von Ernest Lavisse in seiner Ausgabe von 1924 unter dem Einfluß der Kampagne des Lehrervereins gegen den Kriegsgeist in der Schulbuchliteratur erfahren hat. In einem andern Aufsatz des selben Hefts stellt Ferdinand Buisson, der Träger des Friedensnobelpreises, fest, daß sich die große Verlagsgesellschaft Hachette bereit erklärt habe die Geschichtsschulbücher von Gauthier, Deschamps und Aynard sowie von Albert Malet im Sinn der Wünsche des Lehrersyndikats neu zu gestalten. Dieses hat nämlich auf seinem Kongreß in Straßburg im Jahr 1926 beschlossen künftig 26 Lehrbücher, deren kriegsfreundlicher Geist festgestellt worden war, vom Gebrauch in der französischen Volksschule auszuschließen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Einführung respektive Beibehaltung der Lehrbücher in Frankreich nicht der Entscheidung einer Regierungsstelle unterliegt sondern vom Beschluß der Bezirkskonferenzen der Lehrer selbst abhängt. Einen mehr ins einzelne gehenden Bericht über den Kampf, den die französische Volksschullehrerschaft in der letzten Zeit gegen den Kriegsgeist in den Schulbüchern geführt hat und heute immer noch führt, gibt die in deutscher Übersetzung veröffentlichte wertvolle Schrift Prudhommeaux' Der Kampf um das Geschichtsbuch in Frankreich /Leipzig, Quäkerverlag/. Inzwischen ist der Kampf in Frankreich auch auf die dem staatlichen Moral- und Staatsbürgerkundeunterricht zugrunde liegende Literatur ausgedehnt worden, wofür in einer Zuschrift Wilhelm Hubbens an die Vossische Zeitung vom 10. März 1929 unter Bezugnahme auf die Lehrbücher von Clémendot, Buisson, Perié, Bayet und Aulard, Ab der Halden, Mirabou und Farges, Challaye zahlreiche Einzelbelege beigebracht werden.

**Katholische Kulturbetrachtung** Die in dieser Rundschau schon erwähnte Monatschrift Abendland /Köln, Gildeverlag/, die vom katholischen Standpunkt aus zu den Grundfragen der europäischen Kultur, Politik und Wirtschaft Stellung nimmt, brachte im Januar meh-

rere ausgezeichnete Aufsätze und Notizen über das moderne geistige Leben in Frankreich, aus denen auch die nicht-katholische Kulturbetrachtung reiche Belehrung und Anregung schöpfen kann. In einem Aufsatz P. Friedens zum Beispiel wird in geradezu mustergültiger Objektivität das Thema Die Seele der französischen Hochschule behandelt. Dabei wird besonders auf die Überlieferungen und die geistigen Strömungen eingegangen, die heute die Sorbonne, die Ecole Normale Supérieure, die Ecole Polytechnique, die Offiziersaspirantenschule von Saint-Cyr und das Collège de France beherrschen. Ein anschließender Aufsatz Otto Schempps, betitelt Der deutsche Student in Paris, sieht den Bildungswert, den ein Pariser Studienaufenthalt für den jungen deutschen Studenten haben kann, weniger in den Möglichkeiten zur Erlernung der Sprache als im »Politisch-Soziologischen, in der Entfaltung des Erkenntnistriebs, der da wissen will, wie dieses Frankreich tatsächlich gebaut ist, der des Volkes politische Gesinnung und Haltung verstehen lernen will«. In einem Aufsatz über das Lebenswerk des jüngst verstorbenen Historikers Alphonse Aulard, dessen Hauptwerk, eine 2bändige Geschichte der Französischen Revolution, im Jahr 1900 in Frankreich, im Jahr 1924 auch in deutscher Übersetzung von Hedwig Hintze /München, Duncker & Humblot/ veröffentlicht wurde, wird mit Recht darauf hingewiesen, daß Aulard vorwiegend in dem Sinn repräsentative Geltung beanspruchen darf, als in seinen historischen Arbeiten die laizistische Weltanschauung ihren Niederschlag gefunden hat. Der Verfasser, Waldemar Gurian, weist mit Recht darauf hin, daß man, um Aulars vielgenannte Widerlegung von Hippolyte Taines Origines de la France contemporaine richtig würdigen zu können, nicht an der schon 1909 in Paris veröffentlichten Broschüre Augustin Cochins La crise de l'histoire révolutionnaire, heute in dem Band Les sociétés de pensée et la démocratie /Paris, Plon/, vorbeigehen dürfe. Mag es immer dahingestellt bleiben, ob man es als Vorurteil bezeichnen darf, wenn Aulard in seiner Revolutionsgeschichte von der Grundanschauung ausgeht, daß erst die in der Vernunft begründeten Menschenrechte von 1789 den Menschen zum Menschen gemacht haben, daß alle Offenbarungsreligionen Ausdruck eines notwendigerweise zu politischer Unterdrückung (Absolutismus, Theokratie)

führenden Aberglaubens seien, und daß die auf der unbegrenzten Entwicklungsfähigkeit der Vernunft, auf Erfahrung und Kritik beruhende Wissenschaft dazu berufen sei die Religion abzulösen: jedenfalls hat die katholische Kritik vollkommen recht, wenn sie auf den doktrinären Charakter solcher Voraussetzungen eines bekannten Geschichtswerkes hinweist und auch darauf, daß eigentlich erst die kritische Einsicht in den Zusammenhang dieses Werkes mit einer ganz bestimmten typischen Ideologie für die wissenschaftliche Haltung den Ausgangspunkt bilden kann. Aus dem gleichen Heft des Abendlands erfährt man, daß der französische Katholizismus in der Zeitschrift La Vie Intellectuelle, die in Juvisy /Seine et Oise/ erscheint, neuerdings ein Organ erhalten hat, das mit besonderer Aufmerksamkeit das geistige Leben in Deutschland verfolgt, und in dem internationale Zusammenarbeit als »Erfüllung einer wissenschaftlichen Forderung christlicher Soziologie und Politik, dieser beiden praktischen Wissenschaften, von denen die Zukunft unserer abendländischen Kultur abhängt,« bezeichnet wird. Endlich wird in einem Aufsatz M. Vaussards die Frage erörtert, ob die neuerdings in Frankreich begründete Partei der Démocrates Populaires hoffen dürfe sich allmählich zu einer ähnlichen Partei zu entwickeln, wie sie für Deutschland das Zentrum bildet. Die Hemmnisse, die einer solchen Entwicklung in Frankreich entgegenzustehen scheinen, werden von dem Verfasser unter anderm darin gesehen, daß sich in Frankreich niemals wie in anderen Ländern große katholische Gewerkschaften haben entwickeln können, »wegen der von Grund auf individualistischen Veranlagung der Franzosen . . ., wie auch wegen der Opposition, die ein großer Teil der industriellen Bourgeoisie und selbst des Episkopats dem christlichen Syndikalismus allezeit entgegengebracht hat«. Die eventuelle Möglichkeit ein französisches Zentrum in Gestalt eines Kartells der Démocrates Populaires mit den Linksrepublikanern und den Jungradikalen zu bilden hänge davon ab, inwieweit diese letzten beiden Gruppen ihren Antiklerikalismus künftig beibehalten oder abstreifen werden.

**Kurze Chronik** Am 15. Januar begann die neue Monatsschrift des *Internationalen Instituts für Geistige Zusammenarbeit*, La Coopération Intellectuelle, zu erscheinen. Mit

Ausnahme des Organs des Internationalen Museumsamts sind in ihr alle bisherigen periodischen Veröffentlichungen des Instituts aufgegangen: das Bulletin des Relations Scientifiques, das Bulletin des Relations Universitaires und das Bulletin de la Section d'Information. Es ist wichtig die Tätigkeit dieses Instituts (dessen Deutschen Dienst Margarete Rothbarth leitet) aufmerksam zu verfolgen, da hier dauernd Materialien geboten werden, die namentlich das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich auf die richtige Grundlage stellen und damit den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß vorbereiten helfen. ◊ Ende Januar sprach in Köln der französische Pazifist Victor Basch über das Thema der *deutsch-französischen Verständigung* durch europäische Föderation. Deutsche Nationalisten suchten durch Radau und Stinkbomben die Versammlung zu stören, diesmal jedoch ohne Erfolg. In der Gesellschaft der Freunde der Straßburger Universität hielt der Pariser Germanist Henri Lichtenberger einen Vortrag über Thomas Mann und die Entwicklung seines Glaubens an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung. ◊ Der Amerikaner Guggenheim stiftete der *Universität Paris* 100 000 Dollars, die zusammen mit der von Elsässern gezeichneten Summe von 1 Million Francs zum Bau eines Studentenheims von etwa 200 Zimmern verwendet werden sollen, in dem 75 Zimmer Studenten aus dem Elsaß vorbehalten werden. ◊ Lampels Drama *Revolt* im Erziehungshaus (siehe die Rundschauen Sozialpolitik und Bühnenkunst, in diesem Band Seite 42 und 82) hat die öffentliche Debatte über die *Fürsorge-erziehung* in Fluß gebracht. So führte ein Anfang März von der Gilde Soziale Arbeit in Berlin veranstalteter Vortrag des Hamburger Privatdozenten Curt Bondy zu einer Debatte, bei der verschiedene Ansichten und Anregungen dazu ausgetauscht wurden. Bondy selbst, der neuerdings das Thüringische Jugendgefängnis in Eisenach leitet, schlug, neben anderm, die Bildung von Studiengruppen zur wissenschaftlichen Bearbeitung des Problems und die Erprobung moderner therapeutischer Methoden, so vor allem die Psychoanalyse, vor.

#### Literatur

Eine Fülle von reichem geschichtlichen Material zu dem jetzt in Deutschland so aktuellen Problem der Zensur enthält *Heinrich Hubert Houbens* Buch *Verbo-*

*tene Literatur*: Von der klassischen Zeit bis zur Gegenwart, ein kritisch-historisches Lexikon über verbotene Bücher, Zeitschriften und Theaterstücke, Schriftsteller und Verleger, 2 Bände /Bremen, Karl Schünemann/. Einen 3. Band will der Verfasser noch folgen lassen. Schon die Namenszusammenstellung des den beiden Bänden beigefügten Registers, in der sich die besten Geister des klassischen deutschen Schrifttums vereinigt finden, läßt die Fülle von Drangsaliierungen ahnen, denen der schöpferische Geist in Deutschland bis zum Jahr 1918 durch die Zensur ausgesetzt gewesen ist. Man kann sich kaum etwas Erschütternderes denken als diese nüchternen Zusammenstellungen von Akten, Eingaben, Untersuchungen, Verordnungen, Verurteilungen mit all den sinnlosen Verstümmelungen und Vernichtungen hervorragender Geisteswerke, den furchtbaren Wirkungen, die dabei außer auf die Werke auch auf ihre Schöpfer ausgeübt worden sind. Hier ist ein wirklich wesentliches Bildungsgut, das sich die Organe der Verwaltung und Politik, der Erziehung und Bildung so schnell wie möglich zuführen sollten, um es für künftige geistesgeschichtliche Bildung und für die Kulturpolitik fruchtbar zu machen. Man greife, was dem Sozialisten besonders nahe liegt, nur etwa den Fall des Dichters Hermann Essig heraus, den die während des Weltkriegs ausgeübte militärische Zensur buchstäblich ermordet hat. Nicht einmal die Aufführung des Essigschen Stücks *Ihr stilles Glück* als Trauerfeier für den Dichter, der inzwischen in Verzweiflung, Elend und Armut (nach ausgeübter Kriegspflicht) gestorben war, wollte der Berliner Oberkommandeur dem Lessingtheater am 1. August 1918 gestatten, und auch der Hinweis der Theaterdirektion darauf, daß die Aufführung den Hinterbliebenen des Dichters, der im Juni 1918 einem schweren Lungenleiden erlegen war, einige Subsistenzmittel verschaffen würde, konnte die Behörde, die an der in dem Stück enthaltenen Charakteristik der Verbindungsstudenten Anstoß genommen hatte, von dem einmal eingenommenen ablehnenden Standpunkt nicht abbringen. Die letzte Seite der Akten dieses Falls trägt die lakonische Notiz vom 18. November 1918: »Durch Abschaffung der Theaterzensur erledigt. Zu den Akten.« Und nach solchen Erlebnissen sollte das deutsche Volk, nachdem noch nicht ein Dutzend Jahre seitdem vergangen ist, die Zensur auferstehen lassen?

Frauenbewegung / Meta Corssen

**Leistung und Entlohnung** In der Frauenbewegung wird jetzt mit Nachdruck, und zwar gleichzeitig an verschiedenen Stellen, die Forderung des gleichen Lohns für gleiche Leistung erhoben. (Freilich wird dabei der Begriff der gleichen Leistung meist nicht tief genug erfaßt, da man in der Regel dabei nur die jeweilig vollbrachte Arbeit im Auge hat, so daß die potentielle Leistung, die in der Gewähr einer Dauer des Berufs und damit einer fortschreitenden Qualifizierung liegt, unberücksichtigt bleibt.) Der österreichische Gewerkschaftskongreß im Juni 1928 beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Frauenarbeit. Ein Bericht darüber erschien im Verlag der Arbeit und Wirtschaft in Wien 1929. Im Jahr 1926 hatte die Wiener Arbeiterkammer in einer Lohnerhebung festgestellt, daß die mittlere Lohnstufe für unqualifizierte Arbeiter 40 Schilling wöchentlich, für qualifizierte Arbeiterinnen 25 Schilling betrug. Trotzdem glaubte die Referentin des Kongresses, Anna Boschek, daß das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Leistung gerade jetzt die größte Aussicht auf Verwirklichung habe. In manchen Berufen sei allerdings schwer festzustellen, was als gleiche Arbeitsleistung zu betrachten sei, doch mit der fortschreitenden Rationalisierung und Zerlegung der Arbeit würde die Frauenarbeit der Männerarbeit immer mehr angeglichen, und die Forderung gleichen Lohns werde damit unabweisbar. Die Sprecherin der Textilarbeiterinnen teilte mit, daß es gelungen sei die gleiche Entlohnung im Akkord durchzusetzen. Auch sonst wurde festgestellt, daß die Frauenlöhne steigen. Ihre weitere Hebung sei, führte Boschek aus, die nächste Aufgabe der Gewerkschaften. Sie würde das Niveau der Frauenarbeit heben, auch zu einer bessern Berufsausbildung führen. Heute bildeten gerade die ungelerten Arbeiterinnen, die sich als Hilfsarbeiterinnen überall eindrängten, für jeden Beruf eine große Gefahr. Man muß hier vielleicht hinzufügen, daß andererseits eine energische Inangriffnahme gründlicherer Berufsausbildung für die Frauen auch eine günstige Wirkung auf die Gestaltung des Lohnniveaus ausüben, der Forderung nach höherem Lohn einen stärkern Nachdruck verleihen würde. Der Kongreß faßte eine Resolution, die das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Leistung obenanstellte, zugleich aber for-

derte, daß auch bei verschiedener Arbeitsleistung die Löhne der Frauen verbessert und, der tatsächlichen Leistung entsprechend, denen der Männer angepaßt würden. In Deutschland, wo sich die Löhne der Frauen zwischen 50 und 70 % der Männerlöhne bewegen, wurde die Forderung ihrer Ausgleicheung im Januar 1929 in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung und im Februar in der Frau, in einem Aufsatz Marianne Schillers, erhoben. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung stellte fest, daß auch in anderen Ländern die Frauenlöhne seit dem Krieg prozentual erheblich gestiegen seien. Schiller erwähnt einen Tarifvertrag der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in dem angelernte und ungelerte Arbeiter und Arbeiterinnen im Lohn gleichgestellt werden. Sie weist auch auf die Gehaltsverhältnisse der weiblichen Angestellten hin, die ebenfalls, wie auch auf dem österreichischen Kongreß betont wurde, ihren männlichen Kollegen gegenüber schlechter gestellt sind. Das kommt bei ihnen darin zum Ausdruck, daß sie nicht in die höheren Gehaltsgruppen gelangen, und auch darin, daß in den Tarifen für weibliche Angestellte ein "Abschlag" vorgesehen wird. Die Gruppe der weiblichen Angestellten des Gewerkschaftsbunds der Angestellten im Gau Brandenburg veranstaltete am 15. Januar 1928 eine Kundgebung in Berlin, in der für gleiche Leistung gleiche Bezahlung gefordert wurde. Gertrud Baer erinnerte in der Frau im Staat an den Artikel 427 des Versailler Vertrags, der den Grundsatz gleichen Lohns ohne Unterschied des Geschlechts für Arbeiten gleichen Werts enthält.

**Berufsarbeit** Wenn diese Forderung jetzt mit Nachdruck und Zuversicht gestellt wird, so liegt der wichtigste Grund dafür in der großen Zunahme der Frauenarbeit in den letzten Jahren. Über die Ergebnisse der Berufszählung von 1925 ist in dieser Rundschau (1927 II Seite 573) bereits kurz und vorläufig berichtet worden. Es liegen jetzt ausführlichere Untersuchungen darüber vor: von Anna Geyer in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung, von Susanne Suhr im Gewerkschaftsarchiv und von Margarete Bernhard in dem Sammelwerk Frauengenerationen in Bildern /Berlin, F. A. Herbig/. Die Gesamtzahl der arbeitenden Frauen ist seit 1907 von 8,5 auf 11,5 Millionen gestiegen; sie umfaßt 35 % aller Frauen. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Er-



werbstätigen stieg von 33,8 % auf 35,9 %. In der Landwirtschaft sind 4 969 279 Frauen tätig, in Industrie und Handwerk 2 908 552, in Handel und Verkehr 1 575 255, in der Verwaltung und in freien Berufen 290 647, im Gesundheitswesen 295 480, in häuslichen Diensten 1 458 471. Die Berufszählung ergab 8,8 Millionen Ehefrauen ohne Berufstätigkeit. So übersteigt die Anzahl der berufstätigen Frauen bereits um fast 3 Millionen die der berufslosen Ehefrauen. 3,7 Millionen erwerbstätiger Frauen sind verheiratet. In Österreich hat sich, wie aus einer Broschüre Käthe Leichters Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich /Wien, Verlag Arbeit und Wirtschaft/ hervorgeht, eine ganz ähnliche Entwicklung vollzogen. Vor dem geschichtlichen Vorgang, der sich in diesen Zahlen ausdrückt, müssen alle diejenigen verstummen, die auch heute noch die Frau auf die Tätigkeit in Haus und Familie beschränken möchten, oder die glauben die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau beseitigen oder erheblich einschränken zu können, wie es noch vor mehreren Jahren Max Hirsch in seinem Leitfaden der Berufskrankheiten der Frau /Stuttgart, Ferdinand Enke/ forderte. Hilde Schoch hat, wie sie im September 1928 in der Frau ausführte, beobachtet, daß die Frauenarbeit jetzt in der Industrie fester verwurzelt sei als früher, daß die Frau vielfach auf Grund besonderer Eignung unentbehrliche Arbeit leiste, und daß sich auch eine größere Berufsständigkeit der Arbeiterinnen anbahne. Die Berufsarbeit der Frau, auch der verheirateten, ist als etwas Gegebenes anzusehen. Es handelt sich nur darum, wie man sie gestaltet.

Dafür ist von Bedeutung die Frage, in welchen Berufen die Erwerbsarbeit der Frauen aufgenommen hat. Zurückgegangen ist sie nur in der Gruppe der häuslichen Dienste. Am stärksten gestiegen ist sie in Industrie und Handwerk, von 1,9 auf 2,9 Millionen. Die Anzahl der Arbeiterinnen hat um 50% zugenommen, sie beträgt 24,2% aller Arbeitenden. Im Bekleidungsgewerbe stieg der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Arbeitenden von 50 auf 70%, in der Tabakindustrie von 50 auf 75%. Die Anzahl der Angestellten und Beamten ist in Industrie und Handwerk um 457,5%, in Handel und Verkehr um 174,9% gewachsen. Im Einzelhandel sind insgesamt jetzt 51,6% der Berufstätigen Frauen, bei den Warenhausangestellten sind es 73,6%.

**Berufsethik** Aus den eben mitgeteilten Zahlen geht hervor, daß gerade die Berufe mit vorwiegend mechanischer Tätigkeit immer mehr Frauen aufgenommen haben, Berufe, die für die bei vielen Frauen vorherrschende Neigung unmittelbar für andere Menschen zu leben und zu arbeiten wenig Raum haben. Bei der bereits erwähnten Kundgebung der weiblichen Angestellten in Berlin, über die ein Bericht unter dem Titel Die soziale Not der weiblichen Angestellten erschien /Berlin, Siebenstäbeverlag/, behandelte Marianne Weber dies Problem der weiblichen Berufsarbeit. Sie kam dabei zu dem Schluß, daß eine Entfaltung der Kräfte der Frau, eine Lebenserfüllung, eine Erfüllung der »weiblichen Bestimmung«, nur in den geistigen und handwerklichen und besonders in den Pflege- und Erziehungsberufen möglich sei, nicht dagegen in den »Massenberufen«, daß hier die Frau die Erfüllung ihres Wesens außerhalb des Berufs suchen müsse, und daß ihr dafür durch genügende Freizeit und angemessene Entlohnung die Möglichkeit zu geben sei. Sie betont allerdings, daß die Auffassung des Berufs als sittliche Pflicht, als verantwortliche Mitarbeit an einem größeren Ganzen innere Befriedigung zu schaffen vermöge, glaubt indessen, daß die größte Mehrheit der in den Massenberufen Tätigen mit Recht trotz hoher Berufsethik das Gefühl habe, daß ihr Leben leer bleibt. Im Handelsgewerbe und in einer Reihe ähnlicher Berufe könne nur für den, der an leitender Stelle stehe, die Arbeit lebenerfüllend sein.

Es ist sicher, daß sich in der so stark zerlegten und maschinenhaft gewordenen modernen Arbeit viele Frauen seelisch nicht erfüllt fühlen. Es ist auch richtig, daß manche Berufe, wie die pflegerischen und erzieherischen, leichter die Möglichkeit lebendiger Auswirkung gewähren. Und doch scheint der hier angegebene Weg zur Lösung dieses Zwiespalts nicht richtig. Es geht nicht an einen Schnitt zwischen individuellen und Massenberufen zu machen und den Unglücklichen, die diesen angehören, und die weitaus in der Überzahl sind, von vornherein jede Möglichkeit sich in ihrem Beruf zu erfüllen abzusprechen. Wie kann man von ihnen ethische Berufsauffassung, Hingabe an die Aufgabe verlangen, wenn man ihnen gleichzeitig sagt, ihr Leben müsse trotzdem leer bleiben? Es muß vielmehr gerade im Gegenteil erstrebt werden auch diese

Berufe mit innerm Leben zu erfüllen. Und es liegt nun in Wirklichkeit auch keineswegs so, daß dazu keine Ansatzpunkte vorhanden wären. Es gibt in jedem Beruf die Möglichkeit fortschreitender Ausbildung und Steigerung der Leistung. Es ist in dieser Rundschau (1927 I Seite 301) auf Aussagen von Fortbildungsschülerinnen, gewerblichen Arbeiterinnen und Handels- und Bureauangestellten hingewiesen worden, die in vielen Fällen deutlich ein inneres Verhältnis zum Beruf erkennen lassen. Es sei besonders noch einmal an die Äußerung einer Spinnerin erinnert: »Meine Maschine ist mir so lieb wie unsere Stube zu Hause.« Auch unter den sehr interessanten Aussagen männlicher und weiblicher Arbeiter und Angestellten, die Hendrik de Man in seinem Buch *Der Kampf um die Arbeitsfreude* / Jena, Eugen Diederichs/ wiedergibt, finden sich 2, die ein durchaus positives Verhältnis zur Arbeit erkennen lassen, eine von einer Zigarrenmacherin, eine von einer Stenotypistin; die 3 anderen Frauen, die sich noch geäußert haben, alle Bureauangestellte, bewerten ihre Arbeit wenigstens zum Teil positiv. Ein weiteres interessantes Zeugnis für das innere Verhältnis der Frau zum Beruf ist ein kleiner Aufsatz *Von meiner Bureauarbeit*, der im Juli 1927 in der katholischen Zeitschrift *Frauenland* erschien. Die nichtgenannte Verfasserin erzählt, wie sie sich allmählich in die Buchführung hineingearbeitet und immer mehr Freude daran gefunden habe. Sie bestreitet ausdrücklich, daß »der kaufmännische Beruf in seiner Nüchternheit die Frau unmöglich befriedigen« könne. Sie fährt fort: »Es kommt bei jeder Tätigkeit mehr oder weniger darauf an, daß man selbst den tiefen Sinn hineinlegt, aus dem sich die Befriedigung ergibt.« Hier sind wir an dem Kern der Sache. Es kommt auf die Gesinnung gegenüber der Arbeit an, und da genügt nicht die etwas kahle Pflichterfüllungsbereitschaft, die Marianne Weber Berufsethik nennt. Es muß dahin kommen, daß lebendiger Schaffenswille in den Menschen wächst. Das kann aber nur geschehen, wenn man nicht in erster Linie fragt: Wie werde ich befriedigt?, sondern: Was muß ich tun? Bei solcher Gesinnung wird sich dann dem Menschen, auch der Frau, in der scheinbar mechanischen Arbeit die innere Lebendigkeit erschließen. Sehr fein hat Helene Weber im Oktober 1928, in der *Christlichen Frau*, in einem Aufsatz *Frauenberufsarbeit und "Lebensfülle"*,

über die Arbeit der Frau gesprochen. »Entweder schafft sie ihr Werk, oder ihr Leben zerfließt. Zunächst ist nicht einmal das Entscheidende, ob es sich um eine Arbeit an den Menschen oder an Sachgütern handelt.« Die Frage, welche Arbeiten der Frauenkraft besonders entsprechend sind, sei nicht einfach zu lösen. »Das "Mutterprinzip" hüllt sich in tausend Geheimnisse, wenn es auf das große öffentliche Leben angewandt wird.« Man dürfe nicht leichthin, wie es oft geschieht, von einem "verfehlten Leben" der Frau reden. »Die "Lebensfülle" muß und kann von der Berufsfrau in vielen Arbeitsgebieten erreicht werden. Ob es sich um das Ringen des Geistes, um die Hingabe an Menschen, um das praktische Werk der Hand, um die Organisation eines Betriebes oder der Wirtschaft handelt, überall soll die Berufsfrau ihre Kräfte entfalten und auch Freude an dem Werk selbst gewinnen.« An einer spätern Stelle betont sie noch einmal besonders die Notwendigkeit für die Frau sich von dem eignen Ich zu lösen und in die Welt des Objektiven hineinzustellen. Es scheint, daß die katholische Frauenbewegung, vielleicht auf Grund ihrer religiösen Verwurzelung, vielleicht weil im Katholizismus von jeher die "jungfräuliche" Frau gleichwertig neben der Ehefrau und Mutter stand, das Problem der modernen Frauenarbeit tiefer und lebendiger erfaßt als die bürgerlich-liberale, für deren Denkweise Marianne Webers Ausführungen als typisch gelten können. Die sozialistische Frauenbewegung hat sich, wie überhaupt zu den meisten Frauenfragen, auch zu dieser theoretisch noch wenig geäußert. Aber ihre ganze gewerkschaftliche Arbeit stellt doch praktisch ein entschiedenes Bekenntnis zur Arbeit, und zwar eben zur "mechanischen" Arbeit, dar. Helene Weber weist in ihrem Artikel auch noch besonders auf die Aufgaben der Frau im Gemeinschaftsleben ihres Berufs hin. Hier liegen für das weibliche Bedürfnis auf Menschen zu wirken viele Möglichkeiten, hier kann sich die Schwesterlichkeit, von der Ida Marie Solltmann in ihrem in dieser Rundschau (1928 I Seite 243) erwähnten Vortrag über Beruf und Lebensfülle spricht, auswirken. Auch hier bewegt sich die Gewerkschaftsarbeit der sozialistischen Frauen in einer ähnlichen Richtung. Vor einer Arbeitsgesinnung, die zuerst nach dem Werk fragt, verschwinden dann auch die Rangunterschiede in der Arbeit. Es kann dann nicht mehr die Rede davon

sein, daß nur der Leiter eines Betriebs sich in seiner Arbeit erfüllt, während die anderen sich unbefriedigt fühlen müssen. Keine Arbeitsleistung, auch die unscheinbarste nicht, kann für die Gesamtleistung entbehrt werden, der auf der untersten Stufe Stehende ist so notwendig wie der auf der obersten. Von dem einen wird die gleiche Hingabe verlangt wie von dem andern. So strahlt auch auf jeden von dem Werk, von dem, was geschaffen werden soll, Leben und Befriedigung aus. Freilich, eine Einschränkung ist zu machen. Damit eine derartige Arbeitsgesinnung verwirklicht werden kann, müssen sich die gegenwärtigen Arbeitsformen noch von Grund auf ändern. Die Verteilung der Verantwortlichkeit muß anders werden, die Arbeitenden dürfen nicht mehr, wie jetzt, absolut abhängig, Objekt des Produktionsprozesses sein, sie müssen seine bewußten Träger werden, zu denen der Sozialismus sie machen will.

Damit ist nicht gesagt, daß das ganze Leben, der Frau wie des Mannes, von der Berufsarbeit aufgezehrt werden soll. Selbstverständlich ist zu fordern, daß dem Menschen zur Gestaltung seines persönlichen Lebens Kraft und Zeit gelassen werde. Und wahrscheinlich wird die Frau, die in ihrem Beruf rein sachliche Arbeit tut, ein besonders starkes Bedürfnis danach haben. Eine der wichtigsten modernen Frauenbestrebungen ist ja der Frau die Vereinigung von Beruf und Ehe, Beruf und Mutterschaft zu ermöglichen. Es ist möglich, was sowohl in dem Vortrag Marianne Webers wie auch in 2 Aufsätzen Evamaria Blumes in der Kölnischen Zeitung vom 13. Juli und 30. November 1927 gesagt wird, daß auch für die nichtverheiratete Frau die Pflege und Betätigung ihrer häuslichen Fähigkeiten in vielen Fällen eine erwünschte Ergänzung ihrer Berufstätigkeit darstellt. Man sollte es jedoch nicht von der berufstätigen Frau verlangen oder als selbstverständlich voraussetzen. Es gibt auch Frauen, die sich lieber in anderer Weise menschlich erfüllen wollen und sich von häuslichen Pflichten nur belastet fühlen würden.

**Arbeiterinnen-** Die Forderung die Erwerbs-  
**schutz** arbeit der verheirateten  
Frau zu verbieten ist in

letzter Zeit auch in Gewerkschaftskreisen aufgetaucht, wie einige abwehrende Artikel in der Gewerkschaftszeitung und in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung erkennen ließen. Der gesunde Wirklich-

keitssinn der Arbeiterklasse wird sie jedoch wohl kaum irgendwo wirklich durchdringen lassen. Was notwendig ist, um den Gefahren zu begegnen, die die Frauenarbeit für die Frauen und indirekt auch für die Männer in sich birgt, ist vielmehr ein gut ausgebauter Schutz der Frauenarbeit. Auch darüber sind allerdings in der Frauenbewegung und auch in den Gewerkschaften die Meinungen geteilt. Gertrud Hanna gab darüber eine interessante Übersicht, in ihrem Artikel Für und gegen Arbeiterinnenschutz, der im November 1927 in der Arbeit erschien. Sie erwähnte die Bestrebungen der National Women's Party in Amerika, über die auch in dieser Rundschau berichtet wurde. Diese will alle Schutzgesetze für die Frauen abschaffen und hat es beispielsweise erreicht, daß in Columbia ein Mindestlohngesetz für Frauen für ungültig erklärt wurde. Während es sich hier um eine bürgerliche Frauenorganisation handelt, wird in England und in Skandinavien, besonders in Dänemark, die Forderung nach gleichem Recht für Mann und Frau auch in der Arbeit von Gewerkschaftsorganisationen unterstützt, was auf der Internationalen Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkonferenz im Juli 1927 in Paris deutlich wurde. Die dänische Genossin, die der Konferenz einen Beschluß gegen den Arbeiterinnenschutz vorlegte, erlangte dafür aber keine Mehrheit, wie die Amerikanerinnen auf dem Kongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht 1926. Auf dem Kontinent sind sich die Frauen im allgemeinen über die Notwendigkeit des Schutzes der Frauenarbeit einig. Auf der Frauenkonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die am 3. und 4. August 1928 in Brüssel tagte, wurde als eine besondere Forderung ausreichender Schutz gegen Gesundheitsgefahren und ausreichende Schonfristen vor und nach der Niederkunft für erwerbstätige Frauen gefordert. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung machte im April 1927 darauf aufmerksam, daß die modernen Arbeitsformen, insbesondere die Fließarbeit, in mancher Beziehung besondere Schutz- und Schonungsvorrichtungen für die Frauen notwendig machen. In erster Linie erweist sich ja immer wieder der Schutz der Schwangeren und der Mütter als unabwiesbare Notwendigkeit. Gertrud Hanna und Henriette Fürth wiesen in 2 Aufsätzen, betitelt Fragen des Schwangerenschutzes und Schutz des Müttern, in der Gewerkschaftszeitung im Jahr 1927 sehr eindringlich auf die Un-

haltbarkeit der bestehenden Zustände hin. Um den Arbeitsverdienst nicht einzubüßen oder aus Furcht vor Kündigung halten die Arbeiterinnen vielfach die gesetzlichen Schonzeiten nicht ein und schädigen dadurch sich und das Kind. Ein Aufsatz Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz in Theorie und Praxis in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 15. Oktober 1927 gibt dafür eine Reihe von Belegen.

Am 7. Juli 1927 wurde in Deutschland ein Gesetz über die Beschäftigung der Frau vor und nach der Niederkunft verabschiedet, das ungefähr den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens, dessen Ratifikation gleichzeitig vollzogen wurde, entspricht. Es erweitert die Schonungszeit vor der Niederkunft von 2 auf 6 Wochen und die Zeit nach der Niederkunft für den Fall von Krankheit über die bisher geltenden 6 Wochen hinaus. Das heißt, es gibt der Schwangeren das Recht die Arbeit zu verweigern, es verbietet die Arbeit nicht absolut, es verbietet aber, daß der Frau während der 6 Wochen vor und nach der Geburt gekündigt wird, und beseitigt so einen der Gründe, die vielfach die Schonung verhinderten. Doch erfüllt das Gesetz bei weitem nicht alle Wünsche der arbeitenden Frauen und derer, die an ihrem Wohl interessiert sind. Die Gewerkschaften erstreben eine Verlängerung der Frist für den Kündigungsschutz, sie bemängeln, so die Gewerkschaftliche Frauenzeitung vom 15. Juli 1927, daß in das Gesetz nicht die Frauen, die in der Hauswirtschaft und in der Landwirtschaft arbeiten, einbezogen worden sind (über die Hauswirtschaft siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 63). Die Notwendigkeit des Mutterschutzes für die Landarbeiterin betonte auch Gertrud Bäumer in der Vossischen Zeitung vom 9. Juli 1927. Der 13. Gewerkschaftskongreß im Jahr 1928 hat dem Bundesvorstand einen Antrag des Textilarbeiterverbands überwiesen, der das Gesetz für völlig unzureichend erklärt und einen viel weitergehenden Mutterschutz verlangt und damit teilweise die Forderungen der Denkschrift des Textilarbeiterverbands aus dem Jahr 1925 wieder aufnimmt. Er forderte Verbot der Beschäftigung schwangerer Frauen 3 Monate vor und 2 Monate nach der Niederkunft, Beschränkung ihrer Arbeit im 5. und 6. Monat auf 4 Stunden am Tag, Vergütung des Verdienstauffalls aus Staatsmitteln, Gewährung von Stillpausen, Errichtung von

Stillkrippen, Kündigungsverbot vom Tag der Feststellung der Schwangerschaft bis zum 12. Monat nach der Niederkunft, Einbeziehung der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiterinnen sowie der Hausangestellten in den Schwangeren- und Mutterschutz. Die Forderungen dürften in dieser Form wohl nicht alle durchführbar sein, doch machen sie die verschiedenen Lücken in den geltenden Bestimmungen deutlich.

In Frankreich bemühte man sich schon während des Krieges um den Schutz der Frauenarbeit. In der von der Carnegie-Stiftung herausgegebenen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges erschien eine ausführliche Monographie, betitelt *La santé et le travail des femmes pendant la guerre*. Der Verfasser, Marcel Frois, berichtet über die Bestrebungen, die gegen Ende des Krieges wirksam wurden und auf eine Beschränkung der Arbeitszeit der Frauen und auf den Schutz der Schwangeren und der Mütter hinzielten. Er erwähnt ein Gesetz aus dem Jahr 1917, das für stillende Mütter während eines Jahres nach der Geburt Stillpausen außerhalb der gewöhnlichen Arbeitspausen festsetzt und den Unternehmern auferlegt Stillstuben zur Verfügung zu stellen, allerdings nur, wenn sie mehr als 100 Frauen über 15 Jahre beschäftigen. Es wird auch berichtet, daß dies in einer ganzen Reihe von Fabriken geschehen ist. Im Jahr 1928 wurde in Frankreich ein Sozialversicherungsgesetz angenommen, das im Fall der Mutterschaft tägliche Entschädigungen und Mutterschaftszulagen oder Milchbons vorsieht. Außerdem wurde 1928 durch eine Verordnung die Nachtarbeit für Frauen unter 18 und Jugendliche unter 16 Jahren mit Ausnahme bestimmter Betriebe verboten.

In Indien ist ein Gesetzentwurf erschienen, nach dem Beschäftigung von Frauen in den Bergwerken verboten werden soll.

**Gewerkschaftliche Organisation** Die Schwierigkeiten, die sich der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Frauen entgegenstellen, sind bekannt. Gertrud Hanna macht es in einem im November 1928 in der Arbeit veröffentlichten Aufsatz Die Frauen in den Gewerkschaften sehr einleuchtend, wie notwendig trotzdem eine stärkere Heranziehung der Frauen zur gewerkschaftlichen Arbeit, vor allem auch zur Arbeit in leitenden und verantwortlichen Stellen, ist. Die Gewohnheit Frauenfragen meist in gesonderten Frauenkonferenzen zu behandeln, die

Frauen andererseits zu allgemein gewerkschaftlichen Versammlungen nicht in ausreichendem Maß heranzuziehen hat zur Folge, daß bei den Männern Unkenntnis über Frauenfragen herrscht, und daß sich die Frauen um allgemeine Fragen des Gewerkschaftslebens nicht kümmern. Die Frauenfragen berühren aber immer die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, und sie sind nur in der Zusammenarbeit von Männern und Frauen zu lösen. Damit diese sachliche gemeinsame Arbeit geleistet werden kann, ist es notwendig die Frauen an der verantwortlichen Arbeit stärker zu beteiligen. Wenn auch die Anzahl der zu solcher Arbeit fähigen Frauen hinter der der Männer zurückbleibt, so gibt es doch längst viel mehr geeignete Frauen als sie heute in der Gewerkschaftsbewegung zu wichtigen Stellen zugelassen werden. In Österreich ist der zahlenmäßige Anteil der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung höher als in Deutschland, er beträgt 22% gegenüber 16. Auf dem Kongreß konnte auch über eine lebhaftere gewerkschaftliche Tätigkeit der Frauen berichtet werden, obwohl sie auch hier das notwendige und mögliche Maß noch nicht erreicht hat. Die Christlichen Gewerkschaften hatten am Ende des Jahres 1927 121 831 weibliche Mitglieder bei einer Gesamtzahl von 531 558, der Anteil der Frau betrug also 22,9%. In England hatten die Gewerkschaften im Jahr 1927 4 116 000 männliche und 792 000 weibliche Mitglieder, die Frauen umfaßten also dort 16,1% der Gesamtzahl der Gewerkschafter.

**Kurze Chronik** Der Landesverein Preussischer Volksschullehrerinnen fordert in einer Eingabe an den Unterrichtsausschuß des Landtags eine Erhöhung des Fraueneinflusses in der Volksschule. An Mädchenschulen sollen  $\frac{2}{3}$  der Lehrkräfte Frauen sein, an gemischten  $\frac{1}{2}$ , an Knabenschulen  $\frac{1}{3}$ . Mädchenschulen sollen von einer Frau geleitet werden. Auch in den Regierungs- und Schulratstellen sollen Frauen tätig sein.  $\diamond$  Der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein fordert in einer Eingabe an den Reichstag, daß die verfassungsmäßigen Rechte der weiblichen Beamten wiederhergestellt, also die Bestimmungen gegen die verheiratete Beamtin aufgehoben werden.  $\diamond$  Die von Gertrud Israel durchgeführte Bearbeitung der Erhebung des Reichsarbeitsministeriums über die Lage der Hausangestellten, die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 61 und folgende) besprochen wurde,

erschien jetzt im Bureau für Sozialpolitik in Berlin als besondere Schrift unter dem Titel Arbeitsverhältnisse der Hausgehilfinnen.  $\diamond$  In Paris wurde beschlossen einen *Internationalen Advokatinnenverband* zu begründen. Ein provisorischer Ausschuß wurde eingesetzt. Die Gründung geht von Frankreich aus, da hier die Advokatinnen am zahlreichsten sind.  $\diamond$  In Bukarest wurde am 2. Dezember 1928 das Haus der Frau eingeweiht, das von dem *Rumänischen Frauenbund* gegründet wurde.  $\diamond$  Am 12. Januar wurde *Luise Kähler* 60 Jahre alt. Sie hat ihre Kräfte dem Kampf für die Rechte der Hausangestellten und deren Organisierung gewidmet. Im Jahr 1912 wurde sie Vorsitzende des Zentralverbands der Hausangestellten und blieb es bis zum Übertritt des Verbands in den Deutschen Verkehrsband im Jahr 1923. Seit 1919 gehört sie dem Preussischen Landtag an. Im Reichswirtschaftsrat vertritt sie als einzige Frau die Freien Gewerkschaften.  $\diamond$  Am 8. Februar wurde *Gabriele Reuter* 70 Jahre alt. Ihr erster Roman *Aus guter Familie*, der das Schicksal einer Frau darstellt, die von den Vorurteilen der bürgerlichen Gesellschaft eingeengt und zugrunde gerichtet wird, hat an der Befreiung der Frau aus dieser Enge geistig in hervorragender Weise mitgewirkt. Auch ihre späteren Romane begleiten mit Verständnis die Wandlungen im Leben der Frauen in unserer Zeit.  $\diamond$  Am 15. März wurde *Marie Juchacz*, die Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung, 50 Jahre alt. Sie wurde 1919 in die Nationalversammlung gewählt und war die erste Frau, die hier das Wort ergriff. Sie ist Mitglied des Parteivorstands. Ihre Arbeit richtet sich darauf die Frauen der Arbeiterklasse zur Teilnahme am politischen Leben und zu eigener Betätigung, vor allem in der Wohlfahrtspflege, zu erziehen. So gründete sie mit anderen die Organisation der Arbeiterwohlfahrt, in der sie an leitender Stelle wirkt.  $\diamond$  Am 25. März wurde *Marianne Hainisch*, die Begründerin der österreichischen Frauenbewegung und Ehrenvorsitzende des Bundes Österreichischer Frauenvereine, 90 Jahre alt. Sie erfreut sich in Österreich und auch über seine Grenzen hinaus in dem Kreis der Frauenbewegung tiefer Verehrung und Dankbarkeit. Der Österreichische Frauenbund rief an ihrem Geburtstag eine *Marianne-Hainisch-Stiftung* ins Leben, die Frauenarbeit auf wissenschaftlichem, künstlerischem und sozialem Gebiet fördern soll.

# WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

## Dialektik

Es gehört zu den vielen höchst auffallenden Erscheinungen des philosophischen Lebens unserer Zeit, daß sie um kaum ein Problem so ernsthaft ringt wie um das einer Neubegründung der Dialektik. Von den verschiedensten Seiten her mehren sich die Versuche, die alle sich darin zusammenfinden, daß die Metaphysik nur dialektisch sein könne, und daß in der Dialektik die wahre Natur sowohl des Geistes als auch der Wirklichkeit, insbesondere der geschichtlichen, begriffen sei. Es ist seit vielen Jahren hier in dieser Rundschau auf die Abkehr vom Neukantianismus und die Hinwendung zu einem Realismus und Ontologismus hingewiesen worden. In der Kunst wurde diese Geisteshaltung von der "neuen Sachlichkeit" begleitet, in der Theologie sprach man von einem "gläubigen Realismus". Es sieht so aus, als wollte sich der Geist unserer Zeit und damit seine Reflexion über sich selbst, die Philosophie, eine neue Gestalt geben, und zwar eine solche, die nicht als eine Wendung zum Gegenteil des bisher für richtig Gehaltenen betrachtet werden kann, sondern die im wesentlichen alles Bisherige bewahrt, es aber in einen weitem Rahmen einspannt. Es scheint sich zu erweisen, daß der Realismus eine der möglichen "Gestalten des Geistes" ist, und daß über ihm als allgemeineres das Gesetz des Geistes selbst steht, das eben die Dialektik ist. Dieses Gesetz der Dialektik besagt aber nichts anderes als dies: daß jede Gestalt des Geistes nicht nur das ist und bedeutet, als was sie sich gibt, sondern zugleich auch ihr Gegenteil ist, daß jeder Gedanke das Gegenteil seiner selbst in sich birgt und dazu in einer Spannung steht. Geistiges Leben, sei es in individueller oder in geschichtlicher Form, besteht eben darin in keiner seiner Ausprägungen widerspruchlos, ohne die Möglichkeit eines weitem Fragens zu sein. Jedes geistige Gebilde ist, um es ganz einfach auszudrücken, viel mehr, als daß es auf eine einfache Formel gebracht werden kann. Gewiß, man kann einen Gedanken, losgelöst von dem Gedankengewebe, in dem er steht, für sich betrachten und so einen präzisen, eindeutigen Sinn angeben. Dies ist der Standpunkt des praktischen Lebens und auch in sehr weitem Umfang der Einzelwissenschaften. Aber die Metaphysik

sieht das einzelne immer im Zusammenhang des Ganzen, in dem es steht. Metaphysische Betrachtung ist diejenige, die ein einzelnes im übergreifendsten, allgemeinsten Zusammenhang sieht. Diese wird in jeder einzelnen Gestalt des Geistes ihren innern Reichtum, die Spannung der Gegensätze, die weiter treibenden Möglichkeiten sehen und sie darum, was schon selbst wieder ein dialektischer Gegensatz ist, zugleich als absolut und als vorübergehend begreifen. Aber nicht nur der Geist hat diese Dialektik an sich sondern auch das unmittelbare Leben, das von uns allen gelebte Leben, das wir gestalten sollen, und dem wir doch immer untertan sind. Jede Lebenssituation enthält schon in sich das Moment, das über sie hinaus treibt, jedes Erlebnis ist mehrsinnig und enthält darum in sich eine Spannung, die es auflöst und doch auch ihm seinen tiefern Sinn gibt. Aber diese Gegensätze sind hier wie auch in den reinen Geistesgebilden nicht auflösbar. Weder hier noch dort ist ein Zustand reiner Harmonie möglich, in dem alles befriedet ist; die unaufhebbare Spannung, die nur ihre Form ändern mag, besteht ewig fort. Die Friedlosigkeit gehört zum Wesen des Geistes wie des Lebens.

Diese Gedanken zu begründen und in umfassendster Weise auszubauen ist die Aufgabe des neuesten Buches des bekannten Berliner Kulturphilosophen *Arthur Liebert Geist und Welt der Dialektik* /Berlin, Panverlag Kurt Metzner/. In diesem Werk wird in einer außerordentlich interessanten Weise der schon in einem frühern Werk Lieberts *Wie ist kritische Philosophie überhaupt möglich?* angetretene Beweis weitergeführt, daß das Prinzip der kritischen Philosophie, folgerichtig auf seine eigenen Voraussetzungen zurückgeführt, zu einer dialektischen Philosophie führen müsse, daß auch schon in dem historischen Kant überall die Dialektik, ihm selbst freilich unbewußt, durchscheine. In der Dialektik ist die kritische Philosophie oder, besser gesagt, das kritische Prinzip, erst wahrhaft vollendet, weil es hier auf seine letzten Voraussetzungen zurückgeführt ist. Als den tiefsten Punkt, aus dem das kritische Prinzip stammt, erwies schon die obengenannte frühere Schrift das Prinzip der Freiheit. Jetzt wird außerdem gezeigt, daß die Freiheit auch der Urgrund der Dialektik ist. Weil der Geist autonom ist, ist seine Entfaltung eine dialektische, und in der Dialektik erweist er seine Freiheit. Der

weitere Gedankengang Lieberts geht auf den Nachweis, daß die Metaphysik, deren Notwendigkeit in eindringlichster und überzeugender Beweisführung dargetan, und deren verschiedene Motivationen eingehend dargelegt werden, wesensmäßig dialektisch sein müsse. Eine Theorie der Metaphysik ist zugleich auch eine Theorie der Dialektik. Es ergibt sich nun, daß es verschiedene Formen der Dialektik gibt, die auch alle in der Geschichte der Philosophie aufgetreten sind. Neben jener harmonistischen Form der Dialektik, die die Spannung der Gegensätze schließlich in einer die Gegensätze vereinigenden und überhöhenden Synthese aufhebt, steht jene andere tragische Auffassung der Dialektik, die nirgendwo die Möglichkeit zu einer Harmonie sieht, für die der Kantische Gegensatz von Natur und Pflicht ebenso unauflösbar ist wie der speziell geschichtsphilosophische von der notwendigen Gebundenheit an die Tradition und die Pflicht zur Unabhängigkeit von ihr, zur Autonomie. Die Macht der Dialektik, die sich nicht nur in der Abfolge der geistigen Lebensformen der Geschichte zeigt sondern auch in der spannungserfüllten Problematik des unmittelbar gelebten Lebens selbst, ist auch der Quell alles Reichtums des Lebens und seiner Größe und Herrlichkeit. So wird die dialektische Philosophie zu einer Philosophie des Lebens. Der Gegensatz zwischen Irrationalismus und Rationalismus wird in ihr genau so überwunden wie der zwischen Realismus und Idealismus, weil sie nämlich beide in ihrer berechtigten Spannung anerkannt werden.

**Neuausgaben** Die rühmlichst bekannte Philosophische Bibliothek /Leipzig, Felix Meiner/ bringt *David Humes* Untersuchung über die Prinzipien der Moral, übersetzt, eingeleitet und mit sehr brauchbaren Registern versehen von Carl Winckler. Das Werk, das Hume selbst für das beste seiner Bücher hielt, ist schriftstellerisch von einem ganz ungewöhnlichen Reiz. Eine Reihe feinsinniger Betrachtungen voller Lebens- und Weltkenntnis mit sehr viel Spürsinn für die oft sehr verschlungenen Untergründe des Handelns sichern ihm auch heute noch das Interesse aller derjenigen, die auch nach der psychologischen Seite das ethische Problem angefaßt sehen wollen. Die Übersetzung ist mustergültig, die Einleitung orientiert sehr gut über alles zum Verständnis Notwendige.

**Gemeinverständliche Schriften** Der Grundriß der Logik von Kurt Joachim Grau liegt in der 3., erweiterten, Auflage vor (in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, B. G. Teubner/). Das mit großem Geschick abgefaßte Büchlein stellt sehr gut den heutigen Stand der *Formallogik* dar. Alle Probleme werden sehr klar und mit guten Beispielen vorgeführt. Man kann das kleine Buch, das in der neuen Auflage durch eine eingehendere Berücksichtigung der logischen Methodenlehre sehr gewonnen hat, bestens empfehlen. Weniger erfreulich ist ein Werk Heinrich Hellmunds, das unter dem Titel *Das Wesen der Welt* /Wien, Amalthea-verlag/ eine *Weltanschauung* geben will. Auf etwa 1300 Seiten wird über alles, was es so ungefähr gibt, und noch einiges mehr geredet. Man findet eine Menge kluger Gedanken, die auch recht scharfsinnig entwickelt werden. Daneben stehen dann wieder erstaunliche Plattheiten. Man kann sich angesichts eines solchen Wälzers nur fragen: Wem ist eigentlich damit gedient? Der Wissenschaft nicht. Und einem gesunden Popularisierungsbedürfnis auch kaum.

**Kurze Chronik** Eine auf 8 Bände berechnete Geschichte der *indischen Philosophie* wird von S. K. Belvalkar und R. D. Ranade unter dem Patronat der Universität Bombay herausgegeben; sie erscheint im Bilvankunja Publishing House in Poona. ◊ Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften bereitet eine kritische Ausgabe der Werke des *Nicolaus von Kues* vor; ein Unternehmen, das gerade der modernen Philosophie zugute kommen wird. ◊ Die *Polnische Gesellschaft für Philosophie*, die am 12. Februar 1904, dem 100. Geburtstag Kants, in Lemberg gegründet wurde, konnte jetzt ihr 25jähriges Bestehen feiern. ◊ Der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule Dresden und Honorarprofessor an der Universität Leipzig *Paul Tillich* geht an die Universität Frankfurt als Ordinarius für Philosophie. Seine Religions- und Kulturphilosophie hat in den letzten Jahren mit Recht großes Aufsehen erregt.

**Literatur** Von Lewis Robinson erschien ein Kommentar zu *Spinozas Ethik* /Leipzig, Felix Meiner/, der durch die eingehenden Analysen, die er den einzelnen Sätzen der Ethik zuteil werden läßt, für das Spinozastudium sehr brauchbar ist.

Alle Ergebnisse der Spinozaforschung werden verwertet, und auch die Beziehungen Spinozas zu anderen zeitgenössischen Philosophen werden deutlich gemacht. Besonders interessant an diesem Kommentar ist, daß auf die oft sehr engen Beziehungen Spinozas zur Neuscholastik hingewiesen wird. ◊ Im Augenblick, da in Deutschland und Österreich das Strafrecht reformiert werden soll, ist es von hoher Bedeutung die rechtsphilosophische Grundüberzeugung, die dem Gesetzgebungswerk die Grundlagen gibt, einmal an der schlichten Erfahrung zu prüfen. Es seien darum alle, denen eine Übereinstimmung zwischen rechtsphilosophischen Theorien und den Bedürfnissen des sozialen Lebens am Herzen liegt, mit allem Nachdruck auf das ungemein reichhaltige Werk des bekannten Kriminalisten *Robert Heindl* Der Berufsverbrecher /Berlin, Panverlag Kurt Metzner/ hingewiesen.

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Geldtheorie** Logik des Geldes: so nennt sich eine in 3. Auflage veröffentlichte Schrift des Leipziger Ökonomieprofessors *Bruno Moll* /München, Duncker & Humblot/, die mit hin, nach dem Titel zu schließen, eine methodische Untersuchung über Wesen und Funktion des Geldes in der modernen Volkswirtschaft zu verheißen scheint, aber doch nur die unerquicklichen Verwirrungen widerspiegelt, die heute, unter Abkehr von jeder klar gedachten ökonomischen Theorie, auf dem Gebiet der Geldlehre so üppig wuchern.

Der Verfasser will über den Standpunkt hinaus, den Georg Knapp in seinem berühmten und in gewisser Hinsicht zweifellos auch scharfsinnigen Buch Staatliche Theorie des Geldes vor ein paar Jahrzehnten entwickelt hat. Moll schwebt etwas, was er »Versöhnung von Metallismus und Nominalismus« nennt, vor Augen. Aber seine Ausführungen gehen um den entscheidenden Punkt herum. Gewiß hat Knapp darin recht, daß in jeder irgendwie entwickelten Volkswirtschaft das Geld immer eine Münzordnung voraussetzt, nach der der Staat es ausprägt, und auf die sich dann später auch das Papiergeld zurückbezieht. Und diese staatliche Münzordnung, die zugleich die Proportionen festlegt, nach denen sich der rechnermäßige Geltungswert der verschiedenartigen Scheidemünzen zu der in ihrem Feingehalt gesetzlich bestimmten Währungsmünze (in

der frühern deutschen Goldwährung zur Goldmark) bestimmt, trägt insofern gewiß, wie Knapp es nennt, »chartalistischen« Charakter. Wie sich auf dem Markt der Edelmetalle die Wertgröße des Silbermetalls gegenüber der des Goldmetalls auch verschieben mag, desungeachtet bleibt der Geltungswert des aus Silber geprägten Einzelmarkstücks zu der so und so viele Gewichtsteile des Goldmetalls enthaltenen Währungsmünze, dem goldenen 10-Mark-Stück, im innern Verkehr unverändert. Ein Tatbestand, der aus dem Prinzip des sogenannten Monometallismus, auf das die modernen Münzordnungen basiert sind, sich ohne weiteres erklärt, und der von Marx in dem einleitenden Abschnitt Geld und Ware seines Kapitals eindringlich systematisch abgehandelt ist und ihm zum Ausgangspunkt dient die Möglichkeit und Grenzen des staatlichen Papiergelds mit Zwangskurs darzulegen.

Was die Knappsche Doktrin vom »Chartalismus des Geldes« zu bodenlosen Konsequenzen fortreibt und sie als Fundament einer Geldtheorie unmöglich macht, ist, daß Knapp, statt der Rolle des Geldes als allgemeines Tauschmittel in einer warenproduzierenden Gesellschaft methodisch nachzugehen, diese einfach unter dem Gesichtspunkt der Schuldentilgung betrachtet und Hand in Hand damit die Grenzen, die der Macht des Staates bei Festsetzung der Münzordnung gesetzt sind, wegdekretieren zu können meint. Gäbe es nur einen einzigen Staat, so ließe sich am Ende denken, daß dieser auch bei Ausprägung der eigentlichen Währungsmünzen, ohne damit notwendig eine Umwälzung des allgemeinen Preisniveaus der Waren hervorzurufen, nach Willkür diktatorisch verfahren könnte, indem er die einmal von ihm eingeführte Währungsmünze mit gleicher Benennung wie früher, nun aber mit beliebig von ihm herabgesetzten Edelmetallgehalt, ausprägt; doch eine solche Annahme erweist sich in Wirklichkeit, wenn man das Verflochtensein jeder einzelnen Volkswirtschaft in den internationalen Austauschverkehr mit in Betracht zieht, offenbar als innerlich unhaltbar. Bei dem Verkehr ins Ausland kann natürlich nicht der staatliche Stempel, sondern letzthin nur der metallische Gehalt der von dem Staat geprägten Währungsmünzen den Ausschlag geben. Die innere Wertminderung, die die vom Staat mit gleichem Namen, aber geringerm Feingehalt ausgeprägten Währungsmünzen faktisch erfahren haben, müßte auf dem



Weg über den Auslandsverkehr rückwirkend tendenziell in einer Herabdrückung ihrer Kaufkraft auch im heimischen Verkehr und damit in einer allgemeinen Erhöhung der Warenpreise auch in dem heimischen Marktverkehr zum Ausdruck kommen. Etwas anderes behaupten aber auch die von Knapp bekämpften Metallisten nicht, sofern sie ihren Standpunkt in verständiger Weise vertreten.

So wenig wie das Knappsche Buch hält sich auch Molls Logik des Geldes bei den für ein methodisches Begreifen der einzelnen Geldphänomene unumgänglichen Vorfagen auf: bei dem Grundproblem, warum denn jede entwickelte Austauschproduktion die Scheidung zwischen der großen Masse jeweils nach Bedarfswahl im Austauschverkehr nachgefragter Warenarten und einer Warenart (eben des Geldes) einschließt, gegen die die Warenproduzenten an die jeweils Nachfragenden jederzeit übereinstimmend veräußern wollen, also ganz unabhängig davon, was sie für ihren eigenen konkreten Bedarf jeweils gebrauchen. Dies Grundproblem, das einer weiteren Untersuchung überhaupt erst eine sichere Grundlage und leitende Gesichtspunkte zu geben vermag, wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Kein Wunder, daß sich die Logik des Geldes unter solchen Umständen in ein Gewirr von Zickzacksprüngen verläuft.

Charakteristisch sind die Huldigungen, die der Verfasser den unglaublich konfusen Geldphantasien des seligen, von Othmar Spann neuentdeckten und hochgepriesenen Romantikers Adam Müller darbringt. Der philosophische Wirbelwitz, den Müller aufführt, scheint Molls Wetteifer angespornt zu haben. So wenn er grübelnd die Vorstellung der »endlichen Befriedigung« als ein angebliches Grundproblem der Geldtheorie proklamiert. »Mag man«, so heißt es da orakelhaft, »die Zirkulation, die Funktion als das Wesen des Geldes auf fassen . . . es gehört auch zum Wesen des Geldes, daß am Ende etwas Wertvolles zurückbleibe, mehr als ein bloßes Nichts; im Besitze des an sich wertlosen Papierfetzens kann niemals eine Befriedigung liegen.« Diese selbstgeschaffene Frage nach der »endgültigen Befriedigung«, deren Sinn dem Leser, und zwar nicht nur dem flüchtigen Leser, ganz unverständlich bleibt, gibt dem Autor bei den Schwierigkeiten, die die Beantwortung ihm bereitet, obendrein Anlaß auf die Kantischen Antinomien des Denkens zu exemplifizieren!

Auf solchen nebulösen Um- und Irrwegen gelangt Moll schließlich zur »Versöhnung von Metallismus und Nominalismus durch das Problem des Endes«. Zu einer Versöhnung, die, soweit ihr Sinn zu verstehen ist, auf einer Ablehnung der Knappschen Idee eines »stoffwertlosen Geldes« hinausläuft, doch den theoretischen Springpunkt ganz abseits liegen läßt. Der unbefangene Leser ist am Schluß so ratlos, wie er anfangs war.

**Einführungen** Unter dem Titel Bücher der Arbeiterschule /Berlin, Carl Heymann/ geben Erik Nölting, Dozent an der Akademie der Arbeit in Frankfurt, und Ernst Nölting, Direktor der Berliner Staatlichen Fachschule für Wissenschaft und Verwaltung, eine Serie einführender Lehrbücher heraus, »die in erster Linie nicht für das selbständige Studium der Arbeiter ohne weitere Anleitung bestimmt sind, vielmehr einen gemeinsamen Ausgangspunkt für die gemeinsame Arbeit der Dozenten und Hörer bilden, ein Gerüst sein wollen, an dem der Lehrer weiterzubauen hat«. Es konnte sich, so heißt es weiter in den einleitenden Bemerkungen, nicht darum handeln »den bereits vorhandenen Lehrbüchern der Wirtschaftswissenschaft, der Rechtslehre, der Politik ein neues hinzuzufügen sondern in der Anordnung und Zusammenfügung des Stoffes die Beziehung zum arbeitenden Menschen, seiner Erfahrungswelt und seiner sozialen Schicksalhaftigkeit als den entscheidenden Gesichtspunkt festzuhalten«. Was die Tendenz und innere Ausrichtung der Serie anlangt, dafür sei Marx in erster Reihe bedeutungsvoll gewesen. Unter den neueren Autoren erklären sich die Herausgeber insbesondere »Franz Oppenheimer, dem manche begriffliche Formulierung entnommen, und Werner Sombart, dem manche konkrete Tatsache entlehnt« sei, verpflichtet. Ihre Versicherung, daß eine »blinde Nachfolge« für sie nirgends in Frage komme, wird durch den die Serie eröffnenden Doppelband Einführung in die *Theorie der Wirtschaft* bestätigt. So hat der Punkt, in dem Erik Nölting hier Oppenheimer folgt, mit dessen hier in den Sozialistischen Monatsheften wiederholt kritizierter Verherrlichung der freien Konkurrenz nach Ausschaltung des Grundbesitzes nichts zu tun sondern beschränkt sich auf die Einwendungen, die Oppenheimer gegen die Marxsche Ableitung des Arbeitslohns aus dem Wertgesetz erhebt.

Die Darstellung ist bei aller Gedrängtheit klar und übersichtlich. Sie konzentriert sich nach dem im Vorwort aufgestellten Leitmotiv in kluger Selbstbeschränkung auf die Seiten der ökonomischen Theorie, die den Arbeiter selbst in erster Reihe interessieren müssen. Nach einem kurzen Resumee der Grundlagen handelt der 2., der Hauptteil des Buches, von der Produktion und der Verteilung (Preis- und Einkommensbildung, Kapital, Grundrente, Arbeitslohn), der letzte von dem volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß (Konjunktur und Krisen, Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, Konkurrenz- und Monopolkapitalismus, Durchstaatlichung der modernen Ökonomie und Zerfall der Funktion des privaten Unternehmers). Den Abschluß des Buchs bildet eine Darlegung des Verhältnisses von Wirtschaftsdemokratie und Sozialdemokratischer Partei.

Sehr instruktiv ist in dieser Serie auch die Einführung in die *Betriebswirtschaftslehre*, in der Ernst Nölting das Verwaltungssystem (Unternehmungsformen, Aufbau, Organisation der Unternehmung, die Fragen ihrer Rationalisierung), Heinz Esser das Rechnungssystem (Konto, Buchführung, Bilanz) und Richard Woldt in einem kürzern Schlußteil das technische Betriebssystem (Arbeitsmittel, Maschinerie und Vervollkommnung der Arbeitsmethoden) behandeln. So läßt das Unternehmen für die wichtigen Aufgaben einer Arbeiterbildungsschule reiche Förderung erhoffen.

**Gemeinverständliche Schriften** Des Holländers Herman Gorter vor 20 Jahren veröffentlichtes Schriftchen über den *historischen Materialismus*, das in grob simplifizierender und dogmatischer Manier Marxsche Ideen verballhornte und damals schon Anstoß erregen mußte, ist von "kommunistischer" Seite nach dem Tod des Verfassers jetzt in neuer Ausgabe herausgebracht worden (Berlin, Buchhandlung für Arbeiterliteratur). Die sinnlosen Übertreibungen in dem neuen vorangeschickten Leitwort, daß, »nachdem der Weltkrieg die Weltrevolution geboren und die Zweite Internationale mit fliegenden Fahnen zur Konterrevolution übergegangen und gegen den Ansturm der Revolution das kapitalistische Privateigentum verteidigt« habe, bildet einen stimmungsvollen Auftakt zu der apodiktischen Manier der Gorterschen Behauptungen. In der Sozialdemokratischen Partei ist heute kaum Boden mehr dafür vorhanden.

**Totenliste** Einer der ersten Vertreter der Sozialwissenschaften in den Vereinigten Staaten, *George Elliott Howard*, starb am 9. Juni 1928 in Lincoln, 79 Jahre alt. Er hatte einen Teil seiner Studien auch in Europa, in München und Paris, absolviert. An der damals neugegründeten Universität zu Nebraska wurde er der erste Professor der Geschichte. Dann wandte er sich ganz den Sozialwissenschaften zu, stets aber unter starker Bevorzugung historischer Gesichtspunkte. In einem 3bändigen Werk *A History of Matrimonial Institutions /1904/* legte er das Ergebnis vieljähriger Forschungen nieder. 1906 wurde er Leiter der neu eingerichteten Abteilung der Universität für Politische Wissenschaft und Soziologie. Seit 1917 war er Präsident der American Sociological Society und Vizepräsident des Institut International de Sociologie in Paris.

In Kopenhagen starb im Februar 1929 der Versicherungswissenschaftler *V. E. Gamborg*, im Alter von 63 Jahren. Auf vielen internationalen Kongressen hatte er Dänemark auf dem Gebiet der Versicherungswissenschaft vertreten.

**Kurze Chronik** Bei den Beratungen des Preußischen Landtags zum Kultusetat forderte der Vertreter der Sozialdemokratie *Heinrich Waentig* unter anderem gründlichen Ausbau der Soziologie, die mehr und mehr grundlegende Allgemeinwissenschaft geworden sei. Der Lehrkörper der Hochschule sei durch Schaffung ordentlicher *Lehrstühle für Soziologie* und durch Lehraufträge für den Betrieb der sozialen Einzelwissenschaften zu ergänzen. ◊ In Genf soll, auf Anregung des ungarischen Ontologen und Nobelpreisträgers *Barany*, eine *Internationale Hochschule für Soziale und Politische Wissenschaften* gegründet werden, wozu eine schwedische Stiftung die Mittel bereitstellen will. Ein Komitee, das das Patronat der Hochschule übernehmen und aus mindestens 20 Nobelpreisträgern bestehen soll, ist bereits gebildet worden. ◊ Eine Deutsche Zentralstelle für *Sterblichkeitsuntersuchungen* ist in Berlin von dem Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften gegründet worden. Sie steht unter der Leitung *Hans Wulkows*. ◊ Der Leiter des Seminars für Freies Volksbildungswesen an der Universität Leipzig *Paul Hermsberg* ging als Ordinarius der Statistik an die Universität Jena.

## Literatur

Als letztes Werk Karl Vorländer's, der, selbst Kantianer, in unserer Parteiliteratur zuerst von der Möglichkeit einer Vereinigung Marx'scher und Kantischer Gedankengänge sprach, und damit der Diskussion in der Partei ganz neue Anregungen zugeführt hat, erschien eine *Marxbiographie* (Karl Marx, sein Leben und sein Werk /Leipzig, Felix Meiner/), eine Arbeit, die, auf gründlicher Kenntnis des weitverzweigten Materials beruhend, auch die neuesten Publikationen, die auf den Gegenstand Bezug haben (so in Rjasanows *Marx-Engels-Archiv*) mit berücksichtigt. Die Grundzüge der geistigen Entwicklung Marxens treten, auch ohne daß der Verfasser, der überall gemeinverständlich bleiben will, sein Buch mit einer ausführlicheren Wiedergabe der im Kapital entwickelten Theorien beschwert, in plastischer Weise hervor. Die Sprache ist flüssig und lebendig, wie in dem, in dieser Rundschau (1928 II Seite 630) besprochenen *Marxbuch* Rühles. Eine willkommene Beigabe bilden verschiedene Photographien, darunter das noch ganz unbekanntes Titelbild, das Marx in jüngeren Jahren mit Jenny von Westphalen, seiner Gattin, darstellt. Die Züge Marxens tragen hier den Ausdruck einer überraschenden Weichheit und Güte. Der Sonderstandpunkt, den Vorländer als Kantianer in seiner Marxkritik hervorhob, tritt hier hinter dem Streben den Leser unmittelbar in die Gedankenwelt des großen Meisters einzuführen dem Zweck entsprechend völlig zurück. Auf jenes Ziel sammelt sich die ganze Kraft. ◊ Genosse *Eugen Dietzgen*, der schon in früheren Publikationen für die philosophische Weltanschauung und Dialektik seines von Marx und Engels hochgeschätzten Vaters Josef Dietzgen eintrat und auch dessen Werke gesammelt herausgab, hat jetzt ein kleines Büchlein *Evolutionärer Materialismus und Marxismus* veröffentlicht /Zürich, Rascher & Cie./, das der Beachtung empfohlen sei. Der Verfasser wirbt für eine monistische Auffassungsweise, die den Materialismus überwinde und dabei zugleich auch in der Tendenz der Naturwissenschaften liege. Alles Relative deute auf ein Absolutes, zu dem es in Beziehung stehe. ◊ In den von Walter Goetz herausgegebenen Beiträgen zur Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance /Leipzig, B. G. Teubner/ veröffentlicht *Heinrich Brockhaus* eine seltsame, auf historische Quellenangaben ge-

stützte Abhandlung über die Utopiaschrift des Thomas Morus. Er will beweisen, daß diese weltberühmte Schrift, die in der Entwicklung sozialistischen Denkens epochemachend fortgewirkt hat, eigentlich ganz anderen Zwecken habe dienen sollen. Die Denkschrift eines Reisenden, der aus Anlaß des Lateranischen Konzils von 1516 das urchristlich einfache Leben der Mönche vom Athosberg der Korruption des westeuropäischen Katholizismus gegenüberstellte, sei Keim und Kern des Morusschen Buches. Die Utopia sei eine bloße Verarbeitung jener Denkschrift und habe, um die katholische Kirche nicht herauszufordern, die theologische Tendenz nur in ein weltliches Kostüm gesteckt. Auch Erasmus, dem Morus sein Manuskript zuschickte, habe entscheidend bei der Formung des Buches eingewirkt. Mögen die angeführten Belegstellen zur Entstehungsgeschichte des Buches in Einzelheiten noch so unwiderlegbar sein, die weitere Deutung Brockhaus', als ob die Sozialkritik der Utopia nur ein sozusagen sekundäres Moment des Werkes, nicht aber dessen Kern und eigentliche Wesensart bilde, steht zu dem Eindruck, den Morus' großes Werk auf jeden unbefangenen Leser macht, in schneidendem, geradezu unversöhnlichem Widerspruch und wird sicher keinen Glauben finden. ◊ Der Verlag Duncker & Humblot in München hat jetzt das stenographische Protokoll des vorjährigen in Zürich abgehaltenen Kongresses des *Vereins für Sozialpolitik* herausgebracht. Der starke Band enthält in den Debatten über Auslandsschulden und -anleihen, über Aufgaben und Grenzen der wirtschaftlichen Konjunkturbeobachtung und insbesondere in der Diskussion über die Wandlungen des Kapitalismus eine Fülle des Interessanten und Anregenden. Werner Sombart faßte da in dem einleitenden Referat die im letzten Band seines *Modernen Kapitalismus* entwickelte These, daß nach dem Weltkrieg eine neue spezifisch charakterisierte Epoche des Kapitalismus (die er Spätkapitalismus nennt) eingesetzt habe, noch einmal begründend und ergänzend zusammen. ◊ Von dem großangelegten *Handbuch der Finanzwissenschaft*, das Wilhelm Gerloff und Franz Meisel herausgeben /Tübingen, J. C. B. Mohr/, liegt die 31. Lieferung vor, die Aufsätze über den Staatshaushalt Bulgariens, Griechenlands, der Türkei und den Beginn einer Abhandlung über die russischen Finanzen bringt.

Hygiene / Hans Kollwitz

**Schularzt** Der Schularzt begann seine Tätigkeit gegen Ende des vorigen Jahrhunderts als Schulgebäudearzt, dem die Sorge für die Hygiene der Unterrichtsräume, der Turnhallen, der Aborte oblag. Die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen Gesundheit der Schulkinder und Hygiene der Schulräume legte die Anstellung von Reihenuntersuchungen nahe. Die Ergebnisse der Reihenuntersuchungen wiederum forderten eine häufigere Wiederholung. So kam man erst zu der 3maligen Untersuchung während der Schulzeit, dann zu der 1- bis 2maligen im Jahr. Daß zu den vorher angekündigten Durchuntersuchungen der Klassen Mütter erschienen oder auf Wunsch des Schularztes herangezogen wurden, lag nahe, und daß diese Mütter dann ausgesprochen oder unausgesprochen ein Resultat für den Zeitverlust ihrer Anwesenheit bei der Untersuchung verlangten, noch näher, sowie daß sich bald regelrechte Konsultationen ergaben. Ungefähr auf diesem Punkt stehen wir zurzeit mit der Schulgesundheitspflege, wenigstens sofern sie hauptamtlich betrieben wird. Nur die Behandlung wird vorläufig überall wohl noch wenigstens prinzipiell ausgeschlossen. Neuerdings nun will man das Arbeitsgebiet des Schularztes wieder schärfer abgrenzen. Feinere diagnostische Untersuchungen des nicht ganz einwandfreien Kindes und seine Behandlung dem, dem sie zukommt; dem Privat- oder Kassenarzt; dem Schularzt nur die Vertretung der allgemeinen Interessen, wie Hygiene des Schulgebäudes, Hygiene des Unterrichts, Ernährungsfürsorge, Verhütung der Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten usw. Dieses Zurückstecken der schulärztlichen Aufgaben würde eine Verringerung der schulärztlichen Stellen, also eine Ersparnis möglich machen, während zurzeit der Wunsch nach einer Vermehrung der Stellen sehr rege ist, in Berlin zum Beispiel die auf 6000 festgesetzte Zahl von Schulkindern, die auf einen Arzt entfallen, wahrscheinlich in kurzem auf 4500, vielleicht dann noch weiter reduziert werden dürfte. Aber für eine Mehrbelastung des kommunalen Säckels, für eine Vermehrung der Schularztstellen und für eine Verringerung der Kinderzahl pro Arzt, das heißt also für ein Weiterschreiten in der Richtung des Individualdiagnostikers, sprechen doch gewichtige Gründe. Es spricht da-

für, daß der Schularzt wie kein anderer Arzt an alle Kinder, auch an die scheinbar gesunden, herankommt, daß er allein das Kind in seinem Verhalten den geistigen und körperlichen Anstrengungen gegenüber beobachten und daraus therapeutisch wichtige Schlüsse ziehen kann, daß er allein über die Sozialtherapie, wie Verschickung, Ernährungsfürsorge, verfügt, daß er mehr Zeit hat auf ein Kind einzugehen und das Vertrauen des Kindes zu gewinnen und auf diese Weise die Möglichkeit zu der in unserer neurotischen Zeit überaus wichtigen Psychotherapie hat, für die in diesem Maß weder der Lehrer noch der außenstehende Arzt der Privat- oder Kassenpraxis geeignet ist. Eine solche segensreiche Einwirkung kann er aber nur durch intensive Beschäftigung mit dem Einzelindividuum erzielen, und daher schiene es mir bedauerlich, wenn aus prinzipiellen oder Ersparnisgründen der Sozialarzt den Individualarzt wieder aus der Schule verdrängen würde. Eine gute Einführung in das Entstehen und Aufgabengebiet der schulärztlichen Tätigkeit, wenn auch nicht unter dem oben geschilderten Gesichtspunkt, gibt, auf Grund seiner reichen praktischen Erfahrungen, der Stadtmedizinalrat aus Frankfurt am Main Werner Fischer-Defoy in seinem Buch *Der Schularzt*, aus der Sammlung *Gesundheit und Erziehung* /Karlsruhe, G. Braun/.

**Tuberkulose und Schwangerschaft** Es gehörte bisher zum scheinbar eisernen Bestand der Medizin, daß die Tuberkulose eine unerwünschte Komplikation der Schwangerschaft darstellt, so unerwünscht, daß sie berechtigt den Schutz, den das Gesetz vor das keimende Leben gestellt hat, zu durchbrechen, weil sie eine ernste, auf keine andere Weise als durch die Unterbrechung der Schwangerschaft abzuwendende Gefahr für die Gesundheit oder das Leben der Mutter bedeutet. Es mag nun wohl schon mancher ganz harmlose "Spitzenkatarrh", mancher Herd in der Lunge, der verkalkt und längst zur Ruhe gekommen war, unter der Flagge Tuberkulose die Möglichkeit zu einer aus anderen Gründen notwendigen oder erwünschten, aber bis jetzt noch nicht erlaubten Unterbrechung gegeben haben, und es ist schon verständlich, daß prinzipienstarre Ärzte eine Bereinigung und Abgrenzung der Indikationsstellung für Tuberkulose erstrebten, wenn auch die vielen anderen, die eine Lockerung oder

Aufhebung des § 218 wünschten, zur Vermeidung größerer Übel gern mit dieser wissenschaftlichen Ungenauigkeit vorlieb nahmen. Nun aber erweitert man die Frage nach anderer Richtung. Man fragt sich, ob in jedem Fall die Tuberkulose als eine unerwünschte Komplikation der Schwangerschaft anzusehen ist. Und wenn dies auch kaum bestritten werden wird, denn »Schwangerschaft und Gebären heißt für die Frauen Kriegführen«, und die Tuberkulose ist als neuer Feind anzusehen, so fragte man sich doch, ob nicht die Unterbrechung eine Schädigung für die kämpfende Frau bedeuten kann, die noch größer ist als die Schwangerschaft und Entbindung selbst. Schultze-Rohnhoff von der Mengeschen Klinik in Heidelberg und Scherer haben prinzipiell bei manifest tuberkulösen Schwangeren keine Unterbrechung vorgenommen sondern diese bis zur Entbindung, wenn notwendig auch noch länger, unter besonders gute Klinik- oder Heilstättenbedingungen verpflanzt, und sie glauben bei diesen Frauen bessere Resultate erzielt zu haben, als man sie im allgemeinen nach Schwangerschaftsunterbrechung bekommt. An der Mengeschen Klinik wurden bisher 44 klinisch manifeste Tuberkulöse so behandelt. 21 wurden gebessert entlassen, 6 verschlechtert, 7 starben, 10 blieben unverändert, also eine Verschlechterung von nur 30%, während Scherer für die Tuberkulosesterblichkeit nach Unterbrechung eine Zahl von 75% errechnet. Dieses Zahlenmaterial ist aber viel zu klein, um in irgendeiner Richtung beweisend zu sein. Es wären Massenexperimente notwendig, die bei dem wechselnden und langwierigen Verlauf der Tuberkulose schwierig anzustellen sein werden. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die beiden Frauenkategorien unter ganz verschiedenen Bedingungen lebten, die an der Mengeschen Klinik beobachteten Frauen lange Zeiten der Ruhe und Pflege durchmachten, während die abortierenden Frauen für gewöhnlich gleich wieder in ihr altes Milieu, womöglich noch in die Arbeit zurückkommen. Es wäre also ganz verfehlt auf Grund dieser Experimente zu folgern, daß Tuberkulose als Unterbrechungsgrund auszuschneiden habe. Diese Beobachtungen können aber vielleicht in folgender Richtung wertvoll sein; 1. daß man bei tuberkulösen Frauen, die dringend ein Kind wünschen, den Versuch wagen kann, sofern man ihnen für längere Zeit günstigere Bedingungen

sichern kann (fast alle Heilstätten nehmen jetzt im Gegensatz zu früher schwangere Tuberkulöse auf); 2. daß man erkennt, daß für den tuberkulösen Organismus der Aborteingriff nicht gleichgültig ist; 3. daß daher die Verpflichtung besteht alle tuberkulösen Frauen vor einer Schwangerschaft zu bewahren, durch Verhütung oder Sterilisierung.

**Geburtenreg-** Mit der Geburtenreglung  
**lung** liegt es nun noch im argen. Wenn es auch nicht mehr so häufig vorkommen wird wie früher, daß Ärzte kranke Patienten mit der Mahnung entließen, sie dürften nicht mehr schwanger werden, ohne ihnen aber den Weg dazu zu weisen, teils weil sie selbst während des Studiums Verhütungstechnik nicht gelernt hatten, teils weil sie moralische oder ästhetische Bedenken hatten, so ist der Widerstand gegenüber einer weitergehenden Geburtenprophylaxe in Ärztekreisen immer noch groß. Vor allem aber hat die Wissenschaft oder Technik uns noch kein absolut sicheres und zugleich unschädliches Mittel zur Empfängnisverhütung beschert. Alle bisher bekannten Mittel beruhen auf folgenden Prinzipien: entweder sie verhüten mechanisch das Eindringen des Spermas in den Uterus (die verschiedensten Arten der Kondome oder Okklusivpessare), oder sie wirken chemisch spermatötend (Spülungen, Tabletten usw.) oder abortiv (in die Gebärmutter eingeführte Pessare), oder sie greifen die Keimorgane an (die vorläufig durchaus noch nicht als ungefährlich anzusehende temporäre Röntgensterilisierung). Neuere Versuche, wie die von Ludwig Haberlandt in Innsbruck und russischer Ärzte, auf biologischem Weg eine zeitweilige Spermaimmunität der Frau herbeizuführen, sind vielleicht aussichtsvoll, vorläufig aber noch nicht geklärt genug. Ob man den Geburtenrückgang für Deutschland als wünschenswert ansehen will oder nicht, bleibe hier unerörtert. Tatsache ist, daß man als Arzt in vielen Fällen aus medizinischen, sozialen oder hygienischen Gründen eine Geburtenverhinderung treiben muß, daß aber auch die Kreise, bei denen der Arzt nicht immer die Notwendigkeit anerkennt, die Geburtenverhinderung fordern, sie auch auf eigene Faust bewirken, wenn die Ärzteschaft sich ihnen dabei entzieht. Da nun aber die zur Verfügung stehenden Mittel teils unsicher sind, teils auch körperlich oder seelisch schädlich, insofern sie den vor,

während und nach dem Geschlechtsakt so notwendigen Kontakt der Geschlechtspartner stören, so muß die Ärzteschaft zusehen die Geburtenverhinderung in der Hand zu behalten respektive in die Hand zu bekommen, um mit den Mitteln individualisieren zu können, um aber auch durch Massenerfahrungen die Mittel nach ihrer Brauchbarkeit und Unschädlichkeit hin fortbilden zu können. Daher ist die dahingehende Tätigkeit der Ehe- und Sexualberatungsstellen durchaus zu begrüßen. Die Tendenz rechtsgerichteter Kreise zur Verhinderung einer derartigen Arbeit der Stellen wird, was den Kampf gegen den Geburtenrückgang angeht, nichts nützen, kann aber insofern sehr viel schaden, als sie die Bevölkerung zur Selbsthilfe mit untauglichen oder gefährlichen Mitteln (siehe Schwangerschaftsunterbrechung) drängen. Daher sind auch die Ärztekurse, die das Komitee für Geburtenreglung schon zum zweitenmal in Berlin durchführt, sehr nützlich. In den letzten Jahren ist auch die populäre Literatur über die Mittel zur Empfängnisverhütung in größerem Umfang in weite Kreise gedrungen. Erwähnt seien: Maria Winter Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft? /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/, klar und populär geschrieben, sowie das mit "kommunistischer" Tendenz durchfärbte Büchlein Martha Ruben-Wolfs Abtreibung oder Verhütung? /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/. Andere Schriften, wie die von Magnus Hirschfeld und Richard Linsert, unter dem Titel Empfängnisverhütung /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/, enthalten zu vieles, so daß sich beim Lesenden das Gefühl der Unsicherheit und Verwirrtheit einstellt. Von diesem Fehler frei hält sich die Schrift Levy-Lenz' Wenn Frauen nicht gebären dürfen /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/. Sie ist im praktischen Teil anschaulich und einfach geschrieben, während sich der Autor in der Einleitung die Stellung zum Geburtenrückgang zu leicht macht, nämlich durch die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit des Untergangs des Abendlands, für dessen Ausdruck er den Geburtenrückgang ansieht. Interessant ist auch die Enquete über die Ehe- und Sexualberatungsstellen in Deutschland, veranstaltet im Auftrag des Bundes für Mutterschutz und Sexualreform /Berlin, Verlag der Neuen Generation/, aus der hervorgeht, daß schon eine größere Zahl der Stellen Geburtenreglung treibt.

**Kinderpflege** Das Kind: so heißt die Überschrift mehrerer neuer Bücher. Das umfangreichste von ihnen ist das in 3. Auflage erscheinende, ursprünglich von Philipp Biedert, jetzt von W. Rein und P. Selter herausgegebene Werk Das Kind, seine körperliche und geistige Pflege von der Geburt bis zur Reife /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Das Buch ist nur zur Hälfte von Medizinern, zur andern Hälfte von Schulmännern geschrieben; es hat den Nachteil jedes Sammelwerks, daß jeder der Autoren nur über die Frage schreibt, die ihn beim Kind interessiert, der eine über seinen vorgeburtlichen Zustand, der andere über die Pflege im 1. Lebensjahr, der eine über Ernährung, der andere über Krankenpflege beim Kind, der eine über Augenkrankheiten, der andere wieder über Ohrenkrankheiten usw., schließlich einer über die geistige Entwicklung, ein anderer über Kindergärten, wieder einer über Schulorganisationen usw. Dabei hat man auf der 570., der Schlußseite, das Gefühl, daß das Buch zu wenig oder zu viel bringt: zu wenig für den, der sich wirklich ernsthaft mit den Einzelgebieten beschäftigen will, und zu viel für die, die eben nur gern wissen möchten, wie sie ihr Kind am besten pflegen und erziehen. Außerdem (und dies muß man sehr oft bei Büchern der Hygiene konstatieren, besonders wenn es sich um Kinder handelt): Die Autoren behandeln immer das Kind an sich oder vielleicht das Kind ihrer Privatpraxis; den Fragen aber, die sich daraus ergeben, daß die meisten Kinder in ungesunden Wohnungen, in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen aufwachsen, geht man am liebsten aus dem Weg. Daß man in einem so umfangreichen Werk auch nicht ein einziges Kapitel über das Kind und seine Beeinflussung durch das soziale Milieu bringt, ist zu bedauern.

Viel lebendiger ist das von G. Bodek herausgegebene Buch Das Kind in gesunden und kranken Tagen /Leipzig, Benno Konegen/. Seine Vorteile sind; Es hat nur einen einzigen Autor, noch dazu einen, bei dem man die Erfahrungen nicht nur der Privatpraxis sondern auch der Massenpraxis spürt, und der anscheinend viel aus den Büchern Kahns über das Leben des Menschen gelernt hat, denn er versteht es gut Bilder nicht nur zum Entlangweilen des Textes zu bringen sondern so instruktiv, daß sie ganz durch sich selbst belehrend und Interesse erregend wirken.

Darin besteht der Vorteil dieses Buches gegenüber dem J. Trumpps Schulkinderpflege, aus der Bücherei der Gesundheitspflege /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/, dem man sonst dem vorigen gegenüber den Vorzug geben möchte. Ebenso wie in seiner Säuglingspflege und Kleinkinderpflege versteht es Trumpp sein umfangreiches Wissen und seine Erfahrungen in so gut geschriebener, gar nicht ermüdender, zielklarer Form darzubieten, daß jeder, der mit Kindern zu tun hat, dankbar für die Fülle der Anregungen das Buch durchlesen, ja gründlich durcharbeiten wird; denn es handelt sich hier oft um eine ärztliche Pädagogik nicht nur für das Kind sondern auch für den Erzieher.

In diesem Zusammenhang sei auch die seit einem halben Jahr erscheinende, von Otto Neustätter und H. Piorkowski herausgegebene Zeitschrift Kleine Kinder /Berlin, Pestalozzidruckerei/ erwähnt. Für den, der neben der Pflege und Sorge für seine Kinder noch Zeit und Geld hat sowohl ein Buch wie eine Zeitschrift zu lesen, werden diese Hefte, außer der Freude an netten, wenn auch etwas süßen Photographieen, noch manche Anregung geben. Wer sich aber beides zusammen nicht gestatten kann, der wird viel mehr Gewinn von dem einen oder andern der oben beschriebenen Bücher haben als von dieser Zeitschrift.

#### Gemeinverständliche Schriften

Mit dem *menschlichen Körper* beschäftigen sich 2 Bücher; Der Körper des Menschen von Adolf Heilborn, in der Sammlung Wege zum Wissen /Berlin, Ullstein/ und Unser Körper von Ferdinand August Schmidt /Leipzig, R. Voigtländer/. Das Buch Heilborns ist, wie es für die Bücher dieses Verlags charakteristisch ist, leicht und flüssig in unterhaltendem Plauderton geschrieben und bringt dem, der gern spielend lernt, allerhand Wissen von Aufbau und Funktionen des gesunden und auch des kranken Menschen. Ganz anders ist das Buch Schmidts zu bewerten. Es ist für den geschrieben, der sich wirklich gründlich mit dem menschlichen Körper, seinen Organen und Funktionen beschäftigen will, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Leibesübungen. Das reiche Gebiet der Beziehungen zwischen Körper und Leibesübungen wird in diesem Buch eingehend behandelt. Die anatomischen und physiologischen Grundlagen und Voraussetzungen der Leibesübungen, die Eignung der verschiedenen Körpertypen,

die Möglichkeit und das Wesen der Trainingierung werden abgehandelt, Art sowie Wert und Unwert der einzelnen Leibesübungen oder Sportarten werden durchgesprochen. Wer Sport treibt oder beruflich mit ihm zu tun hat, tut gut daran sich durch dieses Buch Fundamente zur Beurteilung der körperlichen Zweckmäßigkeit des Sports zu verschaffen.

Über *Geschlechtskrankheiten* liegen 2 Schriften vor. Die eine: Geschlechtsleben und Geschlechtskrankheiten (in der Gesundheitsbibliothek /München, G. Birk & Co./) hat Georg Löwenstein, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, zum Verfasser und gibt eine kurze Übersicht über die Statistik der Geschlechtskrankheiten, über ihre Erscheinung und Verlaufsformen und die Aussichten der Behandlung sowie über ihre sozialen Folgen. Rau, der Verfasser der andern Schrift (Die Geschlechtskrankheiten /Dresden, Rudolph/) beschränkt sich auf den klinischen Teil, auf die Erscheinungsformen, den Verlauf, die Heilungsmöglichkeiten, schreibt dafür sehr ausführlich und gut verständlich, vermittelt dem Leser wirkliches Wissen über die Geschlechtskrankheiten, schildert auch die Vorbeugung.

Ein weiteres Heft der Gesundheitsbibliothek /München, G. Birk & Co./ Wie schützen wir uns vor ansteckenden Krankheiten? von A. Alexander erfüllt die Ansprüche, die an ein solch kleines Buch zu stellen sind. Alexander gibt eine Darstellung des Wesens der *ansteckenden Krankheiten*, ihres Wegs über die Erde und durch den menschlichen Körper und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. Es ist anzuerkennen, daß er sich nicht in Einzelheiten ergeht sondern nur die allgemeinen Richtlinien angibt, denn ihm ist »der Schutz gegen die ansteckenden Krankheiten ein soziales Problem, das nur im Zusammenhang mit anderen sozialen Problemen seiner Lösung entgegengeführt werden kann«.

Über *Arterienverkalkung* schreibt Carl Seher /Hamburg, Christian Überreich/: nicht sehr geschickt, aber wohlmeinend werbend für eine Vorbeugung gegen die Arteriosklerose durch körperliche und seelische Hygiene, wobei er die wirklichen Verhältnisse des Großstädtlers aber nicht immer berücksichtigt.

**Kurze Chronik** Die Italienische Gesellschaft für Ophthalmologie schreibt 13 Preise, darunter den Internationalen Cirincionepreis

im Betrag von 20 000 Lire, nebst 2 Goldenen Medaillen für die besten im Jahr 1928 verfaßten Originalarbeiten aus dem Gebiet der Ophthalmologie, dazu 5000 Lire für die beste Monographie über die geographische Verbreitung des Trachoms aus.  $\diamond$  Der Nordhoff-Jung-Preis für die beste Arbeit der letzten Jahre über *Krebsforschung* wurde dem Pathologen der Universität Tokio Yamagiwa zugesprochen. Yamagiwa begründete die Technik der experimentellen Krebszeugung bei Tieren durch Teerpinselung der Haut und Teereinspritzung in die Brust. Außerdem hat er wichtige Forschungen über die Entstehung der Geschwulststellen angestellt und Beiträge über Förderung und Hemmung ihres Wachstums geliefert.  $\diamond$  Der Regierungsrat im Reichsgesundheitsamt und Privatdozent an der Universität Berlin *Hermann Dold* leistete einem Ruf auf den Lehrstuhl für Hygiene an der Universität Kiel, als Nachfolger des verstorbenen Arthur Korff-Petersen, Folge.  $\diamond$  An die Stelle Constantin von Monakows, der vor mehreren Jahren die Leitung des Hirnanatomischen Instituts und der Nervenpoliklinik an der Universität Zürich niederlegte, trat *Mieczyslaw Minkowski*, der der bedeutenden Gelehrtenfamilie entstammt, aus der auch der Mathematiker Hermann Minkowski und der ehemalige Breslauer Spezialist für Innere Medizin Oskar Minkowski hervorgingen. Er hat neurobiologische Untersuchungen am menschlichen Fötus gemacht.  $\diamond$  An der Universität Berlin *habilitierten* sich Paul Niederhoff für Physiologie, Wilhelm Rohrschneider für Kinderheilkunde, Arnold Zimmer für Chirurgie, Fritz Münzesheimer für Zahnheilkunde und Wolfgang Kohlrausch für Sporthygiene; an der Universität Würzburg Wolfgang Riehm für Augenheilkunde; an der Universität Erlangen Friedrich Wilhelm Diel für Dermatologie.

#### Literatur

Ganz besonders sei hier auf *Albert Schweitzers* Mitteilungen aus Lambarene /München, C. H. Beck/ hingewiesen. Dieser famose, von warmem Helfensdrang durchglühte Mensch, ursprünglich Missionar, dann Arzt, schildert hier die Zeit vor, während und nach seinem neuen Spitalbau. Schlicht und anschaulich beschreibt er, wie er alles zusammen sein muß; Arzt, Organisator, Baumeister. Sehr sympathisch ist auch die unsentimentale, kameradschaftliche Art, mit der Schweitzer die Neger behandelt.

## KUNST

### Bildende Kunst / Otto Brattskoven

**Chinesische Ausstellung** Die Akademie der Künste in Berlin zeigte in Gemeinschaft mit der Gesellschaft für Ostasiatische Kunst eine Ausstellung chinesischer Kunst, die nach Material und Anordnung eine der bedeutendsten überhaupt war und einen ungewöhnlich aufschlußreichen Überblick bot (siehe die Rundschau Kunstgewerbe, in diesem Band Seite 270). Vorher hatte man nur die ostasiatische Kunst insgesamt gezeigt, wobei die japanische scheinbar der chinesischen überlegen schien. Erst eine Ausstellung chinesischer Frühkunst in Amsterdam /1925/ zeigte ein anderes Bild, ebenso Ausstellungen in Paris /1925/ und Köln /1927/. Auf ihnen basiert in gewisser Weise die Berliner Gesamtschau, die einen überwältigenden Querschnitt durch die chinesische Kunst von ihren Anfängen über einen Zeitraum von fast 3 Jahrtausenden darstellt. Es wurden sowohl die deutschen wie die europäischen Museen und Sammler herangezogen. Man sieht die berühmten Sakralbronzen der Tscheu- und Hanzeit, die besten Stücke der Tangplastik und der Sungkeramik. Daneben selbstverständlich auch das Porzellan der Ming- und Mandschuzeit, das speziell in deutschen Sammlungen sehr reich vertreten ist. Das Ganze war ein grandioser Anblick, keine Überfüllung störte die eingehende Betrachtung. In allmählicher Durchwanderung konnte man die Entwicklung und die Wesenseigentümlichkeiten der chinesischen Kunst studieren, die anderen Gesetzen unterstellt ist als wir sie in unserer Kunst zu erfassen und zu werten gewöhnt sind. Der abschließende Eindruck war der einer unvergleichlichen Subtilität, der allen zeitlich und thematisch noch so verschiedenen Arbeiten den spezifischen Stempel aufdrückt, wesentlich geschieden von der in Einzelheiten weniger feinfühligen japanischen Kunst und letztlich ganz verständlich nur durch eingehende Beschäftigung mit chinesischer Geistesart und Lebensbetrachtung.

**Vischer** Auf das Dürerjubiläum folgte in diesem Jahr das eines andern Nürnberger Meisters; die Erinnerung an den 400. Todestag des Erzgießers Peter Vischer, der am 7. Januar 1529 in Nürnberg im Alter von annähernd 75 Jahren starb. Vischer gilt als der berühmte Schöpfer



des Sebaldusgrabmals in der Sebalduskirche zu Nürnberg, daneben muß noch das Grabmal des Erzbischofs Ernst im Dom zu Magdeburg genannt werden. Was bietet die Kunst dieses Erzgießers jedoch sonst? Gewiß, es läßt sich nicht abstreiten, daß alle seine Gestaltungen eine bestimmte Würde und eine gewisse Geschlossenheit des Aufbaus verraten. Aber mehr noch als beim alten Dürer erkennt man auch, daß die Berührung mit der südlichen Welt dem heute klarer erkennbaren nordischen Element zum Schaden geworden ist. Was seine Vorläufer in weniger bedeutungsvoller Haltung und bei sicher auch geringer ausgebildetem Können durch eine natürlich aufgebotene Innerlichkeit wettzumachen vermochten, das war bei ihm, wenn man so sagen will, kein Problem mehr. Die antikische Art, wie man es damals ausdrückte, hatte es ihm angetan; er empfand wohl die edlere Linie dort, aber er war nicht das Temperament oder der Charakter, um in verwandter Weise schaffen zu können. So bedeutet sein Werk den Beginn der deutschen Renaissance in der Plastik, deren spezielles Merkmal es ist, daß sie keiner Einheit untersteht und auch den volkpsychischen Voraussetzungen nach nicht unterstehen konnte. Alle Merkmale, die man in diesen plastischen Werken im einzelnen vorfindet, kann man am Sebaldusgrab schon vorweg beobachten: die Freude an vielen Einfällen, das handwerksmäßige, allerdings auch vollkommene Ausfeilen der Einzelheiten bis zur Übertreibung, das in dieser Art strikt der Wesenswirksamkeit der Renaissance zuwiderläuft, und das Mitverwenden alter Stilelemente, die eigentlich nicht mehr recht passen. Man soll sich nicht darüber täuschen, daß das Sebaldusgrab keine große künstlerische Tat ist. Gewiß ist es eine eminente Leistung und das Produkt eines Meisters, der in bester handwerklicher Schule aufgewachsen ist. Das Neue aber, das ihm vorschwebte, erreichte er nicht; unbefangen wird man es immer vor dem Grabmal empfinden können. In den Arbeiten seiner bescheideneren Vorläufer Adam Krafft und Veit Stoß wirkt sich noch natürlich das überlieferte Handwerk zur Kunst aus, die man ruhig nachfühlen kann. In Vischers Arbeit sind wohl Handwerk und Kunstwollen, aber man staunt mehr als daß man nachzuempfinden sich gezwungen fühlt. Fast überall überwuchert bei Vischer schließlich das Künstlerische die Kunst.

**Ensor** Unter den Vorläufern und Wegbereitern der zeitgenössischen Kunst hat der belgische Maler James Ensor selten oder kaum in genügendem Umfang die Anerkennung gefunden, die er verdient. Gewiß wirkt seine oft sarkastisch-phantasievolle oder satirisch zugespitzte Darstellungsweise weniger positiv und faßbar als die der Vincent van Gogh, Paul Cézanne und Edvard Munch. Nichtsdestoweniger hat der heute 69jährige Künstler in vielerlei Weise anregend, zumal auf die romanischen Künstler, gewirkt und dabei ein Werk geschaffen, das man bislang kaum überschauen und richtig abschätzen konnte. Erst eine große diesjährige Retrospektive im Palais des Beaux Arts in Brüssel bot tatsächlich ein erschöpfendes Bild, das einen vollgültigen Überblick über sein Lebenswerk gestattete. 300 Gemälde und 400 Zeichnungen und Graphiken waren ausgestellt, die deutlich erkennen ließen, wie vielseitig und tiefgründig Ensors Werk, und wie umfangreich sein Einfluß auf die Nachfolger ist. Da sind frühe Interieurs, die die intime französische Malerei vorwegzunehmen scheinen, da ist farbliche Dynamik, der Surrealismus, und da findet man schließlich eine Fülle von phantastischen Einfällen, die den Beweis dafür erbringen, daß hier eine ungewöhnliche künstlerische Potenz wirkte. Ensor hat es stets verschmäht sich in den Vordergrund zu drängen. Dennoch scheint er sich über seine Bedeutung klar. Ein Satz von ihm ist bezeichnend: »Wie soll man sich die Anerkennung eines Lemonnier, Mauclair usw. erklären, da ich doch vor 30 Jahren, lange vor Vuillard, Bonnard, van Gogh und den Luministen, alle modernen Bestrebungen, den ganzen Einfluß des Lichts, die Befreiung der Erscheinung aufgezeigt habe?«

**Totenliste** Ende Dezember 1928 starb der norwegische Maler *Eilif Peterssen*, im Alter von 76 Jahren. Er erregte seinerzeit mit einem Historienbild (Christian II ein Todesurteil unterschreibend) großes Aufsehen und wurde immer von Zeitgenossen als vorzüglicher Geschichtsmaler bezeichnet. Später wandte er sich auch der Freilichtmalerei zu. In Krakau starb Anfang Januar 1929 der Genremaler *Anton Kozakiewicz*, im Alter von 87 Jahren. Er hatte in München die dort übliche Malweise gepflegt und verpflanzte sie nach Polen.

In Oslo starb Anfang Januar der Maler *Gerhard Munthe*, im Alter von 80 Jahren. Er gehörte in München zu den Vorkämpfern des Impressionismus, schuf dann in seiner Heimat lebendig aufgefaßte Landschaftsbilder dieser Art.

In Eriwan starb Ende Januar der russische Maler *Georgij Jakulow*, im Alter von 44 Jahren. Er war vorwiegend als Theatermaler für Moskauer Bühnen tätig. Von ihm stammt ferner der Entwurf eines monumentalen Denkmals für die gefallenen Kommunisten in Baku.

Im Alter von 72 Jahren starb Ende Januar in Krakau der polnische Kunsthistoriker *Georg Graf Mycielski*. Er war seit 1882 Professor der Kunstgeschichte an der Universität Krakau. Seine wissenschaftliche Arbeit galt vornehmlich der polnischen Ikonographie. Daneben veröffentlichte er einen Abriß polnischer Malerei und gab ein großangelegtes, aber durch den Weltkrieg unterbrochenes Werk über polnische Porträts vom 16. bis zum 19. Jahrhundert heraus.

Am 9. Februar starb in Wien der Ropsbibliograph und Graphiksammler *Ottokar Mascha*, im Alter von 77 Jahren. Er war einer der ersten, der Plakate sammelte. Seine 3235 Blätter umfassende Plakatsammlung gilt als eine der bedeutendsten dieser Art überhaupt.

Ende Februar starb in Neapel der Bildhauer *Vincenzo Gemito*, im Alter von 77 Jahren. Er hat eine Reihe Bildnisbüsten und einzelne Genredarstellungen geschaffen, die von einer gewissen realistischen Frische sind.

Am 27. Februar starb in München der Maler *Hugo von Habermann*, im Alter von 79 Jahren. Er war ein Schüler Karl von Pilotys und hatte noch dem Münchener Sezessionskreis von 1892 angehört. Auf der Grundlage altmeisterlicher Malweise pflegte er zuerst eine spezielle Art von naturalistischer Milieuschilderung in Darstellungen aus dem Alltagsleben, wovon ein in Berlin befindliches Gemälde, betitelt *Sorgenkind*, eine Szene aus dem Sprechzimmer eines Arztes, Zeugnis ablegt. Später schuf er hauptsächlich elegante Frauenbildnisse, meist mit dunklem Grundton, aber mit elegant-raffiniertes Pinselührung.

Anfang März starb in Francavilla a Mare der Maler *Francesco Paolo Michetti*, im Alter von 70 Jahren. Er war ein typischer, wengleich auch qualitativ bedeutender Vertreter des italienischen Realismus aus dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Auf großen Leinwänden hat er Szenen aus dem sozialen

Leben dargestellt, die seinerzeit durch ihren Kontrastreichtum großes Aufsehen erregten. Thematisch wirken diese Gemälde heute überholt, auch die raffinierte Manier überzeugt nicht mehr.

Anfang März starb in Berlin der Bildhauer *Ernst Wenk*, im Alter von 63 Jahren. Er gehörte der Berliner Sezession an und schuf Bildwerke, die sich ebenso durch eine gepflegte Tradition wie durch ein ernsthaftes Stilgefühl auszeichnen. Eins seiner Hauptwerke, die griechisch stilisierte Bronzefigur eines sterbenden Jünglings, befindet sich in der Berliner Nationalgalerie.

Am 1. März starb in Berlin der Maler *Ernst Oppler*, im Alter von 62 Jahren. Er war Mitglied der Berliner Sezession und hat vornehmlich Gemälde geschaffen, die auf impressionistischer Grundlage Szenen aus der Theater- oder Sportzone gewidmet sind. Seine letzten Arbeiten waren von stiller Kultiviertheit.

Gleichfalls am 1. März starb in Berlin, 83 Jahre alt und aus der immer noch rastlosen Arbeit heraus, *Wilhelm von Bode*, der Schöpfer der Berliner Museen und ehemalige Generaldirektor der preussischen Sammlungen. Es ist seiner Tatkraft und organisatorischen Begabung zu verdanken, wenn heute die Berliner Museen Weltruf besitzen. Er war ursprünglich Jurist, trat aber bald in den Berliner Museumsdienst über. Seit 1883 war er Direktor des Berliner Museums, später auch der Gemäldegalerie und des Kaiser-Friedrich-Museums, von 1906 bis 1921 Generaldirektor aller staatlichen Museen und seitdem, nach seiner Emeritierung, kommissarischer Leiter des Kaiser-Friedrich-Museums. Er stellte einen wesentlich modernen Typus des Museumsleiters dar, denn er war ein Mann, der den neuzeitlichen Kunsthandelsbetrieb durchschaute, der es als seine vornehmste Aufgabe ansah auch eine Generation von Sammlern heranzuziehen und zu beraten, und der zugleich keine Einseitigkeit im Hinblick auf die einzelnen Gebiete kannte. Er erweiterte nicht nur in vorbildlichem Ausmaß das vor seiner Tätigkeit allein beliebte Sammeln italienischer und bestenfalls holländischer Kunst, auch die ältere deutsche Kunst und das Kunstgewerbe der Vergangenheit haben durch ihn erst wirkliches Interesse gefunden. Nur der Kunst der Gegenwart stand er fremd gegenüber, Anstatt deren Beurteilung aber Berufenen zu überlassen, ließ er sich durch sein Temperament oft zu Äußerungen hinreißen, derentwegen er mit

Recht viel angegriffen wurde. Das kunst-schriftstellerische Werk Bodes ist enorm. Schon aus Anlaß seines 70. Geburtstags konnte man ihm eine Bibliographie überreichen, die 515 Arbeiten umfaßte. Seine Hauptwerke sind der Geschichte der holländischen Malerei, der Geschichte der deutschen Plastik, den italienischen Bildhauern der Renaissance, Rembrandts Leben und Kunst, dem italienischen Hausmöbel der Renaissance und den Meistern der holländischen und flämischen Malerschulen gewidmet.

**Kurze Chronik** Eine Resolution des Kunst-ausschusses beim Berliner Polizeipräsidium verwahrt sich gegen einen von mehreren Parteien gestellten Antrag, daß die Legislative gegen sogenannte Auswüchse der Kunst einschreiten solle. Diese Kundgebung richtet sich gegen die neuerdings sich zeigenden Bestrebungen die verfassungsmäßig unzulässige Zensur wieder einzuführen.  $\diamond$  In Stralsund entdeckte der Museumsleiter in einer Bibel des Jahres 1625 8 Holzschnitte Dürers aus dem Marienleben und ein Einzelblatt aus dem Jahr 1611. In der Bayrischen Staatsbibliothek entdeckte Georg Leidinger ein Werk aus der Bibliothek Dürers. Es handelt sich um ein Exemplar der Hypnerotomachia Poliphili, das Leidinger zu der weitem Feststellung führte, daß die Randzeichnungen Dürers zum Gebetbuch des Kaisers Maximilian von einer andern Schrift der Renaissance, der Hieroglyphika des Horopollon, beeinflußt sind.  $\diamond$  In Venedig entdeckte man in der Sammlung der Akademie ein Porträt, das ursprünglich als eine Arbeit Alessandro Longhis galt, jetzt aber als ein Bildnis des jugendlichen Johann Joachim Winckelmann von der Hand Raffael Mengs angesprochen wird. Ein Vergleich mit späteren Porträts scheint diese Annahme vollauf zu rechtfertigen.  $\diamond$  Im Palazzo Ricardi in Florenz wurde ein Museum eröffnet, das Bildnisse, Dokumente und Gegenstände aus dem frühern Besitz der Medici in Originalen und Reproduktionen vereinigen soll.  $\diamond$  Die Stadt Berlin ehrte Käthe Kollwitz dadurch, daß sie das 2. Städtische Lyzeum in Neukölln, dem auch eine Aufbauschule angegliedert ist, Käthe-Kollwitz-Schule nannte.  $\diamond$  Im Reichstag sind jetzt die Bildnisse der Präsidenten des Parlaments der Deutschen Republik aufgehängt worden. Zu dem Bildnis Konstantin Fehrenbachs, das sich schon dort befand, kamen noch Porträts Eduard Da-

vids (von Eugen Spiro) und Ernst Wallrafs (von Hugo Vogel). Ein Bildnis des jetzt amtierenden Präsidenten Paul Löbe ist dem Münchener Leo Samberger in Auftrag gegeben worden. Eigenartig berührt es, daß man sich durchweg an konservative Maler hält. Das Beispiel in Danzig, wo sich die Spitzen der Behörden von Otto Dix haben malen lassen, möchte man zur Nachahmung empfehlen.  $\diamond$  Die Berliner Universität stellte für 1928-1929 die folgende kunstgeschichtliche *Preisaufgabe*: »Die stilistischen Hauptunterschiede zwischen der toskanischen und der oberitalienischen Kunst der Hochrenaissance sind an einigen ausgewählten Denkmälern der Architektur, Plastik und Malerei aufzuweisen und systematisch darzustellen.«

**Literatur** Im Verlag Adolf Sponholtz in Hannover erschien eine Untersuchung Karl Federns, betitelt Das ästhetische Problem. Wenn darin auch hauptsächlich literarische Fragen erörtert werden, so hat die Abhandlung doch auch für die bildende Kunst ihren Wert, weil in ihr endlich einmal von der traditionellen Ästhetik, die bisher historisch oder abstrakt gehalten war, Abstand genommen wird. Federn geht von der Ästhetik Benedetto Croces aus; er faßt aber die Kunst nicht bloß als Ausdruck sondern hebt die Wichtigkeit der spezifischen künstlerischen Form hervor, die im wesentlichen auf eine Bearbeitung der Natur hinausläuft. Die künstlerische Form hat nach seiner Anschauung wohlbestimmte Maßverhältnisse, die aber nicht zu errechnen sondern allein zu erfühlen sind.  $\diamond$  Als Ergänzung zu einem im Jahr 1923 veröffentlichten Literaturführer Kunstgeschichte und Kunstwissenschaft erschien jetzt bei Koehler & Volckmar in Leipzig von dem gleichen Verfasser, Walter Timmling, Die Kunstliteratur der neuesten Zeit. Das Bemerkenswerte der ersten Publikation: in systematischer Übersicht und mit objektiv referierendem Text die Kunstliteratur zusammenzufassen, zeichnet auch diese Arbeit aus. Hier wie dort wird ferner ein besonderes Laienbrevier mit vorbildlicher Sorgfalt vorangestellt.  $\diamond$  Eine Schrift Siegfried Streichers beschäftigt sich mit dem künstlerischen Phänomen Vincent van Gogh /Zürich, Orell Fübli/. Trotz mancher schönen und glücklichen Formulierung ist die Schrift kein Baustein in der van-Gogh-Literatur sondern eine (angenehme) Paraphrase.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

**Mährescher** War die überseeische Landwirtschaft von Anfang an wegen der teuren Arbeitskräfte wesentlich stärker als die europäische Landwirtschaft auf die Verwendung arbeitsparender Maschinen angewiesen, so hat in den letzten Jahren eine neue Erntemaschine den überseeischen Getreidebau (und das ist der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche) revolutioniert; der Mährescher. Während in Europa große Teile der Getreidefläche mit der Sense, teilweise noch mit der Sichel, abgeerntet werden und nur in größeren Betrieben Mähmaschinen, Abergemaschinen oder gar Getreidebinder Verwendung finden, dringt in den überseeischen Getreideanbauländern die kombinierte Mäh- und Dreschmaschine unaufhaltsam vor. In einem Arbeitsgang wird das Getreide abgemäht, gedroschen, gereinigt, und die Getreidesäcke, eventuell auch das lose Getreide, in angehängte Wagen verladen. Lange Zeit hindurch blieb die Verwendung des Mähreschers auf Australien und den Westen der Vereinigten Staaten von Amerika beschränkt. Neuerdings ist die Maschine aber auch in andere Teile Amerikas und nach Argentinien vorgedrungen. In welchem Tempo sich die Verwendung des Mähreschers durchsetzt, dafür einige Zahlen: 1914 wurden in den Vereinigten Staaten 270 Mährescher gebaut, 1926 11 760. In Argentinien wurden 1921 325 Mährescher eingeführt, im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 dagegen 4543. In einzelnen Gegenden Argentinien sind die alten Erntemethoden durch den Mährescher verdrängt worden. Angesichts der außerordentlichen Kostenersparnis, die die Verwendung des Mähreschers bringt, ist dieses rapide Vordringen der neuen Maschine kein Wunder. Nach Untersuchungen des Department of Agriculture betragen die Ausgaben pro Acre beim Mährescher nur 1,47 Dollars, bei der Bindemaschine dagegen 4,22, bei der Köpfmaschine 3,36 Dollars. Nicht berücksichtigt sind hier allerdings die wesentlich höheren Zins- und Abschreibungskosten des Mähreschers. Bei Einrechnung dieser Kosten ergibt sich pro Acre immer noch eine Ersparnis der Erntekosten von 1,35 Dollars gegenüber der Köpfmaschine und 2,30 gegenüber dem Binder. Können nun auch diese Zahlen nicht ohne weiteres ver-

allgemeinert werden, so bedeuten sie doch eine Kostenersparnis pro Bushel von 8 und 14 %, in anderen Gegenden vielleicht noch etwas mehr, teilweise allerdings wohl auch weniger. Der wirtschaftliche Vorsprung, den die Verwendung des Mähreschers der überseeischen Landwirtschaft gegenüber der europäischen gibt, dürfte allerdings bei weitem nicht so groß sein wie die oben genannte Kostenersparnis. Denn trotz der rapiden Verbreitung dieser Maschine ist es doch erst ein ganz geringer Bruchteil der überseeischen Getreideanbaufläche (in einzelnen Gegenden allerdings mehr als 90 %), in der der Mährescher Verwendung findet. Hierüber geben die oben genannten amerikanischen Produktionszahlen Anhalt. Da im Jahr 1926 in Amerika, das bisher ausschließlich Mährescher baut, 11 760 solcher Maschinen erzeugt wurden, und der Verschleiß dieser Maschinen hoch ist, dürften in der ganzen Welt insgesamt kaum mehr als 30- bis 40 000 solcher Maschinen im Betrieb sein. Jede Maschine kann eine Erntefläche von zirka 200 Hektar bewältigen; insgesamt können im besten Fall 6 bis 8 Millionen Hektar = 12 bis 15 % der Weizenanbaufläche Nord- und Südamerikas mit dem Mährescher abgeerntet werden. Vorläufig kann also die Revolutionierung des überseeischen Getreidebaus lediglich technisch, nicht aber wirtschaftlich sein. Trotzdem wäre es sehr erwünscht, wenn die arbeitsparende Verwendung des Mähreschers auch der europäischen Landwirtschaft ermöglicht würde. Von vornherein muß jedoch leider gesagt werden, daß dieser Verwendung in Europa wegen des vorwiegend bäuerlichen Betriebs enge Grenzen gesetzt sind. Da die hohen Anschaffungskosten des Mähreschers eine möglichst volle Ausnutzung der Maschine erfordern, werden die Ersparnisse an Löhnen durch die hohen Verzinsungs- und Abschreibungskosten bei Betrieben mit weniger als 500 Morgen Getreideanbaufläche oder zirka 1000 Morgen Gesamtfläche wohl ziemlich aufgewogen. Eventuell könnte allerdings der Mährescher von mehreren Betrieben gemeinsam benutzt werden, aber auch dann sind große Schläge für die Verwendung Voraussetzung. Insgesamt kommt daher der Mährescher für höchstens 10- bis 20 000 deutsche Betriebe mit einer Getreidefläche von 2 bis 3 Millionen Hektar in Frage. Aber auch für diese Betriebe ist es zweifelhaft, ob die Maschine Eingang finden

wird. Denn einmal sind die klimatischen Verhältnisse in Deutschland anders als in den Überseestaaten; es ist wegen häufiger Regenfälle während der Erntezeit sehr gewagt das Getreide bis zur Todreife stehen zu lassen, wie es die Ernte mit dem Mähdrescher erfordert. Ferner geht bei der Ernte mit dem Mähdrescher die Spreu verloren, die in der überseeischen Landwirtschaft wertloser Abfall, bei uns aber ein wertvolles Futter ist. Ebenso kann das Stroh nur in schlechter Qualität und unter Zurücklassung sehr hoher Stoppeln geerntet werden. Versuche, die im vergangenen Jahr in mehreren deutschen Großbetrieben mit dem Mähdrescher, der auf der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig großes Aufsehen erregte, gemacht wurden, haben noch kein eindeutiges Ergebnis gebracht. Wesentliche Ersparnisse an Kosten und Arbeitskräften wurden zwar auch in Deutschland festgestellt, dagegen müssen erst weitere Versuche in den nächsten Jahren zeigen, ob diese Ersparnisse so groß sind, daß sie die hier erwähnten Nachteile aufwiegen.

**Maulwurfsdränage** Einer der wesentlichsten Hemmschuhe für die Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft ist die starke Meliorationsbedürftigkeit großer landwirtschaftlicher Flächen. Nicht weniger als 6 bis 8 Millionen Hektar, das heißt 20 bis 30 % der deutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche, sind in ihrer Ertragsfähigkeit außerordentlich beschränkt, weil die Regelung der Wasserverhältnisse durch Dränage noch nicht vorgenommen ist. Obwohl die Notwendigkeit einer baldigen Entwässerung dieser Flächen von allen Wirtschaftskreisen und Wirtschaftspolitikern als außerordentlich dringlich erkannt ist, macht bisher die Durchführung der Melioration nur außerordentlich langsame Fortschritte, weil die Kosten für die Entwässerung hoch sind, die Kapitalbeschaffung schwierig ist, und die Meliorationsbehörden unverantwortlich langsam arbeiten. Das geht so weit, daß selbst die vom Reich für die nächsten Jahre jährlich zur Verfügung gestellten 5 Millionen Mark zur Verbilligung der Meliorationskredite im Etat 1929-1930 gestrichen werden sollen. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten ist ein Vorschlag des Güterdirektors der Stadt Frankfurt Carl Schneider-Kleeberg zur Verbilligung der Meliorationsarbeiten sehr zu beachten.

Während bisher die Dränage fast ausschließlich als Röhrendränage durch Verlegung eines Rohrnetzes vorgenommen wird, schlägt Schneider-Kleeberg auf Grund reicher, bereits 40jähriger englischer und mehrjähriger holländischer erfolgreicher Versuche auch für Deutschland die sogenannte Maulwurfsdränage vor. Diese unterscheidet sich von der bisherigen Dränagemethode dadurch, daß nicht Gräben aufgeworfen, in diese Röhren eingelegt, und die Gräben wieder zugeschüttet werden müssen, sondern daß ein sogenannter Maulwurfspflug, aus einem 4rädigen Karren und einem 12 Zentimeter breiten und 1,20 Meter langen starken Stahlmesser bestehend, von einem Traktor von 30 bis 40 Pferdestärken über das zu dränierende Feld hinweggezogen wird. Unten an dem Stahlmesser befindet sich ein torpedoartiger Körper, der im Boden einen unterirdischen Gang herstellt und auspreßt. Es entsteht so eine feste Röhre, die auch später nicht mehr zusammenfällt. Der Tiefgang des Maulwurfspflugs ist regulierbar, so daß der unterirdische Gang auch mit einem gewissen Gefälle angelegt werden kann. Die Kosten für Anlegung einer Maulwurfsdränage, die sich in England und Holland zum mindesten auf Lehmböden sehr gut bewährt hat, betragen nur zirka 10 % der sonst üblichen Dränagekosten. Allerdings wird sich die Maulwurfsdränage nicht auf allen Böden durchführen lassen. Auf Sand- und Moorböden besteht die Gefahr, daß die unterirdischen, lediglich ausgepreßten Röhren zusammenfallen. Nach einem neuen holländischen Verfahren ist es allerdings möglich auch auf solchen Böden die Maulwurfsdränage anzuwenden und ohne Auswerfen von Gräben in die unterirdisch gezogenen und ausgepreßten Gänge Dränageröhre in einem Arbeitsgang miteinzuführen. Auf unüberwindliche Schwierigkeiten wird allerdings die Maulwurfsdränage in steinigem Diluvialboden stoßen. Für einen recht erheblichen Teil der zu entwässernden deutschen landwirtschaftlichen Flächen kann aber die Maulwurfsdränage, wenn die deutschen Versuche ebenso günstig ausfallen wie die englischen und holländischen, von großer Bedeutung werden.

**Elerstandardisierung** Um den Absatz deutscher Frischeier zu heben, arbeitete der Deutsche Landwirtschaftsrat in Verbindung mit den Landwirtschaftskammern einen Standar-

disierungsplan für deutsche Eier aus. Das Einheitszeichen Deutsches Frischei wurde patentiert. Mit diesem Einheitsstempel, der unter strengster Aufsicht aller Landwirtschaftskammern stehen soll, dürfen nur Eier versehen werden, die in ihrer Qualität bester Klasse sind. Sie müssen sauber, aber ungewaschen sein und dürfen nicht länger als 7 Tage beim Landwirt liegen. Der Größe nach soll das deutsche Frischei in 3 Gewichtsklassen auf den Markt kommen. Die Eier erhalten Monatsstempel und außerdem Nummern, die bei jedem Ei die genaue Herkunft feststellen lassen. Dadurch kann eine Beschwerde über schlechte Eierqualität vom Verbraucher bis zum Erzeuger geleitet werden. Entsprechen die von den Landwirten und ihren Genossenschaften gelieferten Eier nicht den Standardvorschriften, die ständig vom Deutschen Landwirtschaftsrat und von den Landwirtschaftskammern überwacht werden sollen, so können die betreffenden Landwirte von den Lieferungen ausgeschlossen werden. Es ist das erstmal, daß eine Standardisierungsvorschrift nicht nur für Provinzen sondern für das ganze Reich gelten soll. Die bisher hauptsächlich für Butter, auch für Kartoffeln, von den Landwirtschaftskammern festgesetzten Standards haben nur provinzielle Geltung.

Die Schaffung des Deutschen Frischeis ist sehr zu begrüßen, genügt jedoch allein noch nicht, um die Versorgung Deutschlands mit Qualitätseiern zu gewährleisten und dadurch die Einfuhr ausländischer Qualitätseier zurückzudrängen. Es wird noch langer Arbeit bedürfen, um die große Masse der Bauern zur Lieferung einwandreier Qualitätseier anzuhalten. Auch beim Eierhandel wird die Durchführung der Eierstandardisierung auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen, aber hoffentlich auch dazu beitragen den unreellen Zwischenhandel auszuschalten, der oft Eier Monate hindurch auf Lager hält, um bessere Konjunkturen abzuwarten. Die Schaffung des Deutschen Frischeis ist als erster Schritt auf dem Weg der Eierstandardisierung anzusehen.

**Lehmann** Der Göttinger Professor Franz Lehmann schied am 1. Oktober 1928 aus seiner amtlichen Tätigkeit als Leiter des Instituts für Tierernährungslehre in Göttingen aus. Von Lehmann kann man wohl sagen, daß er durch seine bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiet der Schweinemast und neuerdings auch der

Geflügelmast der deutschen Landwirtschaft Dienste von unschätzbarem Wert geleistet hat. Er hat nachgewiesen, daß in der Praxis fast durchweg die Schweinefütterung zu eiweißarm betrieben wird, und daß dadurch die Kohlehydrate nur mangelhaft ausgenutzt werden. Aus dieser unzweckmäßigen Methode heraus wird in der großen Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands die Fütterung um zirka 20 bis 50 % verteuert. Lehmann hat seine Versuchsergebnisse in ganz einfachen Mastformeln zusammengefaßt, die es auch dem ungeschulten Landwirt ermöglichen einen Zentner Schwein nicht wie früher mit 5 bis 6 Zentner Gerste oder der entsprechenden Menge Kartoffeln sondern mit 3½ bis 4 Zentner Gerste herzustellen. Wenn auch bisher die Lehmannsche Mastmethode nur von einer kleinen Oberschicht fortschrittlicher Landwirte durchgeführt wird, so dringt sie doch zusehends in die große Masse bäuerlicher Betriebe ein.

**Totenliste** Am 2. Februar starb der Professor an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule *Ludwig Wittmack*, im Alter von 90 Jahren. Neben vielseitigen Forschungen auf dem Gebiet des Müllereiwesens und des Gartenbaus hat er sich vor allem auf dem Gebiet der Botanik der Wiesenpflanzen und des Wiesenbaus dauernde Verdienste erworben.

Im Alter von 59 Jahren starb am 10. März *Edmund Parow*, der Leiter des Instituts für Stärkefabrikation und Kartoffeltrocknung in Berlin. Seine Lebensarbeit lag auf dem Gebiet der Erforschung der Kartoffelverwertung. Er faßte seine Untersuchungen in einem Lehrbuch der Stärkefabrikation und einem Handbuch der Kartoffeltrocknerei zusammen.

**Kurze Chronik** Die Ostpreußische Landschaft in Königsberg hat zusammen mit mehreren anderen hauptsächlich genossenschaftlichen Organisationen die *Landberatung Ostpreußen* gegründet, deren Aufgabe die betriebswirtschaftliche Beratung und eventuell auch Verwaltung landwirtschaftlicher Betriebe sein soll. Endlich folgt damit auch die Ostpreußische Landschaft dem Beispiel anderer landwirtschaftlicher Kreditinstitute das Agrarkreditwesen mit landwirtschaftlicher Betriebsberatung zu verbinden. Hätte sie diesen Weg früher eingeschlagen, so hätte sich wahrscheinlich die Zwangs-

versteigerung zahlreicher von der Ostpreußischen Landschaft beliebener Betriebe vermeiden lassen. ◊ Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hielt Anfang Februar in Berlin ihre alljährliche *Grüne Woche* ab, in der eine Reihe interessanter wissenschaftlicher Vorträge über technische und wirtschaftliche Fragen des Landbaus gehalten wurde. ◊ Die Deutsche Landwirtschaftliche Presse brachte im Januar eine Sondernummer heraus, in der die verschiedensten Probleme der *Landmaschinenteknik* behandelt sind. ◊ Der Direktor des Instituts für Tierzucht und Vererbungsforschung an der Tierärztlichen Hochschule Hannover *Carl Kronacher*, bekannt durch sein großes Werk über Tierzucht, wurde Nachfolger Fritz Hansens an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin. ◊ Als Nachfolger Nadolnys wurde *Willi Schlabach* zum Geschäftsführer des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft gewählt.

#### Außenkolonisation / Herman Kranold

**Indien; Agrar-enquete** Die Veröffentlichung der Ergebnisse der 1926 und 1927 abgehaltenen großen Enquete über die Landwirtschaft in Indien ist nunmehr abgeschlossen. Außer den 12 Bänden Stenogramme der Aussagen der Sachverständigen und Zeugen sind nunmehr in einem Band von fast 900 Seiten die Folgerungen der Kommission und in einem Anhangsband ausführliche Beschreibungen der Landwirtschaft in Britisch Indien veröffentlicht worden. Im ganzen umfaßt die Veröffentlichung etwa 8000 Seiten, und trotz allen Vorbehalten, die man namentlich bezüglich der Auswahl der Zeugen machen kann, muß man doch zugeben, daß ein ungeheures Material über den "Erdteil für sich" im Süden Asiens mit seinen 350 Millionen Menschen zutage gefördert worden ist. Der eigentliche Bericht (Report of the Royal Commission on Agriculture in India /London, H. M. Stationery Office/) ist in seiner Art ein wissenschaftliches Meisterwerk, das in der Kolonialliteratur aller Sprachen kein Seitenstück hat. Von dem Umfang des darin verarbeiteten Materials bekommt man eine Vorstellung, wenn man sieht, daß die Liste der vernommenen Zeugen nicht weniger als 395 Personen, und die Vernehmung mancher Zeugen 35 000 Worte und mehr umfaßt. Ohne den erwähnten Anhangsband (Royal Commission on Agriculture in India, 14. Band: Appendix

to Report /London, H. M. Stationery Office/) wäre es gar nicht möglich den Inhalt dieses großen Werks auch nur einigermaßen richtig zu würdigen. Ausschöpfen kann man die Ergebnisse dieser Arbeit natürlich nur nach und nach. Heute sei deshalb nur darauf hingewiesen, daß unter den 10 Mitgliedern der Kommission (deren Vorsitz der Marquess of Linlithgow führte) 5 Inder waren, nämlich Sir Ganga Ram, der Radsha von Parlekimedi, die Professoren Gangulee, Hyder und Kamat, während 3 weitere Mitglieder der indischen Verwaltung angehörten: Sir Henry Lawrence, Sir James MacKenna, Calvert, ferner daß die fast ein Drittel der Fläche des Indischen Reichs umfassenden "Staaten" (Hyderabad, Mysore usw.) sowie Beludschistan und die 4 kleinen Provinzen in die Untersuchung und Darstellung nicht einbezogen wurden. In den einzelnen Provinzen wurden für die Verhöre auch noch weitere sachkundige Mitglieder indischer Abkunft, die mit örtlichen Verhältnissen vertraut waren, in die Kommission zugewählt. Politische Fragen wurden beiseite gelassen, auch der oft auftauchenden, in Indien genau so wie in Europa brenzlichen Frage "Unitarismus oder Föderalismus in der Verwaltung?" ging man bei der Vernehmung und beim Bericht aus dem Weg. Das Ergebnis schildert am besten in allerknappster Zusammenfassung der Schlußparagraph 581 des Berichts, der im folgenden übersetzt wiedergegeben sei: »Wir waren beauftragt die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und die Wirtschaftsverhältnisse auf dem Land in Britisch Indien zu prüfen, darüber zu berichten und Vorschläge zur Verbesserung des Landbaus und zur Förderung von Wohlfahrt und Wohlstand der ländlichen Bevölkerung zu machen. Ziel unserer Vorschläge und Empfehlungen in den vorhergehenden Kapiteln war größere Leistungsfähigkeit auf dem ganzen Gebiet landwirtschaftlicher Erzeugung herbeizuführen und das Geschäft des Farmbetriebs für den Landwirt (cultivator) gewinnbringender zu machen. In unserm ganzen Bericht haben wir versucht unsere Überzeugung klar auszudrücken, daß keine wesentliche Verbesserung in der Landwirtschaft erreicht werden kann, wenn nicht der Landwirt den Willen hat eine bessere Lebenshaltung und in geistiger Ausbildung und körperlicher Gesundheit die Fähigkeit zu erlangen alle Möglichkeiten auszunutzen, die Wissenschaft, weise Gesetze und gute Ver-

waltung ihm zur Verfügung stellen. Von allen Faktoren zur Herbeiführung eines Gedeihens der Landwirtschaft ist die Art des Bauern die Dinge anzusehen bei weitem der wichtigste. Sie hängt in der Hauptsache von seiner Umwelt ab. Deshalb muß der Erfolg aller Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft von der Schaffung dem Fortschritt günstiger Verhältnisse abhängen. Wenn dieser Schluß angenommen wird, so gewinnt die Verbesserung des Dorflebens in allen Richtungen neue Bedeutung als erster und wesentlicher Schritt einer umfassenden Politik, die darauf gerichtet ist die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung zu fördern und das Volkseinkommen an der Quelle zu vermehren. Das Verlangen nach besserem Leben kann unseres Erachtens nur durch eine entschlossene und wohlgeordnete Bemühung angestachelt werden das Landleben im allgemeinen zu verbessern, und wir zögern nicht zu behaupten, daß die Verantwortung für die Herbeiführung der hierzu erforderlichen einleitenden Schritte bei der Regierung liegt. Die Einsicht in diese wichtige Wahrheit hat in den letzten Jahren zu einer großen Ausgabensteigerung derjenigen Staatsämter geführt, die mit der ländlichen Wohlfahrt zu tun haben. Nichtsdestoweniger fühlen wir, daß ihr Gewicht von der Regierung von Indien und den Provinzregierungen ungenügend gewürdigt wird; ihrem Bewußtsein ist noch nicht hinreichend gegenwärtig, daß das ländliche Problem im ganzen und an allen Punkten gleichzeitig in Angriff genommen werden sollte. Wir können nur annehmen, daß dieses mangelhafte Verstehen der vollen Bedeutung unseres Satzes einigermaßen das Fehlen jedes geordneten Versuchs erklärt jene Veränderung in Umwelt und Geistesverfassung des Bauern herbeizuführen, ohne die keine Hoffnung bestehen kann seine Lebenshaltung wesentlich zu heben. Wenn die Trägheit von Jahrhunderten überwunden werden soll, so müssen alle Hilfsmittel des Staats für die Hebung der Verhältnisse auf dem Lande eingesetzt werden. Organisierte, nachhaltige Anstrengung aller Amtsstellen ist nötig, deren Tätigkeit Leben und Umwelt der ländlichen Bevölkerung berührt. Die Erkenntnis, daß wohlgeordnetes Vorgehen nötig ist, hat zweifellos vielerorts Anlaß zu der Ansicht gegeben, daß nachhaltiger Fortschritt nur erreicht werden kann, wenn in allen Provinzen die Arbeiten der verschiedenen beteiligten Ämter in geord-

neten Zusammenhang gebracht werden durch Entwicklungsämter, beratende Ausschüsse oder Beamte mit dem besondern Auftrag gemeinschaftliches Hinarbeiten auf ein gegebenes Ziel zu sichern. Entwicklungsämter sind in manchen Provinzen vorhanden, beratende Ausschüsse in allen. Sie sind nicht ohne Wert dafür die Ämter zusammenzubringen und die Führer der öffentlichen Meinung für die Tätigkeit der Ämter zu interessieren. Aber es gibt ganz bestimmte Grenzen, innerhalb deren Regierungen noch zulässiger- oder nützlicherweise die Ausübung ihrer Tätigkeit auf andere Stellen übertragen können. Die Verantwortung für die Festlegung der Politik und für das Zusammenstimmen der Tätigkeit zweier oder mehrerer Ämter zur Durchführung dieser Politik muß der Regierung, und ihr allein, verbleiben. Es kommt uns nicht zu uns über die innere Organisation auszusprechen, durch die die Regierungen diese Zusammenstimmung zu erreichen versuchen sollten. Wir möchten aber doch darauf hinweisen, daß unter indischen Verhältnissen ein besonders großer Anteil an dieser Verantwortung auf den Vizekönig und die Provinzgouverneure fällt. Während unserer ganzen Untersuchung standen wir stark unter dem Eindruck des Maßes, in dem der Vizekönig durch Betätigung persönlichen Interesses für landwirtschaftliche Angelegenheiten die Sache des wichtigsten Wirtschaftszweiges in Indien fördern kann. Aber die unmittelbare Verantwortung der Provinzgouverneure ist um so schwerer, als die am direktesten mit der ländlichen Entwicklung befaßten Verwaltungszweige von provinzieller Stelle geleitet werden, und als sie allein ein Verbindungsglied zwischen der zentralen und der provinziellen Verwaltung darstellen. Die Verantwortung der Minister der den Provinzen übertragenen Verwaltungszweige, die alle diejenigen mit umfassen, die die ländliche Wohlfahrt am meisten angeht, ist ebenfalls schwer, und sie werden alle Hilfe brauchen können, die starke Sekretariate mit alten, erfahrenen Verwaltungsbeamten an der Spitze ihnen geben können. Obwohl wir es aber für die Pflicht der Regierungen halten eine zusammenfassende Bewegung zur Besserung der Lage der ländlichen Bevölkerung einzuleiten, erkennen wir doch an, daß Erfolg großen Ausmaßes für die Dauer nur möglich ist, wenn Sympathie, Interesse und tätige Unterstützung des großen Publikums angeworben werden können. So riesig ist



die Bevölkerung, und so ungeheuer sind die beteiligten Gebiete, daß keine möglicherweise dem Staat zur Verfügung stehenden Hilfsmittel der Aufgabe allein gewachsen sein können. Unsere Empfehlungen erstrecken sich auf ein so weites Feld, daß es uns nicht möglich war die mit unseren Vorschlägen verbundenen Kosten genau zu schätzen oder sie nach dem Grad ihrer Dringlichkeit zu ordnen. Wir möchten die ernste Hoffnung aussprechen, daß in dem Maß, wie die zur Ausführung der Politik der Entwicklung des Landes, die wir zu entwerfen versucht haben, erforderlichen Mittel verfügbar werden, die verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften bereit sein werden sie den betreffenden Ämtern zur Verfügung zu stellen. Wir vertrauen darauf, daß die Mitglieder dieser gesetzgebenden Körperschaften an der Schaffung einer öffentlichen Meinung zugunsten einer großen Anstrengung mitwirken werden. Unsere Untersuchung hat uns überzeugt, daß die Landwirte Indiens, wenn ihnen dazu Gelegenheit gegeben wird, bereit und fähig gefunden werden in fortschreitendem Maß die Dienste von Wissenschaft und Organisation auf das Geschäft landwirtschaftlicher Erzeugung anzuwenden.«

Diese Äußerungen sind in vielem so charakteristisch für die englische Kolonialbureaucratie. Sie sind bei aller Vorsicht des Ausdrucks doch eine so scharfe Kritik gerade der höchsten britischen Beamten Indiens, des Vizekönigs und der Gouverneure; sie schweigen, in charakteristischer britischer Scheu vor der Empfehlung einer Beschränkung der Geburtenzahl, so auffallend von der Hauptursache der ländlichen Not in Indien, dem rasenden Zunehmen der Menschenzahl, für das heute weder im Land selbst noch außerhalb Unterkunft gefunden wird und auch wohl in den nächsten Jahrzehnten bei gleichbleibender Geburtenrate erst recht nicht wird gefunden werden können, daß es sich lohnt dieses Dokument der modernen Kolonialgeschichte wörtlich hierherzusetzen. Im übrigen wird auf die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission hier noch öfter zurückzukommen sein.

**Sklaverei** Durch ein Gesetz vom 14. Januar 1929 ist das Deutsche Reich dem am 25. September 1926 in Genf unterzeichneten Abkommen über die Sklaverei beigetreten. An ihm beteiligten sich Abessinien, Belgien, China, Columbien, Cuba, Dänemark,

Frankreich, Großbritannien, Italien, Liberia, die Niederlande, Panama, Portugal, Spanien, Uruguay; von den eigentlichen Kolonialmächten fehlen also nur Rußland und Japan.

In Artikel 1 wird Sklaverei definiert als »der Zustand oder die Stellung einer Person, an der die mit dem Eigentumsrechte verbundenen Befugnisse oder einzelne davon ausgeübt werden«. Das ist eine recht unklare Begriffsbestimmung. Um zu zeigen, daß sich sofort sehr schwierige Fragen darüber erheben, was unter diesen Begriff noch fällt, und was nicht mehr, sei ein Beispiel aus dem Bericht der Landwirtschaftskommission für Indien herausgegriffen. In dem 45 Seiten umfassenden Register fehlen zwar das Stichwort Sklaven und jedes ähnliche Stichwort, beim Studium des Textes findet man aber eine zum Nachdenken in diesem Zusammenhang anregende Stelle. In § 363 (über die Verschuldung des indischen Landwirts) heißt es nämlich (den Text stark gekürzt zusammengefaßt): Wie vollkommen ein Gerichtswesen auch sein, und wie gut seine Sache auch aussehen mag, Geld kann den armen Prozeßführenden doch klein kriegen. 2 Beispiele mögen zeigen, wie weit die wirtschaftliche Knechtung (economic servitude) gehen kann, wenn der Geldverleiher stark ist. In der Provinz Bihar und Orissa herrscht in einer Reihe von Bezirken das unter dem Namen Kamiauti bekannte System, das »praktisch ein System des Ackerbaus durch Sklaven (by serfs)« ist. Und dann wird aus einem ebenfalls hochamtlichen Schriftstück, nämlich J. D. Siftons Schlußbericht über Landaufnahme und Flurbereinigung im Distrikt von Hazeribagh /1908 bis 1915/, ein langes Stück zitiert, dem folgendes entnommen sei: Kamias sind gebundene Diener ihrer Herren; als Entgelt für ein Darlehen verpflichten sie sich an Stelle der Zahlung von Zinsen jede Art Gesindedienst zu tun. Auch Großgrundbesitzer haben die Gewohnheit angenommen ihren Landarbeitern ein Darlehn zu geben und sie dadurch zu verpflichten jederzeit auf Anordnung zur landwirtschaftlichen Arbeit anzutreten. Sie erhalten Tagelohn in natura für die geleisteten Arbeitstage; wenn ihr Herr sie nicht in Anspruch nimmt, so können sie für irgendeinen andern arbeiten. »In der Praxis führt das System zur vollkommenen Erniedrigung der Kamias.« Der Kamia »kann keine Lohnforderung stellen«, er muß nehmen, was der Grundherr ihm gibt; gewöhnlich et-

wa ein Drittel des Tagelohns des Freiarbeiters. Wenn seine Frau auch für den Grundherrn arbeitet, so erhält sie etwas weniger, »ihre Löhne zusammen genügen nicht sie selbst und die normale Kinderzahl, die sie sicherlich haben, ausreichend zu ernähren«. Der Kamia »sieht nie Geld«, folglich hat er keine Aussicht durch Rückzahlung der geschuldeten Summe je wieder frei zu werden. »Eine Kamiautiverpflichtung schließt also eine lebenslängliche Verurteilung ein (involves a life sentence)«. Das Verhältnis wird erblich; die Schuld vererbt sich zwar an sich nicht vom Vater auf den Sohn, aber eine neue Schuld wird immer aufgenommen, wenn der Sohn heiratet. Der Herr leistet keine Gewähr für tägliche Beschäftigung; wenn nicht gearbeitet wird, wird auch keine Ernährung gewährt. Der Kamia ist also fast das ganze Jahr hindurch für Schwitzlohn (at a sweated wage) beschäftigt, nur in der toten Zeit der Landwirtschaft, das heißt dann, wenn er die schlechteste Aussicht hat anderswo Arbeit zu finden, kann er sehen, wovon er lebt. Sein Dorf darf er zur Arbeitssuche nicht verlassen, damit er nicht Gelegenheit findet sich zu verstecken. »Die Beschränkung seiner Bewegungsfreiheit macht den Kamia zu nichts Besserm als einem Sklaven. «Flieht er, so findet er keine Freistatt in der ganzen Gegend, in der das System herrscht. »Kauf und Verkauf von Kamias ist im Nordwesten des Bezirks keineswegs ungewöhnlich.« So Sifton. 1920 wurde für die Provinz Bihar und Orissa ein besonderes Antikamiautigesetz beschlossen. Das Gesetz erklärt einen Kamiautivertrag für nichtig, wenn seine Laufzeit mehr als ein Jahr beträgt, wenn nicht bei Ablauf des Jahres die Schuld für erloschen erklärt wird, und wenn kein angemessener Lohn gewährt wird. Aber, sagt die Kommission, der Kamia ist zu arm, um das Gesetz in Bewegung zu setzen, und das Gesetz hat sich daher als unwirksam erwiesen. Die Provinzregierung hat weitere Maßnahmen angekündigt, wenn das Gesetz seinen Zweck verfehlen sollte; aber »bisher ist nichts geschehen«. Ein anderes Beispiel nimmt die Kommission aus dem Kleingewerbe, wo in einigen Zweigen Handwerker lebenslänglich für Kapitalisten arbeiten, an die sie verschuldet sind. »Die Schuld kann praktisch nicht abgetragen werden, und der Handwerker wird von einem auf den andern Kapitalisten in einer Art übertragen, die praktisch auf Kauf und Verkauf hinauskommt.« In beiden Fäl-

len sei das Schlimmste an der Sache das Element der Erbllichkeit in ihr. Man kann der Kommission nur dankbar sein für die Offenheit, mit der sie den Sachverhalt berichtet, der doch in englischem Machtbereich besteht, im Machtbereich derjenigen, die sich nicht genug darüber entrüsten können, daß 14 Jahre vor diesem Bericht Deutschland in Ostafrika die allerletzten Reste der Haussklaverei, die es dort vorfand, noch nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet hatte. Wird das Abkommen nun in Bihar und Orissa angewendet werden? Es verbietet nämlich in Artikel 2 den Sklavenhandel und verpflichtet die Vertragschließenden den Sklavenhandel zu unterdrücken und zu verhindern und so bald wie möglich auf die vollständige Abschaffung der Sklaverei »in allen ihren Formen«, also doch wohl auch in dieser Form, hinzuwirken. Auch sonst ist das Abkommen vom kolonialen Standpunkt interessant. Artikel 5 geht von der Ansicht aus, daß die Anwendung der Zwangsarbeit oder der Arbeitspflicht ernste Folgen haben kann. Daher verpflichten sich die Vertragsparteien zu verhüten, daß »die Zwangsarbeit oder Arbeitspflicht der Sklaverei ähnliche Verhältnisse herbeiführt«; und es wird Einverständnis in folgenden Punkten festgestellt: 1. Zwangsarbeit oder Arbeitspflicht kann grundsätzlich nur zu öffentlichen Zwecken verlangt werden; 2. wo sie zu anderen Zwecken noch besteht, soll ihr a) so rasch wie möglich ein Ende gemacht, und sie b) nur gegen angemessene Entschädigung usw. für die Übergangszeit noch erlaubt werden. Die Gesetzgebung soll nach Artikel 6 so gestaltet werden, daß Zuwiderhandlungen »mit schweren Strafen belegt werden«. Vorbehalte von Bedeutung bei der Unterzeichnung hat charakteristischerweise nur Britisch Indien gemacht. Sein Vertreter, Sir William Vincent, erklärte, daß Teile der Provinzen Assam und Burma (Grenzgebiete, in denen die englische Herrschaft zunächst wohl noch nicht effektiv ist, also nicht Bihar und Orissa) von der Geltung des Vertrags ausgenommen werden. Ferner aber auch, und das ist wichtiger, alle Staaten Indiens, soweit sie nur unter »Oberherrschaft (suzerainty)« des englischen Königs stehen; diese umfassen aber mehr als  $\frac{1}{4}$  des Gebiets von Britisch Indien und knapp  $\frac{1}{4}$  der Einwohner. Die Entschuldigung, daß in diesen Staaten der britische Einfluß zu schwach sei, kann man wohl kaum gelten lassen; denn, abgesehen von Baroda, Gwalior, Hydera-

bad, Kaschmir, Cochin, Travankur, Mysur und Sikkim, in denen die britische Herrschaft seit Jahrzehnten überall gut etabliert ist, handelt es sich nur um macht- und hilflose Kleinstaaten. Jedenfalls ist der Vorgang interessant genug, um festgehalten und angeführt zu werden, wenn aus England wieder einmal über die Sünden der Deutschen in ihren früheren Kolonien gezetert oder ein Splitter im Auge der französischen, belgischen oder portugiesischen Kolonialverwaltung entdeckt wird. Auch daß unter den unterzeichneten Dominien Neufundland fehlt, ist wohl mehr als Zufall. Übrigens hat auf Grund der Antisklavereikonvention von 1926 das Internationale Arbeitsamt beschlossen die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen auf der Arbeitskonferenz 1929 zu behandeln und zu diesem Zweck eine große Umfrage zu veranstalten. Das Ergebnis wird voraussichtlich Überraschungen bringen, zumal Zwangsarbeit in Afrika in den portugiesischen, französischen, englischen Kolonien noch stark verbreitet zu sein scheint. Ja, es wird (zum Beispiel von der New Yorker Nation vom 15. September 1926) behauptet, daß in Angola »einige der schlimmsten Ausbeuter der Eingeborenen nichtportugiesische (amerikanische) Gesellschaften sind«; so hat die zum amerikanischen Sinclairkonzern gehörende Angola Petroleum Company alle Versuche in ihre Arbeiterverhältnisse hineinleuchten zu lassen vereitelt.

Mensch und Tier behandeln, daß man die Frambösie heilen, daß man dem Leprakranken helfen kann. Der wirtschaftliche und soziale Aufschwung der Tropenbevölkerung hängt aber in der Hauptsache von einer Reform der Massenernährung, von einer Sanierung der Wasserversorgung, von einer Verhütung der Ausbreitung der selten direkt tödlichen Krankheiten, wie Malaria und Hakenwurmverseuchung, ab. Von diesen Dingen scheint aber auf dem Kongreß wenig die Rede gewesen zu sein, obwohl gerade diese Probleme der Tropenhygiene heute besonders dringend sind und auch Erfolge viel größern Maßes versprechen. Auch von der in vielen Gegenden sehr dringlichen Bevölkerungspolitik, je nachdem mit positivem oder negativem Vorzeichen, scheint man auf dem Kongreß nichts gehört zu haben. Dabei ist wohl sicher, daß in Britisch Indien alle Kolonialarbeit vergeblich bleiben und zu einer Beseitigung des entsetzlichen Massenelends nicht führen wird, solange man nicht dem vorbeugt, daß jede Erleichterung der wirtschaftlichen Lage der Volksmassen sofort in eine neue Hochflut von Bevölkerungszunahme sich umsetzt; und Indien umfaßt rund die Hälfte der kolonialen Menschheit. In anderen Kolonialgebieten steht umgekehrt wieder das Problem des Menschenmangels drohend da. Aber alle diese Fragen scheinen den Kongreß nur eben ganz indirekt interessiert zu haben.

**Tropenhygiene** Zu Anfang dieses Jahres fand in Kairo ein Internationaler Kongreß für Tropenhygiene statt; an dem 44 Völker teilnahmen. Auch zahlreiche Deutsche waren anwesend, so unter anderen Nocht, Mühlens, Giemsa, Uhlenhut, Zülzer. Giemsa berichtete über die Fortschritte der Chemotherapie. Bemerkens- und bedauerenswert ist, daß den Hauptteil des Kongresses Verhandlungen über übertragbare Krankheiten von Mensch und Tier ausfüllten. Diese sind zwar sehr wichtig, namentlich in den Tropengebieten, aber daneben sind vor allem die Ernährungsfragen zu beachten, die für den Zustand der Gesundheit der tropischen Bevölkerungsmassen sicher viel bedeutungsvoller sind als die Seuchen, wie auch gerade bei den Seuchen die hygienische Seite heute praktisch erheblicher ist als die therapeutische. Gewiß ist es schön, daß man dem Fleckfieber heute ärztlich zu Leibe gehen kann, daß man mit dem Germanin Trypanosomenkrankheiten bei

**Informationsmittel** 2 wesentliche Veröffentlichungen über *Französische Nordafrika* sind erschienen. Die eine stammt von einem Juristen, P. Louis Rivière, *Etudes marocaines* /Paris, Receuil Sirey/. Die Eingeborenepolitik Frankreichs in Marokko charakterisiert sich danach als sorgfältige Einordnung des vorgefundenen islamisch-feudalen Systems in die französische Kolonialverwaltung. Der Hauptteil des Buchs besteht in interessierenden Studien über das koloniale öffentliche und private Recht und die Rechtsorganisation des Landes; daneben aber gewährt es allerlei Einblicke in den Geist der französischen kolonialen Arbeit überhaupt. Bezeichnend ist auch hier, daß die Vordringlichkeit aller Eingeborenenangelegenheiten durch die Darstellung anerkannt wird. Die andere Publikation, *L'Afrique du Nord pendant la guerre* /Paris, Les Presses Universitaires de France/, hat Augustin Bernard zum Verfasser; sie ist eine Veröffentlichung der Carnegie-Stiftung

für den Weltfrieden. Der Hauptteil befaßt sich mit der Beschreibung der wirtschaftlichen Wirkung und Nachwirkung des Krieges auf Französisch Nordafrika. Reichlichstes Material ist ausgenutzt: dessen wichtigste Stücke sind beigegeben. Der Unterschied der Rechtsformen der Kolonisation in den verschiedenen Gebieten wird sehr klar herausgearbeitet. Bemerkenswert ist, daß daraus hervorgeht, daß die Franzosen den Unterschied zwischen Kolonie und Schutzherrschaft sehr ernst nehmen, während man in Deutschland geneigt ist dies als leere Formel hinzustellen und so zu bagatellisieren. In Wirklichkeit ist aber der Unterschied in der kolonialen Praxis sehr groß, nicht nur im französischen sondern auch im englischen Gebiet (Indien). Ob diese schwächere Herrschaftsform der kolonialen Leistung immer sehr günstig ist, steht freilich auf einem andern Blatt; in Tunis und Marokko möchte man allerdings einer Bejahung dieser Frage zuneigen. Jedenfalls eröffnet das Buch die Möglichkeit einer orientierten Stellungnahme zu diesen Fragen.

Über *Mittelamerika* liegt nunmehr in 2. Auflage Karl Sappers Wegweiser *Mittelamerika vor* /Halle, Max Niemeyer/. Das Buch bringt eine außerordentlich gründliche Beschreibung von Natur, Wirtschaft und Gesellschaft dieses Zwischenerteils und enthält eine Fülle von kolonialpolitischen Anregungen. Überall ist für besondere Hinweise für den Einwanderungslustigen gesorgt.

**Kurze Chronik** Im Jahr 1931 soll eine *Internationale Kolonialausstellung* in Paris stattfinden. ◊ Nordöstlich von Johannesburg in der Südafrikanischen Union stellte der deutsche Chemiker Behrens große an *Radium* reiche Lager von Pechblende fest. ◊ In Französisch Guinea kommt wild eine Hibiskusart an Rändern sumpfiger Gebiete vor, die von den Eingeborenen *Gouama* genannt wird, und deren 1,5 bis 2,5 Meter lange Triebe juteähnliche Fasern liefern. Die Ausnutzung der wilden Bestände durch die Eingeborenen hat begonnen; Kulturversuche werden geplant. ◊ Die Erzeugung von *Kakao und Kaffee* in den französischen Kolonien deckt den französischen Verbrauch daran vorläufig nicht. Beim Kakao betrug die Produktion im Jahr 1927 25 000 Tonnen, dagegen der Konsum im Durchschnitt der letzten 4 Jahre 31 000 Tonnen. Das Mißverhältnis ist bei Kaffee noch viel größer; die Produk-

tion betrug nur 5 000 Tonnen, während der Konsum 166 000 Tonnen erreichte. Da Frankreich systematisch darauf ausgeht solche Produkte aus eigenen Gebieten zu beziehen, so eröffnen sich hier also noch große Chancen der Absatz- und Produktionssteigerung. ◊ Auch in Belgien wurde nunmehr, unter Beteiligung des Genossen Emile Vandervele, ein *Palästina-Komitee* gebildet. ◊ Im Januar fand in Barbados eine Konferenz der *britischwestindischen* Kolonien statt, an der auch Bermuda, Britisch Honduras und Britisch Guinea sich beteiligten. Es wurden Fragen der Zollpolitik, der gemeinschaftlichen Vertretung in Canada und England, der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Neuorganisation der landwirtschaftlichen Forschung behandelt. ◊ Der Staat *Argentinien* will in den wenig bewohnten Territorien Misiones und Pampa mit umsonst hergegebenem Boden und langfristigen Krediten Siedler ansetzen, die besonders Yerbakultur betreiben sollen. Auch sollen die großen Wasserfälle des Rio Iguazu Eisenbahnverbindung mit Posadas erhalten und das dazwischenliegende Land dem Verkehr angeschlossen werden. Der Hauptgrund für diese neue große Anstrengung des Staates liegt darin, daß die italienische Einwanderung nach Argentinien, auf die man dort großen Wert legt, in den letzten Jahren fast ganz aufgehört hat. ◊ Im Geburtshaus *David Livingstones* in Blantyre bei Glasgow wurde ein Museum zum Andenken an ihn eingerichtet.

#### Literatur

Das Buch *Abraham Granovskys* *Les problèmes de la terre en Palestine* /Paris, F. Rieder & Cie./ ist eine Übersetzung des in dieser Rundschau (1927 I Seite 81) schon angezeigten deutschen Buchs des Verfassers über die Bodenfragen in Palästina. Vom selben Buch liegen nun auch Ausgaben in hebräischer und englischer Sprache vor. Eine Neubearbeitung für die Übersetzung hat nicht stattgefunden, obwohl sie wünschenswert gewesen wäre, da das Original schon 1925 erschien, also jetzt im Tatsächlichen etwas veraltet ist. ◊ Der Jahrgang 1929 des hier schon früher angezeigten *Argentinischen Volkskalenders* /Buenos Aires, Alemann & Co./ liegt jetzt vor. Er bringt diesmal unter anderm einen Abriss der Geschichte Argentiniens seit der Errichtung seiner Selbständigkeit, einen Aufsatz über den Sieg des Zuchtweizens in Argentinien und viele gute Bilder. Er kann, wie immer, sehr empfohlen werden.





WILHELM LEIBL / NACH EINER AUF-  
NAHME IM ALTER VON UNGEFÄHR  
25 JAHREN